

# **Digitales Brandenburg**

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

## **Geschichte der neuesten Zeit**

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1863 bis 1871

**Bulle, Constantin**

**Berlin, 1888**

Dritter Abschnitt: Die Begründung der preußischen Hegemonie in  
Deutschland.

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6496**

allein ohne Ergebnis auseinandergehen, sondern viele Mitglieder würden sich voraussichtlich in schlechterer Stimmung trennen als die, in der sie zusammengetreten.

Damit war der ganze Plan begraben; der Vorschlag eines engeren Kongresses, den Drouyn namens des Kaisers am 8. Dezember machte, fiel wirkungslos zu Boden; noch wenige Wochen und an der Eider donnerten die Kanonen, die gründlicher als ein Kongreß die Verträge von 1815 zertrümmerten und dauerhafter als eine napoleonische Fürsterversammlung die gerechten Bestrebungen der Völker gegen engherzige Berechnungen schützten. Für den französischen Kaiser war der Ausbruch dieses Krieges eine fühlbare Erleichterung; triumphierend konnte er darauf hinweisen, daß er den Weg ihn zu vermeiden gezeigt habe, daß seine Behauptung von der Morschheit der bestehenden Verträge eine neue Bestätigung finde. Er ahnte noch nicht, daß mit diesem Kriege eine Entwicklung begonnen, die ohne ihn, trotz ihm und endlich gegen ihn ihren Gang nehmen sollte, daß der „wenig ernsthafte“ Mann, der in Berlin die Karten in die Hand genommen, sie nicht wiederherausgeben, sondern die Führung Europas immer entschiedener an sich reißen werde. Noch fühlte er sich im Vollbesitze seiner Macht, und durch ein erstes Mißlingen nicht abgeschreckt erwartete er seine Stunde um den Kongreßvorschlag zu erneuern. Die hinhaltende Politik, die ihm die europäischen Verhältnisse einstweilen auferlegten, ließ ihm um so freiere Hand jenseit des Ozeans, und zuversichtlich hoffte er, durch einen großen Erfolg in Mexiko gekräftigt, in nicht zu ferner Zeit seinen Willen auch in Europa durchsetzen zu können.

Bedeutung des  
Zeitpunktes.

### Der deutsch-dänische Krieg.

Noch ehe die Antworten auf die Einladung zum Kongreß eingelaufen waren, traf die überraschende Nachricht ein, daß am 15. November 1863 König Friedrich VII. von Dänemark, der letzte rechtmäßige Herzog von Schleswig-Holstein, gestorben sei. Die Stunde war also gekommen, wo das Schicksal des vielgeprüften Landes sich entscheiden mußte; entweder trat das Londoner Protokoll von 1852 jetzt in Kraft und der Gesamtstaat Dänemark war gerettet, oder die Elbherzogtümer trennten sich, wie es ihr gutes Recht war, von dem verschwisterten Königreiche und begannen im engsten Bunde mit Deutschland ein neues und selbständiges staatliches Dasein. Sie hatten ihrerseits die Erbfolgeordnung des Londoner Protokolls niemals anerkannt; ebensowenig hatte der deutsche Bund ihr zugestimmt, und selbst von der Augustenburgischen Familie, auf welche die Krone der Herzogtümer übergehen mußte, lag kein vollgültiger Verzicht vor. Nur das zeitige Haupt derselben, Herzog Christian, hatte sich verpflichtet nichts gegen das Londoner Protokoll zu unternehmen, weil er nur dadurch eine Entschädigung für seine Güter, die Dänemark eingezogen hatte, erlangen konnte, aber sowohl sein Bru-

Dänemark  
und Schles-  
wig-Holstein.

Die dänische  
Gesamtstaats-  
verfassung.

der, der Prinz von Noer, wie sein Sohn, der Erbprinz Friedrich, hatten ihre Ansprüche ausdrücklich verwahrt. In Kopenhagen trug man gegen alle diese Lücken in der Rechtsgiltigkeit der beabsichtigten Thronfolge eine hochmüthige Mißachtung zur Schau. Regierung und Reichsrat hatten am 31. Juli 1853 auf Grund des Londoner Protokolls ein neues Thronfolgegesetz erlassen und betrachteten damit die Frage als gelöst; den Widerstand der Herzogtümer gedachten sie bis zum Inkrafttreten des neuen Zustandes durch eine gründliche Danisierung zu brechen. Jedes Mittel ward angewendet um deutsche Sprache und Sitte zwischen Eider und Königsau zu ertöten, dänische Predigt und dänischer Unterricht wurden auf alle Weise ausgebreitet und durch Verfolgung der Deutschgesinnten, durch Anstellung national-dänischer Beamten ein System der Einschüchterung und Korruption begonnen, von dem man sich glänzende Erfolge versprach. Der kühnste Schritt, den man wagte, war der Erlaß einer Gesamtverfassung. In den diplomatischen Verhandlungen mit den deutschen Großmächten hatte sich Dänemark 1852 ausdrücklich verpflichtet die bisherige Verfassung der Herzogtümer zum Ausgangspunkte zu nehmen und bei den nötigen Änderungen die Stände zu Räte zu ziehen. Statt dessen bestimmte der König jetzt zunächst, daß die Entwürfe neuer Provinzialverfassungen, welche er den Ständen 1854 vorlegen ließ, in denjenigen Punkten, die sich auf die Abgrenzung der provinzialen und der gemeinsamen Angelegenheiten bezögen, keiner Beratung der Stände unterliegen sollten, obgleich beispielsweise die Einkünfte der Domänen der Gesamtstaatskasse überwiesen werden sollten. Unmittelbar darauf, am 26. Juli 1854, verkündete er aus eigener Machtvollkommenheit die neue Reichsverfassung, an deren Spitze der Satz stand, daß alle die Angelegenheiten gemeinsame seien, die nicht ausdrücklich den einzelnen Landesteilen reserviert wären; dem Reichsrate wurden lediglich beratende Befugnisse beigelegt; von den 50 Mitgliedern sollten 30 auf Dänemark fallen. Aber gegen diesen Entwurf erhob sich der dänische Reichstag und verlangte für den Reichsrat das volle Beschlußrecht; eine Auflösung und Neuwahl vermochte diese Opposition nicht zu brechen, der König gab nach, berief ein neues Ministerium unter dem Vorsitz des Herrn von Scheel und erließ dann, im Einverständnis mit der dänischen Volksvertretung, die Gesamtstaatsverfassung vom 2. Oktober 1855. Für die Herzogtümer war das eine neue Verschlimmerung ihrer Lage. Auch nach dieser Verfassung waren sie im Reichsrat in hoffnungsloser Minorität; ihre 33 Vertreter hätten gegen die 47 Dänen selbst dann nichts durchzusetzen vermocht, wenn sie sämtlich der nationalen Partei angehört hätten; nun sollten aber obendrein 8 vom König ernannt werden, und das konnten natürlich nur dänischgesinnte Männer sein. Ferner hatte diese dänische Majorität künftig eine so starke Stellung, daß auch eine den Herzogtümern wohlgesinnte Regierung diese nicht schützen konnte, und endlich wurden die Befugnisse des Reichsrates erweitert, so daß er selbst zum Verkauf der Domänen berechtigt war. Die dazu nötigen Abänderungen

der Provinzialverfassungen wurden wiederum durch Verordnung (für Holstein am 24. Juni 1856) getroffen. Alle Proteste der Stände gegen diese Gewaltmaßregeln blieben erfolglos; auch das diplomatische Eintreten der deutschen Großmächte hatte nur Scheinzugeständnisse zur Folge. Während die Verhandlungen darüber noch schwebten wandten sich nun die lauenburgischen Stände im Oktober 1857 mit einer Klage an den Bund und erreichten wirklich, daß dieser im Februar 1858 die dänische Regierung aufforderte die Gesamtstaatsverfassung für Holstein und Lauenburg außer Kraft zu setzen. Eine Zeit lang suchte man sich in Kopenhagen auch diesem Beschluß zu entziehen und schritt sogar auf der betretenen Bahn noch weiter fort, indem man dem Reichsrath Gesetzentwürfe über einen neuen Zolltarif und Gemeinsamkeit des Zollwesens sowie über Verstärkung der Land- und Seemacht vorlegte. Als der Bundestag aber hauptsächlich auf Preußens Betreiben am 12. August unter Androhung der Exekution binnen drei Wochen eine bestimmte Erklärung verlangte, lenkte man ein, machte in Frankfurt, Wien und Berlin vertrauliche Mittheilungen über die beabsichtigte Lösung und hob dann am 6. November die Gesamtstaatsverfassung für Holstein-Lauenburg sowie ein paar andere angefochtene Gesetze auf, berief auch den holsteinischen Landtag zu ferneren Verhandlungen auf den Januar 1859 nach Ikehoe. Die Ausführung der Bundesexekution ward infolgedessen wirklich verschoben und die dänische Regierung nur verpflichtet keine Gesetze ohne die Genehmigung der holsteinischen Stände zu erlassen. Aber binnen kurzem glaubte sie den Bund schon wieder hinreichend eingeschlafert um sich dieser Verpflichtung ent schlagen zu können und stellte am 4. Juli 1860 eigenmächtig das holsteinisch-lauenburgische Budget für das laufende Jahr fest. Bei der gesteigerten politischen Regsamkeit, die der italienische Krieg im Gefolge hatte, bemächtigte sich nun aber die öffentliche Meinung der Frage, und in Deutschland wie in Dänemark, besonders aber in Schleswig-Holstein selbst, stiegen die Wogen höher. Der schleswigische Landtag mit seiner gutdeutschen Zweidrittelmehrheit hatte bereits zu Anfang des Jahres in freimütiger Sprache die ihm entzogenen Rechte zurückgefordert und die dänischen Unbilden in ihrer empörenden Roheit so scharf an den Pranger gestellt, daß die ermattete Teilnahme des deutschen Volkes wieder zu frischem Leben erwachte. Dänische Antworten waren darauf nicht ausgeblieben, und als nun Oldenburg von neuem die Exekution beantragte, da der Erlaß des holsteinischen Budgetgesetzes ein Zurücktreten Dänemarks von dem bisherigen Einvernehmen bekunde, fing man in Kopenhagen an zu rüsten und suchte sich den Beistand Frankreichs, Rußlands und Schwedens zu verschaffen. Die Unerquicklichkeit des Hin- und Herzerrens der Verhandlungen zwischen Frankfurt und Kopenhagen erweckte aber auch im dänischen Volke Mißbehagen. Der Gedanke in bezug auf Holstein sich zu fügen und Schleswig dafür um so stärker zu fesseln fand weitere Verbreitung als er je gehabt; die eiderdänische Partei, die ihn versocht, begründete einen

Beschwerden  
am Bunde.Exekutions-  
drohungen.Die Eider-  
dänen.

Zugehörnisse  
an Holstein.

Schleswig.

Englische  
Vorschläge.

eigenen Verein, dessen Name, der Danevirkeverein, schon sein Programm enthielt, und verlangte in ihren Zeitungen und in Adressen an den König die Entlassung des Ministeriums Hall, das der Gesamtstaatspartei angehörte. Aber dieses selbst entzog sich der eiderdänischen Tagesströmung nicht, sondern bekannte sich ziemlich unumwunden zu dem Danevirkeprogramm und nahm Orla Lehmann, der es mit entworfen hatte, im September 1861 als Minister des Inneren in seine Mitte auf. Eine ehrliche Befriedigung auch nur der besonderen holsteinschen Landeswünsche war damit allerdings durchaus nicht ins Auge gefaßt; man begnügte sich, als der Bundestag dem oldenburgischen Antrage entsprechend am 7. Februar 1861 wirklich wieder mit Exekution drohte und England lebhaft zum Entgegenkommen mahnte, die holsteinschen Stände im März zusammenzurufen, ihnen den Staatshaushalt zur Begutachtung vorzulegen und damit ganz unannehmbare Vorschläge über die Stellung Holsteins zu dem übrigen Staate zu verbinden. Da die Stände sich darauf nicht einlassen wollten, so ergriff das dänische Kabinett den Ausweg Holsteins Anteil an den gemeinsamen Ausgaben nach dem seiner Zeit von Preußen gebilligten Normalbudget von 1856 zu bemessen und erreichte dadurch glücklich, daß der Bundestag am 12. August 1861 noch einmal von der Exekution abstand. Das preußische Kabinett aber nahm sich jetzt nicht bloß Holsteins, sondern auch Schleswigs mit regerem Eifer an; es forderte am 5. Dezember 1861 Aufklärungen über die weiteren Absichten Dänemarks und verwahrte sich ebensowohl dagegen, daß Holstein als abgesondertes Glied dem mit Schleswig zu einem Gesamtstaate vereinigten Dänemark gegenübergestellt werde, wie gegen die unablässige Verfolgung deutschen Wesens nördlich von der Eider, in der es eine Verletzung der Zusagen vom 29. Januar 1852 erblicken müsse. Auch die beiden deutschgesinnten Schleswiger im dänischen Reichsrate, der im Januar 1862 wiedereinberufen war, erhoben nachdrücklich ihre Stimme und protestierten dagegen, daß die Gesamtstaatsverfassung von 1855, nachdem sie durch das Ausscheiden Holsteins schon seit drei Jahren in ihrem Wesen völlig verändert sei, dennoch in Kraft erhalten und Schleswig dadurch zum willenlosen Opfer Dänemarks herabgedrückt werde. Die Reichsratsmehrheit wußte darauf nicht besser zu antworten, als indem sie die Protestierenden ihres Sitzes für verlustig erklärte; die deutschen Großmächte aber und mit ihnen der Bundestag begnügten sich mit einer allgemein gehaltenen Verwahrung gegen alle rechtlichen Folgen, die aus dem Fortbestand der Verfassung von 1855 entspringen könnten; über bestimmte gemeinsame Forderungen vermochten sie nicht sich zu einigen. Voll der besten Hoffnung, daß der deutsche Angriff wieder einmal abgeschlagen sei, feierte man in Dänemark lärmende Feste zu Ehren des Königs von Schweden, zur Feier der Schlacht von Idstedt und zur Verbrüderung der skandinavischen Studenten, als sehr störend am 24. September 1862 ein Vorschlag des Grafen Russell auftauchte, der die Aufhebung der Verfassung von 1855, die Einführung eines zehn-

jährigen Normalbudgets und im übrigen eine völlig getrennte Verwaltung und Gesetzgebung für Dänemark, Schleswig, Holstein und Lauenburg empfahl. Vergebens beteuerte Hall, daß dieser Vorschlag die Zerstückelung der Monarchie bedeute, daß die enge Verbindung Schleswigs mit Dänemark eine Frage über Leben und Tod sei; Russell blieb bei seiner Meinung und konnte sogar die Versicherung beifügen, daß Rußland und Frankreich derselben Ansicht seien, was denn gar bald durch Noten aus Paris und Petersburg bestätigt wurde. Nun glaubten die Dänen sich nur durch schnelles und trotziges Handeln vor weiterem Drängen retten zu können. Die Minister stellten sich in ihren Noten an die deutschen Mächte offen auf den eiderdänischen Standpunkt, und der Reichsrat richtete am 21. Januar 1863 eine Adresse von derselben Färbung an den König. Stürmische Volksversammlungen schlossen sich dieser Forderung an, und am 30. März versprach ein königliches Patent ihren Wünschen zu willfahren. Unbekümmert um die Verpflichtungen von 1852, unbekümmert um die uralte Verbindung der beiden Herzogtümer, unbekümmert um den Widerspruch aller Großmächte, schickte sich Dänemark an Schleswig förmlich einzuverleiben. Aber auch so verleugnete das Ministerium seinen Ursprung aus der Gesamtstaatspartei nicht; es suchte die Bande zwischen Holstein und den anderen Provinzen so stark wie irgend möglich zu belassen; vor allem sollte das Heer für alle Teile des Staates gemeinsam bleiben, die holsteinschen Truppen sollten nach Dänemark verlegt und von dänischen Offizieren befehligt werden dürfen, zu den Kosten aller gemeinsamen Einrichtungen sollten Holstein und Lauenburg ein für allemal nach Maßgabe des Budgets von 1856 beitragen. Dieser Anmaßung gegenüber drohte der Bund am 9. Juli 1863 abermals mit der Exekution; doch Hall, der eben in lebhafter Verhandlung mit dem in Kopenhagen weilenden schwedischen Minister des Äußeren, Grafen Manderström, stand, antwortete sehr zuversichtlich mit einem Hinweis auf fremde Hilfe, die Dänemark nicht fehlen werde, und legte dem Reichsrat am 28. September die neue Verfassung zur Beratung vor. Nun ging auch den deutschen Mächten die Geduld aus: am 1. Oktober beschloßen sie die Exekution einzuleiten. Auch bei dieser Lage der Dinge hatte Dänemark noch neun Wochen zum Besinnen; denn so lange währten die Fristen, welche die Bundesexekutionsordnung von 1820 vorschrieb; allein man dachte in Kopenhagen an kein Nachgeben; die Verfassung wurde beraten und am 13. November 1863 mit 41 gegen 16 Stimmen angenommen.

Das einzige, was jetzt noch einen Bruch verhüten konnte, war die Weigerung des Königs die Verfassung zu bestätigen. Von Friedrich VII. war eine solche Weigerung nicht zu erwarten. Da ereilte ihn plötzlich, am zweiten Tage nach der Annahme des neuen Grundgesetzes, zu Glücksburg in Schleswig ein jäher Tod. Die wichtige Entscheidung war seinen Händen entrisen und dem Protokollprinzen, Herzog Christian von Glücksburg, überlassen. Für diesen war die Wahl doppelt ernst. Wohl stand

Patent vom  
30. März.  
1863.

Tod Fried-  
richs VII.



sein Recht auf den dänischen Thron unbestritten fest, allein der Pöbel von Kopenhagen hätte es nicht anerkannt, wenn er die Verfassung zu bestätigen gezaudert hätte; bestätigte er sie aber, so verletzte er eben jenes Londoner Protokoll, auf dem ausschließlich seine Rechte auf Schleswig-Holstein beruhten. In dieser bedenklichen Lage überwog die nähere Gefahr, und gedrängt von der stürmisch aufgeregten Bevölkerung der Hauptstadt unterzeichnete der neue König Christian IX. am 18. November 1863 die verhängnisvolle Urkunde.

Bewegung in  
Deutschland.

Mit Blitzschnelle verbreitete sich die Kunde von dem wichtigen Doppelereignis durch ganz Deutschland und überall erscholl als Antwort der einmütige Ruf: Hoch lebe Friedrich VIII., der rechtmäßige Herzog von Schleswig-Holstein! Die politische Aufregung, die in den letzten Jahren durch den Nationalverein und seine Gegner, durch die neue Ära und den Verfassungskampf in Preußen, durch die Schützen-, Turn- und Sängervereine erweckt war, verband sich jetzt mit der stachelnden Kraft, welche der Sache der Herzogtümer von je eigen gewesen. Selbst unter den deutschen Regierungen glaubten nicht wenige die Stunde zum Handeln gekommen; die Landtage, die gerade bei einander waren, erhoben ihre Stimmen zu Gunsten der nationalen Sache; in Stuttgart, Dresden, Darmstadt, bald auch in München und Berlin erklärten sie sich für den Herzog Friedrich von Augustenburg; noch lauter erklang die Forderung des Volkes in den Zeitungen und Flugschriften, in den Adressen und Beschlüssen zahlloser Versammlungen. Ungeduldig verlangte man von den Regierungen schnellstes Handeln; in der Auswahl der Gründe war man nicht ängstlich; das Erbrecht des Herzogs ward ebenso scharf betont wie das unverjährbare Recht der deutschen Nation; Demokraten und Legitimisten, Nationalvereiner und Großdeutsche fanden einen Boden, auf dem sie gemeinsam nach einem Ziele ringen konnten. In den Herzogtümern selbst verstummte jede gegnerische Stimme; Ständemitglieder huldigten dem „angestammten“ Landesfürsten; Tausende von Beamten verweigerten Christian IX. den Eid; Massenversammlungen riefen den Bund zur Hilfe herbei. Der neue Herzog zauderte jedoch in sein Land zu eilen; in seiner Ansprache verzichtete er ausdrücklich darauf das Volk zu den Waffen zu rufen: er begab sich nach Gotha, dessen Herzog neben dem Großherzog von Baden der erste Fürst war, der ihn anerkannte, bildete ein Ministerium Samwer-Francke, schrieb ein Anlehen aus, traf Einleitungen zur Gründung eines Freiwilligenkorps und wandte sich vor allem an den Bund.

Herzog Fried-  
rich.

Der Bundes-  
tag.

Diesem lag nun die wichtige Entscheidung ob, welchen der beiden Thronbewerber er anerkennen wolle. Entschied er sich, wie das Volk verlangte, für Friedrich VIII., so war der Exekutionsbeschluß vom 1. Oktober hinfällig; hielt er den letzteren aufrecht, so erkannte er damit im Grunde schon Christian IX. an. Der sächsische Minister von Beust erfand einen Mittelweg; die Gesandten beider Bewerber sollten einstweilen abgewiesen und die Exekution in eine Besetzung des Landes

bis zur Entscheidung der Hauptfrage verwandelt werden. Mit der Abweisung der beiden Gesandten waren Oesterreich und Preußen einverstanden, und so erfolgte sie bereits am 28. November; den Exekutionsbeschluß zu stürzen reichte aber Sachsens Anhang nicht aus; mit 8 gegen 7 Stimmen wurde am 7. Dezember beschlossen an ihm festzuhalten. Bismarck rechtfertigte dieses Verhalten im Abgeordnetenhaus wie in einem Rundschreiben vom 4. Dezember dadurch, daß er die Rechtsverbindlichkeit des Londoner Protokolls als zweifellos hinstellte: nur aus diesem stamme überdies Preußens Berechtigung auch für Schleswig einzutreten; sich davon lossagen heiße einen europäischen Krieg entfachen. Aber die öffentliche Meinung in Deutschland war eben willens auch einem solchen Kriege Trotz zu bieten. Die feindliche Haltung Preußens deuchte den meisten offener Vaterlandsverrat und stachelte zu neuen Demonstrationen an. Überall wurden Geldsammlungen eröffnet, vielerorten Wehrvereine gebildet um Freiwillige für den heiligen Kampf einzulernen. Die Ausschüsse des National- und des Reformvereins traten am 6. Dezember in Nürnberg zusammen und beriefen gemeinschaftlich auf den 21. eine Versammlung deutscher Kammermitglieder nach Frankfurt. Etwa 500 an Zahl erklärten diese den Londoner Vertrag für unverbindlich, Friedrich VIII. für den rechtmäßigen Herzog und bildeten einen Ausschuß von 36 Mitgliedern zur Leitung der Bewegung und zur Entfaltung jeder gesetzlichen Thätigkeit im Sinne des Volkswillens. Auf die Fürsten der Mittel- und Kleinstaaten verfehlte dieser kräftige Druck seine Wirkung nicht: der eine nach dem anderen, schon am 17. Dezember auch König Max von Bayern, erkannte den Augustenburger an; aber Preußen und Oesterreich blieben unerschüttert. Wohl verwahrte sich Bismarck lebhaft gegen die Mißdeutungen seiner Politik; nicht einen Fußbreit deutscher Erde, nicht einen Titel deutschen Rechtes wolle er opfern; aber den richtigen Weg zu finden sei Sache des Königs und nicht einer vielköpfigen Versammlung, die aus Dilettanten in der Politik bestehe und die volle Sachlage gar nicht kenne. In derselben Weise beantwortete der König die Adresse des Hauses, die am 18. Dezember die Besorgnis aussprach, Bismarcks Politik werde die Verträge von 1852 neu bekräftigen und das Land auf lange hinaus schädigen. Aber damit wurde das Mißtrauen nicht beschwichtigt und das Volk jubelte den Abgeordneten zu, als sie ein paar Wochen später (am 22. Januar 1864) mit 275 gegen 51 Stimmen die 12-Millionenanleihe verweigerten, die Bismarck forderte, und auf Schulze-Delitzsch' Antrag erklärten, da Preußen seine Großmachtstellung mißbrauche, die Herzogtümer von neuem an Dänemark auszuliefern im Begriff sei und den Bürgerkrieg herausfordere, so würden sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sich einer solchen Politik widersetzen. Auch die österreichische Regierung erfreute sich nicht der Unterstützung ihres Abgeordnetenhauses; denn wenn dasselbe auch ein förmliches Mißtrauensvotum mit großer Mehrheit ablehnte, so setzte es doch die Summe von 10 Millionen Gulden,

Die Großmächte und das Volk.

Die preussischen Abgeordneten.

die das Ministerium forderte, auf wenig mehr als die Hälfte herab und Redner, wie Rehbauer und Herbst, vertraten nachdrücklich den national-deutschen Standpunkt.

Ezekution in  
Holstein.

Verlezend genug für die Volkswünsche waren in der That die Schritte, welche die Großmächte thaten. An der Besetzung Holsteins waren beide zunächst nicht beteiligt. Der Exekutionsbeschluß vom 1. Oktober 1863 hatte Sachsen und Hannover die Ausführung dieser Maßregel übertragen, die nur im Notfall von Österreich und Preußen unterstützt werden sollten. Dieser Notfall trat nicht ein. Außerordentliche Abgesandte Englands und Frankreichs, Lord Bodehouse und General Fleury, hatten in Kopenhagen ernstlich zum Nachgeben geraten, und als am 23. Dezember 1863 der sächsische General Hase mit 10 000 Sachsen und Hannoveranern die holsteinische Grenze überschritt, räumten die Dänen unter Protest das Land und die Bundesbevollmächtigten übernahmen die Verwaltung ohne Schwierigkeit. Sie ließen es geschehen, daß überall die Bevölkerung den Herzog Friedrich als Landesherrn ausrief, daß am 27. Dezember in Elmshorn eine Massenversammlung von 20 000 Köpfen ihn einlud nach Holstein zu kommen, und daß er dieser Aufforderung entsprechend am 30. seinen Wohnsitz in Kiel aufschlug. Der Bundestag billigte die Haltung seiner Bevollmächtigten und verwarf mit 10 gegen 6 Stimmen am 2. Januar 1864 den Antrag der Großmächte den Herzog auszuweisen. Auch die Auflösung des 36-Ausschusses und die Unterdrückung der Wehrvereine und der übrigen Mittelpunkte der schleswig-holsteinischen Bewegung verweigerten die Mittel- und Kleinstaaten, unbesorgt um die Gefahren, mit denen dieses „Nez revolutionärer Elemente“ einer preußisch-österreichischen Note vom 31. Dezember zufolge die Zukunft Deutschlands bedrohen sollte. Der Gegensatz zwischen den Großmächten und der Mehrheit der übrigen Staaten erreichte eine Höhe, wie kaum im Anfang der zwanziger Jahre; und diesmal stand ungleich kräftiger als damals die öffentliche Meinung hinter den Kleinen. Bismarcks Bereitwilligkeit die Rechte Christians IX. anzuerkennen und sich besten Falls mit der Personalunion zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein abfinden zu lassen galt für nichts geringeres als Vaterlandsverrat; auf Schritt und Tritt sich diesen schwarzen Plänen zu widersetzen war das Wenigste, was man von jeder deutschen Regierung forderte. Mit Unwillen sah man Österreich, das soeben noch um die Gunst der Kleinen gebuhlt hatte, widerstandslos sich in den Geleisen der preußischen Politik bewegen: aber der eigentliche Haß richtete sich doch gegen Bismarck, den man ausnahmslos und mit Recht für den leitenden Geist der neuen großmächtlichen Freundschaft hielt. In allem, was er that und vorschlug, sah man nur das Widerwärtige, den nationalen Forderungen Widerstrebende; die Anknüpfungspunkte und Überleitungen, mittels deren das bestehende internationale Recht den Ansprüchen des deutschen Volkes angenähert werden sollte, bemerkte man nicht und konnte man unter den obwaltenden Verhältnissen, zumal bei Bismarcks Vergangen-

Zwiespalt  
zwischen den  
Großmächten  
und dem  
Bunde.

Die Lage  
Schleswigs.

heit, nicht bemerken. Als Österreich und Preußen am 14. Januar in Frankfurt beantragten von Dänemark die Aufhebung der Novemberverfassung, soweit sie Schleswig betreffe, zu fordern und, falls diesem Verlangen nicht genügt werde, auch Schleswig von Bundes wegen als Pfand zu besetzen, fand die Mehrheit darin nur eine mittelbare Anerkennung der Rechte Christians IX., und forderte eine Besetzung Schleswigs zu Gunsten Friedrichs VIII. Mit 11 gegen 5 Stimmen lehnte sie den Antrag der Großmächte ab und protestierte sofort gegen die Erklärung derselben nunmehr auf eigene Hand die abgelehnte Maßregel in Ausführung bringen zu wollen.

In Wien und Berlin kümmerte man sich nicht um diesen Protest, sondern schritt schnell zur That: schon am 16. Januar 1864 erging an Dänemark das Ultimatum binnen 48 Stunden die Verfassung zurückzunehmen. Die Entscheidung in dieser schwierigen Stunde lag nicht mehr in den Händen des alten Ministeriums. Am Weihnachtstage hatte Hall dem Könige seine Entlassung eingereicht und der eiderdänischen Partei die Erbschaft überlassen: Bischof Monrad bildete aus ihrer Mitte ein neues Kabinett, in das er zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten den Gesandten in Berlin, Quaade, berief. Diesen Männern war der Rücktritt von der Verfassung fast noch unmöglicher als ihren Vorgängern. Kaum aber hatten sie das Ultimatum abgelehnt, so erhielt Feldmarschall Wrangel den Befehl mit 70 000 Mann in Schleswig einzurücken. Etwa ein Drittel seiner Armee bestand aus Österreichern unter dem Feldmarschallleutnant von Gablenz; diese bildeten das Centrum und sollten über Rendsburg auf Schleswig rücken; auf dem rechten Flügel mit der Marschrichtung Kiel-Eckernförde standen die brandenburgische Division Manstein und die westfälische Winkingerode unter dem Prinzen Friedrich Karl; auf dem linken Flügel 10 000 Mann preussischer Garden unter General von der Mülbe. Die dänische Armee hielt, reichlich 30 000 Mann stark, unter General de Meza die Danevirke besetzt, eine Linie von Befestigungen, die sich gegen 11 Stunden weit von Schleswig aus west- und ostwärts erstreckte und für schwer zu nehmen galt. Am 1. Februar überschritten die Verbündeten die Eider. Prinz Friedrich Karl war der erste am Feinde. Nach kleinen Scharmützeln mit dänischer Infanterie und zwei Kriegsschiffen in der Bucht von Eckernförde suchte er am 2. die Schanzen von Missunde auf dem östlichen Flügel der Danevirke zu stürmen und so den Übergang über die Schlei zu erzwingen. Allein es Missunde. mißlang, und ein etwas überschwänglicher Tagesbefehl, welcher jedem, der sagen könne: Ich bin ein Kanonier von Missunde! die Antwort: Siehe da, ein Tapferer! versprach, vermochte nicht die Schlappe zu verdecken. Währenddessen waren die Österreicher gegen die mittlere Hauptstellung vorgerückt und bestanden am 3. bei Obersjell und Jagel einen heißen Kampf, dessen Ergebnis die Erstürmung des Königsbergs war, der einen Teil der Danevirke beherrschte. Sofort wurden die Vorbereitungen zum Angriff auf das Hauptwerk getroffen. Zur Erleichterung desselben

Beginn des  
Krieges.

Räumung der  
Danevirke.

Översee.

Die Mittel-  
staaten.

folgte Prinz Friedrich Karl am 6. zwei Meilen östlich von Missunde bei Arnis und Cappeln von neuem den Schlei-Übergang versuchen. Da nahmen die Sachen eine unerwartete Wendung. De Meza entschloß sich dem Angriff auszuweichen; zu dauerndem Widerstande war er zu schwach, und das Vorgehen des Prinzen Friedrich Karl würde ernstlich seinen Rückzug bedroht haben; ein Kriegsrat, den er am 4. hielt, billigte die Räumung der vielgepriesenen Verteidigungslinie, und in der Nacht zum 6. Februar wurde sie in aller Stille verlassen. Der Prinz erhielt die Nachricht noch spät am Abend und begann sofort den Übergang; die Meldung aber, die er ins Hauptquartier sandte, erhielt man dort erst in der Frühe des 6., wodurch für die Verfolgung kostbare Zeit verloren ging. Nachmittags gelang es zwar Gablenz bei Översee, südlich von Flensburg, den feindlichen Nachtrab zum Stehen zu bringen und ihn nach blutigem Ringen aus dem Orte zu werfen; den weiteren Rückzug aber vermochte er nicht zu hindern. Die preussische Garde war infolge verspäteter Benachrichtigung soweit zurück, daß sie an diesem Tage gar nicht eingreifen konnte; Prinz Friedrich Karl bedurfte die Zeit fast bis zum Dunkelwerden zum Schlei-Übergang und verlor so jede Fühlung mit dem Feinde; die Österreicher erklärte Gablenz für zu erschöpft zu weiterer Verfolgung. So konnte sich denn die Hauptmasse der Dänen unbehindert in die Halbinsel Sundewitt werfen, auf welcher die mächtigen Düppeler Schanzen ihr Schutz boten; ein anderer Teil unter dem Generalleutnant von Hegermann-Lindenkron zog sich nach Jütland auf die Festung Fridericia zurück. Sie hier anzugreifen lag zunächst nicht in dem Plane der Verbündeten, deren Absicht nur die Besetzung von Schleswig war. Es galt also fürerst nur die Düppeler Schanzen zu erobern, und da zu diesem Zweck schweres Belagerungsgeschütz beschafft werden mußte, trat eine unvermeidliche Pause in der Kriegführung ein.

Auf manche der deutschen Regierungen hatten die Erfolge der großmächtlichen Waffen doch tiefen Eindruck gemacht; die bisherige Majorität zeigte sich erschüttert. Als Wrangel am 12. Februar Altona, Kiel und Neumünster trotz der Verwahrung des Bundesgenerals Hake „aus militärischen Gründen“ besetzen ließ, gab der Bundestag sofort seine nachträgliche Genehmigung. Auf einer Konferenz, welche die Minister von neun Staaten am 18. Februar in Würzburg hielten, wurde zwar beschlossen die Einberufung der holsteinschen Stände, die Verstärkung der dortigen Bundestruppen und die Bestellung eines Bundesfeldherrn zu beantragen; aber aus allen diesen Vorschlägen wurde nichts; ja ein Antrag den Londoner Vertrag für ungültig zu erklären fiel am 25. Februar mit 9 gegen 7 Stimmen durch, und Sachsen suchte bereits unverkennbar eine Annäherung an die Großmächte, indem es am 3. März die Frage anregte, ob nicht eine Beteiligung des Bundes an dem Kriege durch Pflicht und Ehre geboten sei. Die öffentliche Meinung verharrete freilich unverändert in ihrem Mißtrauen gegen die Bismarcksche Politik und suchte, besonders in Süddeutschland, den König von Bayern dahin zu

drängen, daß er persönlich die Führung der Bewegung übernehme. Allein die Erkrankung und der unerwartete Tod des beliebten Fürsten zerstörte am 10. März auch diese Hoffnungen. Seinem Sohne und Nachfolger, Ludwig II., machte es schon seine Jugend unmöglich eine leitende Rolle zu spielen.

Unterdes hatten die Verbündeten auch die jütische Grenze überschritten: am 18. Februar war die preußische Garde in Kolding eingerückt. Österreich billigte diesen Schritt nicht; aber wie es bisher in allem Preußen gefolgt war, so wurde auch jetzt durch eine Sendung des Generalleutnants Edwin von Manteuffel sein Widerspruch beseitigt und auch Gablenz ermächtigt in Jütland vorzudringen, was er vom 7. März an unter glücklichen Kämpfen bei Weile, Skanderup und anderen Orten mit großer Gemächlichkeit that.

Den Unterzeichnern des Londoner Protokolls wurde davon am gleichen Tage Mitteilung gemacht und zugleich die Bereitwilligkeit der beiden Mächte erklärt gegen die Räumung Düppels auch Jütland wiederzuräumen und auf dieser Grundlage an Konferenzen über den Friedensschluß teilzunehmen. Weitergehende Forderungen erlaubten die fremden Mächte sich schon jetzt nicht mehr zu stellen. Besonders England war von seinen weitgehenden Anmaßungen mehr und mehr zurückgekommen. Ende Dezember hatte Lord Russell in Frankfurt ein paar sehr drohende Noten übergeben lassen, in denen er die einstweilige Aufrechterhaltung des Bestehenden und die Anerkennung des Londoner Vertrages forderte. Als er damit weiter nichts als eine ziemlich grobe Antwort von Seiten Beusts erreichte, wandte er sich an Frankreich mit dem Vorschlage einer gemeinschaftlichen bewaffneten Einmischung. Aber Napoleon trug aus vielen Gründen Bedenken sich darauf einzulassen. Er durfte das Nationalitätsprinzip, das er überall sonst beschirmte, in den Elbherzogtümern nicht mit Füßen treten; er hoffte, wenn er Bismarcks Politik bis zu einem gewissen Punkte förderte, auf Gegendienste von dessen Seite; er vergalt England nicht ungern die Verlegenheit, die es ihm selbst bereitet, da es im vergangenen Jahre sich an dem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland nicht beteiligen wollte; vor allem, er war in Mexiko zu sehr gebunden um einen großen Krieg zu wagen. Einen unglücklicheren und gewagteren Krieg als den mit Deutschland, so antwortete Drouyn am 28. Januar der Einladung Russells, gebe es für Frankreich nicht, und der Kaiser werde sich also nicht darauf einlassen. Rußlands Haltung war gleichfalls stark beeinflusst durch die Verlegenheiten, die ihm noch immer aus den polnischen Unruhen erwachsen; es fühlte sich zudem der preußischen Politik zu Dank verpflichtet und hielt deshalb seine Sympathieen für Dänemark in bescheidenen Grenzen. Eine Konferenz der Londoner Vertragsmächte war somit das Höchste, was von allen Seiten erstrebt wurde. Ende März willigten die kriegführenden Staaten in diesen Vorschlag und der Zusammentritt wurde auf den 12. April angesetzt. Weil aber der Vertreter des Deutschen Bundes, Herr von Beust, an diesem

Einmarsch in Jütland.

Die europäischen Mächte.

Die Londoner Konferenz.

Kämpfe vor  
Düppel.

Erstürmung  
der Düppeler  
Schanzen.

Vormarsch  
bis zum Eym-  
fiord.

Tage noch nicht in London sein konnte und die Gesandten von Osterreich und Preußen ohne ihn nicht beginnen wollten, verzögerte sich die Eröffnung bis zum 25. April. Diese Frist wurde von der preußischen Armee noch zu einem entscheidenden Schlage verwertet. Wochenlang war außer Refognoszierungsgefechten vor den Düppeler Schanzen nichts von Bedeutung vorgefallen. Die Dänen hatten ihre Stellungen befestigt und in dem Panzerschiff Rolf Krake ein vortreffliches Verteidigungsmittel herbeigeschafft. Erst am 17. März kam es zu einem ernsthafteren Kampfe, der die Preußen in den Besitz des Vorterrains bis auf etwa 1500 Schritt von den Schanzen brachte; am 30. wurde die erste Parallele eröffnet. Aber während so alles zur Eröffnung des ersten Artillerieangriffes vorbereitet wurde, betrieb der Prinz gleichzeitig im tiefsten Geheimnis ein ganz anderes Unternehmen. In der Nacht zum 2. April wurden bei Ballegard, der Nordspitze Alsens gegenüber, 50 schwere Geschütze aufgestellt, alle verfügbaren Pontons und Böte wurden dorthin geschafft und die Brigade Göben bestimmt mittels derselben nach der Insel hinübergebracht zu werden. Gelang das Unternehmen, so war die Stellung von Düppel umgangen und der Krieg entschieden. Das Geheimnis war vortrefflich bewahrt und nur eine Vorbedingung mußte eintreffen: ruhige See, denn dem heftigeren Schlage der Wellen waren die Pontons nicht gewachsen. Unglücklicherweise erhob sich ein stürmischer Nordwest, der auch die Nacht hindurch anhielt. Damit war der ganze Plan vereitelt, denn längeres Zögern verriet den Dänen die Absicht und setzte sie in den Stand Gegenmaßregeln zu treffen, die alle Hoffnung auf Gelingen zerstörten. So wurde denn nun der direkte Angriff gegen Düppel als einziges Ziel ins Auge gefaßt; am 7. April begann die Beschießung aus 66 Geschützen, welche den Feind bald zum Verstummen brachten; in den nächsten Tagen folgte die Anlegung weiterer Parallelen und endlich am Ostermontag, 18. April, der Sturmangriff, eingeleitet durch eine zwanzigstündige ununterbrochene Beschießung aus 102 Geschützen. Am 10 Uhr brachen die sechs Sturmkolonnen vor und setzten sich in weniger als einer halben Stunde in den Besitz der vordersten sechs Schanzen, fast ebenso schnell in den der zweiten Linie. Dann kam der Angriff eine Weile zum Stehen, aber schon um 12 Uhr waren die Dänen bis in den Brückenkopf zurückgeworfen und wieder zwei Stunden später hatten die letzten von ihnen das Festland geräumt. Ihr Verlust betrug gegen 5000 Mann, zur größeren Hälfte unverwundete Gefangene; 120 Geschütze fielen in die Hände der Sieger, die ihrerseits an 1200 Tote und Verwundete zählten. Da es unmöglich war dem Feinde nach Alsen zu folgen, beschloß Wrangel den Sieg durch entschlossenes Vordringen in Jütland auszunutzen. Zu der Garde, die in den letzten Tagen auch nach Düppel herangezogen war, wurden andere Truppenteile gefügt, das so gebildete Korps unter den Befehl des bisherigen Generalstabschefs Wrangels, Vogel von Falckenstein (den am 30. April Generalleutnant Moltke ersetzte), gestellt, und sofort der Vor-

marſch begonnen. In wenigen Tagen war Jütland bis zum Lymfjord von Feinden geſäubert und Wrangel konnte für den 1. Mai eine Kontribution von 650 000 Thalern als Erſatz für die Blockierung deutſcher Häfen und die Wegnahme deutſcher Schiffe ausſchreiben. Auch der letzte feſte Punkt, den die Dänen behaupteten, Fridericia, war, von Gablenz beſchoſſen, ein paar Tage nach dem Beginn der Konferenzen, am 29., von dem Feinde nachts geräumt. Einen Angriff auf Fünen, den die preußiſche Heeresleitung plante, wies das öſterreichiſche Kabinett zurück.

Auch jetzt ſtellten die Dänen dem Abſchluß eines Waffenſtillſtandes noch allerlei Hinderniſſe entgegen; auf ihren Inſeln glaubten ſie ſobald nichts befürchten zu brauchen. Erſt am 11. Mai kam auf 4 Wochen die ſpäter bis zum 26. Juni verlängerte Waffenruhe zuſtande. Die förmlichen Konferenzen nahmen ihren Anfang. Beuſt verlangte die Anerkennung der Unabhängigkeit Schleſwig-Holſteins unter ſeinem rechtmäßigen Herzog Friedrich VIII.; daß dieſe Forderung dem Willen des deutſchen Volkes entſpreche, konnte er mit der Adreſſe beweifen, die 1353 Abgeordnete der Einzelſtaaten an ihn gerichtet hatten. Aber ohne den Beiſtand der beiden Großmächte war er doch ohnmächtig und dieſes Beiſtandes entbehrte er zunächſt. Preußen that freilich ſofort einen großen Schritt der Annäherung. Nachdem die Kanonen geſprochen hatten und ſoviel Blut vergoſſen war, konnte Bismarck unbedenklich den Londoner Vertrag als verfallen bezeichnen; Dänemark ſelbſt habe ihn durch den Krieg zerriffen. Allein was er und mit ihm Öſterreich forderten, war trotzdem mehr geeignet die fremden Mächte als das deutſche Volk zu befriedigen: ſie ſchlugen nämlich am 17. Mai die Vereinigung Schleſwig-Holſteins zu einem durch Personalunion mit Dänemark verbundenen Staate vor. Erſt als der dänische Geſandte dieſen Vorſchlag rundweg ablehnte, gingen ſie weiter und erklärten die Anerkennung Friedrichs VIII., der in den Augen Deutschlands die beſten Erbrechte und überdies die unbedingte Zuſtimmung der Schleſwig-Holſteiner habe, für die einzige noch mögliche Löſung. Freilich ſtimmte ihnen darin nur Herr von Beuſt zu; aber auch England gab jetzt Dänemarks Sache ſoweit verloren, daß es höchſtens Nordſchleſwig ihm noch retten zu können hoffte. Seine Teilungsvorſchläge fanden jedoch hüben wie drüben unbedingte Zurückweiſung: den Dänen war nicht einmal die Schleilinie genug, während Preußen nicht daran dachte die Stellung von Düppel aufzugeben. Aus dieſer Verlegenheit glaubte Palmerſton endlich den bequemſten Ausweg zu finden, wenn er die Löſung der Grenzfrage durch einen Schiedsrichter empfehle. Er dachte ſich darunter keinen anderen als Napoleon. Daß Dänemark ſich weigern werde darauf einzugehen, zog er gar nicht in Rechnung; bei Öſterreich ſetzte er mit Recht die größte Bereitwilligkeit voraus; Preußens mutmaßliche Ablehnung aber war die lockendſte Möglichkeit, die er ſich denken konnte. Er ſah inſolge derſelben bereits das Bündnis der deutſchen Großmächte geſprengt und den franzöſiſchen Kaiſer in heftigem Zorne wegen der ihm widerfahrenen Beleidigung, und

Die Londoner  
Konferenz.

Die Aner-  
kennung des  
Erbprinzen.

Bergeblühe  
Verhand-  
lungen.

kaum war von Berlin, aber freilich auch von Kopenhagen und Wien, die ablehnende Antwort eingelaufen, so machte er noch einmal den Versuch Napoleons Mitwirkung zu einer kriegerischen Drohung zu erlangen. Der Erfolg war doch kein besserer als früher: der französische Kaiser wollte nur dann darauf eingehen, wenn England bereit sei ihm die Ausnutzung eines Sieges im französischen Interesse zu gestatten und dazu hatte man doch in London keine Lust. Selbst das sehr dänenfreundliche Unterhaus billigte nach langen Debatten auf Kinglakes Antrag am 9. Juli das Verhalten der Regierung, das sich inzwischen doch schon als völlig unfruchtbar erwiesen hatte. In Deutschland aber begann eine neue mächtige Agitation und bald lagen die Erklärungen von 350 Volksversammlungen und Vereinen gegen alle Teilungspläne vor. So blieb der Konferenz nichts übrig, als sich am 26. Juni ohne Ergebnis aufzulösen und noch einmal den Waffen das Wort zu gönnen.

Eroberung  
von Alsen.

Diese sprachen mit unerwarteter Schnelligkeit. An Wrangels Stelle war am 18. Mai Prinz Friedrich Karl als Oberbefehlshaber getreten; in der Führung der Armee von Düppel ersetzte den letzteren Herwarth von Bittenfeld. In der Nacht zum 29. Juni führte dieser seine Truppen, wenig behelligt von dem gefürchteten Rolf Krake, den die Strandbatterien in Schach hielten, über den Alsenjund, trieb das dänische Heer bis Mittag in die Halbinsel Refenis und nötigte es so mit einem Verlust von 1200 Toten und Verwundeten, 2800 Gefangenen und 97 Kanonen nach Fünen hinüberzuziehen. In den folgenden Tagen rückten Gablenz und Bogel von Falckenstein in Jütland über den Lymfjord vor, zwangen den Generalleutnant von Hegermann sich gleichfalls nach Fünen einzuschiffen und pflanzten am 13. Juli ihr Banner am Kap Skagen auf. Auch zur See, wo sie ihrer Überlegenheit so sicher gewesen waren, begünstigte das Glück die Dänen nicht. In der ersten Hälfte des Krieges, vor dem Waffenstillstande, war es zu zwei Seetreffen gekommen, am 17. März an der Ostküste von Rügen bei Jasmund und am 9. Mai bei Helgoland. In dem ersten Gefechte forderte ein kleines preussisches Geschwader unter Kontreadmiral Tachmann (3 Schiffe mit 43 Kanonen) den vierfach überlegenen Feind tapfer heraus und kehrte ohne Verlust nach Swinemünde zurück. Bei Helgoland wurde der österreichische Admiral Tegetthoff, der ein österreichisch-preussisches Geschwader befehligte, durch den Brand seines Flaggenschiffes Schwarzenberg zwar zum Rückzug nach der Elbe gezwungen, so daß die Dänen den Sieg für sich beanspruchen durften, aber dieser Sieg war doch ein gänzlich fruchtloser. Seit dem Ende des Waffenstillstandes war es zu größeren Seeunternehmungen nicht gekommen; aber ein paar kleine Schlappen entmutigten die Dänen sehr. Daß der Rolf Krake so wenig leistete, widersprach aller Erwartung; ein Scharmüchel bei Dornbusch in der Ostsee am 2. Juli endete mit dem Rückzug einer dänischen Fregatte vor ein paar preussischen Kanonenbooten und in der Nordsee bemächtigten sich die Verbündeten der westfriesischen Inseln Sylt, Föhr u. s. f. und

Kämpfe zur  
See.

bekamen dabei mehrere dänische Kanonenbote und deren Befehlshaber, den kühnen Kapitän Hammer, in ihre Gewalt. Die Nachricht von diesem Vorgange verstärkte den niederschlagenden Eindruck, den der Verlust Alsen's und Sütlands in Kopenhagen hervorrief; man fing an sich auch auf den Inseln nicht mehr sicher zu fühlen und eine feindliche Landung für möglich zu halten. Das eiderdänische Ministerium Monrad, das an dem Könige niemals eine Stütze gehabt und nun auch das Vertrauen des Volkes verloren hatte, trat am 8. Juli zurück und der König bildete ein Kabinett aus ehemaligen Gesamtstaatsmännern mit dem Auftrage Friedensverhandlungen zu beginnen. Am 12. Juli machte Bluhme, der neue Minister des Aeußeren, dem Feinde Mitteilung davon und schon am 18. ward in Christiansfelde eine Waffenruhe bis zum Schluß des Monats vereinbart, während deren in Wien die Friedensunterhandlungen gepflogen werden sollten. Sie führten am 1. August zum vorläufigen Abschluß, der dann ein Vierteljahr später, am 30. Oktober 1864, endgültig durch den Wiener Frieden bestätigt wurde. König Christian entsagte allen seinen Ansprüchen an die Herzogtümer und erkannte zum voraus alle Verfügungen an, welche Preußen und Oesterreich bezüglich derselben treffen würden; einige Grenzdistrikte in Nordschleswig wurden gegen eingeschlossene Gebietsteile, die bisher zu Sütlund gehört hatten, eingetauscht; auf den Ersatz der Kriegskosten verzichteten die beiden Mächte, behielten sich aber vor sie von den Herzogtümern sich erstatten zu lassen; endlich übernahmen sie für die letzteren einen Teil der dänischen Staatsschuld im Betrage von über 20 Millionen Thalern.

Umschwung  
in Kopen-  
hagen.

Der Wiener  
Friede.

Die Teilnahme Europas hatte sich während der ganzen Dauer des Krieges fast ausschließlich Dänemark zugewandt. Von einem wirklichen Verständnis der Streitfrage war im Auslande nur sehr vereinzelt eine Spur zu finden; im allgemeinen empfand der Fremde nur das begreifliche Mißbehagen, das jemanden beschleicht, der zwei Große einen Kleinen zu Boden werfen sieht; und daß diese beiden Großen Oesterreich und Preußen waren, Oesterreich, so lange Jahre hindurch der Hort des Absolutismus und der Willkür, Preußen, das widerwillige Opfer Bismarckscher Despotie und militärischer Überbürdung, ließ jedem Unkundigen die Behauptung nur um so glaublicher erscheinen, daß es sich hier im Grunde um einen Kampf der Reaktion gegen den Liberalismus handle und daß die Freisinnigkeit der dänischen Verfassung von 1863 ihre Hauptschuld in den Augen der preussischen und oesterreichischen Staatsmänner gewesen sei. Die Dänen ließen sich diese Auffassung sehr gern gefallen und fanden sie durch den konservativen Charakter des Ministeriums Bluhme bestätigt. Die Abneigung gegen ein Kabinett, das dem Lande einen opfervollen Frieden gebracht, kam der dänischen Fortschrittspartei, die sich mit dem volkstümlichen Namen der Bauernfreunde geschmückt hatte, sehr zu statten und da mit dem Verlust Schleswigs die bisherige Verfassung notwendig abgeändert werden mußte, fehlte es nicht an Stoff zu heftigen Kämpfen. Schon über die Frage, ob der Kumpf des

Die Haltung  
Europas.

Dänische Par-  
teikämpfe.

weiteren Reichsrats, in dem die Schleswiger mit gefessen hatten, oder ob der engere Reichstag, in dem nur Jütland und die Inseln vertreten waren, zur Abänderung befugt sei, entspann sich ein bitterer Streit; Regierungsanträge auf Beschränkung des Wahlrechts und Einführung zweijähriger Budgetperioden gaben neuen Stoff. Bluhme suchte sich durch Neuwahlen im Mai 1865 zu helfen, gewann aber keine Mehrheit und machte im November dem Grafen Frijs-Frijsenborg Platz, der denn glücklich sowohl mit dem Reichsrat wie mit dem Reichstag die neue Verfassung vereinbarte. Der heftige Parteigegensatz dauerte aber fort und die Bauernfreunde gewannen immer mehr Boden im Lande, ohne daß der König sich entschließen konnte ihnen die Regierung anzuvertrauen. Seine eigene Stellung zum dänischen Volke, die von vornherein sehr unbefriedigend gewesen war, besserte sich daher auch nicht wesentlich und eine volle Aussöhnung lag fast ebenso fern, wie die Wiederkehr eines freundlichen Verhältnisses zwischen dem dänischen und dem deutschen Volke.

### Verfassungskämpfe in Preußen und Oesterreich.

Bismarcks  
erste Erfolge.

Mit voller Befriedigung durfte dagegen der leitende Staatsmann Preußens auf den Weg zurückzuschauen, den er seit Jahresfrist zurückgelegt hatte. Ohne von der Treue, die selbst einem drückenden Vertrage gebührte, abzuweichen, ohne die Gefahr eines europäischen Krieges, die nahe genug lag, näher zu rücken, ohne sich von der feindlichen Haltung der eigenen Landesvertretung, von der tiefgehenden Aufregung des deutschen Volkes, von dem Drängen der übrigen Bundesfürsten beeinflussen zu lassen, hatte Bismarck das höchste Ziel aller Patrioten, die völlige Lostrennung der Herzogtümer von Dänemark, auf seinem Wege erreicht, hatte er die Schritte der österreichischen Staatsmänner nach seinem Willen gelenkt, hatte er dem preußischen Namen militärisch und politisch den langentbehrten Glanz zurückgegeben. Aber wieviel auch schon gewonnen war, es blieb doch fast noch mehr zu thun übrig. Die staatlichen Verhältnisse der Herzogtümer mußten neugeordnet werden. Eine weite Kluft trennte die preußischen Pläne von den Forderungen des deutschen Volkes und der Schleswig-Holsteiner wie von den Absichten der österreichischen Regierung. Diese, welche selbst nicht daran denken konnte an der Nord- und Ostsee Länderbesitz zu erwerben, war durchaus geneigt dem Bundestag und dem deutschen Volke zu willfahren und Friedrich VIII. einzusetzen; Preußen dagegen meinte es mit den Ansprüchen, die es von Christian IX. im Wiener Frieden erworben hatte, ernstlicher, und war entschlossen dieselben, wenn nicht zur völligen Einverleibung der Herzogtümer, so doch dazu zu benutzen die Streitkräfte derselben zu Land und See sich dienstbar zu machen. Schon frühzeitig war die öffentliche Meinung auf diese Absichten hingewiesen worden, am deutlichsten durch eine Adresse, die Graf Arnim-Bohzenburg

Preußens  
Zielpunkte und  
Bedingungen.

und andere Konservative am 11. Mai 1864 an den König gerichtet und in der sie ein Schutzverhältnis oder die völlige Einverleibung der Herzogtümer als wünschenswerteste Lösung erbeten hatten. Unter welchen Bedingungen Preußen geneigt sei die Einsetzung Friedrichs VIII. einzuräumen, entwickelte Bismarck dem Prinzen persönlich in einer Unterredung, die er mit ihm am 1. Juni hatte; er forderte die Abtretung einiger befestigten Punkte, das Aufsichtsrecht über den projektierten Nordostseefanal und einen Militärvertrag. Zu seinem Unglück glaubte der Prätendent davon noch mancherlei abdingen zu können, machte Schwierigkeiten hinsichtlich der Landabtretungen und erklärte, der Militärvertrag dürfe jedenfalls nicht so umfassend sein wie der mit Sachsen-Koburg abgeschlossene. Durch ungeschickte Drohungen mit dem Bunde und sogar mit Oesterreich verdarb er seine Stellung vollends und machte es seinen Freunden am preußischen Hofe, zu denen selbst der Kronprinz gehörte, sehr schwer für ihn einzutreten. Die Stimmung in den Herzogtümern war noch so unentschieden, daß die Einwilligung des Prätendenten in Bismarcks Forderungen das Aufkeimen jedes Widerstandes verhindert haben würde. Jetzt aber wurde derselbe künstlich großgezogen. Jeder Äußerung zu Gunsten der preußischen Forderungen folgte eine Antwort im Sinne des Erbprinzen; wenn eine Versammlung von Prälaten und Rittern am 8. August die Gemeinschaft der Diplomatie und des Heerwesens mit Preußen empfahl, so betonte kaum 14 Tage später der Städtetag von Neumünster die Selbstständigkeit des Landes, die durch den Anschluß an Preußen nicht gefährdet werden dürfe. Das Mißtrauen gegen Bismarck erwies sich schnell als so mächtig, daß die Dankbarkeit dagegen verschwand. Schon im Oktober, ehe noch der Friede unterzeichnet war, hatte die Augustenburgische Agitation das Land so unterwühlt, daß Preußen eine Befragung der Stände über die Zugeständnisse, die es forderte, nicht mehr wagen durfte. Die Folge davon war, daß man in Berlin die endgültige Lösung hinauszuschieben sich entschloß und die völlige Verschmelzung Schleswig-Holsteins mit dem preußischen Staate ernstlicher ins Auge faßte. Diese fand nun freilich gar wenig Anklang in den Herzogtümern selbst wie im übrigen Deutschland; sogar die Freunde der preußischen Vormacht sahen darin eine Gefährdung der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands. Wenn in Preußen selbst das staatliche Bewußtsein stark genug war um auch die liberalen Gegner Bismarcks zu der heimlichen Anerkennung zu nötigen, daß die Einverleibung doch das wünschenswerteste Ziel sei, so machte die erregte Parteistimmung und die wachsende Vergiftung des Verfassungskonfliktes es doch nur wenigen scharfblickenden und mutigen Männern möglich auch offen dafür einzutreten. Erfolgreicher als irgend ein zweiter erhob Heinrich von Treitschke in den Preußischen Jahrbüchern seine warm zu Herzen dringende Stimme um den alten Grundsätzen der nationalen Partei zum Siege über die augenblickliche Verbitterung zu verhelfen; Mommsen, selbst ein Schleswig-Holsteiner, und andere folgten ihm und

Die Stimmung  
in den Herzog-  
tümern.

Die Opposition  
in Preußen.

Die Landtags-  
session von  
1864.

wenn die Wirkung ihrer Worte noch nicht gleich zu Tage trat, so war der Stoß, den die Schwärmerei für den Augustenburger in Tausenden von Gemütern durch sie erhielt, doch ein gewaltiger. Aber die leitenden Köpfe der Opposition konnten sich, wie die Dinge nun einmal lagen, doch zu keiner offenen und vertrauensvollen Unterstützung Bismarcks verstehen: zu tief waren sie durch den bisherigen Verlauf des Verfassungskampfes verletzt worden, und zu nichtig waren die Hoffnungen auf eine ehrliche Versöhnung mit dem Ministerium. Die Landtagsession, welche den Neuwahlen vom Oktober 1863 folgte, hatte nicht den leisesten Schimmer einer Annäherung gezeigt; über die Preßordonnanz vom 1. Juli, über die Wahlumtriebe der Regierung, über das Wehrgesetz und das Budget von 1864 entbrannten heiße Kämpfe und die verdächtige Politik Bismarcks in der schleswig-holsteinischen Frage bot ein neues Schlachtfeld, auf dem die Gegner ingrimmig aneinander gerieten. Nachdem die Abgeordneten zuguterletzt jede Anleihe ohne ihre Genehmigung für verfassungswidrig und auf alle Zeiten unverbindlich erklärt hatten, schloß eine königliche Botschaft am 25. Januar 1864, also acht Tage vor Beginn des Krieges, den Landtag und ein Beschluß des Ministeriums bestimmte die Grundsätze, nach denen die budgetlose Regierung geführt werden sollte. In die Kriegs- und Siegesklänge mischten sich die unerfreulichen Berichte über die Maßregelungen liberaler Beamten und die Heterereien der regierungsfreundlichen Presse, die im Geiste schon das „innere Düppel“ gleich dem äußeren erstürmt sah. Wie gering die Umstimmung im Volke war, lehrten die Nachwahlen im Herbst 1864, die fast alle zu Gunsten der Opposition ausfielen, und wenn der Ruhm der preußischen Waffen allüberall mit Jubel begrüßt wurde, so war man doch weit entfernt davon der Umgestaltung des Heeres einen erheblichen

von 1865. Anteil daran beizumessen. Weder der Hinweis der Thronrede vom 15. Januar 1865 auf den Zusammenhang zwischen der Reorganisation und dem siegreichen Kriege, noch die Lobrede Eulenburgs auf die Eleganz, mit der das umgestaltete Heer den Feind geschlagen, am allerwenigsten aber die Beteuerung des Herrenhauses, daß der Sieg die erste Frucht der neuen Heeresverfassung sei, gewannen der Regierung auch nur eine einzige Stimme im Abgeordnetenhause. Die Thronrede sprach den dringenden Wunsch des Königs aus, daß der Gegensatz zwischen Regierung und Landtag seine Ausgleichung finden möge; Graf Eulenburg bot jeden anderen Ansatß des Budgets als Prüfstein dafür an, daß das Ministerium sich in Abstriche fügen würde; lassen Sie diesen Streitpunkt aus der Welt verschwinden, rief er aus, dann wird uns der zweijährige Kampf als Lehre dienen für künftige Zeiten und mehr als wir jetzt ahnen zur Entwicklung des Verfassungslebens beitragen; — aber alles das waren doch nur Worte, von thätlichem Entgegenkommen der Regierung war nichts zu merken, und die Abgeordneten glaubten daher selbst einer Antwortadresse auf die Thronrede sich enthalten zu sollen; ein paar warme Worte, mit denen der Präsident Grabow der

Fortdauer  
des Konfliktes.

friegerischen Vorgänge gedachte, durch die Preußens verpfändete Ehre ruhmreich eingelöst und die Scharte von Olmütz ausgewetzt sei, lieferten den einzigen Beweis, daß auch die Opposition die Bedeutung der jüngsten Ereignisse nicht verkannte. Vergebens bemühten sich einige liberale Abgeordnete ihre Freunde zu einer Kundgebung für den engen Anschluß der Herzogtümer an Preußen zu bewegen; Carlowitz empfahl dem Hause sich für die Erwerbung des Kieler Hafens und einen Flottenvertrag mit Schleswig-Holstein zu erklären; Michaelis beantragte eine Resolution, die ganz in Bismarcks Sinne die Zugeständnisse bezeichnete, welche Preußen von dem Augustenburger fordern müsse; Twisten und manche andere patriotisch und nüchtern denkende Männer sprachen sich zu Gunsten dieses Antrags aus; aber die große Mehrheit der Fortschrittspartei verwarf ihn, weil sie das Ministerium um jeden Preis stürzen und es zu dem Zweck überall bekämpfen wollte. Da der Antrag auf Einverleibung des eroberten Landes, den Wagener namens der Conservativen stellte, mit noch größerer Mehrheit verworfen wurde, so ging die Session zu Ende, ohne daß die zweite Kammer irgend welchen Beschluß über eine Frage gefaßt hatte, die doch jedermann im Lande, die ganz Europa beschäftigte. Wurde darüber schon mancher, der in dem Verfassungskampfe treu zur Mehrheit stand, stutzig, so verstärkte die lediglich verneinende Haltung, die das Haus auch zu vielen anderen Vorlagen der Regierung einnahm, diesen Eindruck. Militärgesetz und Budget sah das Volk wohl ohne Verwunderung in derselben Weise wie bisher zu Fall gebracht; aber daß die Abgeordneten die nachträgliche Genehmigung der Kriegskosten im Betrage von etwa 70 Millionen Mark verweigerten, daß sie den Flottengründungsplan, der innerhalb zwölf Jahren etwa 100 Millionen Mark auf die Wehrkraft Preußens zur See verwenden wollte, einfach verwarfen, daß sie einer Anleihe behufs Ausdehnung des Eisenbahnnetzes sich widersetzten und der preußischen Bank die Ermächtigung versagten ihren Geschäftsbetrieb auf ganz Deutschland zu erstrecken, das alles erregte viel Befremden und wurde mindestens von den nächst Beteiligten als eine Schädigung der Landesinteressen aufgefaßt, für die das Abgeordnetenhaus verantwortlich sei. Das strenge Festhalten an dem Sage, dieses Ministerium dürfe in keinem Punkte unterstützt werden, mußte zu sehr unliebsamen Folgerungen führen, und ab und zu konnte selbst die Fortschrittspartei ihm nicht treu bleiben. In der Eisenbahnfrage bewilligte eine Mehrheit von 70 Stimmen die Mittel zum Bau dadurch, daß sie der Regierung den Verkauf von Aktien, die sich im Besitze des Staates befanden, gestattete, und als die Verträge über die Fortdauer des Zollvereins vorgelegt wurden, hatte geradezu niemand Lust sie um des Prinzipes willen zu verwerfen. Wie sich die deutschen Regierungen trotz alles Sperrens im Laufe des Jahres 1864 eine nach der anderen dem vielangefochtenen französischen Handelsvertrage gebeugt hatten, so lag doch auch für das Abgeordnetenhaus eine peinliche Notwendigkeit darin, daß es dem Siege der verhaßten Regierung gleichsam

Unfruchtbarkeit  
der Session.

Der Zoll-  
verein.

Symptome  
der Verbitte-  
rung.

das letzte Siegel aufdrücken mußte, als es die Zollvereinsverträge genehmigte; wenn es in dieser Frage unbeschadet seiner sonstigen Opposition das Ministerium von Anfang an zum Heile des Landes ehrlich unterstützt hatte, warum, so hörte man fragen, konnte es nicht ebenso in anderen wichtigen Dingen handeln? Ein Blick in die liberalen Zeitungen, besonders in die des außerpreussischen Norddeutschland, lehrte, daß die Fortschrittspartei aus der Session von 1865 jedenfalls nicht gekräftigt hervorgegangen war, daß sich neue, der Regierung freundlichere Strömungen in der öffentlichen Meinung vorbereiteten. Wenn sie nicht erfolgreicher zum Durchbruch kamen, so lag das lediglich an dem verletzenden Auftreten des Ministeriums. Eine Forderung zum Zweikampf, die Bismarck an den Abgeordneten Virchow richtete, weil derselbe Zweifel an seiner Aufrichtigkeit geäußert, eine Drohung Roons: der Streit könne aus einer Rechts- zu einer Existenzfrage werden, wodurch die Beseitigung der Verfassung in Aussicht gestellt zu sein schien, eine Fülle von scharfen Worten, die während der fünfmonatlichen Session vom Ministertisch gefallen waren, die fortgesetzte Bevormundung der städtischen Behörden, die Maßregelung der Beamten, der Vereine und der Presse, die Beeinflussung der Gerichte, deren Unabhängigkeit Männer wie Twisten und Gneist für gebrochen erklärten, und so viele andere verwandte Klagen hielten auch die, welche der äußeren Politik Bismarcks mehr und mehr sich zuneigten, in der Opposition gegen das Ministerium fest. Die fünfzigjährige Jubelfeier der Vereinigung des Rheinlandes mit Preußen verlief kalt, in gedrückter Stimmung; die Liberalen schlossen sich vielerorten davon aus, der König selbst konnte nicht in dem verdrossenen Köln, sondern mußte in Aachen am 15. Mai 1865 die Hauptfeier begehen; dasselbe Köln aber bereitete sich zu einem glänzenden Feste vor, das ein liberaler Verein unter Führung des Stadtverordneten Classen-Kappelmann am 22. Juli den fortschrittlichen Abgeordneten zu geben gedachte und das zu verhindern die Regierung offenbare Gesetzwidrigkeiten und Gewaltmaßregeln nicht scheute. Vom Rhein bis zum Pregel gab es keine große Stadt, die nicht in den Kampf gegen die Regierung verwickelt gewesen wäre; Berlin sah innerhalb dreier Monate von neun Stadtratswahlen acht vernichtet; Königsberg erhielt einen konservativen Landrat zur Verwaltung des Bürgermeisteramtes, da das Ministerium der von den Stadtverordneten getroffenen Wahl hartnäckig die Bestätigung versagte; ähnlich ging es in zahllosen anderen Fällen. Dafür verweigerten dann die städtischen Behörden in Köln oder Trier, in Essen oder Münster die geforderte Teilnahme an den Jubelfesten, lehnten in Stettin den feierlichen Empfang des Kronprinzen ab oder unterließen in Königsberg wohl gar die Erleuchtung und Beflaggung an des Königs Geburtstag, in einem so königstreuen Volke, wie das preussische seit alters gewesen, Vorgänge von ernster Bedeutung, Zeugnisse für den Beginn einer Umwandlung des sittlich-politischen Urteils, die jedem monarchisch gesinnten Manne heunruhigender erscheinen mußten als die

revolutionären Ausschreitungen des Jahres 1848 oder die Mordversuche eines Tschsch oder Oskar Becker.

Für die auswärtige Politik Preußens war der innere Streit nicht in dem Maße ein Hindernis, wie man wohl hätte erwarten können; hauptsächlich deshalb nicht, weil der nächste Gegner, den man bekämpfen mußte, Oesterreich, sich in ganz ähnlicher Lage befand. Bis über den Frankfurter Fürstentag hinaus, bis in den Beginn der schleswig-holsteinschen Bewegung hinein war die Schmerlingsche Politik, die sich auf die deutsche Bevölkerung stützte und Ungarn in den Einheitsstaat hineinzwingen wollte, im Aufsteigen begriffen; in Deutsch-Oesterreich und in einem großen Teile von Deutschland glaubte man an ihren Erfolg, und dieser Glaube gab ihr Kraft. Aber das Scheitern des Fürstentages und das Bündnis mit Preußen gegen Dänemark waren zwei harte Schläge für Schmerling; die Entfremdung, die im Gefolge derselben zwischen Wien und den Mittelstaaten eintrat, bedrohte die Grundlage seines Systems, und Rechbergs Entfernung aus dem Auswärtigen Amte war die Vorbedingung für den Wiedergewinn des Verlorenen; es war unmöglich, daß man gleichzeitig die Großdeutschen beleidigte und sich doch auf die großdeutsch gesinnte Bevölkerung Oesterreichs stützen wollte. Der Sturz Rechbergs, dem es kaum noch vergönnt wurde den Frieden mit Dänemark zu unterzeichnen, bedeutete daher unzweifelhaft einen Sieg Schmerlings; Graf Mensdorff-Pouilly, der am 27. Oktober 1864 die Leitung der auswärtigen Politik übernahm, hatte als dringendste Aufgabe die verlorene Fühlung mit den Mittelstaaten wiederherzustellen, oder wie das Abgeordnetenhaus sich in seiner Antwort auf die Thronrede am 6. Dezember ausdrückte: die bundesrechtlichen Beziehungen zu den deutschen Staaten zu pflegen, die Bande mit denselben durch Reformen der Bundesverfassung enger zu knüpfen und den bundeswidrigen Sonderbestrebungen Preußens entgegenzutreten. Aber dieser Auftrag war leichter gegeben als ausgeführt, und wenn Schmerling vom österreichischen Standpunkt aus die schleswig-holsteinsche Frage mit Recht als gänzlich verfahren bezeichnete, so wußte doch weder er noch das Abgeordnetenhaus die Wege anzugeben, auf denen sie wieder ins richtige Gleis gebracht werden könne. Überdies gab es an anderen Sorgen nur gar zu viele. Als der weitere Reichsrat im November 1864 wiederzusammentrat, blieben die tschechischen Mitglieder aus und verstümmelten dadurch die hohe Körperschaft noch mehr als früher. In den einzelnen Ländern war die Opposition gegen den Einheitsstaat sichtlich gewachsen; im Prager Landtag hatten die Tschechen die Mehrheit gewonnen, in Tirol erhob die Partei der Glaubenseinheit mit ungeminderter Kraft ihre Stimme, in Krain, Dalmatien, Triest kam es zu mißliebigen Kundgebungen der Slowenen und Italiener; Venetien erlebte in Friaul sogar einen kurzen Aufstandsversuch und in Padua hochverräterische Demonstrationen der Studenten, Ungarn beharrte in seinem Widerstande und die Ersetzung Forgacz's durch den Grafen Zichy, der recht geüffentlich seine Wünsche für die Februarver-

Die Lage in Oesterreich.

Annäherung an die Mittelstaaten.

Die Opposition in den Landtagen.

fassung bei einem Festmahl in Wien kundgab, reizte die Deakisten und die Altkonservativen zu lebhaften Gegenäußerungen; Galizien war durch die Verhängung des Belagerungszustandes aus Anlaß des polnischen Aufstandes mundtot gemacht. Daß die Regierung verfassungsmäßig zu dieser Sicherheitsmaßregel berechtigt gewesen sei, konnte nicht geleugnet werden, aber gleichwohl entwickelte sich daraus ein ernstlicher Streit mit dem Abgeordnetenhanse. Dieses verlangte, daß nach seinem Zusammentritt ihm die kaiserliche Verordnung vorgelegt werde, und bestritt ihre Gültigkeit für den Fall, daß der Reichsrat seine Zustimmung versage; das Ministerium aber gab dem Verfassungsparagraphen, welcher ihm das Recht erteilte in Abwesenheit des Reichsrates dringende Verfügungen zu treffen, und es nur verpflichtete der Landesvertretung späterhin Gründe und Erfolge eines solchen Schrittes darzulegen, die weitgreifende Bedeutung, daß eine Genehmigung des Reichsrates selbst nachträglich nicht von nöten sei; ja es gestand zu, daß nach seiner Auffassung mittels dieses Paragraphen sogar die Verfassung geändert werden könne, eine Erklärung, die das ganze bestehende Recht von dem Willen des Kaisers abhängig machte und an ihrer Tragweite dadurch nichts einbüßte, daß Schmerling beteuerte, mit seinem Willen werde das Kind die Mutter nicht verschlingen, der Paragraph die Verfassung nicht umbringen. War doch, als diese Worte am 16. Juni 1865 fielen, die Stellung des Ministers schon völlig untergraben und sein Sturz nur noch wenige Tage entfernt. Die ganze Dauer der Reichsratssession war eine einzige Kette von Niederlagen für den gewandten Vorkämpfer des Einheitsstaates gewesen. Vergebens suchte er das gelockerte Band, das ihn mit seiner Partei verknüpfte, durch vertrauliche Verhandlungen mit den Führern und durch große Versammlungen von 80 bis 100 Mitgliedern, die er zu sich lud, wiederzufestigen; vergebens kam er dem Wunsche die Ausgleichung mit Ungarn zu beschleunigen, der schon in der Antwort auf die Thronrede ausgesprochen war, entgegen, indem er die Einleitungen zur Wiederberufung des ungarischen und des kroatischen Landtags traf; es blieben der Punkte, in denen er nicht weichen konnte und in denen die Mehrheit nicht weichen wollte, zu viele, als daß ein herzliches Einverständnis zu erreichen gewesen wäre. Vorlagen, die das Haus verlangte, wie ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz oder der Friedensvertrag mit Dänemark, wurden verweigert, Interpellationen über Interpellationen blieben unbeantwortet, im Finanzausschuß, der über den Staatshaushalt für 1865 beriet, kamen die Gegensätze so aneinander, daß die Minister sich weigerten in demselben zu erscheinen. Diese Finanzfragen waren weitaus der schlimmste Stein des Anstoßes. Das Jahr 1864 war mit einem Defizit von 27 Millionen Gulden über den Voranschlag hinaus geschlossen; reichlich 7 Millionen waren mehr ausgegeben, etwa 20 Millionen weniger eingenommen worden, als das Budget bestimmte. Um den dringenden Anforderungen des täglichen Bedarfes zu entsprechen hatte sich das Ministerium dann Unregelmäßigkeiten erlaubt, Gelder, die ihm zur Einziehung

Schmerlings  
Stellung er-  
schüttert.

Finanzlage.

von Münzscheinen und zu ähnlichen Zwecken bewilligt waren, anderweitig verwandt. Erregte das natürlich, als es bekannt wurde, großen Unwillen, so war doch schon vorher über das Maß der möglichen Ersparnisse ein heftiger Zwist entbrannt; der Finanzausschuß und nach seinen Anträgen das Haus strich von den Ausgaben so viel, daß ein Defizit von etwa  $7\frac{1}{2}$  Million übrigblieb; die Absezung von beinahe 13 Millionen für Heer und Flotte hatte sich das Ministerium gefallen lassen, aber etwa 6 Millionen, die das Haus außerdem noch strich, wollte es nicht fahren lassen. Es fand dabei eine Stütze am Herrenhause, das die Summe des Defizits wieder auf beinahe 14 Millionen erhöhte; aber diese Stütze war zu schwach, als daß sie dem schwankenden Ministerium einen Halt hätte bieten können. Länger als vier Jahre hatte der Kaiser auf Schmerlings Wegen ausgeharrt; jetzt sagte er sich, daß er dem erstrebten Ziele ferner sei als je: in Ungarn rührte sich keine Hand zu einem Ausgleich mit Schmerling; selbst die Altkonservativen waren nicht zur Veröhnung mit ihm bereit, während sie dem Kaiser Hoffnung machten sich mit anderen Männern zu verständigen; über den Reichsrat hatte der Minister jede Herrschaft verloren; nicht in den unbedeutendsten Punkten vermochte er bei der Budgetdebatte dem Finanzausschuß gegenüber die Mehrheit auf seine Seite zu ziehen. So reifte der Entschluß des Kaisers von ihm zu lassen und die Februarverfassung aufzugeben. Ein Besuch in der ungarischen Hauptstadt Anfang Juni 1865 diente dazu das zerrissene Verhältnis zu einem Teile des magyarischen Adels wiederherzustellen, wobei Graf Moritz Esterhazy, der des Kaisers besonderes Vertrauen genoß, die wichtigsten Vermittlerdienste leistete. Es wurde für einen glänzenden Empfang des Monarchen gesorgt, und dieser erklärte dem Erzbischof-Primas, daß es sein entschiedener Wille sei Ungarn möglichst zu befriedigen. Währenddessen erlitt das Ministerium im Reichsrat eine letzte entscheidende Niederlage: zur Deckung des Defizits und zur Leistung von Geldzahlungen an die Bank forderte der Finanzminister von Plener am 8. Juni eine Anleihe von 117 Millionen; der Finanzausschuß aber beschloß schon zwei Tage später mit 20 gegen 5 Stimmen darauf nicht einzugehen, und alles, worauf das Haus selbst sich einließ, war die Bewilligung von 13 Millionen für die dringlichsten Bedürfnisse, eine Bewilligung, die mit scharfen Beschlüssen gegen das ganze Finanzsystem verbunden war. Wenige Tage darauf, am 26. Juni 1865, entließ der Kaiser aus eigenem Antrieb die Hofkanzler für Ungarn und Siebenbürgen, Zichy und Radasdy, und ersetzte den ersteren durch Majlath, einen erbitterten Gegner Schmerlings. Diesen Wink konnte das Ministerium nicht mißverstehen: es bat sofort um seinen Abschied, nur Mensdorff-Pouilly und der Kriegsminister Franck waren bereit zu bleiben. Wochen vergingen, ehe für die scheidenden Räte der Krone sich Nachfolger gefunden hatten; schweigend erwartete das Land und erwartete der Reichstag die Entscheidung des Kaisers. An ernstliche Verhandlungen war in dieser gespannten Lage ja doch nicht zu

Schmerling  
und die  
Magyaren.

Schmerlings  
Sturz.

denken, und nur das Budget für 1865 fand noch zur Befriedigung der Abgeordneten seine Erledigung. Auf Befehl des Monarchen wurde die italienische Armee auf den Friedensstand gesetzt und dadurch fast alle Ersparungen, welche das Abgeordnetenhaus forderte, ermöglicht; auch das Herrenhaus stimmte ihnen nunmehr zu, und man gab sich der Hoffnung hin mit einem Defizit von 8 Millionen davonzukommen: wenige Monate später verkündete der neue Finanzminister, daß es in Wahrheit 80 Millionen betragen werde, weil die Einnahmen um 48 Millionen hinter dem Anschlag zurückgeblieben und für Rückzahlungen an die Bank 24 Millionen erforderlich seien, die gar nicht in Ansatz gebracht waren.

Schluß des Reichsrats.

Ohne Ahnung dieser Enttäuschung versammelte sich der Reichsrat am 27. Juli 1865 zum letztenmale um von dem Erzherzog Ludwig Viktor im Namen des Kaisers mit anerkennenden Worten entlassen zu werden. Von einem Staatsstreich enthielt die Thronrede nicht die leiseste Andeutung; sie versicherte nur, daß der Kaiser schleunigst eine Verständigung mit der östlichen Hälfte des Reiches suchen werde; aber trotzdem ahnte man sehr wohl, daß eine verhängnisvolle Wendung bevorstehe, und zweifelnd sprachen die Abgeordneten beim Abschiede die Hoffnung aus sich in den alten Sitzungsräumen dereinst wiederzusehen. Die Minister erhielten noch an demselben Tage ihre Entlassung; Graf Belcredi als Präsident, Graf Larisch für die Finanzen und der bisherige Minister des Äußeren Graf Mensdorff bildeten den Kern des neuen Kabinetts, das nach ihnen das Dreigrafenministerium genannt wurde. Ihr Programm ließ noch zwei Monate auf sich warten; erst am 20. September verkündete ein kaiserliches Manifest den Völkern Osterreichs, was über sie beschlossen sei. Franz Josef versicherte, daß er an seinem Diplom vom 20. Oktober 1860 festhalten werde; aber die Form der Ausführung, welche dasselbe durch die Februarverfassung erhalten, bedürfe der Änderung, da sie in der östlichen Reichshälfte auf unüberwindliche Rechtsbedenken gestoßen sei. Die Verfassungen der einzelnen Länder zwar sollten in Kraft bleiben (und in der That waren die Landtage bereits auf Ende November einberufen), aber das Band, welches der engere Reichsrat um die deutsch-slawischen Provinzen geschlungen, könne nicht fort dauern, solange der weitere Reichsrat nicht von allen Seiten anerkannt sei; sobald mit Ungarn darüber eine Verständigung erzielt sei, werde der Kaiser dieselbe der gleichgewichtigen Entscheidung der übrigen Kronländer unterbreiten, bis dahin aber müsse er die Wirksamkeit der Reichsvertretung sistieren und dem Ministerium die Wahrnehmung der Landesinteressen ohne parlamentarische Mitwirkung anvertrauen.

Ministerium Belcredi.

Suspension der Februarverfassung.

Mit gelassener Befriedigung nahmen die Ungarn, mit jubelnder Zustimmung die Tschechen und Slowenen, mit heftiger Mißbilligung die Deutschen diesen Staatsstreich auf. Am schwersten wurden die letzteren in Siebenbürgen dadurch betroffen: Friede mit Ungarn war ohne die Preisgabe des Großfürstentums nicht zu erkaufen und sein Schicksal war bereits besiegelt, als der Landtag zum 20. November nicht auf

Siebenbürgen.

Grund der Verordnungen von 1863, sondern nach den vormärzlichen Bestimmungen berufen wurde. Denn dadurch erhielten die Magyaren ihre alte künstliche Mehrheit gegenüber den Deutschen und Rumänen wieder und es hätte des Beamtenwechsels, der gleichzeitig stattfand, nicht bedurft um am 6. Dezember den Beschluß zu erwirken, daß Vertreter Siebenbürgens nach Pest abgeordnet werden sollten um dort über die Vereinigung beider Länder zu beraten. Als dieser Beschluß die kaiserliche Genehmigung erhalten hatte, wurde der Landtag Anfang Januar 1866 vertagt und das einzige Zugeständnis an die Deutschen bestand darin, daß er später wiedereinberufen werden solle um die Pester Abmachungen zu bestätigen, ein Zugeständnis, das bei der magyarischen Mehrheit des Landtags ohne jeden sachlichen Wert war.

Minder günstig war die Lage für die Magyaren in Kroatien; Kroatien. zwar hatten sie hier auf dem Landtage, der am 12. November eröffnet wurde, eine sehr starke Partei für sich, aber die Mehrheit war doch nationalgesinnt und gegen die Verbindung mit Ungarn. Durchaus überraschend mußte es daher sein, daß bei der Beratung einer Adresse an den Kaiser am 9. Februar 1866 ein der Vereinigung günstiger Zusatz mit 99 gegen 94 Stimmen angenommen wurde. Allein dieser augenblickliche Erfolg verlor schon am nächsten Tage viel von seiner Bedeutung, als bei der Schlußabstimmung die ganze Minderheit sich zurückzog und die Mehrheit sich spaltete, so daß nur 78 Abgeordnete die Adresse annahmen; und als dann am 9. März bei der Wahl von Deputierten nach Pest denselben gar die Weisung mitgegeben wurde dafür zu sorgen, daß Kroatien selbständig in der Centralregierung vertreten sei, als infolgedessen die magyarische Partei ihren Gegnern die Vornahme der Wahl allein überließ, da hatte sich der Sieg wieder in eine Niederlage verwandelt und es war vorauszusehen, daß die Deputation in Pest keine Verständigung erzielen werde. Drei Forderungen waren es, über die man sich nicht vereinbaren konnte: die Kroaten wollten ihr Verhältnis zu Ungarn erst dann regeln, wenn ihr eigenes Verhältnis zum Gesamtstaate geordnet, d. h. wenn ihnen eine Vertretung in der Centralregierung zugestanden sei; sie beanspruchten zweitens die Stadt Fiume für ihr dreieinigtes Königreich und sie forderten drittens, daß eine besondere Urkunde über die Krönung des Kaisers zu ihrem Könige ausgestellt werde, daß diese Krönung also für einen von der ungarischen Krönung gesonderten Akt gelten solle. Das wollten die Magyaren alles nicht zugeben und so wurden die Unterhandlungen im Juni 1866 abgebrochen.

Der ungarische Landtag trat erst am 14. Dezember 1865 zusammen. Der ungarische Landtag. Bei der Wahlbewegung hatte sich die radikale Partei einer sichtlichen Zurückhaltung beflissen, und da Majlath im Gegensatz zu Bays Verfahren im Jahre 1860 die Komitatsversammlungen noch nicht wieder ins Leben gerufen und damit den Leidenschaften ihren gefährlichsten Tummelplatz verschlossen hatte, so waren die Deakisten entschieden als

Sieger aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Sie kamen dem Könige ebenso veröhnlich entgegen wie dieser ihnen. In seiner Thronrede gab Franz Josef die Schwarzenberg-Schmerlingsche Lehre von der Rechtsverwirkung ausdrücklich preis und erwartete dafür von den Vertretern, daß sie auch ihre Theorie von der Rechtsbeständigkeit der achtundvierziger Gesetze aufgeben würden. Formell, das gestand er ihnen sogar zu, unterliege dieselbe keinem Einwande mehr, aber die Durchführung jener Gesetze sei unmöglich; sie müßten derart umgestaltet werden, daß eine gemeinsame Behandlung der gemeinsamen Reichsangelegenheiten im Sinne des Oktoberdiploms eintreten könne; den Weg, der dahin führe, zu finden und die Ordnung des Verhältnisses Ungarns zu Siebenbürgen und Kroatien, das seien die dringenden Aufgaben dieses Landtages, nach deren Erledigung er die Weihe der Krönung mit dem Diademe des heiligen Stephan empfangen wolle.

Annäherungen.

Die nächsten Äußerungen des Landtags, die Wahl Szentivanyis zum Präsidenten, Andrássy's zum Vizepräsidenten und die Einladung der Kaiserin zu einem Besuche in Ungarn zeugten deutlich von dem veröhnlichen Geiste der Mehrheit, den das Land im Januar 1866 durch den glänzenden Empfang bestätigte, welchen es dem Kaiserpaar bereitete. Und dennoch drohten die Wege noch einmal völlig auseinanderzugehen. Auch die Deakisten glaubten eine Vereinbarung so lange nicht annehmen zu sollen wie zwei Forderungen nicht erfüllt seien: die Einsetzung eines besonderen ungarischen Ministeriums und die Wiederbelebung der Komitatsverfassung: ein Antrag Apponyis sich mit der theoretischen Anerkennung der Rechtsbeständigkeit zu begnügen fiel durch; die Mehrheit beschloß am 24. Februar 1866 eine Adresse, in der sie die Vollziehung der achtundvierziger Gesetze in jenen beiden Punkten forderte, ein Verlangen, das doch jedenfalls keine politische Unmöglichkeit enthalte. Der Kaiser nahm das aber sehr ungnädig auf, lehnte am 3. März die doppelte Forderung ab und bestand darauf, daß der Landtag seine Vorschläge über das zukünftige Verhältnis Ungarns zur Gesamtmonarchie sofort in Angriff nehme. Und wirklich fügten sich die Deakisten. Ein Ausschuß wurde niedergesetzt um die Grundlagen einer Vereinbarung zu entwerfen, und nur daran hielt man fest, daß diese Vereinbarung nicht ins Leben treten dürfe, solange jene beiden Forderungen nicht erfüllt seien. Am 25. Juni hatte der Ausschuß seine Arbeit vollendet; die parlamentarische Gemeinschaft mit der westlichen Hälfte verwarf er durchaus; gemeinsame Ministerien für gewisse Angelegenheiten erkannte er als zulässig an, und da somit auch ein gemeinsames Budget nötig war, so empfahl er die Bildung von Delegationen des engeren Reichsrates und des ungarischen Landtages, die sich darüber in getrennten Sitzungen und durch schriftlichen Verkehr verständigen sollten; nur wenn das nicht gelinge, sollten sie zusammentreten und durch absolute Mehrheit entscheiden. Auch für die Genehmigung dieser ihrer Vorschläge wollten sie denselben Weg einschlagen, nur mit dem Unterschiede, daß hierbei die Delegationen sich

Delegationsprojekt.

nicht verschmelzen durften, sondern schlimmsten Falls der Kaiser die streitigen Punkte auf Grund der ihm unterbreiteten Daten entscheiden sollte.

Eine Äußerung des Monarchen oder eine Beschlußfassung des Landtages über diese Vorschläge erfolgte zunächst nicht; ein großer Krieg hatte wenige Tage zuvor begonnen und es war keine Zeit zu Verfassungsverhandlungen; am 26. Juni wurde der Landtag auf unbestimmte Zeit vertagt wie vorher schon die der übrigen Provinzen. Das Bild der Spaltung, das die wichtigsten von ihnen entrollt hatten, war wenig erfreulich gewesen. In Galizien verlangten die Polen für ihr Königreich einen besonderen Hofkanzler, verwarfen aber den Vorschlag der Regierung und die Forderung der Ruthenen das Land nach den Nationen in zwei Statthaltereibezirke zu teilen. In Böhmen vergrößerte sich die tschechische Mehrheit durch den Austritt des Fürsten Carlos Auersperg und einiger anderen Deutschen, die durch Tschechen ersetzt wurden; während Herbst einen Antrag auf Prüfung des Septemberpatentes einbrachte, und Plener jede Adresse, die nur Parteianschauungen Ausdruck gebe, bekämpfte, beschloß die Mehrheit dem Kaiser ihren wärmsten Dank für die Sistierung der Verfassung zu sagen. Der Nationalitätenstreit erreichte eine bedenkliche Höhe und machte sich in besonders gehässiger Weise in Judenhezen Luft, die der Regierung im Februar 1866 zu militärischen Maßregeln einen auch aus anderen Gründen erwünschten Anlaß gaben. Verhältnismäßig friedlich sah es in Mähren aus, wo Giskra mit einer Adresse gegen das Septemberpatent nicht durchdringen konnte, aber auch die tschechische Partei dank einer kleinen vermittelnden und mäßigenden Gruppe keine Erfolge auf dem Landtage erringen konnte. In Ober- und Niederösterreich dagegen, in Kärnten und Steiermark, in Salzburg, in Vorarlberg und Schlesien wurden Adressen und Resolutionen gegen den Staatsstreich beantragt und meistens gegen geringe Minoritäten angenommen. Die Ausdrücke, in denen sich diese Beschlüsse bewegten, streiften zum Teil hart an Majestätsbeleidigung und gaben Zeugnis von der heftigen Erregung, in welche die Deutsch-Oesterreicher durch den Umschwung des Regierungssystems versetzt waren. Die vier Jahre parlamentarischen Lebens hatten den öffentlichen Geist schon zu sehr aufgerüttelt, der Glaube an die Lebensfähigkeit der Februarverfassung war zu tief eingewurzelt, als daß man sich jetzt ohne ingrimmigen Schmerz das Errungene wiederentrisen sehen konnte. Dazu kam die ernstliche Befürchtung, daß Ungarn und Slaven das Heft an sich reißen und die Deutschen, die so lange die Herrscher gewesen, die sich als die Gründer des Kaiserstaates betrachten durften, als hilflose Minderheit unterdrücken würden. Auf die endliche Beseitigung der vieljährigen Finanznot wagte man jetzt gar nicht mehr zu hoffen; das Geständnis des erwähnten Defizits von 80 Millionen, die Veröffentlichung des Finanzgesetzes für 1866 mit einem Ausfall von 40 Millionen, der vom Kaiser verfügte Abschluß einer Anleihe von 90 Millionen, und zwar zu den allertraurigsten Bedingungen, das waren Thatfachen, die zu der Wiederkehr des

Die übrigen  
Kronländer.

Die Deutschen.

Vertrauens, von welcher der Finanzminister in seinem Berichte an den Kaiser sich baldige Besserung der Staatseinkünfte versprach, sehr wenig stimmten. Der einzige tröstliche Umstand war, daß man im Heerwesen wirklich zu sparen bemüht war, und daß die auswärtige Politik deshalb kriegerische Verwickelungen zu vermeiden suchte. Aber andererseits waren diese eingestandene Friedensliebe und die Abrüstung des Heeres auch Elemente der Schwäche, die ein so gewandter Gegner, wie Oesterreich ihn in Herrn von Bismarck hatte, sich nicht entgehen ließ.

### Die schleswig-holsteinsche Verwicklung.

Die Groß-  
mächte und  
der Bund.

Gegner aber waren Oesterreich und Preußen geblieben, auch als sie Seite an Seite gegen Dänemark kämpften und die Bundestagsmehrheit gleichgültig beiseite schoben; nur hatte Graf Rechberg, solange er die österreichische Politik leitete, sich stets nach kurzem Widerstreben den Forderungen Bismarcks gefügt, während Graf Mensdorff sich von dieser Nachgiebigkeit frei zu machen suchte, soweit er das gebunden durch die Maßnahmen seines Vorgängers konnte. Nur sehr lässig unterstützte er Preußen bei der Durchführung des ersten Schrittes, den dieses zur Erreichung seiner ferneren Ziele that, bei der Entfernung der Bundes-  
truppen aus Holstein. Schon in den entscheidenden Julitagen, wo nach der Eröffnung von Friedensunterhandlungen die preußischen Bataillone vor dem Feinde entbehrlich wurden, hatte Bismarck der Exekutionsarmee sein Mißfallen über ihre Anwesenheit sehr deutlich kundgegeben. Reibe-  
reien zwischen Preußen und Hannoveranern, die gemeinsam Rendsburg besetzt hielten, und die Entfernung preußischer Fahnen, die zur Alsen-  
Siegessfeier ausgehängt waren, durch den hannoverschen Oberstleutnant Dammers veranlaßten den Befehl an den Prinzen Friedrich Karl sich zum Herrn der Festung zu machen. Dieser teilte also am 21. Juli 1864 dem Bundesgeneral Hake mit, daß General Goeben mit 6000 Mann die Stadt besetzen werde, und ohne sich um den Protest desselben zu kümmern rückten die preußischen Truppen noch an demselben Tage ein. Hake zog es nun vor es nicht auf einen blutigen Zusammenstoß ankommen zu lassen und die Bundesversammlung billigte das; aber mit Worten ging man in Frankfurt und den mittelstaatlichen Residenzen dafür um so gewaltiger los. Rammern und Schleswig-Holstein-Vereine unterstützten die Regierungen in ihren Beschwerden über diese kränkende Gewaltthat und der Bundestagsausschuß beriet über das Maß der Genugthuung, das er fordern müsse. Bismarck dagegen erklärte sehr ruhig, daß er weder das Abrücken der Hannoveraner verlangt noch gegen ihre Rückkehr etwas einzuwenden habe, und nach monatelangem Zaudern mußte man sich wirklich damit zufrieden geben, daß die Bundestruppen am 27. November mit allen militärischen Ehren noch einmal in die Stadt einzogen.

Als das geschah, waren zwischen Wien und Berlin die Verhand-

lungen über die gänzliche Entfernung der Bundestruppen aus Holstein bereits im besten Gange. Der Krieg war zu Ende, die Bundesexekution gegenstandslos geworden, also, schloß Bismarck, hatten die Sachsen und Hannoveraner kein Recht mehr in dem Herzogtum zu bleiben; Preußens Absicht konnte es nicht sein übermäßig starke Truppenteile dort zu lassen, die Anwesenheit des Exekutionsheeres hätte es aber im Hinblick auf die Möglichkeit eines Konfliktes mit dem Bunde dazu gezwungen; überdies fand die augustenburgische Partei an den Bundesbevollmächtigten keine verächtliche Stütze. Während also die siegreichen Truppen der Großmächte unter Zurücklassung von Friedensgarnisonen abzogen, verlangte Bismarck am 29. November in Dresden und Hannover den Abmarsch auch des Exekutionsheeres; nicht einmal eine vorgängige Beschlußfassung am Bundestage wollte er zulassen, sondern einfach den Abzug der Truppen dort zur Anzeige gebracht wissen; die Ansammlung der 13. Division bei Minden, der 6. bei Berlin gab dieser Forderung Nachdruck, und der Fürst von Hohenzollern reiste nach Wien um den Widerstand Österreichs zu brechen. In Hannover fügte man sich sofort in das bittere Muß; Herr von Beust aber hoffte auf Beistand von Wien und Frankfurt, brachte die Staatskassen auf dem Königstein in Sicherheit und rief die Beurlaubten ein. Doch als Österreich wiederum einen Schritt zurückwich und zufrieden, daß Preußen seinen Widerspruch gegen die vorgängige Beschlußfassung in Frankfurt fallen ließ, gemeinschaftlich mit ihm am 1. Dezember den Antrag einbrachte die Exekution für erloschen zu erklären, war auch für Sachsen kein Widerstand mehr möglich; es stimmte wohl mit Bayern, Württemberg und drei anderen Kurien gegen den Antrag, hatte aber allen Grund froh zu sein, daß die Mehrheit nicht auf seiner Seite war, und genau ein Jahr nach dem Frankfurter Exekutionsbeschlusse vom 7. Dezember 1863 übernahmen die preußisch-österreichischen Bevollmächtigten aus der Hand der sächsisch-hannoverschen die Verwaltung des Landes.

Die Frage über die endgültige Stellung der Herzogtümer konnte nun nicht länger verschoben werden. Für die öffentliche Meinung in Deutschland war sie überhaupt keine Frage mehr: sechzehn Rechtsfakultäten hatten den Ansprüchen des Herzogs von Augustenburg, die in den Augen des Volkes an sich schon für unantastbar galten, auch noch die wissenschaftliche Bestätigung gegeben, Preußen und Österreich hatten sie auf der Londoner Konferenz anerkannt, die große Mehrheit der Bundesfürsten war seit langem für sie eingetreten. Einige freilich hatten sich nicht entblödet — denn als unerträgliche Anmaßung erschien das den Schleswig-Holsteinvereinen — selbst Ansprüche geltend zu machen. Am besten gewaffnet trat der Großherzog von Oldenburg auf, dem der Kaiser von Rußland seine eigenen Anrechte überließ; Prinz Friedrich von Hessen, die herzoglich sächsischen und anhaltinischen Höfe folgten, zuletzt erschien auch Preußen mit einigen alten Aktenstücken, die ein Erbrecht der Hohenzollern auf gewisse Teile des Landes nachweisen

Abzug der  
Bundestrup-  
pen aus Hol-  
stein.

Die holstein-  
schen Bräten-  
benten.

sollten. Ernsthaft gemeint war das von Bismarck doch nicht; es sollte nur dazu beitragen die allgemeine Rechtsüberzeugung zu erschüttern und die Erbfolge in das Licht einer verwickelten Streitfrage zu rücken. Die wirkliche Grundlage der preussischen Annexionsbestrebungen war der Wiener Friede; dieser hatte alle Rechte, welche König Christian IX. besaßen, auf Österreich und Preußen übertragen; das Bestreben Bismarcks mußte es also sein nachweisen zu lassen, daß Christian IX. rechtmäßiger Herr in den Herzogtümern gewesen sei. Für Lauenburg konnte das kaum mit Erfolg bestritten werden, und hier begann daher schon im Oktober einer der einflußreichsten Großgrundbesitzer, Graf Bernstorff-Gyldensteen, den Anschluß an Preußen offiziell zu betreiben; er bewog Ritter- und Landschaft zur Absendung einer Deputation nach Berlin und erwirkte dort die Zusicherung, daß der König die Einwilligung des Kaisers von Österreich zu erlangen suchen und dann das Ländchen in derselben Weise wie früher Neuenburg mit seiner Krone vereinigen werde. Für Schleswig-Holstein aber mußte das Besitzrecht Christians IX., wenn es überhaupt vorhanden war, gegen die geachtetsten und gelehrtesten Rechtskundigen verteidigt werden, und die Schicklichkeit gebot daher eine wissenschaftliche Prüfung preussischerseits anzustellen, mit der Ende Dezember 1864 die Kronsyndiker beauftragt wurden. Ihr Gutachten fiel ganz im Bismarckschen Sinne aus: sie erklärten den augustenburgischen Verzicht von 1852 für vollgültig, den Protest, welchen Herzog Friedrich 1859 dagegen erhoben, für nichtig, und Preußen und Österreich für die rechtmäßigen Besitzer des Landes. Wog ihr Urteil als ein parteiisches und bestelltes in der öffentlichen Meinung auch nur wenig, so bot es doch für die diplomatische Verfolgung der preussischen Ansprüche einen wertvollen Rückhalt.

Bismarck war indes keineswegs entschlossen die Einverleibung um jeden Preis zu erzwingen; er war bereit dem Herzog Friedrich das Land zu überlassen, sobald derselbe durch unauflöslliche Verträge die Hilfsquellen der Herzogtümer zur Verfügung der preussischen Krone stellen wollte. Solange das nicht geschehen war, konnte allerdings von seiner Einsetzung nicht die Rede sein und mußte die Agitation für die Einverleibung als ein kräftiger Drücker geschickt benutzt werden. Dabei gingen nun die Wege Österreichs und Preußens vollständig auseinander. Man war in Wien in der That weit eher geneigt gegen die Abtretung eines Stückes von Schlesien Schleswig-Holstein vollständig an Preußen zu überlassen als diesem zu gestatten, daß es die militärische und diplomatische Oberhoheit von Herzog Friedrich erwerbe und so seine Macht erweitere, ohne daß Österreich irgend ein Gewinn zugefallen wäre. Da König Wilhelm die Andeutungen, mit denen Graf Karolyi den Verzicht auf Südschlesien berührte, schlechterdings zurückgewiesen hatte, so verlangte Graf Mensdorff am 5. Dezember die unverweilte Einsetzung des Augustenburger, während ein Bundesschiedsgericht die Ansprüche der übrigen Bewerber erledigen könne. Bismarck erklärte darauf am

Lauenburg.

Gutachten der  
preussischen  
Kronsyndiker.

Österreich und  
die Annexion.

13. Dezember mit Bestimmtheit, daß vor der Einsetzung des Augustenburger die Stellung Preußens zu den Herzogtümern geregelt sein müsse; er empfahl nochmals die wirkliche Einverleibung in Preußen, erhielt aber darauf nur die alte Antwort, daß Österreich für diesen Fall statt der gebotenen Geldsumme ein Stück preußischen Gebietes fordern müsse. Es fehlte somit an jedem Boden der Verständigung und das einzige, was man thun konnte, war eine erträgliche Form der gemeinsamen Regierung in den Herzogtümern auszufinden. Man schuf also unter der obersten Civilbehörde, die aus dem österreichischen Bevollmächtigten von Halbhuber und dem preußischen von Jedlitz bestand, eine besondere Landesregierung, die ihren Sitz in Schloß Gottorf bei Schleswig nahm und von deren Verfügungen Berufung an die Civilbehörde gestattet war. Wie lange diese vorläufige Ordnung Bestand haben werde, ließ sich nicht voraussagen; Bismarcks seinerseits meinte, er habe Geduld und Preußen könne es ruhig abwarten, daß jemand den Versuch mache seine Truppen aus Düppel zu vertreiben, mit dem Augustenburger waren seit dem Abschluß des Wiener Friedens alle Verhandlungen abgebrochen; gegen seine Anhänger in den Elblanden wurden preußischerseits alle Hebel in Bewegung gesetzt. Aber von den Adelskreisen und gewissen Bezirken Nordschleswigs abgesehen, fand die Berliner Politik bei der Bevölkerung nur sehr geringen Anklang. Während Scheel-Plessen um die Jahreswende mit Mühe 16 Unterschriften für eine Adresse fand, welche die Monarchen von Österreich und Preußen um den engsten Anschluß Schleswig-Holsteins an das letztere bat, und während die Nationalpartei, die sich im Februar in Rendsburg bildete, für ihre Forderung, daß Preußens berechtigter Einfluß im Lande vor der Einsetzung des Augustenburger gesichert sein müsse, nur wenige Hunderte von offenen Bekennern zu werben vermochte, schlossen sich an 60 000 Schleswig-Holsteiner der Erklärung an, die bei der Kieler Messe, dem sog. Umschlag, Mitte Januar 1865 von 40 angesehenen Männern zu Gunsten des Herzogs Friedrich und der freien Mitwirkung des Landes bei der Bewilligung der preußischen Forderungen erlassen wurde, und die Gesamtheit der Schleswig-Holsteinvereine entschied sich auf ihrer Rendsburger Abgeordnetenversammlung am 26. Februar in demselben Sinne.

Das war ein Standpunkt, von dem aus mit Bismarck nicht zu verhandeln war. Der betrachtete seinen König als den nur durch Österreichs Mitbesitz beschränkten Herrn des Landes; verzichtete König Wilhelm auf diese seine Rechte, so konnte das nur nach Erfüllung der Bedingungen geschehen, die zu stellen ihm gut schien und an denen niemand herumzumarkten befugt war. Selbst Österreichs Zustimmung war nur insofern nötig, als ohne sie alles beim alten und Preußen also im Besitze der gemeinschaftlich ausgeübten Souveränität bleiben mußte: man konnte in Wien nach Bismarcks Meinung wohl verhindern, daß Preußen freiwillig auf einen Teil seiner Rechte verzichtete, nicht aber erzwingen, daß es diejenigen Ausflüsse der Machtvollkommenheit fahren lasse, die es

Agitation in  
den Herzog-  
tümern.

Die Februar-  
bedingungen.

behalten wollte. Den Umfang derselben legte Bismarck am 22. Februar in einer Note an den Gesandten in Wien dar. Er verlangte darin die Abtretung der Ufer des Alsenfundes mit Sonderburg und Düppel, der Feste Friedrichsort und einiger anderer Punkte am Kieler Hafen, sowie der Mündungen des Nordostseekanals, dessen Anlage damals eifrig betrieben wurde; über diesen Kanal sollte Preußen die Aufsicht führen, in Rendsburg, das zur Bundesfestung bestimmt war, die Besatzung stellen. In wirtschaftlicher Beziehung sollte Schleswig-Holstein durch den Eintritt in das preußische Zollsystem und durch die Übergabe der Post und der Telegraphen aufs engste mit Preußen verbunden, nicht minder auch in bezug auf Heer und Flotte ganz nach Art einer preußischen Provinz behandelt werden; die gesamte preußische Militärgesetzgebung sollte ohne weiteres in Kraft treten, der Fahneneid dem Könige geleistet werden. Erst nach Sicherstellung dieser Forderungen war Bismarck bereit die Länder ihrem neuen Souverän zu übergeben; für den Fall aber, daß seine Vorschläge auf Schwierigkeiten stießen, behielt er sich volle Freiheit vor.

Verhandlungen am Bunde.

Diese Schwierigkeiten machten sich denn nun sofort von allen Seiten geltend. Oesterreich lehnte die preußischen Forderungen am 5. März nicht allein ab, sondern trat von den Verhandlungen, die ja doch zu keiner Vereinbarung führen könnten, völlig zurück. Dagegen nahm es bereitwillig Kenntniss von einem Antrage, den Bayern, Sachsen und Darmstadt am 27. März am Bunde einbrachten, und der das Vertrauen aussprach, die beiden Mächte würden die Herzogtümer nunmehr endlich dem Erbprinzen übergeben. Der preußische Gesandte ließ gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß dieses Vertrauen ein völlig irriges sei, daß sein König vielmehr sowohl die eigenen wie die oldenburgischen Ansprüche zu wahren die feste Absicht hege; trotzdem wurde der Antrag am 6. April von Oesterreich und acht anderen Stimmen gegen Preußen, Hannover, Kurhessen, Mecklenburg, Oldenburg und die freien Städte angenommen. Der Erbprinz schöpfte zu seinem Unglück aus diesen Vorgängen den Mut auch seinerseits die Februarbedingungen zu verwerfen. Nachdem Bismarck sie ihm am 20. März hatte mitteilen lassen, unterwarf er sie am 31. in einer Note an seinen Bevollmächtigten in Berlin, Herrn von Ahlefeldt, einer Prüfung, die zwar von Versicherungen der Opferwilligkeit überfloß, aber gerade die wichtigsten Punkte, wie die über das Heer-, Post- und Telegraphenwesen beanstandete und die Zustimmung der schleswig-holsteinschen Landesvertretung wie eine selbstverständliche Bedingung behandelte. Freilich hätte der Herzog um anders aufzutreten den Mut haben müssen mit seiner eigenen Partei zu brechen; denn keine acht Tage vorher hatte der engere Ausschuss der Schleswig-Holsteinvereine erklärt, die Ableistung des Fahneneides an den König von Preußen, die Einführung der preußischen Militärgesetzgebung und die Übergabe der Zoll-, Post- und Telegraphenverwaltung seien Forderungen, denen die Bevölkerung den zähesten Widerstand entgegenzusetzen

Die Schleswig-Holstein-Vereine.

werde. Und dieser Erklärung mußte man umsomehr Gewicht beilegen, als sie in der preußischen Hauptstadt nach eingehenden Beratungen mit dem 36-Ausschuß und mit preußischen Abgeordneten erlassen war und also den Stimmungen in den Herzogtümern wahrscheinlich eher einen abgeschwächten als einen zu scharfen Ausdruck gab. Für Bismarck mußte in alledem nur ein Anreiz liegen durch Thaten zu zeigen, daß ihn dergleichen nicht irre mache. Dem Augustenburger antwortete er mittelbar, indem er in Wien die Erwartung aussprechen ließ, man werde dort einem Vertrage, den Preußen etwa mit dem Großherzog von Oldenburg abschließen könnte, keine Schwierigkeiten in den Weg legen, ein Vorschlag, den Graf Mensdorff selbstverständlich ablehnte; aber für den Erbprinzen war damit doch die Gewißheit gekommen, daß seine Rolle, soweit es von Bismarck abhing, ausgespielt sei. Allerdings ließ sich Mitte April die preußische Politik noch einmal unerwartet versöhnlich an; zum allgemeinen Erstaunen beantragte Bismarck in Wien die Berufung einer schleswig-holsteinschen Landesversammlung, die sich, freilich nur mit beratender Stimme, über die Februarforderungen äußern sollte; wie die öffentliche Meinung in den Herzogtümern war, zweifelte doch niemand daran, daß jede Landesvertretung, nach welchem Wahlgesetz sie auch gewählt werden mochte, augustenburgisch sein werde, und der neue Schachzug des preußischen Ministers galt deshalb für eine Annäherung an den Erbprinzen. Aber bald genug wurde es klar, daß der Schein getrogen habe. Der umfängliche Notenwechsel, den Bismarck über die Frage eröffnete, ob die Landesvertretung nach dem Wahlgesetz von 1854, oder nach dem von 1848, oder auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts berufen werden solle, lehrte schon, daß es ihm mit der Ausführung seines Vorschlages nicht sehr eile; und während die Verhandlungen darüber noch schwebten, mischte sich plötzlich der Großherzog von Oldenburg ein, protestierte am 22. Mai gegen irgend eine Wahl, die vorgenommen werde, solange die augustenburgische Nebenregierung in Kiel noch existiere, und bot dadurch Preußen in demselben Augenblicke, wo Oesterreich ihm durch Annahme des Wahlgesetzes von 1854 den Vorwand zu weiterer Zögerung raubte, einen neuen Anlaß die Berufung der Landesversammlung hinauszuschieben. Oesterreich hatte sich durch zu viele Erklärungen für den Erbprinzen gebunden, es hätte durch jede Maßregel gegen ihn sich mit den Mittelstaaten und der öffentlichen Meinung zu unheilbar verfeindet, als daß ein Schwanken in diesem Punkte möglich gewesen wäre. Und ebendarauf baute Bismarck. Während die Zeitungen meldeten, er gedanke den Augustenburger gewaltsam auf eine Festung zu schleppen, und während Herr von Zedlitz die bevorstehende Geburtstagsfeier des Prätendenten auf alle Weise zu hindern suchte, ließ Bismarck am 3. Juli in Wien erklären, er wolle von den Februarforderungen alles fallen lassen, was Oesterreich beanstande, wenn dieses seine Rechte dem Oldenburger abtrete und den Augustenburger preisgebe. Nach Ablehnung auch dieses Anerbietens begann Bismarck

Die Berufung  
der Stände.

Der Großherzog  
von Oldenburg.

Wachsende Ver-  
wickelungen.

nicht allein offen den Kampf gegen die Kieler Nebenregierung: er machte auch gar kein Hehl daraus, daß er in diesem Kampfe das Vorspiel des Krieges mit Oesterreich sehe; selbst dem französischen Botschafter in Wien, dem Herzog von Gramont, sprach er das rückhaltslos aus, als derselbe Mitte Juli nach Karlsbad kam, wo Bismarck mit dem Könige zur Kur verweilte. Die Lage des Kaiserstaates war gerade in diesen Wochen so trübselig, daß die Hoffnung seine Staatsmänner durch Kriegsdrohungen einzuschüchtern guten Grund hatte; der Bruch des Kaisers mit dem Schmerlingschen System, die Ratlosigkeit, was nun zu beginnen sei, die drückende Finanznot, die eben beschlossene Verminderung der Armee, alles das kam Preußen zu statten. In der That schien Mensdorff denn auch einen Teil der bisher bestrittenen Forderungen jetzt einräumen zu wollen; der preußische Gesandte in Wien, von Werther, begab sich nach Karlsbad um seinem Könige Mitteilung davon zu machen, und daraus daß der Monarch wenige Tage später aus dem böhmischen Bade nach Gastein, also weiter von seinen Staaten weg und tiefer in Oesterreich hineinreiste, mochte man schließen, daß die Kriegsgefahr geschwunden sei. Allein auf ebendieser Reise ward am 21. Juli in Regensburg ein Ministerrat gehalten, zu dem nicht die Mitglieder des Kabinetts allein, sondern auch Moltke und die Gesandten in Wien und Paris beschieden waren, und dieser Ministerrat erklärte die Zugeständnisse Oesterreichs für ungenügend und stellte die Befähigung Preußens den Krieg aufzunehmen fest. Bismarck selbst teilte die Eindrücke, die er hier in Regensburg gesammelt, zwei Tage später in Salzburg sehr offenherzig dem bayerischen Minister von der Pfordten mit: es handele sich nur um ein Duell zwischen den beiden Großmächten, das bald zu Ende sein werde, wenn das übrige Deutschland neutral bleibe; Oesterreich sei weder gerüstet, noch habe es die Mittel zu rüsten: ein einziger Stoß, eine Hauptschlacht, und Preußen werde die Bedingungen diktieren können. Bleibe Bayern neutral, so werde ihm die Erbschaft Oesterreichs in Süddeutschland zufallen; denn über den Main denke Preußen sein Machtgebiet nicht zu erstrecken; eine strenge Neutralität, nötigenfalls eine bewaffnete, liege deshalb in Bayerns eigenem Interesse. Von der Pfordten war doch weit davon entfernt diesem Räte zu folgen; in Verbindung mit Beust und Dalwigk glaubte er trotz der so oft bewiesenen Ohnmacht des Bundes durch einen Antrag in Frankfurt zur Beruhigung beitragen zu können und empfahl am 27. Juli unter der Form einer Anfrage die Berufung der schleswig-holsteinschen Stände und ähnliches mehr. Währenddes kam Beust über Wien nach München gereist, wo auch Barnbüler aus Stuttgart sich einstellte, und die drei suchten ohne sich nur untereinander einigen zu können nach Mitteln die Eintracht unter den Großmächten zu erhalten. Mancherlei Vorgänge in den Elbherzogtümern verschärften unterdessen den Streit. Am 25. Juli ließ Herr von Zedlitz zwei augustenburgische Litteraten, beides geborene Preußen, der eine, Frese, sogar Mitglied des Abgeordnetenhauses, ohne Mitwirkung des österreichischen

Kriegsgefahr.

Ministerrat  
in Regens-  
burg.Die Mittel-  
staaten.Konflikte zwi-  
schen Bedlitz  
und Halb-  
huber.

Kommissars verhaften und ausweisen. Zu so offenem Ausdruck wie durch den Protest, welchen Herr von Halbhuber gegen diesen „in rechtlicher und gesetzlicher Beziehung ungültigen Gewaltschritt“ erließ, war der Zwiespalt zwischen beiden Bevollmächtigten bis dahin doch noch nicht gekommen. Nicht einmal als Halbhuber Anfang April der Landesregierung befohlen hatte die auf Ersuchen des Herrn von Zedlitz gewährte Beihilfe bei der Übersiedelung der Danziger Flottenstation nach Kiel einzustellen, war der Gegensatz so schroff gewesen; denn Zedlitz hatte ja nur ein Ersuchen gestellt und Halbhuber nur eine Verfügung der Landesregierung aufgehoben; auch waren die Vorbereitungen in Kiel darum durch preussische Offiziere nicht minder eifrig fortgesetzt, so daß, ein verständlicher Wink, gerade in diesen Tagen, am 20. Juli, die Flottenstammdivision von Danzig in Kiel eintreffen konnte. Andere Anlässe zum Streit waren jeder für sich genommen doch wenig bedeutend gewesen, wenn sie auch in ihrer Gesamtheit eine ansehnliche Masse von Ärger und Abgunst aufgehäuft hatten. Es ließ sich nicht verkennen, daß der preussische Bevollmächtigte fast jedesmal den Zank herbeigeführt hatte, bald durch sein barsches Auftreten gegen die Augustenburger, bald durch den Versuch die Landesregierung durch persönliche Teilnahme an ihren Beratungen einzuschüchtern, bald wieder durch ein erkünsteltes Liebäugeln mit den Dänen Nordschleswigs, deren Klagen über das Schreckensregiment der deutschen Patrioten, d. h. also der Augustenburger, Fürst Hohenlohe-Ingelfingen in besonderer Mission untersuchen und für begründet erklären mußte. Alles das hatte bei dem österreichischen Kommissär und im ganzen Lande heftigen Unwillen erregt, aber es war doch nichts gegen das willkürliche Eingreifen des preussischen Bevollmächtigten bei den neuesten Ausweisungen. Das ganze Land brauste auf über diesen despotischen Schritt, der ebensowohl das österreichische Mitbesitzrecht wie die bestehenden Gesetze mit Füßen trat. Zu mehr als Worten konnte es hier im Norden natürlich nicht kommen: die Entscheidung lag in Wien und Gastein; aber daß der letzte Tropfen, der den Eimer zum Überlaufen bringen werde, nunmehr gefallen, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei, das glaubte man an der Eider zu fühlen und zweifelte nicht, welche Partei man ergreifen müsse.

Allein das drohende Kriegswetter sollte sich noch einmal verziehen; Österreich bedurfte des Friedens dringend und der König von Preußen wünschte ihn trotz der Siegesgewißheit seines ersten Rates ebenso sehr. An geschäftigen Vermittlern und Vermittlerinnen fehlte es hüben wie drüben nicht; besonders thätig waren Franz Josefs Mutter, die Erzherzogin Sophie, geborene Prinzessin von Bayern, und ihre Schwester Elisabeth, die Witwe Friedrich Wilhelms IV.; als diplomatischer Unterhändler diente der österreichische Gesandte in München, Graf Blome, der eifrig zwischen Wien und Gastein hin und her reiste. Für eine endgültige Lösung ließ sich freilich keine Grundlage finden; die Erhaltung des Friedens hing also davon ab, daß beide Teile darauf verzichteten

Der Gasteiner  
Vertrag.

die Sache schon jetzt zum Austrag zu bringen, und daß man Waffenstillstandsbedingungen erfann, die einige Gewähr der Dauer boten. Wir verkleben die Risse, meinte Bismarck. Das dringlichste war dem zwiespältigen Zustande in Schleswig-Holstein, wo der eine Kommissar verbot, was der andere befahl, ein Ende zu machen; das konnte ohne Schädigung des einen oder des anderen Theils nur durch räumliche Abgrenzung der Befugnisse geschehen, und so einigte man sich denn darüber, daß unbeschadet des gemeinsamen Besitzrechtes Oesterreich fortan in Holstein, Preußen in Schleswig befehlen solle; doch wurde für den Kieler Hafen zu Gunsten Preußens eine Ausnahme gemacht, und auch in Rendsburg sollte jedes zweite Jahr das Kommando an Preußen übergehen. Außerdem wurden diesem einige Militärstraßen durch Holstein, ein eigener Post- und Telegraphendienst, der Bau einer Eisenbahn und des Nordostseekanals, sowie der Eintritt der Herzogtümer in den Zollverein zugestanden. Für Lauenburg endlich verzichtete der Kaiser auf seinen Mitbesitz völlig und ließ sich dafür mit einer Summe von 2½ Million dänischer Reichsthaler abfinden. Bis zum 15. September sollte dieser Vertrag ins Leben treten; für den Austausch der Ratifikationen wurde eine Zusammenkunft der beiden Monarchen verabredet.

Beurteilung  
desselben.

In Gastein war es, wo am 14. August 1865 diese Verabredungen von Bismarck und Blome getroffen wurden; in Salzburg wurden sie am 19. von den beiden Fürsten bestätigt und König Wilhelm begleitete zum Zeichen der Versöhnung den Kaiser noch nach Ischl um dort den Friedensstifterinnen einen Besuch zu machen. Bismarck aber, der mit dem Ausgang der Verwicklung vielleicht am wenigsten zufrieden war, wurde von dem Könige an dem Tage, an welchem die Gasteiner Konvention ins Leben trat, in den Grafenstand erhoben. Von vergänglichem Werte, wie dieser Vertrag war, sicherte er doch Preußen erhebliche Vorteile; der Erwerb von Lauenburg, der Besitz von Kiel, vor allem die ausschließliche Herrschaft in Schleswig, wo auch der Bund nicht einmal den Schein eines Rechtes zur Einmischung hatte, alles das waren Schritte, die geradewegs Bismarcks Ziel zuführten; es gab in dem Vertrage keine Bestimmung, die einen Sieg Oesterreichs, ein Zurückweichen Preußens bedeutet hätte. Schon das würde genügt haben um demselben die schlechteste Aufnahme in Deutschland wie in ganz Europa zu bereiten; allein es fehlte auch nicht an anderen Angriffspunkten, die sich zumal für den diplomatischen Kritiker noch viel bequemer darboten. Eine Circulardepesche Drouyns de l'Huys erging sich in den heftigsten Klagen über diese Konvention, die ebensowohl die europäischen Verträge wie das Erbrecht, das Nationalprinzip wie den Volkswillen mißachte, die keine andere Grundlage als die Gewalt, keine andere Rechtfertigung als die Bequemlichkeit der beiden Teilungsmächte habe, die ein Verfahren erneuere, dessen das heutige Europa entwöhnt sei und für das man nur in den traurigsten Zeiten der Geschichte Vorbilder zu finden vermöge. Auch Lord John Russell hielt mit seinem Urtheile nicht zurück, aber die

Die fremden  
Mächte.

Ähnlichkeit seiner Ausdrücke mit denen der französischen Depesche war kaum geeignet die Wirkung seines Rundschreibens zu erhöhen. Daß sich die beiden fremden Minister auch zu Verteidigern der Volkswünsche gegen die deutschen Großmächte aufwarfen, erregte selbst in preußenfeindlichen Kreisen Mißstimmung; man bedurfte solcher Unterstützung in der That nicht; war doch an Resolutionen und Protesten gegen die Konvention auch innerhalb der deutschen Grenzen kein Mangel, und von einer thätlichen Einmischung des Auslandes würden nur sehr vereinzelt Eiferer etwas haben hören wollen. Von der einzigen Stelle, die man gern zu entschiedenem Eingreifen hätte fortschreiten sehen, von dem Bundestage, erwartete man doch im Ernste nichts mehr. Die Mitteilung des Gasteiner Vertrages bewog den schleswig-holsteinschen Ausschuß auch den bayerischen Antrag vom 27. Juli einfach beiseite zu legen, und wenige Tage darauf entfernten die Ferien den ganzen Bundestag bis Ende Oktober vom Schauplatz. Trotzdem blieb er doch der einzige gesetzliche Ort, wo die Schleswig-Holsteiner ihre Klagen vorbringen konnten und so reichten etwa zwei Drittel der Mitglieder der letzten Ständeversammlung einen Protest in Frankfurt ein, dem sich etwa dreißig Städte des Landes und über hundert Schleswig-Holsteinvereine anschlossen. Um das übrige Deutschland erfolgreich in den Kreis dieser Bewegung hineinzuziehen war durch den 36-Ausschuß für den 1. Oktober ein neuer Abgeordnetentag einberufen; wirklich fanden sich auch 272 Teilnehmer ein; allein da die Bayern mit den Frankfurtern und Nassauern bereits die Mehrheit bildeten, da Württemberg allein so viel Vertreter zählte wie Osterreich, Preußen, Sachsen und Hannover zusammen, da fast die Hälfte der deutschen Staaten überhaupt nicht vertreten war, und die acht Preußen sich alle bis auf Frese und einen Gesinnungsgenossen der Abstimmung enthielten, so konnten die Beschlüsse zu Gunsten des Selbstbestimmungsrechtes der Schleswig-Holsteiner und gegen den Rechtsbruch des Gasteiner Vertrags oder gar die Aufforderung zur Steuerverweigerung, die an die österreichischen und preußischen Abgeordneten gerichtet wurde, keine große Wirkung üben. Die Absageschreiben, welche vonseiten mancher Eingeladenen veröffentlicht wurden, dienten zum Teil mehr zur Klärung der Lage als die Versammlung selbst. Wenn Twisten schrieb: wir ziehen jede andere Möglichkeit einer Niederlage des preußischen Staates vor; Beschlüssen, die gegen dessen Macht und Zukunft gerichtet sind, wird die Mehrheit der preußischen Abgeordneten niemals zustimmen; so sah man daraus, daß der leidenschaftliche parlamentarische Kampf, der in Preußen fort dauerte, daß die persönlichen Gefährdungen, denen gerade Twisten ausgesetzt war, doch bei diesem Manne, den man mit mehr Recht als Frese für den Typus eines preußischen Abgeordneten ansehen durfte, das Staatsgefühl nicht abgeschwächt habe, und mit Spannung durfte man der neuen Session des Landtags entgegenschauen, die am 15. Januar 1866 eröffnet werden sollte.

Der Bundestag.

Der Abgeordnetentag.

Twistens Schreiben.

Der preussische  
Landtag.

In der Thronrede, die Bismarck verlas, gab der König der Überzeugung Ausdruck, daß bei unbefangener Prüfung des bisher Erreichten und des fernerhin Erstrebten genug der Ziele zu finden seien, in denen alle Parteien sich eins wußten; über die fortgesetzten Kränkungen, denen die Mehrheit preisgegeben war, vermißte man aber jedes einlenkende Wort. Infolgedessen glaubte der Präsident Grabow beim Antritt seines Amtes das Bild der herrschenden Zustände in ganzer Schwärze entrollen zu müssen; die gehässigen Angriffe der reaktionären Presse gegen die vielverhöhten und gemäßigten Volksvertreter, die chronisch gewordene Verfassungskrisis, der Stillstand der politischen Gesetzgebung, die Beseitigung aller freisinnigen Grundsätze aus der Verwaltung des Staates lieferten die Farben zu dem dunklen Gemälde, in dem auch die schleswig-holsteinsche Frage, die durch die Gasteiner Konvention noch mehr verwickelt sei, und die gefährdete bundesstaatliche Einigung Deutschlands nicht fehlten. Irgend einen versöhnlichen Zug, irgend eine Lichtseite des Ministeriums Bismarck suchte man vergebens in der Rede des Präsidenten; aber eine erschöpfende Darstellung aller vorhandenen Beschwerden war sie gleichwohl noch lange nicht, wie die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses alsbald lehrten. In den kriegschwangeren Julitagen des verwichenen Jahres hatte die Regierung mit der Direktion der Köln-Mindener Eisenbahn einen Vertrag geschlossen, durch den sie die Aktien der Gesellschaft, welche der Staat besaß, zum Betrage von fast 30 Millionen Thalern in bares Geld verwandelte und sich dadurch die Mittel zur Kriegführung verschaffte; wie sie damals bereits die Zustimmung der Landesvertretung zu diesem Geschäfte für überflüssig erklärt hatte, so verweigerte sie jetzt jede Auskunft darüber, während ein Ausschuß des Hauses auf Antrag Lasfers das ganze Geschäft für verfassungswidrig und rechtsungültig erklärte. Die Maßregeln zur Unterdrückung des Kölner Abgeordnetenfestes, das in denselben Tagen stattgefunden, wurden auf eine Beschwerde Classen-Kappelmanns gleichfalls von dem Hause für verfassungswidrig erklärt und gerichtliches Einschreiten gegen die beteiligten Beamten gefordert. Gegen den Erwerb von Lauenburg konnte man nicht aus dem Grunde auftreten, der am nächsten zu liegen schien: wegen der Entschädigungsgelder, die Oesterreich erhalten hatte; denn dadurch daß der König diese Summe auf den Kronschatz übernommen, war das Bewilligungsrecht des Landtags umgangen; aber da die Verfassung die Zustimmung der Volksvertreter forderte, wenn der Monarch die Regierung in einem fremden „Reiche“ übernehme, so glaubte man doch auch die Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußen für rechtsungültig erklären zu dürfen, wie sehr sich auch Bismarck bemühte aus Schlegels Shakespeareübersetzung und der Reichsverfassung von 1849 nachzuweisen, daß ein Herzogtum kein Reich sei. Mehr als alles dies erbitterte die Opposition jedoch ein Beschluß des Obertribunals vom 29. Januar 1866, der die Redefreiheit der Abgeordneten zu gefährden drohte und um so gehässiger war, als er nur durch die Mitwirkung

Neue Kon-  
fütte.

Lauenburg.

Das Ober-  
tribunal

zwei  
Sti  
weg  
Be  
zwei  
mäß  
vom  
ann  
nun  
aber  
erklä  
mod  
haft  
blieb  
beid  
zu  
auch  
der  
lang  
folg  
ernd  
einzi  
trag  
kläre  
und  
brua  
burg  
able  
lehne  
man  
des  
eine  
zu b  
Zeit  
wiede  
ganz  
ganz  
an d  
Auff  
und  
Töne  
hatte  
matis  
Tag  
Bu

zweier vom Justizminister ernannter Hilfsrichter eine Mehrheit von einer Stimme gefunden hatte. Die Abgeordneten Twesten und Frenzel waren wegen einiger Reden, die sie in der letzten Session gehalten, wegen Verleumdung verfolgt, die Anklage aber von den Gerichten erster und zweiter Instanz abgewiesen worden, und zwar auf Grund der verfassungsmäßigen Redefreiheit, wie sie zweimal, 1853 und noch im Januar 1865, vom Obertribunal ausgelegt war. Gleichwohl wandte sich der Staatsanwalt auch jetzt wieder an den höchsten Gerichtshof, und dieser fand nun aus, daß die Verfassung nur die Meinungen der Abgeordneten, nicht aber die Anführung falscher und beleidigender Thatfachen für straflos erkläre. Für die wissenschaftliche Rechtfertigung dieser Unterscheidung mochten sich erhebliche Gründe beibringen lassen und an der Gewissenhaftigkeit auch der beiden Hilfsrichter mochte kein Makel haften, das eine blieb doch unumstößlich stehen, daß der Justizminister Graf zur Lippe diese beiden Männer in das Gericht hineingeschoben hatte um eine Mehrheit zu bilden, die einen ihm genehmen Entscheid herbeiführen sollte. Und auch das konnte man mit Sicherheit annehmen, daß die Regierung in der Ausnutzung der neuen Verfassungsdeutung nicht lässig sein, daß eine lange Reihe von Prozessen der Verurteilung Twestens und Frenzels folgen, daß die Debatten des Abgeordnetenhauses der beständigen lauernden Überwachung des Staatsanwaltes ausgesetzt sein würden. Als einzige Waffe blieb auch hier wieder der Beschluß, den Hoverbeck beantragte: die Entscheidung des Obertribunals für verfassungswidrig zu erklären. Aber diese Waffe wurde durch den häufigen Gebrauch stumpf, und wie wenig Bismarck sie fürchtete, zeigte sein Schreiben vom 18. Februar, mittels dessen er die Entgegennahme der Beschlüsse über Lauenburg, das Kölner Abgeordnetenfest und den Obertribunalentscheid einfach ablehnte. Das Haus ging seinerseits über dieses Schreiben ebenso ablehnend zur Tagesordnung über; aber was wollte daraus werden? War man schon soweit gekommen, daß man auf beiden Seiten die Streiche des Gegners nicht mehr fühlte und nicht mehr fürchtete? Dann war eine Verständigung, ja auch nur eine Annäherung unmöglicher als je; zu bloßen Scheingefechten ohne jeden praktischen Ausgang war aber die Zeit durchaus nicht geeignet; die Waffenruhe mit Oesterreich hatte bereits wieder ihr Ende erreicht und die auswärtige Politik nahm Bismarcks ganze Aufmerksamkeit in Anspruch; so erfolgte denn am 22. Februar ganz unerwartet die Vertagung auf den 23., und die Ankündigung, daß an diesem Tage der Schluß der Session erfolgen werde. Eine lebhaftere Aufforderung Grabows an das Land seinen Vertretern treuzubleiben und eine Thronrede voll heftiger Klagen und Anklagen waren die letzten Töne, in denen die Disharmonie dieser Session verklang.

Die Gewißheit, daß das Land einem großen Kriege entgegensteuere, hatte das Abgeordnetenhaus noch nicht; aber in dem Dunkel der diplomatischen Verhandlungen war alles bereits soweit gediehen, daß jeden Tag eine Enthüllung erfolgen konnte, und diese durfte den Landtag nicht

Plötzlicher  
Schluß der  
Session.

mehr bei einander finden. Bismarck hatte die Verklebung der Risse, die in Gastein vorläufig gelungen war, keinen Augenblick für dauerhafte Arbeit gehalten. Wenn zwischen dem österreichischen Statthalter von Holstein, dem Freiherrn von Gablenz, und dem preussischen Befehlshaber in Schleswig, dem Freiherrn von Manteuffel, auch äußerlich ein besseres Einvernehmen und Unbequemen bestand, als zwischen Halbhuber und Zedlitz, so war der politische Gegensatz doch um nichts gemildert; man hütete sich nur ihn ungeschwächt an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Einen Augenblick gelang es sogar den Schein zu verbreiten, als ob die beiden Großmächte wieder ganz ein Herz und eine Seele wären. Nach dem Frankfurter Abgeordnetentage vom 1. Oktober 1865 machten sie dem Senate in gleichzeitigen Nototen ernste Vorstellungen darüber, daß er die Bundesstadt zum Tummelplatze von Umsturzbestrebungen werden lasse und den 36-Ausschuß dort dulde, den Graf Mensdorff ein in Permanenz erklärtes Organ der deutschen Revolutionspartei nannte. Der Senat verbat sich darauf in sehr entschlossenem Tone alle Drohungen, da er ebenso selbständig und unabhängig sei wie die anderen Bundesglieder, und Herr von Beust unterstützte ihn nach Kräften, während Hannover und Mecklenburg — denn allen Regierungen waren die großmächtlichen Nototen mitgeteilt worden — mit lebhafter Genugthuung von diesem Feldzuge gegen die Revolution Kenntnis nahmen. Damit war die Sache denn abgethan, zu einem Antrag am Bunde, den man hätte erwarten sollen, kam es nicht. Auch die schleswig-holsteinsche Frage tauchte nach der Beendigung der Ferien in der Eschenheimer Gasse nur noch auf um förmlich von der Tagesordnung abgesetzt zu werden. Bayern, Sachsen und Darmstadt erneuerten am 4. November in bestimmterer Form ihren Antrag auf Berufung der holsteinschen Stände und Aufnahme Schlesiens in den Bund; als sie aber am 18. November trotz der Unterstützung Badens, der sächsischen Herzogtümer, Braunschweig-Nassaus und der Fürstenkurie gegen acht Stimmen unterlagen, erklärten sie ihre bundesmäßige Thätigkeit in dieser Sache mit einer lauten Verwahrung gegen jede Rechtsverletzung für abgeschlossen.

Das konnte dem Grafen Bismarck nur genehm sein. Der 36-Ausschuß war verstummt, die Opposition am Bundestage war verstummt; es kam nun darauf an auch die Augustenburger zum Schweigen zu bringen. Herr von Manteuffel entwickelte zu dem Zwecke eine große Thätigkeit. Als dem Erbprinzen bei einem Besuche in Eckernförde große Huldigungen zu teil wurden, bestrafte er das Städtchen durch Einquartierung, und ließ den Fürsten wissen, daß der König trotz aller Gnade, die er stets für seine Person und sein Haus gehabt, doch den Befehl erteilt habe ihn im Wiederholungsfalle zu verhaften; dasselbe verkündete der preussische Staatsanzeiger. Allen Zeitungen ward bei strenger Strafe verboten den Prätendenten als Herzog, als Friedrich VIII. oder irgendwiesonst als Landesherrn zu bezeichnen; den holsteinschen Blättern, die das doch thaten, wurde der Vertrieb in Schleswig entzogen.

Der Feldzug  
gegen die Re-  
volution.

Der Bundes-  
tag.

Manteuffels  
Regiment in  
Schleswig.

Unter den Beamten ward eine scharfe Auslese gehalten; viele im Kampf gegen die Dänen ergraute Männer wurden ihrer Stellen enthoben und wohl gar durch willfährige Werkzeuge der früheren Fremdherrschaft ersetzt. Doch brach Manteuffel auf der anderen Seite entschieden mit dem vormaligen Buhlen um die Gunst der nordschleswigschen Dänen; unbarmherzig schnitt er jede Hoffnung auf Abtretung der Grenzbezirke ab und sprach wiederholt davon, daß Preußen keine sieben Fuß herausgeben, daß er sie eher mit seinem Leibe decken werde. Einen rückhaltlosen Vernichtungskrieg hatte er den Schleswig-Holstein- und den Kampfgenossern-Vereinen geschworen: unter den verschiedensten Vorwänden wurde bald hier bald dort einer aufgelöst, und vor Ende des Jahres waren sie im Norden der Eider alle verschwunden. Auch den Adressen und Petitionen machte er ein jähes Ende; sie richteten sich vornehmlich auf die Berufung der Ständeversammlung; Manteuffel erklärte nicht allein, daß davon keine Rede sein könne, sondern erneuerte auch eine dänische Verordnung, die alle Eingaben in allgemeinen Landesachen mit Strafe belegte. Wenn er zum Ersatz dafür bestimmte Stunden für Privataudienzen ansetzte, so hieß das zum Schaden noch den Spott hinzufügen.

Der Versuchung solcher drakonischen Amtsführung gegenüber sich selbst in liberalem Glanze zu zeigen konnten Oesterreich und Herr von Gablenz persönlich nicht lange widerstehen. Ich will hier im Lande nicht als türkischer Pascha regieren, lautete das verständliche Programm, das er den Manteuffelschen Schroffheiten entgegensezte. Wo er auf höheren Befehl die preußischen Angriffe auf das Augustenburgertum unterstützen mußte, geschah es in mildester Form. Ein Regierungsrat bereifte die Städte des Landes um den Zeitungsredaktionen freundschaftliche Weisungen zu erteilen; ein persönlicher Besuch des Statthalters versüßte dem Erbprinzen die Warnung wieder nach Schleswig zu gehen und den Kummer sich auch in den holsteinschen Blättern des Herzogtitels und der VIII beraubt zu finden; gegen die beabsichtigten Petitionen um Einberufung der Stände sollte ein Schreiben an die Landesregierung genügen, in dem der Statthalter sich für behindert erklärte derartige Bittschriften wirksam zu unterstützen. Allein so dankbar die Holsteiner bei jeder Gelegenheit, schon um Preußen zu ärgern, das wohlwollende Regiment Oesterreichs anerkannten, so waren sie doch nicht willens sich durch freiwillige Rücksichten dieselben Fesseln anzulegen, in die Herr von Manteuffel die Schleswiger schmiedete. Auf den 23. Januar 1866 wurde also nach Altona eine Massenversammlung ausgeschrieben um in einer Adresse die endliche Berufung der Stände zu erbitten. Vergebens wandte sich die Regierung in einem Erlaß an den patriotischen Sinn der Bevölkerung; vergebens drohte die Polizei mit Gewaltmaßregeln; alles was sie erreichte war vonseiten der Parteiführer das Versprechen, daß man auf förmliche Beschlüsse verzichten wolle. Dafür gaben denn die sämtlichen Redner dem allgemeinen Verlangen um so kräftigeren Ausdruck, und das Hoch der 3—4000 Männer auf ihren

Gablenz in  
Holstein.

Die Altonaer  
Versammlung.

rechtmäßigen Herzog Friedrich VIII. war für Bismarck ein ebenso triftiger Grund zur Beschwerde wie irgend eine Resolution; daß eines der rühmlichsten Mitglieder des 36-Ausschusses und Abgeordnetentages, der Darmstädter Mez, auf der Versammlung eine Rolle gespielt, bot ihm noch einen besonders erwünschten Anknüpfungspunkt um Österreich zu beschuldigen, daß es den Kampf gegen die Revolution nicht allein vernachlässige, sondern sogar behindere.

Gereizter No-  
tenwechsel.

Bereits ein paar Tage früher, am 20. Januar, hatte er in Wien auf die Gefahr hinweisen lassen, die dem herzlichen Einvernehmen beider Kabinette durch die österreichische Politik in Holstein drohe; für den aufregenden Charakter derselben verschaffte er sich ein Zeugnis von dem stets bereiten Scheel-Plessen und 18 Genossen, die ihm am Tage der Altonaer Versammlung eine Adresse anfertigten, in der sie als Gegenmittel gegen die entfittlichende Wühlerei des Augustenburgertums abermals die baldige Vereinigung der Herzogtümer mit Preußen unter Wahrung ihrer eigentümlichen Einrichtungen erbat. So gerüstet erklärte er dem Wiener Kabinett am 26. Januar 1866, daß die Stellung der beiden Großmächte an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt sei; Reden wie die in Altona gehaltenen zuzulassen sei ein Zurückweichen von dem Kampfe gegen die Revolution, sei geradezu ein Angriff auf Preußen, das sein Besitztum — und das bleibe Holstein nach wie vor, wenn es auch der Loyalität Österreichs als Pfand anvertraut sei — nicht gefährden lassen dürfe und wolle; auf ausdrücklichen Befehl des Königs beklage er sich darüber, daß solche revolutionäre Bestrebungen sich unter dem Schutze des Doppeladlers entfalten dürften, und verlange Klarheit darüber, ob Österreich nicht mehr den Willen habe mit dem Berliner Kabinett zusammenzugehen; in diesem Falle werde Preußen für seine Politik wieder volle Freiheit gewinnen und davon den Gebrauch machen, der in seinem Interesse liege. Dem entschlossenen Tone dieses Schriftstücks setzte Mensdorff am 7. Februar eine nicht minder entschlossene Antwort gegenüber. Gleichfalls auf ausdrücklichen Befehl seines Herrn lehnte er jede Rechenschaft über die Zulassung der Altonaer Versammlung oder irgend einen anderen Akt der Verwaltung Holsteins ab; der Kaiser halte es nicht für glaublich, daß König Wilhelm die Einwilligung in die Annexion zum Maßstabe der Beziehungen zwischen beiden Staaten machen werde; an dem Wiener Kabinett liege es nicht, wenn die gemeinsame Politik der beiden Mächte auf Hindernisse stoße; es habe derselben schon große Opfer gebracht, indem es sein Verhältnis zu den Mittelstaaten schweren Beeinträchtigungen ausgesetzt habe; es wolle auch jetzt durch so manche Wahrnehmungen von gestern und heute sich nicht verleiten lassen die ganz anders geartete Politik Preußens zum Gegenstande der Besprechung zu machen. Damit war denn der Bruch vollzogen. Bismarck begnügte sich dem Grafen Karolyi als Antwort einfach mitzuteilen, daß er die herzlichen Beziehungen zu Österreich, wie sie seit dem dänischen Kriege bestanden als gelöst betrachte; sie seien auf den Standpunkt zurückgeführt,

Bruch zwischen  
Preußen und  
Österreich.

den sie vor dem Kriege gehabt, d. h. nicht besser und nicht schlimmer als die zu jeder anderen Macht. Im Schoße des preussischen Kabinetts aber veranlaßte er eine Prüfung der Frage, ob man durch die Umstände genötigt sei sich auf einen Krieg vorzubereiten. Unter Zuziehung des Gesandten in Paris von der Goltz, Moltkes, Manteuffels und anderer Militärs fand die Erörterung darüber unter dem Vorsitz des Königs in einem Ministerrate vom 28. Februar statt. Die Antwort lautete verneinend; daß aber damit keine Änderung in der bisherigen Politik eingetreten sei, ließ sich aus der Antwort auf die Scheel-Plessensche Adresse ersehen, die am 2. März erfolgte und die Annexion für das wünschenswerteste, die Erfüllung der Februarbedingungen aber für unerläßlich erklärte.

Der Minister-  
rat vom 28.  
Februar.

### Die Einleitungen zum Kriege und Italien.

In der That war der Ministerrat, obgleich er sich gegen kriegerische Rüstungen aussprach, doch von der Unvermeidlichkeit des Krieges überzeugt; das ergab sich aus dem Auftrag, welchen von der Goltz mit nach Paris nahm: er sollte durch seinen dortigen italienischen Kollegen Nigra das Florentiner Kabinett einladen einen General zu politisch-militärischen Besprechungen nach Berlin zu schicken. Mit dieser Einladung war der Gedanke beseitigt, der von manchem am Hofe begünstigt wurde: durch die Verbürgung Venetiens die Einwilligung Oesterreichs in die Annexion der Herzogtümer zu erkaufen. Es stand jetzt der Entschluß fest mit Italien gegen Oesterreich, nicht auf Kosten Italiens mit Oesterreich zu gehen. Die wichtigste Frage war also vorab die, ob man in Florenz den Mut zu einem Bündnis mit Preußen habe, oder, was ziemlich gleichbedeutend war, ob Napoleon dieses Bündnis erlaube. Nach allem, was er bisher in dieser Beziehung erkundet, durfte sich Bismarck diese Frage bejahen.

Preußens Be-  
ziehungen zu  
Italien.

Schon bald nach seinem Eintritt ins Ministerium hatte er sich Italien genähert und durch den italienischen Gesandten in Berlin die Versicherung erhalten, daß in einem preussisch-oesterreichischen Kriege Italien auf Preußens Seite stehen werde. Weitere Folgen hatte dieses Anfragen und Antworten nicht gehabt. An der Spitze des Turiner Kabinetts stand damals Farini, der im Dezember 1862 an Rattazzis Stelle getreten war. Sehr bald aber ward diese bedeutende Kraft dem Vaterlande entrissen; die Symptome einer Gehirnweichung, die sich schon während seiner fieberhaften Thätigkeit im Jahre 1860 angedeutet hatten, traten stärker hervor, und wenn er auch bis in den März 1863 im Amte verblieb (er starb 1866 in einer Irrenanstalt), so fiel die Leitung des Ministeriums doch Minghetti zu, der am 24. März auch zum Präsidenten ernannt wurde. Die Lage des Landes war nicht bloß in Rücksicht der auswärtigen Verhältnisse und nicht bloß infolge der mazzinistischen Wühlereien eine ernste; auch das Räuberunwesen in Neapel und die

Erste Anfrage  
1862.

Ministerium  
Minghetti.

Das Räuber-  
unwesen.

schwere Geldnot wurden äußerst bedrohlich. Gegen jenes hatten auch die vorhergehenden Ministerien nach Kräften, aber ohne Erfolg angekämpft. In den zwei Jahren seit dem Fall von Gaeta hatten die königlichen Truppen allerdings über 6000 Briganten unschädlich gemacht; mehr als 1000 davon waren standrechtlich erschossen, 2400 im Kampfe gefallen; die anderen saßen in den Gefängnissen oder arbeiteten in den Bergwerken. Cialdini und Lamarmora, die nacheinander die Oberleitung dieses blutigen Kleinkrieges führten, griffen mit Kraft ein, aber alle Anstrengung war vergebens, weil die Geistlichkeit das Brigantentum begünstigte und der Kirchenstaat den Bedrängten bald eine Zuflucht, bald neuen Nachschub bot. König Franz von Neapel, der noch immer in Rom verweilte, sparte kein Geld um diese Vorkämpfer seiner Rechte zu unterstützen und fand in mehreren Kardinälen eifrige Gehilfen. Solange dieser Zustand fort dauerte, war wenigstens in den Abruzzen und den Grenzprovinzen eine Besserung nicht zu erreichen. Nicht hoffnungsvoller stand es um die andere große Not des Landes, die Finanzen. Jahr für Jahr schloß mit einem Defizit ab, so daß von 1859—1864 die Mehrausgabe gegen die Einnahmen fast 2800 Millionen betrug und Minghetti, der selbst das Finanzministerium leitete, die Aufgabe ungelöst seinem Nachfolger Sella überlassen mußte, als er im Herbst 1864 durch die Lösung der römischen Frage, die er mit Napoleon vereinbart, aus dem Amte gedrängt wurde.

Italienische  
Finanzen.

Die Sep-  
temberkonven-  
tion.

Die französische Besatzung, welche nun seit 15 Jahren in Rom stand, war für Napoleon im Grunde eben so lästig wie für Italien, da sie einerseits die Bewegungspartei leidenschaftlich reizte und andererseits eine gewisse Mitschuld an allem, was der Papst that und nicht that, auf Frankreich zu laden schien. Besondere Vorteile brachte sie aber nicht; der Schatten der französischen Fahne deckte den Papst ebenso sicher wie die Anwesenheit einiger Regimenter. Es war deshalb kein schweres Opfer, wenn der Kaiser im Sommer 1864 sich gegen den General Menabrea, der ihn in Vichy besuchte, zur Abberufung seiner Truppen bereit erklärte falls Italien die Sicherheit des Papstes verbürgen wolle. Minghetti und der Minister des Auseren, der Mailänder Visconti Venosta, eröffneten darauf Unterhandlungen und brachten am 15. September eine Konvention zum Abschluß, in der Italien sich verpflichtete den Papst nicht anzugreifen, vielmehr gegen Angriffe von außen zu verteidigen. Was bei einem Aufstande in Rom selbst geschehen solle, wurde nicht gesagt; in einem nachträglichen Notenaustausch verständigte man sich dahin, daß für diesen Fall beide Teile freie Hand behielten. Die Franzosen versprachen Rom binnen zwei Jahren zu räumen; innerhalb dieser Frist werde der Papst seine eigene Armee neubilden können. Eine schwere Verbindlichkeit war es, daß Italien sich mit einem Teile der kirchenstaatlichen Schulden nach Maßgabe des von ihm erworbenen Gebietes zu belasten versprach; doch hätte das Land alles das geduldig angenommen ohne eine andere Bestimmung, die nicht in der Konvention, sondern in

einer  
verst  
aber  
emp  
von  
jener  
stadt  
Rom  
zu t  
bleib  
brac  
Rom  
dem  
dem  
Meh  
treue  
zerst  
im  
186  
mit

Roll  
dara  
einer  
wur  
ein  
puti  
neh  
Über  
Berl  
liche  
einer  
von  
spät  
Geb  
allge  
der  
der  
Par  
sie t  
auf  
nich  
Erf  
fönl  
nur

einem Protokoll von demselben Tage ihren Platz fand. Viktor Emanuel versprach seine Hauptstadt zu verlegen. Wohin? wurde nicht gesagt, aber auf beiden Seiten war man über Florenz, das Mazzini schon länger empfohlen hatte, einverstanden. Die Bedeutung dieser Maßregel wurde von Napoleon anders aufgefaßt als von den italienischen Ministern; jener sah darin einen Verzicht auf Cavour's Programm: Rom die Hauptstadt! diese betrachteten Florenz nur als Station auf dem Wege nach Rom. Mindestens trösteten sie sich damit und gedachten andere damit zu trösten; einstweilen sollte dieses Protokoll noch strenges Geheimnis bleiben. Aber schon am 20. September wurde es bekannt, und nun brach in Turin ein ungeheurer Sturm der Entrüstung aus. Zu Gunsten Roms wäre man bereit gewesen das große Opfer zu bringen und von dem Range der Hauptstadt, den man jahrhundertlang bekleidet, zu dem einer Provinzialstadt hinabzusteigen; aber zu Gunsten von Florenz? Mehrere Tage nacheinander kam es in dem sonst so ruhigen und getreuen Turin zu Aufläufen und Zusammenrottungen, die mit den Waffen zerstreut werden mußten. Dem Groll der Bewohner, den Viktor Emanuel im Innersten teilte, mußte das Ministerium weichen; am 24. September 1864 gab ihm der König seine Entlassung und beauftragte Lamarmora mit der Neubildung.

Verlegung der Hauptstadt.

Septembertumulte in Turin.

Obgleich der neue Präsident selbst und mit ihm seine bedeutendsten Kollegen Lanza und Sella Piemontesen waren, konnte er doch nicht daran denken die Septembertumulte fallen zu lassen. Eine Rente von einer Million, welche der alten Hauptstadt vom Parlamente zugesprochen wurde, sollte den Verdruß und den materiellen Schaden, welchen sie litt, ein wenig mindern. Im Senate stimmten 134 gegen 47, von den Deputierten 317 gegen 70 für die Verlegung, und der König selbst genehmigte sie widerwillig am 12. Dezember. Noch einmal zuckte der Übermut der Turiner im folgenden Monat auf, als die gerichtlichen Verhandlungen über die Septembertumulte bevorstanden. Aber die plötzliche Abreise des Königs nach Florenz am 3. Februar 1865 bewirkte einen Umschlag der Stimmung und von einer Deputation eingeladen, von den Arbeitervereinen festlich empfangen, kehrte der König drei Wochen später noch auf wenige Monate nach Turin zurück. Die 600jährige Geburtsfeier Dantes, des großen Florentiners, die am 14. Mai mit allgemeiner Begeisterung gefeiert wurde, war der erste festliche Akt, dem der König in der neuen Residenz beiwohnte. An demselben Tage hielt der Senat in Turin seine letzte Sitzung. In der Parteibildung des Parlaments wirkte aber der Unwille der Piemontesen noch lange nach; sie trennten sich von der „Konforteria“, der großen Mischpartei, welche auf Cavour's „Programm“ stand, und bildeten als die „Permanenten“ nicht allein durch ihre Zahl, sondern auch durch ihre parlamentarische Erfahrung einen einflußreichen Klub, dessen Haltung, weil sie durch persönliches Mißvergnügen mehr als durch sachliche Gründe beeinflusst war, nur schwer berechnet werden konnte.

Ministerium Lamarmora.

Die Permanenten.

Finanznot.

Schon in Turin hatte sich übrigens das Ministerium mit Ernst der Finanzlage zugewandt. Sella fand den Staatsschatz leer, während binnen drei Monaten 298 Millionen zu bezahlen waren. Er half durch den Verkauf von Domänen und Eisenbahnlilien, durch die Ausgabe von Schatzscheinen, die Erhöhung der Steuern auf Salz, Tabak, Getreide und des Briefportos, durch Vorauserhebung der Grundsteuer des Jahres 1865, wozu sich nach dem Vorgange von Brescia fast das ganze Land bereit erklärte, so daß am Jahreschluß von 120 Millionen schon über 95 eingegangen waren. Der König entsprach dieser patriotischen Haltung des Landes in seiner Weise dadurch, daß er auf  $3\frac{1}{2}$  Million seiner Civilliste verzichtete. Alles das half aber nur herzlich wenig; wirkliche Besserung konnte nur eintreten, wenn die römische und die venetianische Frage eine Verminderung des Heeres und der Flotte gestattete. Die friedliche oder kriegerische Lösung dieser Fragen erschien als notwendige Vorbedingung für die Gesundung der Finanzen. Der Septembervertrag forderte dringend dazu auf in Rom sein Heil zu versuchen. Allerdings zeigte der Papst nicht die geringste Neigung von seiner bisherigen Politik abzulassen. Seine Antwort auf die Konvention vom 15. September war das Rundschreiben (die Encyklica) vom 8. Dezember 1864 mit ihrem Anhängsel, dem Syllabus, einer Zusammenstellung der herrschenden Irrlehren. Eigentlich blieb von den Einrichtungen der europäischen Gesellschaft so gut wie gar nichts von der päpstlichen Verdammung frei; die parlamentarische Vertretung der Völker, die Gewissensfreiheit der Nichtkatholiken, die Pressfreiheit, die selbständige Entwicklung des Schulwesens, die staatliche Ehegesetzgebung, alles das und zahlloses sonst wurde verworfen. Aber seine ganz besonderen Spitzen hatte dieser Syllabus doch für Italien, das den heiligen Vater seines weltlichen Besitzes zum großen Teil beraubt, das die Klostergüter eingezogen, die Geistlichen zu Staatsdienern gemacht, die Civilehe eingeführt hatte und ebendariüber aus war die geistlichen Körperschaften aufzuheben, lauter Einflüsterungen des Teufels, welche das Rundschreiben mit Abscheu verwarf. Trotzdem bot sich dem italienischen Kabinett eine Gelegenheit zu friedlichen Verhandlungen. Pius IX., der gegen Viktor Emanuel immer ein gewisses persönliches Wohlwollen bewahrte, schrieb demselben nämlich am 6. März 1865 einen eigenhändigen Brief und erklärte sich zu einer Vereinbarung über die vielen unbefetzten Bistümer bereit. Daraufhin wurde Begezzi, ein dem Papst genehmer Mann, nach Rom gesandt um Verhandlungen anzuknüpfen. Gern hätte das Ministerium die Zahl der 230 Bischöfe beträchtlich vermindert; wurde sie auf 59, für jede der Provinzen einen, herabgesetzt, so zählte ein Sprengel doch immer nur durchschnittlich 350 000 Seelen, ein Drittel von dem, was er in dem gut katholischen Belgien umfaßte. Aber nicht allein dieser Antrag, sondern die ganze Verhandlung scheiterte, da die jesuitische Umgebung des Papstes, die ihn sich einen Augenblick hatte entschlüpfen lassen, inzwischen wieder vollkommen seiner mächtig geworden war. Im Juli

Encyklica und Syllabus.

Begezzi in Rom.

wur  
renzliche  
im  
voll  
Dro  
sich  
biete  
Entr  
preu  
vora  
liefer  
mit  
frem  
zum  
1862  
werd  
mögl  
willigmora  
Gesam  
österr  
antwo  
er so  
mittel  
funde  
aber  
werde  
worde  
lichter  
nun  
gewese  
Verda  
wieder  
ändert  
ungem  
gesetzt,  
seinem  
erklärt  
halbe  
der Re  
140 00  
D

wurden die Verhandlungen abgebrochen, und Begezzi kehrte nach Florenz zurück.

Was Venetien anlangte, so waren die Hoffnungen auf einen friedlichen Erwerb sehr gering. Wohl hatte Nigra, der Gesandte in Paris, im November 1864 gemeldet, daß Oesterreich das Königreich anerkennen wolle, wenn dieses entwaffne, und hatte hinzugefügt, späterhin sei nach Drouyns Meinung vielleicht eine Abtretung Venetiens zu erwarten, wenn sich für Oesterreich eine Entschädigung z. B. in den Donaufürstentümern biete; aber diese allgemeinen Zusagen hatten keinen Wert und zu einer Entwaffnung war Lamarmora, dessen ganzer Stolz das vielfach nach preußischem Muster gebildete Heer war, umsoweniger bereit, als er vorausah, daß dann die Neuwahlen von 1865 eine ganz radikale Kammer liefern würden. Alle seine Hoffnungen gingen deshalb auf einen Krieg mit Oesterreich und mit Wohlgefallen beobachtete er die wachsende Entfremdung zwischen den deutschen Großmächten. Kam es zwischen beiden zum Bruch, so war auch er zu der Antwort bereit, welche Farini 1862 gegeben hatte, daß Italien an Preußens Seite zu finden sein werde — den einen Fall ausgenommen, welchen er sehr wohl für möglich hielt, daß Oesterreich vor Ausbruch des Krieges Venetien freiwillig abträte.

Hoffnungen  
auf Venetien.

In dieser Lage und Stimmung befanden sich Italien und Lamarmora, als vor der Gasteiner Konvention Graf Usedom, der preußische Gesandte in Florenz, die Frage, wie Italien sich in einem preußisch-österreichischen Kriege verhalten werde, wirklich wiederholte. Lamarmora antwortete mit Vorsicht: ernsthafteste, bestimmt gefaßte Vorschläge werde er sorgsam prüfen; aber Italien könne sich nicht von Preußen als Drohmittel brauchen lassen; auch müsse er Napoleons Ansichten vorher erkunden. Diese gingen dahin, daß man ja nichts übereilen solle, daß aber Frankreich der freien Entschließung Italiens kein Hemmnis bereiten werde. So wäre denn ein Bündnis wohl mit gutem Erfolge angebahnt worden, wenn nicht unerwartet schnell der Gasteiner Vertrag die Möglichkeit des Krieges wiederbeseitigt hätte. Voll Mißtrauens glaubte nun Lamarmora, es sei Bismarck und Usedom überhaupt nicht ernst gewesen, sie hätten ihn nur als Vogelscheuche benutzen wollen. Dieser Verdacht wurzelte sich so tief bei ihm ein, daß er durch kein Mittel wiederausgerissen werden konnte; ja er bewirkte sogleich eine völlig veränderte Politik. Die Ausgaben für Heer und Flotte, welche bis dahin ungemindert geblieben waren, wurden zunächst um 70 Millionen herabgesetzt, und dieser Weg nach Sellas Austritt aus dem Ministerium von seinem Nachfolger Scialoja noch entschiedener verfolgt. Lamarmora selbst erklärte es für einen Fehler, daß man in den letzten 5 Jahren eine halbe Milliarde zu viel auf das Heer verwandt habe. Die Aushebung der Rekruten unterblieb und bis zum 1. März 1866 sollte die Armee auf 140 000 Mann vermindert sein.

Bismarcks  
zweite An-  
frage.

Verminderung  
des Heeres.

Dagegen sollte nun ein Versuch gemacht werden Venedig durch

Malaguzzi in  
Wien.

Güte, sei es für Geld sei es für Landerwerb im Osten, von Österreich zu erlangen. Graf Malaguzzi aus Modena, der am Wiener Hofe gut gelitten war, reiste am 10. Oktober 1865 dorthin ab mit der Ermächtigung bis zu einer Milliarde zu bieten. Aber was Österreich für das kleine Lauenburg zugestanden hatte, schlug es für Venedig rundweg ab, und Malaguzzi mußte Anfang Dezember das völlige Scheitern seiner Sendung melden. Allerdings wünschte man auch in Wien sich mit Italien besser zu stellen um Preußen dieses Bundesgenossen zu berauben; aber man hatte nicht den Mut den einzig ausreichenden Preis dafür zu zahlen. Versprechungen eines Handelsvertrages und einer halben Anerkennung, die durch Frankreichs Vermittelung gemacht wurden, besaßen keine Zugkraft. Wenn Preußen daher von neuem anfragte, so fand es zwar frankhaftes Mißtrauen, aber dabei doch viel Geneigtheit zu gemeinsamer Aktion vor.

Bismarck in  
Biarritz.

Bismarck hatte seit Gastein nichts unterlassen um den erklärlichen Unwillen Lamarmoras zu beschwichtigen; auch den Umweg über Paris verschmähte er dabei nicht: bedurfte er doch der Kenntnis von Napoleons Gesinnungen auch um ihrer selbst willen. Die Verhandlungen, die er mit dem französischen Kaiser im Oktober 1865 in Biarritz pflog, sind in zuverlässiger Weise nicht bekannt geworden; unerfreulich konnte das Ergebnis für den preußischen Minister nicht gewesen sein; auf der Rückreise hatte er gegen Riga den Krieg mit Österreich als unvermeidlich bezeichnet und in bezug auf Italien geäußert, wenn es nicht da wäre, müßte man es erfinden. Auch wurden die Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages mit dem Zollverein, die längere Zeit unterbrochen waren, wiederaufgenommen und führten am 31. Dezember 1865 zum Abschluß. Viktor Emanuel erhielt den schwarzen Adlerorden, dessen er bis dahin noch nicht für würdig befunden war, und alle Zollvereinsstaaten erkannten das revolutionäre Königreich zu Österreichs Kummer an. Die Ratifikation des Vertrags erfolgte am 12. März 1866. So war also das Verhältnis zwischen beiden Kabinetten äußerlich ein recht gutes, als in Berlin jener Minister- und Kriegsrat vom 28. Februar stattfand und nun zum drittenmal, wenn auch verschleiert, an Italien die Frage erging, wie es sich zu einem österreichisch-preußischen Kriege stellen werde.

Handelsver-  
trag Italiens  
mit dem Zoll-  
verein.

Revolution in  
Rumänien.

Gerade in diesem Augenblicke kam dem italienischen Minister diese Frage nicht sehr gelegen. Wenige Tage vorher hatte sich in Bukarest ein Ereignis zugetragen, auf das er die Hoffnung gründete, in friedlicher Weise Venetien zu erwerben: der Hospodar Rusa war gestürzt. Der Jubel, mit dem die Rumänen diesen Fürsten begrüßt hatten, war schnell verklungen; schon im Mai 1864 sah Rusa keinen anderen Weg mit den widerspenstigen Kammern fertig zu werden, als daß er sie auseinanderjagte, ein neues Wahlgesetz und einen Zusatz zur Verfassung dekretierte und beides nach napoleonischer Sitte durch Volksabstimmung bestätigen ließ. Der Erfolg war glänzend; 680 000 Stimmen erklärten sich für,

nur 1300 gegen den Staatsstreich, Dankadressen liefen in Massen ein, Statuen wurden dem Retter des Vaterlandes errichtet und die Großmächte mitsamt der Pforte billigten das Geschehene. Aber die Freude war von kurzer Dauer. Eigenmächtige Maßregeln, nicht eben alle verwerflicher Art, die Aufhebung der Fronden, die Einführung der Erblichkeit des Thrones (obgleich Kusa um einen Erben zu haben ihn erst adoptieren mußte), die Monopolisierung des Tabaksverkaufs, Verhaftungen und Verbannungen mehrten den Anhang der feindlichen Bojarenpartei; anfangs 1866 glaubte diese einen Aufstand wagen zu dürfen. In der Nacht zum 24. Februar drang General Golesco mit 40 Verschworenen in das Schlafzimmer des Fürsten, zwang ihn zur Abdankung und Entfernung aus dem Lande und bildete eine vorläufige Regierung. Aus diesen Vorgängen schöpfte Nigra und auf seine Anregung Lamarmora die Hoffnung nach einem in Italien längst beliebten Plane Österreich durch den Erwerb Rumäniens zum Verzicht auf Venetien bewegen zu können. Napoleon, dessen Mitwirkung Nigra mit Genehmigung Lamarmoras in einer Audienz von 28. Februar erbat, bezweifelte freilich, daß man sich in Wien darauf einlassen werde. Allein er deutete doch zugleich an, daß es vielleicht gelingen könne Österreich dazu zu zwingen. Lamarmora möge die kriegerischen Eröffnungen, die ihm seit einigen Tagen von Bismarck gemacht seien, benutzen um ein Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen abzuschließen; das werde die österreichischen Staatsmänner zur Nachgiebigkeit veranlassen. Schnell genug stellte sich jedoch heraus, daß auch England und Rußland von jenem Tausche nichts hören wollten; der Zar erklärte auf das bestimmteste, daß er sich mit allen Kräften widersetzen werde, und so mußte Nigra schon am 17. März melden, daß es mit diesem Vorhaben nichts sei. Immerhin war es jedoch nicht unmöglich, daß man, wenn die Frage offenblieb, noch einmal darauf zurückkam; in Preußens Interesse lag es also, daß sie erledigt werde, und da der Graf von Flandern, der Bruder des Königs der Belgier, die ihm angebotene Krone ausschlug, da überhaupt kein europäischer Prinz, wie die Rumänen es wünschten, Lust haben konnte ein Vasall des Sultans zu werden, so betrachtete die öffentliche Meinung es wohl kaum mit Unrecht als ein patriotisches Opfer auf dem Altar der Bismarckschen Politik, als Prinz Karl Ludwig von Hohenzollern-Sigmaringen, den die Volksabstimmung am 20. April, die gesetzgebende Kammer am 13. Mai 1866 erwählte, diesen Ruf annahm und trotz des Widerspruches einer in Paris zusammengetretenen Konferenz der Großmächte, trotz der Drohungen der Pforte sich im tiefsten Geheimnis durch Österreich in sein neues Land begab und am 22. Mai seine dornenvolle Laufbahn als Karol I. von Rumänien begann.

Lamarmora hatte inzwischen nach Napoleons Rate gehandelt und die Einladung Bismarcks einen General nach Berlin zu entsenden in der Hoffnung angenommen, daß diese Demonstration die österreichischen Staatsmänner dem rumänischen Tauschprojekt zugänglich machen werde.

Italienische  
Pläne.

Prinz Karl  
von Hohen-  
zollern.

Govone nach  
Berlin.

Bismarcks  
erste Vor-  
schläge.

General Govone, der mit der Sendung betraut wurde, entdeckte aber zu seinem großen Leidwesen alsbald, daß Bismarck an ein sofortiges Bündniß gar nicht denke, daß vielmehr, wie ihm der preußische Minister gleich in ihrer ersten Unterredung am 14. März sagte, noch Monate verstreichen würden ehe der Krieg beginnen könne. Nicht um die schleswig-holsteinsche Frage, sondern um die Neugestaltung Deutschlands werde es sich dann handeln. Des italienischen Bündnisses bedürfe er zunächst dazu um König Wilhelm allen sonstigen Einflüssen zum Trotz auf dem betretenen Wege festzuhalten. Preußen verpflichtete sich, das war Bismarcks Idee, wenn es einmal den Krieg begonnen, ihn nur mit Italiens Zustimmung zu enden und diesem den Erwerb von Venetien zu verbürgen; Italien dagegen sollte sich schon jetzt anheischig machen Preußen in jedem Falle in den Krieg zu folgen, wenn dieses den Zeitpunkt für gekommen erachte. Bismarck hatte indes schwerlich gehofft diesen Vorschlag durchzusetzen; er rückte deshalb gleich mit einem zweiten, etwas abgeschwächten Plane heraus, nach welchem Italien erst von einem bestimmten, näher zu be- redenden Augenblick an, z. B. sobald Preußen ein deutsches Parlament zusammenberufe, gebunden sein solle. Aber auch das leuchtete Govone nicht ein. Da er sich bewußt war, daß er selbst gegen Preußen kein ehrliches Spiel vorhabe, argwöhnte er eine gleiche Hinterlist bei Bismarck, und glaubte, dieser wolle das Bündniß nur als Drohung gegen Oesterreich benutzen um die Auslieferung der Elbherzogtümer zu erzwingen; oder auch, (er wolle Italien außer stand setzen einen gütlichen Ausgleich wegen Venetiens zu treffen, den Oesterreich etwa anbieten könnte um gegen Preußen freie Hand zu haben. Bismarck drückte daher seine Forderungen noch weiter herunter und schlug ganz einfach den Abschluß eines Bündniß- und Freundschaftsvertrages ohne besondere Ziele vor. Zu allen drei Vorschlägen erklärte sich Govone nicht für ermächtigt und erbot sich nur sie nach Florenz zu melden.

Mißtrauen der  
Italiener.

Das Mißtrauen der Italiener fußte nicht allein auf den früheren Erfahrungen, die gelehrt hatten, daß der preußische König sehr schwer zu einem Kriege mit Oesterreich zu bewegen sei, sondern nicht minder auf der für sie überraschenden Entdeckung, daß Bismarck die Frage der Elbherzogtümer jetzt als untergeordnet, die der Bundesreform aber als die Hauptsache behandle. Dieser Verwandlung des Zieles trauten sie nicht, und daß es im Grunde gar keine Verwandlung sei, vermochten sie nicht zu übersehen. Überdies war der preußische Minister amtlich mit diesen weiteren Plänen noch nicht hervorgetreten, sondern ließ erst eben jetzt durch die ihm freundlichen Blätter den Gedanken verbreiten, daß in Ermangelung eines preußisch-österreichischen Einverständnisses die Lösung der schleswig-holsteinschen Frage mit der Umgestaltung des Bundes in Zusammenhang gebracht werden müsse. Was lag näher als zu fürchten, daß dies nur ein neues Mittel sei um Oesterreich zur Nachgiebigkeit zu bewegen, zumal man nichts von preußischen Rüstungen hörte, während in Wien die kriegerischen Vorbereitungen doch ernstlich

begonnen hatten. Ein Marschallsrat unter dem Voritze des Kaisers beriet vom 7.—13. März über die nötigen Maßregeln und von den Korpsführern, die zur Teilnahme daran nach der Hauptstadt beschieden waren, blieben einzelne, besonders Benedek, der Oberstkommandierende in Venetien, auch nach Beendigung der Konferenzen in Wien; aus Ungarn wie aus anderen Provinzen lief die Nachricht ein, daß Truppen- sendungen nach Böhmen angeordnet seien; am 16. März verlautbarte gar, daß auch Sachsen im tiefsten Geheimnis die Reserven einberufen habe. Wenn Preußen trotzdem unthätig blieb, so konnte es ihm mit dem Kriege nicht ernst sein. Andere bedenkliche Anzeichen kamen hinzu. Am 17. März richtete Karolji an Bismarck die amtliche Frage, ob Preußen entschlossen sei die Gasteiner Konvention zu zerreißen und den Bundesfrieden zu brechen, und der preußische Minister antwortete darauf natürlich mit einem unumwundenen Nein. An demselben Tage sollte Govone seine Antrittsaudienz beim Könige haben; aber sie wurde ab- bestellt, weil der Monarch sich unpäplich fühle, in Wahrheit, wie die Italiener glaubten, weil es österreichischen Einflüssen gelungen sei den verhängnisvollen Empfang zu verhindern. Endlich bot ebenjegt Eng- land seine guten Dienste an, und wenn es damit von Bismarck auch nach Wien an den wahren Friedensstörer verwiesen wurde, so war diese vermittelnde Thätigkeit doch für Italien ein Grund mehr zur Vorsicht.

Bismarck war in diesen Tagen allerdings in einer gefährlichen Lage, und einen Augenblick scheint er wirklich die einzige Rettung in einem plötzlichen Ausbruch des Krieges, den Italien leicht durch ein Freikorps bewirken konnte, gesehen zu haben. In heftiger Aufregung machte er am 19. März dem Gesandten Barral diesen Vorschlag. Aber da kam er schlecht an. Die Italiener, besorgt überlistet zu werden, hofften doch statt dessen die Preußen zu überlisten; noch war das ru- mänische Projekt im Schwange, und Govone rieb sich schon im Geiste die Hände aus Freude darüber, daß mittels desselben, wie er mit einem italienischen Sprichwort an Lamarmora schrieb, die Ratter den Char- latan heißen werde. Auf Bismarcks Andeutungen versprach Barral nur einen Bericht nach Florenz. Aber schon am nächsten Tage war auch der preußische Minister von seinen Vorschlägen zurückgekommen; wahr- scheinlich hatte er in der Zwischenzeit Kenntnis von einer Note erhalten, die Mensdorff am 16. März an die befreundeten deutschen Höfe gerichtet hatte. Darin erklärte Österreich seine Absicht die schleswig-holsteinische Frage an den Bundestag zu verweisen und forderte die Regierungen auf in Frankfurt die Mobilmachung ihrer vier Armeekorps zu beschließen. Das war ein zweifelloser Bruch des Gasteiner Vertrages, eine offen- kundige Kriegsdrohung gegen Preußen. Mit dieser Note bewaffnet konnte Bismarck leicht die Bemühungen seiner Gegner vereiteln und den König von dem bösen Willen Österreichs überzeugen. Er brauchte jetzt keinen Gewaltschritt Italiens mehr zu wünschen, sondern kam auf seinen Vorschlag eines Freundschaftsvertrages zurück, in den die Bestimmung

Österreichische  
Rüstungen.

Austausch  
friedlicher Er-  
klärungen.

Plan einer  
italienischen  
Offensive.

Plan eines  
Bündnisses  
auf zwei Mo-  
nate.

aufgenommen werden sollte, daß man beim Eintritte kriegerischer Ereignisse einen Schutz- und Trutzvertrag unterzeichnen werde, über den man sich mittlerweile zu verständigen hätte. Auch dieser Gedanke fand aber bei den Italienern keine Gnade; Govone ward der Sache ganz überdrüssig, zumal die rumänischen Träume seit dem 17. vereitelt waren, und bat am 22. März Lamarmora um die Erlaubnis zurückzukehren; Barral dagegen schlug auf eigene Hand ein Schutz- und Trutzbündnis auf zwei Monate vor. Acht Tage früher hatte Bismarck eine solche Frist noch für durchaus ungenügend gehalten; aber die österreichische Note vom 16. März hatte die Entwicklung sehr gefördert. Nach dem Vorgange des Wiener Cabinetts konnte sich jetzt auch das preußische an seine deutschen Bundesgenossen wenden und ihnen seine Absichten vollkommen enthüllen. Es geschah das am 24. März. Nicht mehr um die augenblickliche Sicherung des preußischen Staates handele es sich, sondern um die ganze Zukunft desselben und damit um die Zukunft Deutschlands, das in seiner zeitigen Verfassung keine europäische Krisis ertragen könne ohne Gefahr zu laufen dem Schicksal Polens zu verfallen. Die Note schloß mit der Frage, wieweit Preußen auf die Hilfe seiner Bundesgenossen rechnen könne, wenn es von Österreich zum Kriege gezwungen werde.

Preußische  
Note vom 27.  
März.

Bündnis-  
entwurf vom  
27. März.

Damit war also die Schwenkung vollzogen, für die Bismarck eine längere Frist in Aussicht genommen hatte; neben und über den Elbherzogtümern stand jetzt die Frage der Neugestaltung Deutschlands. Der Ausbruch des Krieges war dadurch so viel näher gerückt, daß der Barralsche Vorschlag eines Bündnisses auf kurze Zeit annehmbar erschien; Bismarck begnügte sich statt der zwei Monate drei zu verlangen. Napoleon, den Riga bei jeder neuen Wendung um seinen Rat fragen mußte, riet den Italienern dringend darauf einzugehen; es sei im höchsten Maße wünschenswert den König von Preußen auf diese Weise dem Kriege entgegenzudrängen; eine Erneuerung des Vertrages nach Ablauf der drei Monate werde stets zu erreichen sein. Von einer preußisch-italienisch-französischen Tripelallianz, für die ihn Riga gemeinsam mit dem Prinzen Napoleon zu gewinnen suchte, wollte er nichts hören, weil das Land gegen den Krieg sei. Die verlockenden Aussichten auf die Rheingrenze, mit der sie ihn zu ködern hofften, thaten keine Wirkung, weil der Kaiser wohl wußte, daß sie in keiner Weise von Bismarck ausgingen.

Eine Erkrankung, die diesen mehrere Tage ans Bett fesselte, verzögerte die Vereinbarung des Entwurfes bis zum 27. März. Der Hauptinhalt war, daß Italien sich verpflichtete, sobald Preußen zur Durchführung der Bundesreform die Waffen ergriffen habe, auch seinerseits Österreich den Krieg zu erklären, und daß beide Teile nur dann zum Rücktritte von diesem Vertrage berechtigt seien, wenn Italien Venedig und Preußen ein gleich stark bevölkertes Stück der österreichischen Monarchie im Frieden erwerben könne. Auf die Zusicherung von Welschtirol, das die Italiener gleichfalls gern gehabt hätten, wollte sich König Wilhelm nicht einlassen und ebenso bestand er darauf, daß die anderen

deutschen Staaten, die Österreich möglicherweise unterstützen würden, in dem Vertrage gar nicht erwähnt wurden.

Lamarmora, der Nigras Berichten merkwürdig geringen Glauben schenkte, zögerte mit der Genehmigung des Entwurfes, bis er der Zustimmung Napoleons auch auf anderen Wegen sicher geworden war; erst als ihm durch den Grafen Arese, den er mit dem Vertragsentwurf nach Paris geschickt, und den Prinzen Napoleon, der plötzlich eine Kunstreise nach Italien antrat, diese Gewißheit geworden war, gab er am 3. April die Vollmacht zur Unterzeichnung und nach Erledigung einiger Weiterungen, die über Nebenpunkte entstanden waren, wurde der Vertrag am 8. April vollzogen. Es war nur eine Frist von drei Monaten, für welche Italien sich gebunden hatte; während dieser kurzen Spanne Zeit mußte der Krieg zum Ausbruch kommen, wenn Preußen nicht Gefahr laufen wollte ihn doch ohne Bundesgenossen zu führen. Bismarck ging deshalb mit größter Schnelligkeit ans Werk. Gleich am Tage nach der Verständigung mit Barral, am 28. März, befahl eine königliche Ordre die Kriegsbereitschaft; am Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages, am 9. April, reichte Herr von Savigny, der preussische Gesandte in Frankfurt, den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlamentes ein. Die Ankündigung dieses Schrittes, die in dem Rundschreiben vom 24. März enthalten gewesen war, hatte fast überall nur ungläubige Hörer gefunden; das Volk konnte sich nicht davon überzeugen, daß es in ernsthafter Absicht geschehe, wenn ein Bismarck solche Vorschläge mache, und die Regierungen sahen darin nur den Versuch die Verwirrung zu steigern. Bayern machte in dieser Beziehung eine Ausnahme; schon am 31. März erklärte von der Pfordten seine Geneigtheit auf Bundesreformpläne einzugehen und verband damit nur das naturgemäße Verlangen, daß die beiden Großmächte mittlerweile eine Art von Waffenstillstand abschließen sollten, indem sie die Versicherung austauschten, daß sie eines gewaltthätigen Angriffes sich unbedingt enthalten würden. Österreich war von diesem Vorschlage ohne Zweifel bereits vorher unterrichtet und ließ an demselben 31. März in Berlin erklären, daß den Absichten des Kaisers nichts ferner liege als ein Angriff auf Preußen; Bismarck konnte darauf natürlich nicht umhin im Namen seines Königs genau dasselbe zu erklären: aber es war doch eine große Täuschung, wenn man glaubte durch solchen Austausch von Worten irgend etwas gewonnen zu haben. Für Österreich, das von dem Entwurfe des preussisch-italienischen Bündnisses gleich nach dem 27. März über Paris Kenntniß erhalten hatte, kam alles darauf an die Verhandlungen bis zum Verlaufe der drei Monate in die Länge zu spinnen, und darauf richtete es sein Verhalten ein, indem es den Gegner bald reizte, bald vor ihm zurückwich. Graf Mensdorff hatte kaum die preussische Friedensbotschaft erhalten, als er das weitere Verlangen stellte, daß die am 28. März befohlene Kriegsbereitschaft rückgängig gemacht werde; er hielt sich dazu für voll berechtigt, weil in Österreich noch keine der Verfügungen getroffen sei,

Lamarmora  
und Napoleon.

Preussischer  
Reformantrag.

Österreichische  
Anschläge.

Abrüstungs-  
vorschlag.

die dazu dienten einen großen Krieg vorzubereiten; nur unbedeutende, kaum nennenswerte Verschiebungen von Truppenkörpern hätten stattgefunden. Als Bismarck am 15. April darauf erwiderte, die Begriffe unbedeutend und kaum nennenswert seien sehr dehnbar und die preussischen Vorkehrungen entsprächen nur dem wohlbekanntem Maße der österreichischen, ging Mensdorff noch einen Schritt weiter und versprach die Truppenverschiebungen vom 25. April ab rückgängig zu machen, wenn Preußen an demselben oder dem folgenden Tage sein Heer auf den Stand vom 27. März zurückführen wolle. Kaum aber war von Berlin am 21. April die Zusage eingetroffen, daß der König, der mit Genugthuung Kenntnis von diesem Vorschlage genommen habe, die Abrüstung in demselben Maße und in denselben Zeiträumen anzuordnen bereit sei, wie dies österreichischerseits geschehen werde, so glaubte man in Wien auch schon am Ziele zu sein, und beschloß noch selbigen Tages die italienische Armee auf den Kriegsfuß zu setzen, wovon Karolvi am 23. mit der unschuldigsten Miene „um jedes Mißverständnis zu vermeiden“ in Berlin Mitteilung machte, während an den übrigen Höfen die Ansammlung italienischer Truppen bei Bologna und Piacenza als Grund für die neuen, unerwarteten Maßregeln angeführt wurde.

Rüstung gegen  
Italien.

Italienische  
Gegen-  
rüstungen.

Aber damit war das Spiel auch zu Ende. Weder Bismarck noch Lamarmora konnten sich dergleichen bieten lassen. Dem letzteren ging zwar aus Paris die Mahnung zu ruhig zu bleiben, denn Napoleon kannte den österreichischen Plan und wußte, daß Italien nichts zu befürchten habe; umsomehr aber drängte ihn das italienische Parlament und Lamarmora entging einem von der Linken beantragten Mißtrauensvotum am 26. April nur dadurch, daß er sofort Gegenrüstungen befahl und am 27. den fremden Höfen die Mobilmachung anzeigte; die einmütige Unterstützung der sonst so gespaltenen Kammer zeigte ihm, daß er das Rechte getroffen. Aber auch Bismarck war der österreichischen List sofort entschlossen gegenübergetreten. Am 30. April erklärte er die Abrüstung auch in Venetien für unerläßlich und am 2. Mai versprach er Govone im Namen des Königs Preußens Unterstützung über den Vertrag vom 8. April hinaus auch dann, wenn Italien von Österreich angegriffen werde.

Bedingter Ver-  
zicht auf Vene-  
tien.

Offenbar drohte der Plan Mensdorffs zu scheitern; wollte er ihn retten, so mußte er seine Karten offener zeigen und Italien geradezu zum Vertragsbruch auffordern. Es konnte das nur auf dem Wege über Paris geschehen. Am 5. Mai ließ Napoleon Nigra zu sich rufen und teilte ihm mit, er habe von Österreich den förmlichen Vorschlag erhalten, daß es Venetien an Frankreich behufs der Wiederabtretung an Italien überlassen wolle, wenn man ihm gestatte sich durch preussisches Gebiet zu entschädigen und wenn Italien von seinem Bündnis mit Preußen abstehe. Lamarmora geriet über diese Nachrichten in die größte Herzensangst. Zu lebhaft empfand er die Schmach, mit der er sich und sein Land durch solchen Vertragsbruch bedecken würde; auch mußten

ihm gewichtige Zweifel aufsteigen, ob er dem sich aufbäumenden Ehrgefühl der Italiener mit solch verächtlicher Politik werde standhalten können: auf der anderen Seite drohte der Zorn Napoleons, wenn er ablehnte, winkte der mühelose Gewinn Venetiens, wenn er annahm. Der Entschluß, den er in dieser Not faßte, kennzeichnet seinen Charakter. Umgehend antwortete er Nigra: es sei eine Ehrensache den Vertrag zu halten; aber da derselbe am 8. Juli erlösche, so könne man sich ja durch einen Kongreß helfen. Neun Wochen konnten darüber leicht verstreichen und waren sie abgelaufen, dann hatte Italien wieder freie Hand, dann ließ es sich mit Venetien für seine Neutralität bezahlen und sah ruhig zu, wie Preußen dafür Schlesien verlor.

Samarmoras  
Kongreßvor-  
schlag.

Napoleon war über diesen Plan nicht wenig erfreut. Die Verwickelungen dieser Tage bereiteten ihm eine innere Befriedigung, wie er sie lange nicht gekannt. Alles schien in Fluß zu kommen, die Verträge von 1815 gerieten ins Wanken, die Rheingrenze war kein zu kühner Traum. Man glaubte, er wünsche selbst an dem bevorstehenden Kriege teilzunehmen. Als er am 6. Mai in Auxerre eine Rede hielt, in der er seinen und Frankreichs „Abscheu“ gegen die Verträge von 1815 aussprach, da verglichen seine Zeitungsschreiber dieses Wort einem Kanonenschusse, der durch Europa halle und keiner Deutung bedürfe. Aber eine friedliche Erwerbung der Rheinlande hätte er doch bei weitem vorgezogen und dazu bot ein Kongreß die Gelegenheit. Wenn Bismarck recht ins Gedränge geriet, wenn er in die Lage kam ohne Bundesgenossen gegen Österreich und Frankreich kämpfen zu müssen, sollte er dann nicht den Widerstand gegen die Abtretung deutschen Bodens fahren lassen, da er doch sonst mit den gegebenen Verhältnissen so gut zu rechnen wußte? Napoleon nahm also mit größter Freude den Kongreßvorschlag an, den fast gleichzeitig auch England aus eigenem Antriebe anregte.

Von Napoleon  
gebilligt.

Aber eine große Schwierigkeit stellte sich diesem Plane entgegen: man konnte nicht mit Aussicht auf Erfolg zu einem Kongresse zusammentreten, während Europa von Waffen starrte. Der letzte Notenwechsel zwischen Österreich und Preußen hatte zur Folge gehabt, daß in Berlin am 4. und 8., in Wien am 6. Mai der Befehl zur Mobilmachung erging. Auch die deutschen Mittelstaaten waren stark im Rüsten. Sachsen hatte Bismarcks Aufforderung vom 27. April auch seinerseits zu entwaffnen abgelehnt und sich am 5. Mai hilfesehend an den Bundestag gewandt. Mit neun gegen fünf Stimmen beschloß dieser am 9. Mai beruhigende Erklärungen von Preußen zu fordern. Am nächsten Tage ordnete dann auch Bayern die Mobilmachung an, Württemberg war schon lange mit kriegerischen Vorbereitungen beschäftigt, andere Staaten folgten. Der König von Hannover schloß sogar schon mit dem Kaiser von Österreich eine Übereinkunft, wonach seine Armee sich bei Stade mit den in Holstein stehenden Österreichern vereinigen sollte. Von keinem der Großen oder der Kleinen war vorauszusetzen, daß er geneigt sein werde

Abrüstung und  
Einladung.

zuerst zu entwaffnen; selbst Lamarmora erklärte schon am 11. Mai aus Rücksicht auf die Stimmung des Landes, daß er den Kongreß nur ohne Abrüstung annehme. So lag darin schon ein schweres Hinderniß einer Verständigung. Aber auch die Form der Einladung zum Kongreß war keine leichte Sache. Ein erster Vorschlag, den Frankreich auf Grund mündlicher Verhandlungen mit England und Rußland machte, befriedigte diese beiden Mächte nicht und erst am 28. Mai kam eine gleichlautende Einladung zustande, die ganz allgemein die schleswig-holsteinsche Frage, den italienischen Streit und die Reform des Deutschen Bundes, soweit sie Europa interessiere, als Gegenstände des Kongresses bezeichnete.

Agitation  
gegen Bis-  
marck.

Um diese Zeit betrachtete Graf Bismarck den ganzen Plan schon als völlig mißlungen. Schwere Wochen waren an ihm vorübergegangen. Während er mit dem Aufgebot aller Kräfte für Preußen und Deutschland arbeitete, waren ihm nicht bloß seine ausländischen Gegner entgegengetreten: das preußische Volk selbst hatte sich ihm widersetzt, wie es nur konnte, und ein jugendlicher Fanatiker, Julius Cohen, ein Stiefsohn des flüchtigen badischen Republikaners Karl Blind, hatte durch Muechelmord ihn aus dem Wege zu schaffen gesucht. Von Hohenheim, der württembergischen Landwirtschaftsschule, war er nach Berlin gereist und feuerte am 7. Mai Unter den Linden aus nächster Nähe, zum Teil im Handgemenge mit dem Grafen, der ihn schnell packte, fünf Revolvergeschüsse auf den verhassten Mann ab ohne ihn erheblich zu beschädigen. Wer bürgte dafür, daß nicht der nächste Tag einen ähnlichen Frevel brachte? Die zitternde Aufregung, die ganz Deutschland durchwallte, die leidenschaftliche Wut, die außerhalb Preußens durch keine Schranken auch nur äußerlich in Zucht gehalten wurde, konnten wie leicht! zu Verbrechen reizen. An sich mochten alle die Volksversammlungen und Parteibeschlüsse, die von Entrüstung schäumten und gegen die friedensbrecherische Politik der preußischen Regierung den bewaffneten Widerstand Deutschlands aufriefen, nicht gar zu schwer wiegen; aber sie steigerten doch die Erhitzung, in welche sich viele der mittelstaatlichen Regierungen schon hineingeredet und machten die Neutralität des übrigen Deutschland, die Beschränkung des Krieges auf ein Duell zwischen Preußen und Österreich immer unmöglicher. Bereinsamt waren außerhalb Preußens die Stimmen, die gegen den allgemeinen Lärm anzukämpfen suchten: die städtischen Behörden in Leipzig, die den König um Frieden baten, die Kammern in Wiesbaden und Darmstadt, welche die Mittel zum Kriege verweigerten, die hannoverschen Liberalen mit Bennigsen an der Spitze, die einen Ministerwechsel forderten, oder die badischen, die auf Bluntschlis Antrag Neutralität beanspruchten. Als Ende Mai fast überall die Landtage zusammentraten, widerhallten sie von heftigen Angriffen auf Preußen und in Stuttgart ließ sich selbst der leitende Minister zu einem *Vae victis* gegen die nordische Großmacht hinreißen. Die Bewilligung der geforderten Kriegsgelder stieß meist nur auf kleine

Kriegerische  
Strömungen  
in den Mittel-  
staaten.

Minderheiten; die Forderung für den Frieden zu wirken ward wohl laut genug erhoben, aber dahinter ertönte stets der Ruf sich dem Friedensbrecher — und das sollte nun einmal Preußen sein — entgegenzustellen. Wo ein Minister nicht unbedingt in dies Horn stieß, mußte er fallen, so die Kriegsminister in Stuttgart und Kassel, einige Wochen später auch Mathy in Karlsruhe, wo Roggenbach das auswärtige Amt schon im Herbst 1865 dem österreichisch gesinnten Freiherrn von Edelsheim eingeräumt hatte. Was es mit den Vermittlungsversuchen der Mittelstaaten auf sich hatte, war leicht zu erraten. Sie veranstalteten in Augsburg am 22. April, in Bamberg am 14. Mai diplomatische, in Stuttgart am 11. Mai militärische Konferenzen, beantragten am 19. Mai in Frankfurt allgemeine Abrüstung und erhoben den Antrag fünf Tage später zum Beschluß, kurz sie waren ungemein geschäftig, aber ohne jeden Erfolg. Von einem ernsthaften Eingehen auf das preußische Reformprojekt war keine Rede. Das freilich wurde durch Bayerns Bemühungen glücklich erreicht, daß der preußische Antrag vom 9. April, der zunächst ja nur die Berufung eines Parlamentes forderte, am 21. einem Ausschuß überwiesen wurde, ohne daß nach Österreichs Verlangen Bismarck vorher seine Reformideen mitgeteilt hatte; aber in diesem Ausschuß ruhte er nun doch wochenlang, und kam selbst dann nicht in Fluß, als Herr von Savigny sich persönlich Weisungen vom Grafen Bismarck geholt hatte und wenigstens mündlich einige ganz allgemein gehaltene Grundzüge mitteilte. Die Vereine und Versammlungen hielten sich von dem preußischen Antrage scheu zurück, wenn sie ihn nach ihrer Vergangenheit nicht geradezu verunglimpfen konnten. Auch der Abgeordnetentag, der am 20. Mai noch einmal in Frankfurt zusammenkam und nach tobenden Debatten und pöbelhaften Tumulten mit knapper Mehrheit Neutralität und Parlament forderte, wagte doch nicht diese seine Forderung mit der preußischen zu identifizieren.

Der preußische  
Reforman-  
trag.

Auch in Preußen selbst traten liberale Männer nur spärlich und arg angefeindet zu Bismarcks Gunsten ein. Seit Ende März war der laute Ruf nach Frieden die Hauptäußerung der öffentlichen Meinung. Mit Nachdruck forderte die Kölnische Zeitung die Entfernung Bismarcks und empfahl die Abtretung der Grafschaft Glatz für Schleswig-Holstein. Andere Blätter stimmten ein. Die Behörden der rheinischen Städte und die Handelskammern wandten sich an den König den Frieden zu erbitten; Berlin selbst schloß sich dieser Bewegung an, die bald bis Königsberg reichte. Der entgegengesetzten Ansicht gaben zuerst am 26. April 64 Altliberale in Halle Ausdruck: sie traten für das von Preußen geforderte Parlament und wenn es sein müsse für den Krieg ein; nicht diesen Krieg, wohl aber die Umkehr auf dem betretenen Wege erklärten sie für ein nationales Unglück. Eine wertvolle Unterstützung ward ihnen am 15. Mai durch eine gleichgesinnte Adresse der städtischen Behörden von Breslau, der Stadt, welche den Kriegsgefahren doch am meisten ausgesetzt war und die nun dem Könige die alte Opferwilligkeit von 1813 zusicherte,

Die öffentliche  
Meinung in  
Preußen.

nicht ohne dabei die feste Zuversicht auszusprechen, daß die Weisheit des Herrschers die Mittel finden werde, durch Beseitigung des inneren Konfliktes die Kampfbegeisterung zu wecken. Erfreulich wie diese Kundgebungen waren, blieben sie doch zu vereinzelt in dem allgemeinen „Friedensgewimmer“ um Bismarck eine erhebliche Stütze zu gewähren.

Französische  
Rheingelüste.

Die Rheinländer, die von allen am eifrigsten waren Bismarck zu stürzen, ahnten nicht, wie angestrengt dieser arbeitete die Begehrlichkeit Napoleons nach rheinischem Boden zu überlisten. Daß allerlei Anforderungen von Paris aus laut geworden seien, wußte man wohl; schon im März verwahrte sich die Stadt Saarbrücken dagegen an Frankreich geopfert zu werden, denn die Kohlenbezirke der Saar, so hieß es damals, habe Bismarck in Biarritz dem Kaiser Napoleon versprochen. Aber der heftigste Angriff, den der preußische Staatsmann auszuhalten hatte, erfolgte doch erst, als der Kongressvorschlag in Gang kam. Govone

Govones An-  
träge.

war es, der sich zum ersten Mittelsmann der französischen Gelüste machte. Er war Anfang Mai über Paris nach Florenz berufen, und kehrte am 20. auf demselben Wege zurück. Bismarck zeigte sich über die Zumutungen, deren Überbringer der Italiener war, natürlich keineswegs erstaunt und sein Widerstand schien jenem nicht allzuschwer zu brechen; versicherte der Minister doch, daß er selbst viel weniger Deutscher als Preuße sei, und verwies immer nur auf den König, den man nur im alleräußersten Augenblick zu Abtretungen bewegen könne. Darauf rückte

Benedetti.

denn Benedetti selbst mit des Kaisers Forderungen heraus, die alles Land bis zur Mosel umfaßten. Bismarck bewahrte auch jetzt seine Gelassenheit und vertröstete den Gesandten, wie es scheint, auf seine eigene Anwesenheit in Paris, wohin er sich zum Kongreß begeben und persönlich mit dem Kaiser verhandeln werde. Selbstverständlich nahm er, und ebenso Lamarmora, die Einladung zum Kongresse an; das Gehässige ihn zum Scheitern zu bringen überließ er mit Zuversicht Österreich. In der That mußte dieses sicher sein von dem Kongresse ohne Venetien zurückzukehren; es wollte daher auch eine Bürgschaft haben, daß es eine Entschädigung, nämlich Schlesien, erhalte, und kleidete dieses Verlangen in die Form der Bedingung, daß keine der zur Zeit geladenen Mächte auf dem Kongreß einen Machtzuwachs erhalten dürfe. Was es selbst in Venetien verlor, wollte es in Schlesien wiedergewinnen; Preußen mochte in Schleswig-Holstein sich schadlos halten, und Italien sollte wohl den Kirchenstaat wiederherstellen, wie die Einladung auch des Papstes zum Kongreß, die zweite Bedingung Österreichs, vermuten läßt. Für Napoleon genügte die erste um sich mit Entschiedenheit dagegen zu erklären; sollte keine Macht, also auch Frankreich nicht, einen Zuwachs erhalten, so war der Krieg in seinen Augen dem Kongreß weit vorzuziehen, zumal Österreich ihm erklärte, daß es nach wie vor bereit sei Venetien gegen gleichwertige Eroberungen in Deutschland abzutreten. Am 4. Juni gab demgemäß Gramont die Erklärung ab, daß die österreichischen Vorbehalte den Kongreß unmöglich machten.

Scheitern des  
Kongresses.

Bis zu diesem Tage hatte denn auch Bismarck, dessen Reise nach Paris nunmehr ja wegfiel, die erneuerten französischen Forderungen endgültig abgelehnt. Um so dringender wünschte er jetzt den baldigen Ausbruch des Krieges und Österreich kam ihm dabei sehr wirksam zu Hilfe. Am 1. Juni gab es in Frankfurt die Erklärung ab, daß nach dem Scheitern aller Versuche sich mit Preußen über Schleswig-Holstein zu verständigen das weitere nunmehr Sache des Bundes sei, dessen Entscheidungen der Kaiser bereitwillig anerkennen werde; überdies wurde Gablenz dazu ermächtigt die holsteinschen Stände auf den 11. Juni nach Itzehoe zu berufen. Damit war ein zweifelloser Vertragsbruch vollzogen; denn vor dem Beginn des dänischen Krieges, am 16. Januar 1864, hatten sich die beiden Großmächte verpflichtet die Erbfolgefrage und die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer nur im gegenseitigen Einverständnisse festzustellen; jetzt übertrug Österreich die Entscheidung dem Bunde. Es übertrug ihm aber gleichzeitig dadurch auch die Entscheidung über die Fortdauer der Gasteiner Konvention, und darauf gestützt machte Manteuffel in Bismarcks Auftrag am 6. Juni dem Statthalter Gablenz die Anzeige, er werde, da der frühere ungeteilte Gemeinbesitz nunmehr wiederhergestellt sei, nächsten Tages zur Wahrung der preußischen Rechte Holstein wieder besetzen und stelle den Österreichern frei in Schleswig einzurücken. Gablenz machte davon keinen Gebrauch, sondern zog sich unter Protest von Kiel nach Altona zurück, versammelte dort seine Truppen, die Brigade Kalik, und lehnte jede Verständigung mit Manteuffel ab. Dieser erklärte darauf durch Erlass vom 10. Juni, daß er die oberste Regierungsgewalt auch in Holstein übernehme, die bisherige Landesregierung auflöse und den Baron Scheel-Blessen zum Oberpräsidenten beider Herzogtümer ernenne; an demselben Tage wurde Itzehoe besetzt, der österreichische Kommissar zur Ständeversammlung verhaftet und die Eröffnung des Landtags verhindert. Gablenz antwortete am 11. mit einer letzten Ansprache an die Schleswig-Holsteiner: seine Truppen seien zum Widerstande zu schwach, er müsse der Gewalt weichen, und verließ am anderen Tage das Land. Der Erbprinz von Augustenburg, der seine persönliche Freiheit mit Recht gefährdet glaubte, folgte sogleich diesem Beispiele.

Auch in Frankfurt hatte Österreich inzwischen am 9. Juni feierlichen Protest eingelegt: zwei Tage später beantragte es gegen die Verlesung der Bundesakte, deren sich Preußen durch den Einmarsch in Holstein schuldig mache, die Mobilmachung aller nichtpreussischen Bundesarmeeekorps. Trotz Savignys Einspruch wurde die Abstimmung auf den 14. angesetzt. Auf Preußens Seite standen an diesem Tage Bader, Luxemburg, Mecklenburg, Oldenburg, die thüringischen Staaten außer Meiningen, die drei Hansestädte, zu Österreich die vier Königreiche, und die beiden Hessen; das waren sieben Stimmen gegen sieben. Die Entscheidung lag bei Braunschweig-Nassau und der Fürstentum; innerhalb der letzteren waren drei Stimmen für, drei gegen den Antrag, die

Berufung der  
holsteinschen  
Stände durch  
Gablenz.

Einmarsch der  
Preußen in  
Holstein.

Abmarsch der  
Österreicher.

Austritt  
Preußens aus  
dem Bunde.

siebente, Bückeberg, war gar nicht instruiert; dennoch erklärte sich der stimmführende Gesandte für Osterreich, und ebenso verfuhr trotz Braunschweigs Widerspruch Nassau. Da Savigny gar nicht stimmte, sondern gegen den ganzen Antrag auf Grund des Bundesrechts, das nur eine Exekution, keine Mobilmachung gegen Bundesglieder kenne, protestierte, so faßte der österreichische Präsidialgesandte das Ergebnis dahin zusammen, daß mit neun gegen sechs Stimmen der österreichische Antrag angenommen sei. Nunmehr erhob sich Herr von Savigny um in Erfüllung einer ernstern Pflicht den Bundesbruch für vollzogen, den bisherigen Bundesvertrag für erloschen zu erklären; aber sein König betrachte damit die nationalen Grundlagen, auf denen dieser Bund erbaut gewesen, nicht als zerstört; die Einheit der deutschen Nation sei über die wechselnden Formen erhaben und es gelte jetzt einen neuen Ausdruck für dieselbe zu finden. Indem der Gesandte den Entwurf einer neuen Bundesakte, der den einzelnen Regierungen schon am 10. Juni mitgeteilt war, auf den Tisch der Bundesversammlung niederlegte, erklärte er seine bisherige Thätigkeit für beendet und verließ den Saal.

Abbruch der  
diplomatischen  
Beziehungen.

Der gesandtschaftliche Verkehr zwischen Wien und Berlin war von Osterreich schon am 12. Juni abgebrochen; Karolvi verabschiedete sich von seinem italienischen Kollegen mit der Versicherung: wir werden nicht immer Feinde sein; siegen wir über Preußen, so ist Venetien Ihnen gewiß. Diese Erklärung beruhte auf einem Vertrage, den Gramont am 9. Juni in Wien geschlossen hatte und der den Austausch Venetiens gegen Schlesien stipulierte. Andererseits hatte Napoleon von Preußen die Zusicherung erhalten, daß keine Frage, die Frankreichs Interessen berühre, ohne dessen Mitwirkung geordnet werden solle. Daraufhin faßte er nunmehr den Entschluß ohne zu rüsten die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. In einem offenen Briefe an Drouyn de L'Huyß vom 11. Juni leugnete er alle Vergrößerungsgelüste ab; nur in dem einen Falle, daß die Karte Europas zum ausschließlichen Vorteil einer Großmacht verändert werden und die Nachbarprovinzen durch freigelegten Wunsch ihre Vereinigung mit Frankreich fordern sollten, könne letzteres an die Erweiterung seiner Grenzen denken. Den bevorstehenden Krieg führte er auf drei Gründe zurück, darauf daß Preußens geographische Lage schlecht abgegrenzt sei, daß Deutschland das Bedürfnis einer besseren politischen Verfassung empfinde und daß Italien seine Unabhängigkeit gesichert sehen wolle. Als Heilmittel für diese drei Übelstände galten ihm: für Preußen ein Zuwachs an Kraft und Zusammenhang im Norden; für Deutschland eine engere Vereinigung und bedeutendere Rolle der Mittelstaaten unter Aufrechterhaltung der einflußreichen Stellung Osterreichs; für Italien der Erwerb Venetiens gegen eine angemessene Entschädigung. Frankreichs Interessen ständen jedoch bei der Frage, ob diese Ziele durch den Krieg erreicht würden, nicht auf dem Spiele; was er, der Kaiser, verlangen müsse, die Bewahrung des europäischen Gleichgewichts und die Erhaltung Italiens, sei

Napoleons  
Programm.

gesichert, auch ohne daß er zum Schwerte greife; eine aufmerksame uneigennützigte Neutralität sei deshalb die Politik, die er sich vorgeschrieben.

Auf diese Neutralität Frankreichs gestützt hatte Preußen fast alle Truppen aus den Westprovinzen nach Sachsen und Schlesien ziehen können um sie dort gegen den Hauptfeind zu verwenden. Von der Schlagfertigkeit der deutschen Mittelstaaten hatte man in Berlin eine so geringe Meinung, daß man ihnen nur die allerbescheidensten Streitkräfte entgegenstellte. Nach der Abstimmung vom 14. Juni mußte man gewärtigen, daß auch Kurhessen und Hannover sich dem österreichischen Bündnis anschließen würden. Es war das ein völliger Bruch mit der preußenfreundlichen Politik, welche beide Staaten seit dem Ausbruch des dänischen Krieges befolgt hatten. Sowohl König Georg wie Kurfürst Friedrich Wilhelm haßten die volkstümliche Bewegung, die sich durch ganz Deutschland zu Gunsten Schleswig-Holsteins erhoben, zu bitter, als daß sie mit den übrigen Mittelstaaten hätten gemeinsame Sache machen können. Der Kampf gegen die Revolution, den die beiden Großmächte auf ihre Fahne schrieben, hatte ihren vollsten Beifall, und als Osterreich sich von Preußen trennte und den Mittelstaaten und damit der öffentlichen Meinung zuwandte, blieb man in Kassel und Hannover im preußischen Fahrwasser. Das änderte sich erst, als Bismarck mit seinem Plane eines deutschen Parlamentes hervortrat. Auch ohne daß er seine Vorschläge für die Reform des Bundes mittheilte, wußte doch jedermann, daß sie auf eine Stärkung des preußischen Einflusses, auf eine Schwächung der Souveränitätsrechte der übrigen Fürsten abzielen würden. Dagegen aber sträubte sich der Stolz des Welfenkönigs aufs äußerste. Seine Empfindlichkeit in diesem Punkte war aus dem Kultus, den er mit der Größe und dem Ruhm seines Hauses trieb, nur zu wohl bekannt. Mehr als einmal hatte er im Laufe des letzten Jahres bei festlichen Gelegenheiten sein Glas darauf geleert, daß der Geist der echten Monarchie, daß die Treue für das Welfenhaus bis an das Ende aller Dinge in seinem Lande walten möge, und die Geschmacklosigkeiten, deren er sich fähig zeigte, sobald es die Verherrlichung seines Stammes galt, hatten ihm gutmütigen und bitteren Spott reichlich eingetragen. In seiner Umgebung war niemand, der mit dem Willen ihm nach dieser Richtung Zügel anzulegen auch den Einfluß verbunden hätte; die Königin und die Günstlinge bestärkten ihn vielmehr durch Schmeicheleien darin. Graf Borries war wieder zu hohem Ansehen gelangt, und seine Ernennung zum Präsidenten des Staatsrats hatte im Herbst 1865 die halbwegs liberalen Minister Windthorst, Hammerstein, Erxleben und Lichtenberg zum Rücktritt bewogen; unter ihren Nachfolgern waren Bacmeister und Leonhardt die bedeutendsten. Ohne ihr Wissen hatte der König Ende April, als die Krisis sich verschärfte, sich dem Kaiser von Osterreich gegenüber verpflichtet seine Truppen bei Stade zu konzentrieren und mit der Brigade Kalik zu vereinigen. Als dann Bismarck in Folge der

Kurhessen und Hannover.

hannoverschen Rüstungen am 9. Mai den Abschluß eines Neutralitätsvertrages forderte und ein erweiterter Ministerrat dem Könige dringend empfahl darauf einzugehen, hatte dieser wirklich nachgegeben und Verhandlungen angeknüpft. Allein auf die Meldung von diesen Vorgängen traf am 20. Mai des Königs Halbbruder, der österreichische General Prinz von Solms-Braunfels, in Hannover ein und bewirkte durch Versprechungen von Gebietsvergrößerung und durch falsche Nachrichten von einem preussisch-französischen Bündnis einen abermaligen Umschwung, so daß Bismarck die Neutralitätsverhandlungen als abgebrochen betrachten mußte. Alle Versuche den König noch umzustimmen, ein Besuch des Großherzogs von Oldenburg, eine auf Bennigsen's Antrag beschlossene Adresse der zweiten Kammer, waren erfolglos: Hannover stimmte am 14. Juni in Frankfurt gegen Preußen. Auch an diesem und dem nächsten Tage wurden noch einmal alle Hebel angelegt um den König zur Umkehr zu bewegen; nochmals stellte Bennigsen den Antrag, die Kammer solle den Rücktritt des Ministeriums, Aufhebung der Mobilmachung und strenge Neutralität verlangen: Forderungen, die um die nämliche Stunde von Herrn von Bischoffshausen auch im kurhessischen Landtag erhoben wurden: aber hier wie dort blieben die Regierenden jeder Warnung unzugänglich, sie verschmähten die goldene Brücke, die ihnen geboten wurde. An demselben 15. Juni überreichten die preussischen Gesandten in Hannover, Kassel und Dresden Preußens Ultimatum: noch vor Ablauf des Tages sollten die drei Regierungen die Abrüstung ihrer Truppen anordnen und die preussischen Reformvorschläge annehmen; dafür werde ihnen Preußen ihr Gebiet und ihre Souveränitätsrechte nach Maßgabe dieser Vorschläge verbürgen; für den Fall der Ablehnung aber werde der König sich als im Kriegszustande mit ihnen befindlich betrachten und dementsprechend handeln.

Ablehnung des  
preussischen  
Ultimatums.

### Der Krieg von 1866.

Einmarsch der  
Preußen in  
Hannover und  
Kurhessen.

Diesen Worten Nachdruck zu geben, standen gegen Hannover und Kurhessen drei Truppenkörper bereit: 16 000 Mann unter Manteuffel bei Altona, etwa 14 000 unter General Goeben bei Minden, 20 000 unter Beyer bei Wehlar. Den Oberbefehl über die gesamte Macht erhielt Bogel von Falkenstein. Die hannoversche Armee, gegen 20 000 Mann, und die kurhessische, etwa halb so stark, waren weder vereinigt noch vollständig gerüstet. Aber auch dieser Umstand hielt die Fürsten nicht von ihrem kriegerischen Entschlusse ab. Der Kurfürst von Hessen versagte dem preussischen Gesandten von Röder in einer leidenschaftlich erregten Audienz die Annahme des Ultimatum's, der König von Hannover empfing spät in der Nacht, umgeben von seiner Familie, Vertreter der städtischen Behörden um ihnen zu erklären, daß er als Christ, Monarch und Welf die preussischen Forderungen, deren Erfüllung das Königreich mediatisieren würde, nicht bewilligen könne, und daß er seinen Truppen

befohlen habe sich um Göttingen zu sammeln. Er selbst begab sich in ihre Mitte, während der Kurfürst, der seine Armee südwärts zur Vereinigung mit den Bayern schickte, trotzig in Wilhelmshöhe blieb und allem weiteren den Widerstand der Unthätigkeit entgegensetzte.

Die Besetzung beider Länder durch die Preußen zu verhindern wären die beiden Armeen selbst vereinigt nicht imstande gewesen; wohl aber konnten sie gemeinschaftlich ihren Marsch nach Süden gegen Beyer erzwingen und dann in Verbindung mit den oberdeutschen Truppen ein erhebliches Gewicht in die Waagschale werfen. König Georg aber säumte zu lange sein Land zu verlassen: er hoffte darauf, daß die Bayern durch den Thüringer Wald zu ihm heranziehen und in schnellem Umschlag Manteuffel und Goeben wieder aus dem Lande werfen würden. Während er in dieser Hoffnung bei Göttingen seine Rüstungen vervollständigte, trafen am 17. Juni von Minden, am 18. von Harburg aus die Preußen in der Hauptstadt ein und Vogel von Falckenstein übernahm die Verwaltung des Königreiches. Auch die kurhessische Hauptstadt wurde am 18. von den Preußen erreicht und der Kurfürst einige Tage später gefangen nach Stettin abgeführt. Die drei preußischen Truppenteile hatten sich also theils schon vereinigt theils erheblich genähert. Eine weitere Verstärkung stand ihnen durch einige thüringische Kontingente in Aussicht. Preußen richtete nämlich am 16. Juni an alle norddeutschen Staaten den Antrag auf Grund der Reformvorschläge vom 10. Juni mit ihm ein Bündnis zu schließen und ihre Truppen in Kriegsbereitschaft zu setzen. Voran den übrigen, die mit wenigen Ausnahmen doch bald folgten, nahm der Herzog von Koburg-Gotha diese Einladung an, und seine Truppen besetzten Gotha und Eisenach, über welche Stadt die gerade Verbindungslinie der Hannoveraner und Bayern führte. Einem entschlossenen Angriff der ersteren wären diese schwachen Streitkräfte allerdings auch mit den Verstärkungen, die ihnen aus Erfurt, Magdeburg, Berlin zuzogen, nicht gewachsen gewesen; aber da die Bahn von Hannover über Magdeburg-Halle nach Eisenach vollständig in der Gewalt der Preußen war, so hätte Vogel von Falckenstein mit Leichtigkeit das Korps Manteuffel dorthin werfen und so dem feindlichen Vormarsch einen Kiegel vorschieben können. Er unterließ das, trotzdem Moltke ihn am 21. telegraphisch dazu aufforderte, und setzte den Marsch auf Göttingen fort, wo er die Hannoveraner noch anzutreffen glaubte; auch dem Beyer'schen Korps, das bis an die Werra östlich von Kassel vorgeedrungen war und sich anschickte dem abziehenden Feinde in die rechte Flanke zu fallen, erteilte er Befehl flußabwärts nach Münden zu marschieren. Dadurch erhielt die hannoversche Armee, deren Kommando der König dem General von Arentschild übertragen hatte, trotz der bei Göttingen verlorenen Tage die Möglichkeit doch noch bei Eisenach durchzubrechen; am 21. überschritt sie die preußische Grenze in der Richtung auf Heiligenstadt und rückte über Mühlhausen und Langensalza auf Gotha und Eisenach vor. Am 24. wäre sie in der Lage gewesen die schwachen

Besetzung von  
Hannover und  
Kassel.

Truppenteile, die ihr gegenüberstanden, beiseite zu schieben; allein dieser günstige Augenblick blieb unbenutzt, da man unsicher über die Stärke des Feindes und schwankend in den Entschlüssen Verhandlungen mit dem in Gotha kommandierenden Obersten Fabek begonnen hatte, in die auch der Herzog von Koburg-Gotha vermittelnd eingriff. Die von Moltke geforderte Kapitulation lehnte der hannoversche Bevollmächtigte, Major Jacobi, natürlich ab und bot nur die Neutralisierung der Armee für längere Zeit an, wenn man ihr freien Durchmarsch nach Süddeutschland gewähren wolle. Auch der Generaladjutant des Königs, Dammers, der am 24. die Leitung der Verhandlungen übernahm, hielt diese Forderung aufrecht, schickte aber gleichzeitig nach Langensalza die Aufforderung zum Angriff zu schreiten, da er sich von der Schwäche des Feindes überzeugt hatte. Gleichwohl verpflichtete er sich dem Herzog gegenüber zu einer Waffenruhe bis zur Ankunft des preußischen Generals von Alvensleben, dessen Abreise von Berlin telegraphisch angezeigt worden war, und kehrte mittags am 24. nach Langensalza zurück um seinem Könige Meldung von diesen Vorgängen zu machen. Als nun trotzdem der Angriff des Feindes wirklich ins Werk gesetzt wurde, glaubte der in Gotha zurückgebliebene Major Jacobi diesen Bruch der Verpflichtung verhindern zu müssen, und schickte an die vorrückenden hannoverschen Offiziere nach Mechterstedt (zwischen Gotha und Eisenach) und nach Eisenach die Anzeige von der zugestandenen Waffenruhe. Infolgedessen wurde der Angriff wiedereingestellt und auch von diesen Truppenführern eine Waffenruhe bis zum 25. morgens 8 Uhr geschlossen. Diese Frist genügte um den Preußen ausreichende Verstärkungen zuzuführen; die ersten Abteilungen des Bayerschen Korps trafen in Eisenach ein; andere Truppen kamen mit der Eisenbahn von Kassel her; das Detachement Fries von Mantuffels Korps langte über Halle in Gotha an. Unter diesen Umständen hatte Alvensleben am Morgen des 25. seine Zusammenkunft mit dem Könige im Hauptquartier Groß-Behringen; auch jetzt noch sträubte sich der Monarch in die preußischen Bedingungen zu willigen, nahm aber Bedenkzeit bis zum 26. Juni 10 morgens und ließ bis dahin die Verlängerung der Waffenruhe abschließen. Von dieser Abkunft erhielt Falckenstein durch den nach Berlin zurückkehrenden Alvensleben keine Mitteilung und gab daher, als er nachmittags in Eisenach eintraf und genügende Streitkräfte zu seiner Verfügung vorfand, trotz der Vorstellungen Goebens die nötigen Befehle um anderen Tags in aller Frühe von Eisenach aus zum Angriff schreiten, während die Hannoveraner sich auf Langensalza und hinter die Unstrut zurückzogen. Zum wirklichen Angriff kam es am 26. nicht; denn eben noch zur rechten Zeit wurde Falckenstein von Berlin aus der Abschluß des Waffenstillstandes mitgeteilt. Allein auch die erhoffte Konvention sollte nicht zustande kommen; obgleich die Frist bis 10 Uhr morgens am 26. abgelaufen war, ohne daß Georg V. die preußischen Bedingungen angenommen hatte, begab sich mittags ein neuer Bevollmächtigter, der Oberst vom Generalstabe Döring,

nach Langensalza um als Ultimatum die Entwaffnung der hannoverschen Armee zu fordern; sie wurde von dem Könige verweigert, und damit waren die Unterhandlungen abgebrochen.

Noch einmal jedoch sollten die preussischen Streitkräfte zersplittert werden; auf falsche Nachrichten von dem Anmarsche der Bayern entsandte Falckenstein den größten Teil der Division Beyer an die Werra-übergänge oberhalb Eisenachs und begab sich selbst nach Kassel um auftragsgemäß das Militärgouvernement von Kurhessen zu übernehmen. Bei Gotha stand daher nur das Detachement Flies, dessen Widerstand zu brechen die Hannoveraner wohl vermocht hätten. Statt dessen setzten sie ihren Rückzug über die Unstrut fort und die telegraphischen Meldungen von dieser Bewegung erweckten in Berlin den Glauben, daß sie in östlicher Richtung zu entkommen suchen würden. Um dies zu verhindern wollte Flies, der über etwa 9000 Mann verfügte, sich ihnen an die Fersen heften und rückte am 27. morgens von Gotha gegen Langensalza vor. Das Gros des Feindes war schon hinter der Unstrut, die in einer Entfernung von ungefähr einer halben Meile nördlich von jener Stadt fließt. Da Arentsschild die Stärke der Preußen anfangs überschätzte, gab er seinen anfänglichen Plan Langensalza zu behaupten auf und nahm bei Merxleben hinter dem Flusse, nordöstlich von der Stadt, eine Defensivstellung ein. Unbehindert konnten die Preußen daher Langensalza selbst besetzen, und ebenso den Raum bis zum Flusse, wo sie sich auf zwei Hügeln, dem Judenberg und dem östlich davon gelegenen Erbsberg, und in dem Badewäldchen zwischen diesen Hügeln und der Unstrut festsetzten. Ganz vergeblich aber waren alle Versuche gegen den doppelt so starken Feind und seine weit überlegene Artillerie die Brücke von Merxleben zu erstürmen. Vielmehr ging Arentsschild, der inzwischen die Schwäche des Feindes erkannt hatte, nachdem der Kampf beinahe vier Stunden gedauert und die letzte preussische Reserve ins Gefecht geführt war, gegen 2 Uhr zum Angriff über und zwang Flies zum Rückzug bis hinter Langensalza. Heldenmütig hielt die preussische Landwehr auf dem Erbsberg stand; langsam räumte sie den Judenberg; erfolgreich wiesen die Infanteriebataillone zu Quarrés formiert die glänzenden Angriffe der trefflichen hannoverschen Reiterei zurück: um 4 Uhr war aller gewonnene Boden doch wiederverloren und eine Fortsetzung des Kampfes hätte schlimme Folgen haben müssen. Allein im hannoverschen Lager war man so vollständig planlos, daß man die Schlacht abbrach, zumal ein Verlust von 1400 Mann an Toten und Verwundeten für die kleine Schar sehr empfindlich war. Dadurch wurde der Sieg zur Niederlage. Bis zum nächsten Morgen waren nicht allein von Eisenach soviel Truppen nach Gotha gezogen, daß kein Durchbruch mehr gelingen konnte, sondern es war auch Manteuffel über Mühlhausen weit genug herangekommen um an einem neuen Kampfe teilzunehmen. Von allen Seiten von überlegenen Truppenmassen umringt, überdies kaum noch für einen Tag mit Lebensmitteln versehen, mußte König Georg seine Einwilligung

Schlacht von  
Langensalza.

Kapitulation  
von Langensalza.

zu einer Kapitulation geben: Falkenstein sandte einen Bevollmächtigten nach Langensalza und in der Frühe des 29. kam der Vertrag zum Abschluß. Noch im letzten Augenblicke schien eine neue Schwierigkeit dadurch zu entstehen, daß von Berlin aus Manteuffel beauftragt wurde die Kapitulation zu unterzeichnen, wie er denn auch bestimmt war für Falkenstein das Oberkommando zu übernehmen. In der That wurden denn auch von ihm die näheren Bedingungen der Übergabe mit Arentschild geordnet. Der König und der Kronprinz durften ihren Aufenthaltsort außerhalb des Königreichs frei wählen, ihr Privatvermögen ward ihnen gelassen; die Offiziere behielten ihre Waffen und versprachen nicht gegen Preußen zu kämpfen; die Truppen wurden in ihre Heimat befördert, das gesamte Kriegsmaterial mit Fahnen und Standarten den Preußen übergeben. So war vierzehn Tage nach dem entscheidenden Bundesbeschlusse einer der Feinde völlig gedemütigt und entwaffnet, sein Land in der Gewalt des Siegers. Nicht viel besser sah es mit Kurhessen aus, wenn dessen Truppen auch an den Main entkommen waren. Das übrige Norddeutschland war dem preussischen Bündnisse beigetreten und rüstete; ein Gesandter nach dem anderen stellte in Frankfurt seine Thätigkeit ein, ein Landtag nach dem anderen bewilligte die Mittel um die Landestruppen zum Kampf an Preußens Seite mobil zu machen. Und während die Heere der süddeutschen Staaten nutzlos hin und herzogen ohne dem Feinde nahe zu kommen, war auf dem Hauptschauplatze des Krieges das Königreich Sachsen gleichfalls bereits in der Hand der Preußen, das österreichische Heer aber in einer Reihe von harten Kämpfen schwer getroffen und aller Siegeszuversicht beraubt.

Die drei preussischen Hauptarmeen.

Die preussische Hauptmacht stand Mitte Juni an der sächsisch-österreichischen Grenze von Torgau bis Reize in drei großen Heeren zusammengeschart. Das Centrum bei Görlitz, Pommern, Brandenburger und Thüringer (Korps II, III und IV), bildete gegen 110 000 Mann stark unter Führung des Prinzen Friedrich Karl die Erste Armee. Auf dem rechten Flügel, also bei Torgau, standen reichlich 50 000 Rheinländer und Westfalen (Korps VII und VIII) unter dem Befehle Herwarths von Bittensfeld; sie erhielten die Bezeichnung Elbarmee. Die sog. Zweite Armee endlich, beinahe 150 000 Mann, Preußen, Posener, Schlesier (Korps I, V und VI) und Garde, wurde vom Kronprinzen geführt und bildete um Reize herum den linken Flügel. In Reserve standen außerdem um Berlin etwa 25 000 Mann unter dem General von der Müllbe. Alle angeführten Zahlen bezeichnen übrigens nicht die Anfangsstärke, die um etwa ein Sechstel geringer anzunehmen ist, sondern die Summe der während des ganzen Krieges den einzelnen Armeen zugewiesenen Leute. Die Durchschnittsstärke der drei Heere betrug gegen 260 000 Mann mit 800 Geschützen.

Die österreichische Armee.

Auf feindlicher Seite standen ihnen gegenüber die Sachsen, von ihrem Kronprinzen Albert geführt, an 22 000 stark, und sieben österreichische Armeekorps, 230 bis 250 000 Mann, unter dem Oberbefehl

Benedek's. Nur das erste dieser Korps, Glam-Gallas, und ein Teil des dritten, die aus Holstein gekommene Brigade Kalif, war in Böhmen, die ganze übrige Macht hatte sich im nördlichen Mähren um Olmütz herum versammelt. Ein Angriff auf Schlesien, also auf die Armee des Kronprinzen, war der voraussichtliche Zweck dieser Aufstellung.

Die weitgedehnte Front der preussischen Heere mußte sich verkürzen, sobald Sachsens politische Haltung zweifellos wurde. Erklärte es sich für neutral, so war ein Linksabmarsch der Ersten und der Elbarmee geboten; trat es auf Österreichs Seite, so mußten diese beiden Heere durch den rechtselbischen Teil des Königreiches gegen die Nordspitze Böhmens vorrücken. Daß Kronprinz Albert bei der Entfernung Benedek's nur auf Glam-Gallas gestützt dem weit überlegenen Feinde keinen Widerstand leisten, sondern sich in die böhmischen Grenzpässe zurückziehen werde, war mit Sicherheit anzunehmen. Die Entscheidung möglichst bald herbeizuführen war Aufgabe der Diplomatie. Bismarck stellte deshalb in Dresden am 15. Juni dieselbe Forderung wie in Kassel und Hannover; bis Mitternacht solle der König sich für Annahme der preussischen Reformvorschläge und unbewaffnete Neutralität erklären, oder Preußen werde sich als im Kriege mit Sachsen befindlich betrachten. Die Antwort fiel aus, wie zu erwarten stand, und gleichzeitig begann die sächsische Armee unter Zerstörung der Eisenbahnen und Elbbrücken sich nach Böhmen zurückzuziehen. Früh am 16. rückte darauf Herwarth von Torgau aus am linken Elbufer vor, überschritt am 17. bei Riesa den Fluß und war am 18. in Dresden. Hinter ihm her rückte das Reservekorps von der Mülbes, das am 19. Leipzig besetzte und das Verbleiben der Elbarmee überflüssig machte. Diese stellte Fühlung mit der Ersten Armee her, welche Bautzen und Zwickau besetzte, und rückte bis zum 22. an die Grenze vor.

Aber auch die Zweite Armee war mittels eines Rechtsabmarsches von Meisse über Glatz bis Landshut dem Centrum in diesen Tagen ein bedeutendes Stück näher gekommen. Die Möglichkeit dazu hatte Benedek selbst geboten, indem er vom 17. an links abmarschierend von Olmütz nach Josefstadt vorging. Sobald die Nachricht von dieser Bewegung, die den Verzicht auf einen Einfall in das südliche Schlesien zu enthalten schien, in Berlin einlief, erteilte Moltke dem Kronprinzen den Befehl zu jenem Flankenmarsch und wies alle drei Armeen am 22. an die Grenze zu überschreiten und Gitschin als gemeinsames Marschziel ins Auge zu fassen. Eine eigentliche Kriegserklärung war zwischen den beiden Hauptmächten gar nicht ausgetauscht worden. Beide Monarchen wandten sich mit Ansprachen an ihre Völker, Franz Josef am 17., König Wilhelm am 18. Der österreichische Kaiser versprach, da der unheilvollste Krieg, ein Krieg Deutscher gegen Deutsche, nun einmal unvermeidlich geworden sei, im Vertrauen auf seine gerechte Sache und im Gefühle seiner Macht nicht eher zu ruhen, als bis er seinem Reiche und den verbündeten deutschen Staaten die freie innere Entwicklung

Besetzung von  
Sachsen.

Einleitende  
Märsche.

Beginn des  
Krieges.

gesichert und ihre Machtstellung in Europa befestigt habe. Der König von Preußen erinnerte daran, wie Österreich nicht vergessen wolle, daß seine Fürsten einst Deutschland beherrscht, wie es in dem jüngeren Preußen keinen natürlichen Bundesgenossen, sondern nur den feindlichen Nebenbuhler erblicke. Alte, unselige Eifersucht, rief er aus, ist in hellen Flammen wiederaufgelodert. Preußen soll geschwächt, entehrt, vernichtet werden. Gegen Preußen werden deutsche Fürsten zum Bundesbruch verleitet. Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, deren Kampfesgeschrei ist: Erniedrigung Preußens. Es sei ein Kampf auf Leben und Tod gegen die, welche den Staat des großen Kurfürsten, des großen Friedrich, der Freiheitskriege von der Stufe herabstoßen möchten, worauf seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung ihn erhoben. Aber mit Gottes Hilfe werde dieses Preußen stark genug sein das lose Band, welches Deutschland bisher zusammengehalten habe und das jetzt von den Gegnern zerrissen sei, kraft der Rechtsmacht des nationalen Geistes fester und heilvoller zu erneuern.

Stimmung  
des preussischen  
Volkes.

Es hätte dieser markigen Worte nicht mehr bedurft um den Mut und die Treue des preussischen Volkes zur höchsten Opferwilligkeit anzustacheln. Sowie der Krieg gewiß war, schwanden alle Beschwerden und Einwendungen, die bis dahin von friedliebenden Bürgern gegen Bismarcks schneidige Politik erhoben waren; das volle Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, der tiefberechtigte Stolz auf den kerngesunden, ruhmvollen Heimatsstaat, die freudige Aussicht in eine glorreiche Zukunft, die Preußen und Deutschland endlich an das Ziel ihrer Wünsche bringen werde, Pflichtgefühl und Begeisterung im herrlichsten Bunde, durchzuckten das ganze Volk, und erfüllten es mit Mut und Kraft wie in den glänzendsten Tagen seiner Vergangenheit. Es war kein eitler Siegesrausch, dem man sich voreilig hingab; es war kein Vergessen der schweren Opfer und Gefahren, die bevorstanden; aber es war die Stimme des nationalen Gewissens, die den endlichen Sieg verbürgte, und der Glaube an das ungeschriebene göttliche Recht, der nicht trügen konnte. Jetzt erkannte man den König wieder, den man so lange verkannt hatte; jetzt huldigte man in dem entschlossenen Diener des Fürsten dem Diener einer höheren Macht, „der Rechtsmacht des nationalen Geistes“; jetzt flossen die aufgeregten Fluten des politischen Lebens, die so heftig gegeneinander angestürmt waren, alle in dem einen gemeinsamen Bette der Vaterlandsliebe nach der einen gemeinsamen Richtung, bereit die Dämme zu durchbrechen, die feindliche Mißgunst aufgeworfen hatte, und alles, was Widerstand leistete, unaufhaltsam hinwegzuschwemmen.

Österreichischer  
Übermut.

Die spannungsvollen Tage der einleitenden Märsche brachten in Hülle und Fülle die Prahlereien der österreichischen und süddeutschen Zeitungsblätter und Kammerredner, sie brachten aber auch die Kunde von dem entschlossenen Vorrücken der preussischen Truppen, deren „affenartige Geschwindigkeit“ man in Wien hochmütig verspottete und mit dem

Himm  
Krie  
hina  
und  
„Ja  
wurd  
die  
Süde  
brech  
Wider  
Prin  
Gefe  
aben  
entge  
öster  
Arm  
Gen  
stünd  
Öste  
fang  
nord  
reich  
in b  
Mün  
Eint  
verft  
durch  
östlic  
Führ  
er fi  
1500  
er in  
neuer  
ihm  
nach  
Divi  
die  
an  
südö  
zurü  
die  
des  
von  
erobe  
2000

Hinweis auf Benedeks geheimen und vorsichtigen, aber zerschmetternden Kriegsplan lächerlich zu machen suchte. Dieser Kriegsplan lief darauf hinaus mit der ganzen Macht der Nordarmee sich auf Friedrich Karl und Herwarth zu stürzen und unbekümmert um den Kronprinzen die „Jagdpartie“ nach Berlin zu eröffnen. Clam-Gallas und die Sachsen wurden deshalb angewiesen sich bis hinter die Iser zurückzuziehen und die Linie dieses Flusses, der hier ostwestlich mit leichter Richtung nach Süden fließt, von Turnau bis Münchengrätz zu halten. Dem Hervorbrechen der preußischen Heere aus den Gebirgspässen ward also kein Widerstand geleistet; ungehindert betrat die Elbarmee schon am 22., Prinz Friedrich Karl am 23. den feindlichen Boden. Nach einem leichten Gefechte bei Sichrow besetzte die thüringische Division Horn am 26. abends Turnau und rückte dann noch eine Meile flussabwärts Herwarth entgegen um die Brücke von Podol zu besetzen. Hier aber traf sie die österreichische Brigade Poschacher, die sich zwischen die beiden preußischen Armeen schieben sollte, und es entspann sich, auf preußischer Seite vom General Bose, auf österreichischer von Clam-Gallas geleitet, ein mehrstündiges Dorfgefecht in mondheiler Nacht, das mit dem Rückzuge der Österreicher und einem Verluste von 700 Mann, darunter 500 Gefangenen, endete. Herwarth war an diesem Tage nur bis Hühnerwasser, nordwestlich von Münchengrätz gekommen, und hatte dort die Österreicher mit noch größerem Verluste zurückgeworfen; die Preußen verloren in beiden Treffen zusammen nur etwa 150 Mann. Zum Angriff auf Münchengrätz, das von 60 000 Feinden gedeckt war, mußte aber das Eintreffen größerer Heeresteile abgewartet werden und der 27. Juni verstrich daher ohne Kampf. Clam-Gallas benutzte diese Frist um durch Besetzung der wichtigsten Punkte seine Rückzugslinie nach dem östlich gelegenen Gitschin zu sichern, und als am 28. die beiden preußischen Führer mit sieben Divisionen ihn bei Münchengrätz angriffen, vermochte er sich einer eigentlichen Schlacht zu entziehen, wenn er auch gegen 1500 Gefangene bei den Rückzugsgefechten einbüßte. Vor Gitschin nahm er in einem großen Viertelskreis mit der Front gegen Nordwesten von neuem Aufstellung um die Ankunft des dritten Korps, die Benedek ihm für den 29. ankündigte, abzuwarten. Aber statt der Freunde rückten nachmittags von Turnau, also von Nordwesten, die brandenburgische Division Tümping, etwas später von Münchengrätz, also von Westen, die Pommern unter General Werder an. Schon hatten sie beträchtlich an Boden gewonnen, als Clam-Gallas von Benedek Befehl erhielt sich südöstlich über Horitz und östlich über Willethin auf die Hauptarmee zurückzuziehen. Er brach daher um 7 Uhr den Kampf ab, überschritt die Czidlina, die durch Gitschin fließt, und ließ die Sachsen zur Deckung des Rückzuges in der Stadt zurück. Einige Stunden später wurden diese von den Preußen überfallen und die Stadt im nächtlichen Straßenkampf erobert. Der Tag hatte dem Feinde gegen 5000 Mann gekostet, darunter 2000 Gefangene, während die Preußen nur etwa 1000 Tote und Ver-

Benedeks  
Plan.

Bobol.

Hühnerwasser.

Münchengrätz.

Gitschin.

wundete einbüßten. Prinz Friedrich Karl hatte damit das ihm vorgeschriebene Marschziel erreicht; er gönnte den Truppen einen Ruhetag und rückte erst am 1. Juli bis Horitz und Milletin vor, während Herwarth südwestlich davon bei Smidar an der unteren Egidlina Stellung nahm. Gleichzeitig gelang es über Milletin hinaus auf dem linken Flügel Fühlung mit den Vortruppen der kronprinzlichen Armee und damit die Sicherheit zu gewinnen, daß auch diese aller Hindernisse Herr geworden sei.

Die zweite  
Armee.

In der That hatte die zweite Armee mit weitaus den größten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Auf der drei bis vier Meilen langen Gebirgsstrecke, durch deren Pässe sie in Böhmen einfallen mußte, konnte Benedek ihr an 200 000 Mann gegenüberstellen, während ihre eigene Stärke nur 125 000 Mann betrug. Der Kronprinz hatte die Überschreitung der Grenze für das Centrum, die Garde, auf den 26. Juni bestimmt, das heißt einen Tag früher als für die Ostpreußen unter Bonin auf dem rechten, und die Bosener unter Steinmetz auf dem linken Flügel. Infolge einer tiefen Einbucht der preussischen Grenze stand die Garde nämlich hinter den beiden Flügeln erheblich zurück; auch war der bei Eipel mündende Seitenpaß, den sie benutzen sollte, schwieriger und länger, als der nördliche Hauptpaß von Trautenau und der südliche von Nachod. Trautenau und Eipel liegen an dem Flüsschen Lupa, das zwischen beiden Orten seine östliche Richtung in einem rechten Winkel mit der südlichen vertauscht; es fließt in einem tiefen Thale, dessen rechtes Ufer den Abhang eines großen Plateaus bildet. Nur bis auf dieses Plateau waren die Österreicher und zwar nur mit einer Brigade von Gablenz' Korps gekommen, als um 8 Uhr morgens am 27. die Vortruppen Bonins in Trautenau einrückten. Niemand hatte ihnen den Weg durch die Pässe verlegt und völlig ungenügend war auch der Widerstand, den sie in der Stadt (wie man fälschlich glaubte auch von seiten der Bürger) und an dem Plateaurande fanden. Sie erstürmten denselben und rückten südwärts vor, und so sicher war Bonin des Erfolges, daß er den angebotenen Beistand der Gardedivision Hiller von Gärtringen, die kaum eine Meile entfernt nördlich von Eipel stand, ablehnte. Nachmittags aber änderte sich die Lage. In vorteilhafter Stellung hatte Gablenz die Ankunft seiner noch fehlenden Brigaden abgewartet; gegen 5 Uhr ging er zum Angriff über und warf mit seiner Übermacht die Preußen über den Plateaurand in den Lupagrund hinab. Waren seine eigenen Verluste auch drei- bis fünfmal stärker gewesen als die der Preußen (die Angaben schwanken zwischen 3600 und 5700 Mann), so hatte er doch unzweifelhaft den Sieg gewonnen und der Erfolg war um so größer, als Bonin ohne Not über die Grenze zurückging und den nächsten Tag völlig unthätig blieb.

Trautenau.

Dafür griff nun aber am 28. Juni die Garde ein. Von Eipel stieg sie westwärts früh morgens in einer Schlucht das Plateau hinan und stand im Rücken von Gablenz' rechtem Flügel, den dieser durch

das  
Zrrt  
befa  
den  
jezt  
Fron  
dorf  
gang  
verh  
fang  
wärt  
nur  
so d  
  
des  
er k  
dem  
Süd  
vor,  
halb  
trat,  
könn  
nach  
abfic  
nicht  
Päff  
bind  
den  
wie  
lage  
war,  
Erzh  
am 2  
sei,  
Ober  
Wid  
Gitt  
Prin  
der  
preuß  
mach  
mitta  
der  
beina  
in di  
Su

das Korps Festetics gedeckt glaubte. Durch einen verhängnisvollen Irrtum hatte Festetics aber zwei gleichnamige Dörfer verwechselt und befand sich, ohne daß Gablenz es ahnte, mehrere Meilen von dem Orte, den Benedek ihm angewiesen hatte. Nur Bonins Unthätigkeit rettete jetzt die Österreicher vor der Vernichtung und gestattete Gablenz die Front zu ändern. Aber daß Hiller von Gärtringen die Dörfer Burkensdorf und Soor erstürmte, daß die zweite Gardedivision Plonski den ganzen Plateaurand umging und Trautenau wiedernahm, konnte er nicht verhindern; mit 8000 Mann Verlust, darunter über die Hälfte an Gefangenen, erkaufte er mühsam in ehrenvollem Kampfe den Rückzug westwärts nach Pilnikau, und brachte aus der Doppelschlacht von Trautenau nur 17 000 Mann seines etwa 30 000 zählenden Korps zurück. Gablenz, so durften die preußischen Berichte melden, war vollkommen geschlagen.

Daselbe Schicksal erlitt an denselben Tagen dem linken Flügel des Kronprinzen gegenüber der Feldmarschallleutnant Ramming. Auch er kam, wie Gablenz, am 27. zu spät um Steinmez den Vormarsch aus dem Passe von Nachod zu verlegen; denn statt bei seinem Anrücken von Süden her geradewegs auf Nachod zu marschieren, rückte er nach Skalitz vor, das eine Meile westlich von Nachod liegt, und fand dann, als er halbwegs zwischen beiden Orten dem vordringenden Steinmez entgegentrat, diesen bereits zu stark, als daß er ihn noch hätte überwinden können. Mit angeblich 6000 Mann Verlust wurden die Österreicher nach Skalitz beiseite gedrängt und hier „in ihrer ursprünglich beabsichtigten Aufstellung“ an diesem Tage, obgleich es erst 2 Uhr war, nicht mehr behelligt, da Steinmez erst alle seine Truppen aus den Pässen heraushaben wollte. Das genügte den Österreichern um in Verbindung mit der Niederlage Bonins die schönsten Siegesnachrichten über den 27. Juni in die Welt zu senden. Aber der nächste Tag verwandelte, wie bei Trautenau den Sieg in Niederlage, so hier die verhüllte Niederlage in eine offene. Wie schwer Rammings Korps bereits erschüttert war, gestand Benedek mittelbar dadurch zu, daß er es durch das des Erzherzogs Leopold ablösen ließ. Auch dieses sollte aber nur bis 2 Uhr am 28. bei Skalitz stehen bleiben, und wenn dann kein Angriff erfolgt sei, südwestlich nach Josefstadt an der Elbe zurückgehen; der Plan des Oberfeldherrn war, an diesem Flusse dem Kronprinzen verteidigungsweise Widerstand zu leisten und währenddes mit den meisten Truppen nach Gitschin abzurücken um dort mit Clam-Gallas und den Sachsen den Prinzen Friedrich Karl zu schlagen. Steinmez' Angriff auf Skalitz und der Sieg der Garde bei Soor machte diesen Plan zunichte. Der preußische General ließ seine Truppen eine Schwenkung nach rechts machen und drang an die Mupa gelehnt, an der auch Skalitz liegt, mittags gegen die Stadt vor. Es war ein furchtbar erbitterter Kampf, der den Österreichern nach ihren eigenen, wohl übertriebenen Angaben beinahe 12 000 Mann kostete, jedenfalls aber wieder 2500 Gefangene in die Hände der Preußen brachte und mit dem Rückzug des Erzherzogs

Nachod und  
Skalitz.

auf Josefstadt endete. Ihm dorthin zu folgen lag nicht in Steinmetz' Operationsplan, der ihn nordwestlich gegen Königinhof an der Elbe und auf die gerade Straße nach Gitschin wies. Auf diesem Wege hatte er sich am 29. in seiner linken Flanke noch des Korps Festetics zu erwehren, das er bei Schweinschädel, westlich von Stalitz, mit 1000 Mann Verlust zurückwarf um dann unbehelligt Königinhof zu erreichen. Eben-  
 dorthin war Prinz August von Württemberg an diesem Tage mit der Garde gerückt und hatte das Städtchen gegen eine Brigade des Korps Festetics erstürmt; Bonins Ziel war Arnau, das etwas weiter elb-  
 aufwärts liegt; am 30. Juni, einem Ruhetage, lagen alle drei Korps, denen der größte Teil des schlesischen unter General Mutius nachrückte, engverbunden an der Elbe und stellten die Fühlung mit der ersten Armee her.

Lage der  
Österreicher.

Raum acht Tage waren verstrichen seit die ersten Preußen den feindlichen Boden betreten hatten, und schon waren Clam-Gallas und die Sachsen, Gablenz, Ramming, Erzherzog Leopold, Festetics, d. h. sechs von den acht feindlichen Korps, schwer, zum Teil vernichtend geschlagen, schon hatte die feindliche Armee in sechs großen und vielen kleineren Kämpfen an 40 000 Streiter eingebüßt, und nur noch zwei Korps, Thun und Erzherzog Ernst, waren unberührt. Benedek selbst verzweifelte und riet dem Kaiser telegraphisch am Morgen des 1. Juli Frieden zu schließen, da eine Katastrophe der Armee unausbleiblich sei. Nicht die geringere Zahl der Kämpfer konnte ihm diese Befürchtung eingegeben haben; denn immer noch waren die beiden Heere sich fast gleich und der kleine Unterschied wurde überreichlich dadurch aufgehoben, daß die Österreicher sich zu einer Verteidigungsschlacht die vorteilhaftesten Stellungen wählen und sie festungsartig vorbereiten konnten. Aber was die Lage so verzweifelt machte, das war die offenkundige Überlegenheit der preussischen Truppen. Den einen Bonin ausgenommen hatten sich alle preussischen Korps- und Divisionsführer mit Ruhm bedeckt; die glänzende Anlage des Kriegsplanes bewährte die hohe Meisterschaft des Generalstabschefs Helmut von Moltke; und die Durchführung der gegebenen Weisungen seitens der einzelnen Armeen bewies, daß Blumenthal und Voigts-Rheß, die Generalstabschefs des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Karl, würdige Gehilfen des leitenden Kopfes waren. Nun die drei Heere auf engem Raume sich vereinigt hatten, erschien auch der König selbst, von Moltke, Bismarck und Roon begleitet, in ihrer Mitte. Am 29. Juni reiste er von Berlin ab, am 2. Juli war der Siebzigjährige in Gitschin. Alles war zum entscheidenden Schlage bereit. Da mochte denn dem österreichischen General wohl sorglich zu Mute werden. Kein Vorgang der letzten Tage, selbst nicht der Sieg von Trautenau, war geeignet sein Selbstvertrauen oder das Vertrauen auf seine Ratgeber und Korpsführer zu beleben. Der Generalstabschef von Henikstein und der Generalquartiermeister Krismanic, beides tüchtige und gewissenhafte Leute, waren doch dem großen Gegner nicht entfernt gewachsen und wurden überdies

Die beider-  
seitigen Führer.

am 3. Juli von Wien aus ihrer Stellen enthoben und durch den noch unbedeutenderen Generalmajor von Baumgarten ersetzt. Unter den Korpsführern hatte Clam-Gallas sich vielleicht am tüchtigsten gezeigt, aber gerade er war in Benedeks Augen der schuldigste, Erzherzog Leopold trat „aus Gesundheitsrückichten“ nach der Schlacht von Skalitz zurück; Ramming, Festetics, selbst Gablenz hatten sich nicht bewährt. Ebenso bedenklich wie diese Unfähigkeit der Führer war die Haltung der Truppen. Gewiß hatten die meisten an den meisten Orten tapfer gekämpft; aber die große Zahl der Gefangenen zeugte von der Unzuverlässigkeit vieler italienischer und ungarischer Regimente, die das ganze Heer erschüttern mußte. Am vorzüglichsten hatte sich bisher die österreichische Artillerie bewährt, deren gezogene Geschütze der preußischen entschieden überlegen waren; die Kavallerie dagegen hatte den hochgespannten Erwartungen nicht entsprochen, sondern in der preußischen einen durchaus ebenbürtigen Gegner gefunden, und die Infanterie endlich, die doch den Ausschlag geben mußte, zog nicht allein gegen das Zündnadelgewehr, sondern ebenso sehr gegen die größere Intelligenz, Ausdauer und sittliche Kraft des Feindes den kürzeren. Gewiß ließ sich trotzallem noch immer eine günstige Wendung für Oesterreich hoffen; durch die großen Verluste der letzten Tage war doch vorzugsweise die Spreu vom Weizen gesondert; benutzte man jetzt die Erfahrungen der schweren Woche, bezog man eine feste Stellung, die der Artillerie eine große Rolle zu spielen erlaubte, sammelte man alle Streitkräfte, die man bisher zersplittert hatte, auf einem Punkte, so brauchte man der Entscheidung noch keineswegs so hoffnungslos, wie Benedek es that, entgegenzusehen. Es lag in der Hand der Oesterreicher, ob sie diesseit oder jenseit, östlich oder westlich der Elbe den Feind empfangen wollten. Benedek zog es vor den Fluß, der hier nord-südlich fließt und durch die Festungen Josefstadt und Königgrätz gedeckt ist, im Rücken zu behalten und dadurch zwar einerseits sich den Rückzug zu erschweren, aber sich andererseits auch vor einer Umgehung zu sichern. Parallel der Elbe, von Nord nach Süd, fließt westlich von Königgrätz die Bistritz in einem tief eingeschnittenen sumpfigen Grunde. Zwei Straßen überschreiten sie, die eine westlich von Königgrätz bei Nechanitz, die andere nordwestlich bei Sadowa; die letztere führt in derselben Richtung weiter nach Horitz, die andere nach Smidar; auf jener rückte also Friedrich Karl, auf dieser Herwarth heran. Beide Straßen vereinigen sich kurz vor Königgrätz miteinander und mit einer dritten, von Norden, also von Königshof herkommenden, auf der man des Kronprinzen gewärtig sein mußte. Etwa in der Höhe von Sadowa überschreitet auch diese Straße bei dem Dorfe Ratschitz einen Bach, die Trotina, die als Deckung gegen Norden dienen konnte. Der Raum zwischen Sadowa und Ratschitz wird östlich von dem ersten Dorfe durch den Swiepowald, südwestlich von dem letzten durch den Berg von Horenowes gesperrt; zwischen Wald und Berg liegt in der Senkung, doch selbst wieder auf einem kleineren Hügel, das Dorf Maslowed.

Die beiderseitigen Heere.

Konzentrierung der Oesterreicher bei Königgrätz.

Der Bistritz-Abhang von Sadowa südwärts bis Nechanitz ist fast überall steil und unersteigbar; nur unmittelbar südlich von Sadowa ist er gesenkter, aber von einem zweiten dichten Walde, dem Holawalde, bedeckt, an dessen Nordrande die Sadowa-Königgräzer Straße entlang führt. An dieser Straße liegt etwa halbwegs, gerade südlich von Maslowed, das Dorf Rozberitz, derart, daß dieser Ort die Süd-, Maslowed die Nordost- und Sadowa die Nordwestspitze eines fast gleichschenkeligen, rechtwinkligen Dreiecks bilden. Inmitten der Ostseite dieses Dreiecks liegt das Dorf Chlum, gerade westlich von demselben inmitten der Südwestseite das Dorf Lipa, zwischen beiden Dörfern der Berg von Chlum und an dessen Nordabhänge am Rande des Swiepwaldes das Dorf Gistowes. Dem Berg von Chlum südwestlich gegenüber endlich, durch die Chaussee von ihm getrennt, erhebt sich, nicht viel niedriger als er, die Höhe von Lipa.

Stellung der  
Österreicher.

Hier war es, wo Benedek persönlich seinen Standpunkt nahm. Zu seiner Linken, im Holawalde und an den Bistritzübergängen von Sadowa und weiter südwärts, stand das Korps Gablenz; zu seiner Rechten, auf dem Berge von Chlum gegen den Swiepwald, Erzherzog Ernst; diese beiden Korps bildeten sein Centrum. Zum linken Flügel bei Nechanitz und den auf dem Plateau gelegenen Dörfern Prim und Probus bestimmte er die Sachsen und hinter ihnen als Reserve Erzherzog Leopold (jetzt Generalmajor Weber); die für den rechten Flügel bestimmten Korps Festetics und Thun sollten erst wenn der Kronprinz wirklich angriffe, in die Linie von Chlum nach der Trotinamündung einrücken, und so im rechten Winkel „als defensiver Haken“ nordwärts gewandt sich an die westwärts gefehrte Schlachtordnung des Centrums und des linken Flügels anschließen. Einstweilen aber blieben sie rückwärts von Rozberitz mit den Korps Ramming und Glan-Gallas, der schweren Reiterei und der Artilleriereserve in Bereitschaft.

Die preussischen  
Heere.

Es war im Laufe des 1. und 2. Juli, daß Benedek diese Anordnungen ausführen ließ. Der Kronprinz bemerkte schon am 1., wie das rechte Elbufer, Königinhof gegenüber, von den Österreichern verlassen wurde, Prinz Friedrich Karl erhielt von den Ansammlungen erst nachmittags am 2. Kunde. Er kam eben von Gitschin zurück, wo er den König besucht hatte und wo für den 3. eine doppelte Refognoszierung, seitens der Ersten Armee über Sadowa nach Königgrätz, seitens der Zweiten am östlichen Elbufer gegen Josefstadt beschlossen war. Die Meldung, daß die ganze österreichische Armee zwischen Elbe und Bistritz stehe, bewog ihn sofort den Kronprinzen zu ersuchen mit der ganzen Garde oder mit noch mehr Truppen am westlichen Elbufer vorzustößen, da er selbst entschlossen sei den Feind über Sadowa an die Elbe zu drängen. Voigts-Rheg eilte sofort nach Gitschin, wo er in einem Kriegsrathe nach Mitternacht des Königs und Moltkes Genehmigung für diese Pläne erwirkte. Herwarth und der Kronprinz erhielten sogleich noch direkten Befehl mit Tagesgrauen aufzubrechen; die Erste Armee setzte sich schon zwei Uhr nachts in Bewegung.

Obgleich auch sie einen erheblichen Marsch bis an den Feind zu machen hatte, mußte sie doch weit früher an ihn kommen als der entferntere und später aufbrechende Kronprinz. Dichter Regen erschwerte den Marsch und erweichte die Straßen. Der König selbst, der übrigens persönlich die Anwesenheit des ganzen feindlichen Heeres hinter der Bistritz bezweifelte, fuhr um 5 Uhr dem Heere nach, stieg gegen 8 Uhr zu Pferde und kam an die Bistritz, als eben die preußische Artillerie von den diesseitigen Höhen den Kampf mit den Batterien jenseits begonnen hatte. Etwa zwei Stunden dauerte dieser Geschützkampf; da fuhren die am weitesten vorgeschobenen feindlichen Batterien ab, und die preußische Infanterie bemächtigte sich Sadowas und der südlicheren Übergänge. Von seinen drei Korps hielt Friedrich Karl die Brandenburger in der Reserve; die Pommern und die thüringische Division Horn erhielten den Auftrag durch den Hellwald gegen Lipa vorzudringen; die andere thüringische Division Franseck war als linker Flügel weiter nordwärts über die Bistritz geschickt um durch den Swiepwald gegen Cistowes und Chlum vorzurücken. Vom Kronprinzen war um diese Zeit noch nichts zu sehen; Herwarth war zwar schon um 8 Uhr nach fünfständigem Marsche in Nechanitz angekommen, brauchte aber mindestens vier Stunden um seine drei Divisionen über den Fluß zu schaffen. Die Hauptarbeit lag also seit 10 Uhr den Truppen in den beiden Wäldern ob. Schon die Division Horn und das pommersche Korps, die im Holawalde gegen Gablenz kämpften, hatten einen furchtbar schweren Stand; stundenlang hielten sie sich wacker trotz aller Verluste; gegen 1 Uhr aber mußte der Prinz die Brandenburger aus der Reserve heranziehen um zu verhüten, daß Benedek sein Centrum durchbreche. Weit schrecklicher noch war die Lage Fransecks im Swiepwalde, denn gegen ihn sandte Benedek Thun und Festetics ins Gefecht, diesen von Chlum und Cistowes aus nordwärts, jenen von Maslowed und Horenowes westwärts. Vierfach an Infanterie, noch mehr an Geschützzahl dem Gegner überlegen rückten sie vor, ihn von zwei, bald von drei Seiten umschließend. Von 9 bis 11 Uhr behaupteten sich die tapferen Thüringer und suchten in dreimaligem Sturme aus dem Walde vorbrechend sogar Maslowed dem Feinde zu entreißen; dann aber drangen die Oesterreicher unter schmetternder Musik mit ungeheurer Übermacht vor und schoben die gelichteten Bataillone Schritt um Schritt bis in die äußersten Waldzipfel zurück. Entschlossen hier zu sterben leisteten die Ermatteten den letzten Widerstand, den zwei Bataillone, welche Horn von Sadowa gegen Cistowes entsandte, nur wenig erleichterten: da erschienen in der höchsten Not, zwischen 12 und 1 Uhr von Maslowed her preußische Reiter, die Vorboten des Kronprinzen; gleichzeitig erlahmte der Angriff der Oesterreicher; Thun und Festetics zogen ihre Regimenter zurück: ein Telegramm aus Josefstadt hatte Benedek gemeldet, daß der Kronprinz nahe, und nun galt es schleunigst gegen diesen Front zu machen; durch eine schnelle Rückwärtsschwenkung bildeten die beiden Korps den

Schlacht von  
Königgrätz.

defensiven Haken, der ihnen vorgeschrieben war, und hinderten kaum noch, daß Fransecky, der den vierten Teil seiner Infanterie verloren hatte, Cistowes besetzte.

Nun erst machte Benedek eine Hauptanstrengung um bei Sadowa die Reihen Friedrich Karls zu durchbrechen. Zu den Korps Gablenz und Erzherzog Ernst zog er Teile der Reserven heran um den Holsawald wiederzunehmen. Obgleich jetzt auch die Brandenburger mit im Kampfe standen, schien es kaum möglich, daß die Preußen sich hielten; von der Nähe des Kronprinzen wußte der König noch nichts; der Rückzug der Infanterie wurde ernstlich erwogen; die Kavallerie ward zusammengezogen um ihr zur Aufnahme zu dienen. Da um 2 Uhr, im verhängnisvollen Augenblick, ehe der schwere Entschluß noch gefaßt war, sprengte Voigts-Rheß vom linken Flügel heran, meldete dessen Erlösung und die Ankunft der Zweiten Armee. Nun war von keinem Rückzuge mehr die Rede. Von neuem gingen die unvergleichlichen Bataillone vor, nahmen den Wald, überschritten den Rand und schickten sich an die Höhe von Lipa zu stürmen, als sie auch schon zur Linken auf der Höhe von Chlum die Truppen des Kronprinzen erblickten, und von Probus zur Rechten die Siegeskunde von Herwarth vernahmen.

Dieser war mit seinen Rheinländern und Westfalen erst gegen 2 Uhr zum Angriff auf das Plateau gekommen. Unter schweren Verlusten erklimmte er den ungedeckten Abhang und nahm binnen einer Stunde die Dörfer Prim und Probus; nur schrittweise konnte er Boden gewinnen, denn die Sachsen fochten in vortrefflicher Stellung mit ausgezeichnete Tapferkeit; aber der Besitz von Probus entschied über den Besitz des ganzen Plateaurandes bis Sadowa hin; die Batterien, die von dortaus sieben Stunden Feuer und Verderben unter die Preußen gespieen, mußten abfahren und die Verbindung des rechten preußischen Flügels mit dem Centrum war hergestellt.

Noch entscheidender freilich war der Schlag, den der Kronprinz ausführte. Die ersten auf dem Schlachtfelde waren Hiller von Gärtringen mit seiner Gardedivision und Zastrow mit einer Division Schlesier, die vereint die Batterien auf dem Berge von Horenowes zum Abzug zwangen, noch ehe Thun und Festetics ihre neuen Stellungen vollständig bezogen hatten; so befand sich östlich von Maslowed in ihrer Schlachtordnung eine breite Lücke. In diese drang, begünstigt von dem dicken Pulverdampfe, Hiller von Horenowes aus ein und stürmte trotz des mörderischen Geschützfeuers den Abhang von Chlum hinauf, während ein Teil seiner Bataillone sich südwärts gegen Rozberiz wandte und auch diesen Ort nahm. Wohl mochte Benedek die Schreckensnachricht unglaublich erscheinen; wohl nahm er alle seine Reserven zusammen um die verlorenen Punkte wiederzugewinnen; wohl gelang es gegen 4 Uhr der großen Übermacht Rozberiz noch einmal zu stürmen und dadurch wenigstens die Rückzugslinie frei zu machen: aber gegen den festen Schlüssel der ganzen Stellung, gegen Chlum, vermochte er nichts; der ersten Gardedivision kamen Teile

der zweiten (Plonsky) zu Hilfe; von Gistowes rückten Bonins Ostpreußen heran; von Probus her kamen die Westfalen, vom Holawalde die Brandenburger; die zweite Gardedivision erstürmte Lipa; da mußte er denn wohl das Spiel verloren geben; Gablenz und Erzherzog Ernst erhielten Befehl zum Rückzug, den die vorgeschickte Reiterei tapfer deckte; um 4 $\frac{1}{2}$  Uhr begann die Verfolgung.

Der König selbst stellte sich an die Spitze der Kavallerie von Friedrich Karls Armee und begegnete in Lipa der zweiten Gardedivision. Mit unbeschreiblichem Jubel begrüßten die Truppen den greisen Herrscher; die Offiziere stürzten sich auf seine Hände sie zu küssen, und der König ließ sich die Huldigung gefallen. So ging es vorwärts, immer noch im Kanonenfeuer, vorwärts von einer Truppe zur anderen, und überall nicht endenwollendes Hurrahrufen. Das sind Augenblicke, schrieb der glückliche Sieger anderen Tags seiner Gemahlin, die man erlebt haben muß um sie zu begreifen! Aber auch die blutigen Kampfszenen spielten noch fort. Zwischen Probus und Rozberiz kam es zu einem furchtbaren Reitergefecht, und schrecklich sah das Schlachtfeld aus, das der König unmittelbar darauf beritt. Am Thalrand der Elbe geriet er selbst noch in so heftiges Granatenfeuer, daß Bismarck, der stets an seiner Seite war, ihn in einer Weise daraus entfernte, wie es kein anderer gewagt hätte. So begeistert war der alte Herr über seine Truppen, daß er das Säusen und Einschlagen gar nicht zu merken schien. Immer wieder fand er Bataillone, denen er danken und guten Abend sagen mußte, bis er richtig wieder ins Feuer hineingeraten war. Es ist mir aber doch lieber so, meinte Bismarck, als wenn er die Vorsicht übertriebe, und dann hat er so viel darüber hören müssen, daß er es künftig lassen wird; ich glaube auch kaum noch an eine Schlacht.

Den Kronprinzen traf der König erst, als es Abend wurde, gegen 8 Uhr; unter herabstürzenden Thränen empfing er aus den Händen des Vaters den Orden pour le mérite. Unzweifelhaft hatte er in dem gewaltigen Ringen dieses Tages die Rolle Blüchers bei Waterloo gespielt; ohne sein rechtzeitiges Eintreffen wäre die Schlacht zur Niederlage geworden oder hätte doch am folgenden Tage von neuem begonnen werden müssen. Furchtbar und schmerzlich waren die Verluste schon an diesem einen Tage gewesen. Der tapfere Hiller von Gärtringen hatte in dem Augenblicke das Leben eingebüßt, wo der Besitz von Ehlum gesichert war; ein zweiter General Hiller war in Herwarths Reihen gefallen; der Erbprinz Anton von Hohenzollern hatte vier Gewehrkugeln im Bein und erlag seinen Wunden. Über 1800 tote, 7000 verwundete Preußen deckten die Wahlstadt. Aber weit größer waren freilich die Verluste der Oesterreicher, die zu 24 000 Toten und Verwundeten noch 20 000 Gefangene vermißten. 160 Geschütze und 5 Fahnen waren die Beute des Siegers. Eine noch weiterreichende Ausnutzung durch sofortige Verfolgung hinderte die Ermüdung der Preußen und der Schutz, welchen das feste Königgrätz den Geschlagenen bot; so ward den Fliehenden ein

Vorsprung gestattet, der sich nachher nicht mehr einholen ließ und es ihnen ermöglichte sich im Lager von Olmütz zu sammeln. Das Korps Gablenz und die Reiterei rückten geradeswegs auf Wien, dessen Sicherung das nächste Ziel der österreichischen Heeresführung sein mußte.

Eindruck der  
Schlacht.

Groß wie der Jubel in Preußen und Norddeutschland war die Bestürzung, ja die Verzweiflung in Wien. Bis in die letzten Tage hatten selbst die leitenden Kreise nicht die entfernteste Ahnung von dem schlimmen Stande der Dinge gehabt. Um so vernichtender wirkte jetzt die Nachricht von Königgrätz. Mit fieberhafter Erregung wurden am Schlachttage selbst die widersprechenden Nachrichten aufgenommen und besprochen; man fühlte, daß Österreichs Schicksal auf dem Spiele stehe, man machte sich auf eine große Trauerbotschaft gefaßt, aber die schreckliche Meldung, die der Morgen des 4. Juli brachte: die Nordarmee existiert nicht mehr! überbot doch alle Befürchtungen. Aber nachgeben, Frieden suchen durfte man trotzdem nicht, wenigstens nicht mit den Preußen; lieber wollte man in Ermangelung eigener Kraft den Kampf um den Preis der größten Opfer mit fremder Hilfe fortsetzen. Wo diese zu finden und wem Opfer zu bringen seien, lag ja auf der Hand. Man mußte Italien durch die Abtretung Venetiens befriedigen und Napoleon in den Krieg zu verwickeln suchen. Italien gegenüber nachzugeben war vom Standpunkt der militärischen Ehre betrachtet sehr wohl möglich; denn auf den Schlachtfeldern zwischen Etzsch und Mincio hatten die österreichischen Waffen ihren alten Ruhm behauptet und mit geringeren Kräften einen rühmlichen Sieg davon getragen. Allerdings durfte Viktor Emanuel nach dem Bündnis vom 8. April ohne Preußen keinen Frieden schließen; aber wenn Napoleon es ihm gebot, war er dann imstande es zu verweigern? und wenn man die italienische Kriegführung genau beobachtete, zeigte sie dann nicht deutliche Spuren der Unlust, der Zwiespältigkeit, der Friedenssehnsucht? Von der gewaltigen Energie und Einheit des preußischen Feldzugsplanes war jedenfalls südlich der Alpen nichts zu bemerken. Wäre es nach den Vorschlägen Moltkes gegangen, so würden die Italiener das hindernde Festungsviereck durchkreuzt oder umgangen und ihren Vormarsch mit möglicher Beschleunigung in das deutsche Österreich gerichtet haben. Eine Freischar unter Garibaldis Führung hätte außerdem nach dem Vorschlage, den Usedom am 17. Juni an Lamarmora richtete, an der dalmatinischen Küste landen sollen um nach Ungarn hin vorzudringen und dieses Land zur Empörung zu reizen, eine Aufgabe, der gleichzeitig ein Flüchtlingskorps, das Klapka in Preußisch-Schlesien bildete, von Norden aus dienen sollte. Das wären Stöße, so meinte Usedom mit Recht, die nicht mehr die Gliedmaßen, sondern das Herz der österreichischen Monarchie träfen, die für Italien den Sieg und seine Frucht, die Erwerbung Venetiens, endgültig und unwiderruflich machen würden. Aber Lamarmora wollte von diesen Ratschlägen nichts hören; er hielt sie für gefährlich und fand es überdies beleidigend, daß man ihm von

Der Krieg in  
Italien.

Die Usedomische  
Note.

Berlin aus Vorschriften erteilen wolle. Usedom's Note erhielt er nicht mehr in Florenz und nicht mehr als Ministerpräsident. Er hatte dieses Amt an Ricasoli, das Ministerium des Aeußeren an Visconti Venosta, den bisherigen Gesandten in Konstantinopel, abgetreten, um selbst den Oberbefehl zu übernehmen. Man schickte ihm das wichtige Aktenstück ins Hauptquartier nach und er empfing es am 19. Juni, als er eben die Kriegserklärung nach Mantua abschicken wollte; allein anstatt es ernsthaft zu prüfen, legte er es verdrossen beiseite und würdigte es selbst nach einer zweiten Aufforderung nicht einmal einer Antwort. Er hatte seinen eigenen Kriegsplan und sah keine Veranlassung sich von diesem abbringen zu lassen.

Lamarmora's  
Verhalten.

Und doch waren auch im italienischen Lager gewichtige Stimmen mit ihm keineswegs einverstanden. Während er der Ansicht huldigte, man müsse die Österreicher in ihren Festungen einschließen und dürfe dann erst mit den überschüssigen Streitkräften an weitere Unternehmungen denken, verlangte Cialdini im Sinne des preußischen Planes ein Vordringen über den unteren Po im Osten der Festungen. Das Ansehen dieses Generals war so groß und seine Ungefügigkeit so bekannt, daß Lamarmora es für das beste hielt ihm freien Spielraum zu lassen; er übertrug ihm also den Oberbefehl über eines der vier Korps, die ins Feld rückten, wies ihm seine Stellung am unteren Po bei Ferrara an und verabredete mit ihm, daß sie sich gegenseitig durch eine starke Demonstration unterstützen wollten, wenn Cialdini über den Po oder wenn Lamarmora über den Mincio gehen werde. Wer von beiden aber zuerst den Flußübergang versuchen solle, darüber verständigten sie sich nicht; jeder nahm im stillen für sich diese Ehre in Anspruch. Lamarmora befehligte unmittelbar drei Korps, die von Durando, Cucchiari und Rocca geführt zusammen mindestens 120 000 Mann zählten; Cialdini's eines Korps war wenigstens so stark wie zwei der anderen zusammen, sodaß die italienische Feldarmee sich auf reichlich 200 000 Mann belief. Die Österreicher, von Erzherzog Albrecht geführt, hatten dem zur Schlacht bei weitem nicht die Hälfte entgegenzustellen; wenn ihre ganze Süddarmee auch auf dem Papiere 190 000 Mann betrug, so blieb davon für die Operationen im Felde lange nicht die Hälfte, vielleicht 75—85 000 Mann, über. Schon dieser geringen Stärke wegen glaubte Lamarmora einen Angriff nicht befürchten zu müssen, zumal Nigra aus Paris am 15. Juni berichtete, die Österreicher würden einer Schlacht aus dem Wege gehen. Trotz der Einsprache des Königs, der die Gefährlichkeit dieser Voraussetzung lebhaft empfand, beschloß der General am 23. den Mincio zu überschreiten, Cucchiari zur Beobachtung von Mantua auf dem rechten Flügel zurückzulassen, mit dem linken Flügel (Durando) sich zwischen Peschiera und Verona zu schieben und mit dem Centrum (Rocca) über die Etich vorzurücken um Cialdini die Hand zu reichen, der in der Nacht zum 25. über den Po gehen wollte.

Lamarmora  
und Cialdini.

Übergang über  
den Mincio.

Custozza. Man hatte im italienischen Lager keine Ahnung davon, daß um diese Zeit Erzherzog Albrecht mit seiner ganzen Armee bereits auf dem Hügellande östlich von Peschiera bis nach Verona hin zur Schlacht bereit stand. Mit der größten Heimlichkeit war das Heer über die Etsch in diese Stellung hinübergezogen und die Maßregel war auf das vollkommenste gelungen. Der Rand der Hügelkette erstreckt sich von Valeggio am Mincio bis Sommacampagna nordostwärts, von da bis Buffolengo an der Etsch nördlich; südlich von Sommacampagna liegt in der Ebene Villafranca, mittwegs zwischen Sommacampagna und Valeggio Custozza am Tione, einem Bache, der hier das Hügelland durchschneidet und südwärts in die Ebene fließt. Durando war mit seinem Korps von Valeggio nordwärts in das Hügelland gerückt und führte einen zersplitterten Kampf mit den Österreichern, die ihn nicht über den Tione kommen ließen und schließlich auf den Mincio zurückwarfen. Der heißeste und wechselvollste Kampf fand bei Custozza statt, das mehrfach genommen und verloren wurde. Während desselben stand der größte Teil von Roccas Korps in nächster Nähe südöstlich bei Villafranca, wo er früh morgens in der Richtung von Goito angekommen war; aber nachdem er einen wütenden Reiterangriff der Österreicher abgeschlagen hatte, verhielt er sich den ganzen Tag über unthätig, wie dringend auch die Divisionskommandanten Bixio und der Kronprinz Humbert um die Erlaubnis zum Dreinschlagen baten. Als gegen Abend, nachdem Custozza von den Österreichern mit Sturm genommen und die dort stehenden Italiener in die Flucht geworfen waren, ein zweiter Angriff auf Villafranca unternommen wurde, wiesen sie denselben ab, mußten ihre Stellung nun aber auch aufgeben und marschierten mit klingendem Spiel an den Mincio zurück. Lamarmora selbst hatte in den Nachmittagsstunden vollständig den Kopf verloren; er verließ das Schlachtfeld und ging nach Goito, dritthalb Meilen von Custozza. Es heißt, daß der König seine Befehle durchkreuzt, vielleicht gar Roccas Unthätigkeit verschuldet habe.

Rückzug der  
Italiener.

So schmerzlich diese Niederlage für das italienische Ehrgefühl sein mußte, so war doch im Grunde nicht gar soviel verloren. Nur eines der vier Korps war geschlagen, die drei anderen ganz oder fast ganz ungeschwächt. Der Feind hatte kaum 200 Mann weniger verloren als die Italiener; das wollte bei einer Zahl von etwa 8000 nicht viel sagen, zumal die Österreicher den Abgang viel schwerer empfinden mußten. Weiter als bis auf das westliche Mincio-Ufer zurückzuweichen lag für Lamarmora gar kein Grund vor und wenn er doch Befehl erteilte hinter den Po zu gehen, so bewog ihn dazu vorzugsweise der Ärger über Cialdinis Meldung, daß er nach dem unglücklichen Ausgang der Schlacht bei Custozza am südlichen Po-Ufer bleiben werde und den begonnenen Übergang wieder rückgängig gemacht habe. Bei reiferer Überlegung und als man erfuhr, daß Erzherzog Albrecht nicht nachdränge, wurde denn auch der Rückzug eingestellt und das Heer blieb am Oglio. Auch Cial-

dini, der bis Modena zurückgegangen war, kehrte in seine bisherige Stellung zurück und versprach am 29. Juni in Parma persönlich dem Obergeneral, daß er den Übergang von neuem mit allen Kräften unternehmen wolle. Trotzdem weigerte sich Lamarmora die Führung der Armee zu behalten, während auch Cialdini sie nicht annehmen wollte. So herrschte Zwiespalt und Unklarheit im italienischen Lager und die Österreicher hatten volle Freiheit unbehelligt und unbeobachtet ihre Truppen aus Venetien wegzuziehen und der Nordarmee zuzuführen. Als der Befehl dazu nach der Königgräzer Schlacht von Wien aus erteilt wurde, standen die Italiener soweit vom Feinde, daß sie bei dem besten Willen die Ausführung nicht mehr erheblich hätten erschweren können.

Nichtsdestoweniger bedeutete der Abmarsch der Süddarmee natürlich den Verzicht auf Venetien; denn sobald die Italiener davon erfuhren, war zu erwarten, daß sie nachrückten und auch die Grenze von Deutsch-Österreich überschritten. Dies zu verhindern gab es nur ein Mittel und Franz Josef ergriff es. Am 5. Juli trat er seine italienischen Besitzungen dem Kaiser Napoleon ab und ersuchte ihn den Frieden mit Viktor Emanuel zu vermitteln. Nicht auch den Frieden mit Preußen; vielmehr gedachte er sich jetzt mit allen Kräften auf diesen Feind zu werfen und hoffte dabei Napoleon auf seiner Seite zu sehen. Allein der französische Kaiser war zum Kriege weder vorbereitet noch geneigt; allerdings erklärte der Kriegsminister Randon, daß sich sofort 80 000 Mann in Bewegung setzen könnten und legte einen Mobilisierungsplan vor, der 400 000 Mann auf dem Papiere zeigte; der Ministerrat beschloß infolgedessen am Abend des 5., daß anderen Tages die Kammern berufen werden sollten, um die nötigen Gelder zu bewilligen; aber in der Nacht zum 6. änderte der Kaiser, der anfangs eingewilligt hatte, seinen Entschluß; er ließ die Kammern nicht berufen und ging auf die österreichische Einladung nur unter der Bedingung ein, daß seine Vermittelung sich auch auf Preußen erstrecke. Als Grundlage derselben hielt er die Vorschläge fest, die er in seinem Briefe vom 11. Juni aufgestellt hatte und da in diesen die Erhaltung des österreichischen Einflusses in Deutschland und (von Venetien abgesehen) die Unversehrtheit des österreichischen Gebietes ausgesprochen war, so fügte sich Franz Josef, wohl überzeugt, daß Preußen sich weigern und so den Kaiser doch zum Kriege treiben werde. Der Jubel, der über diese Wendung in Paris ausbrach, war ungeheuer. Die Straßen prangten im Schmuck der Tricolore, eine glänzende Beleuchtung der Hauptstadt feierte den Sieg des Kaisers, in den überschwänglichsten Tönen priesen die ergebenen Zeitungen den Ruhm und die Macht Frankreichs. Napoleon selbst beeilte sich Viktor Emanuel das Ereignis anzuzeigen. „Das italienische Heer“, so telegraphierte er am 5., „hat Gelegenheit gehabt seine Tapferkeit zu zeigen; daher ist weiteres Blutvergießen unnötig und Italien kann leicht durch eine Übereinkunft mit mir Venetien erlangen; ich schreibe an den König

Abtretung  
Venetiens.

Napoleons  
Vermittelung.

von Preußen um ihm wie Cw. Majestät einen Waffenstillstand als Einleitung zu Friedensverhandlungen vorzuschlagen.“

Nationaler  
Unwille in  
Italien.

Wie ein Blitzstrahl traf diese Nachricht das Ehrgefühl aller patriotisch gesinnten Italiener. Nicht als durch eigene Kraft erworben, sondern als ein Geschenk aus der Hand des mächtigen Beschützers sollte Venetien mit dem Mutterlande vereinigt, nicht um den Preis des eigenen Blutes, sondern durch den Verrat an Preußen sollte das Kriegsziel erreicht, der Friede geschlossen werden. Selbst Lamarmora fand es außerordentlich schmerzlich, daß Napoleon auf Kosten der Ehre Italiens Preußen am Vordringen hemmen wolle; er nannte es erniedrigend Venetien als ein Geschenk von Frankreich anzunehmen, und fürchtete, das Heer werde auf diese Weise alles Ansehen verlieren, Italien nicht mehr zu regieren sein. Visconti Venosta ließ gleich am 5. unumwunden in Paris erklären, ohne Preußens Zustimmung werde Italien die Feindseligkeiten nicht einstellen, und fügte gewandt die Gelegenheit benutzend hinzu, daß es auch die Abtretung von Südtirol verlangen müsse. Ricasoli war, glühend vor Scham über die Rolle, die man ihm zumutete, selbst zum Kriege mit Frankreich entschlossen, wenn dieses, wie die französischen Diplomaten androhten, Venedig als sein Eigentum betrachten und den Italienern den Einmarsch verbieten wollte, zu welchem Zweck es ja, wie der französische Gesandte höhniisch geäußert haben soll, nur einen Korporal und vier Mann zu entsenden brauche. In ehrenhafter Weise gab man diesen Entschlüssen sofort auch durch die That Ausdruck. Noch am 5. Juli erhielt Cialdini Befehl den Brückenkopf von Borgoforte am Südufer des Po anzugreifen und erzwang in der folgenden Nacht die Räumung; in der zum 8. wurden drei Brücken über den Fluß geschlagen und am frühen Morgen der Übergang von 80 000 Mann begonnen; auch die Entsendung Garibaldis nach Ungarn ward vom Ministerrat beschlossen, wenn sie gleich nicht mehr zur Ausführung kam. Um jeden Preis sollte Cialdini die abziehenden Oesterreicher einzuholen suchen; allerdings ein schwieriger Auftrag, der mit der äußersten Kraftanstrengung doch nur soweit gelöst werden konnte, daß Medici am 21. Juli nördlich von Bassano bis an den Feind kam und ihn in ehrenvollem Kampfe zurückwarf. Gleichzeitig drang Garibaldi mit seinen Freiwilligen von der Westseite des Gardasees in Tirol ein, und beide Generäle hofften sich in Trient zu vereinigen. Auch an die Flotte wurden die größten Anforderungen gestellt; binnen acht Tagen, so forderte Ricasoli von dem Admiral Persano, muß das feindliche Geschwader zerstört und Istrien besetzt sein. Nicht ohne Grund rechnete man gerade zur See auf einen glänzenden Erfolg über die Oesterreicher. An 300 Millionen Franken waren binnen fünf Jahren in die Flotte gesteckt worden und den sieben Panzern des Feindes konnte man 24 gegenüberstellen; auch an Holzdampfern war die italienische Flotte dem Gegner überlegen; nur an Segelschiffen hatte dieser das Übergewicht. Aber man vergaß bei diesen siegesfreudigen Berechnungen, daß zur See viel weniger als zu Lande

Cialdini's  
Übergang über  
den Po.

Garibaldis  
Einfall in  
Tirol.

Krieg zur See.

die Zahl den Ausschlag giebt; man wußte nicht, mit welcher unverzeihlicher Nachlässigkeit die Ausrüstung der eigenen Flotte betrieben war; man kannte nicht die unermüdlige Sorgfalt, mit welcher Tegetthoff, der feindliche Admiral, die Lehren des amerikanischen Krieges studiert und die neuen Kampfesweisen, die sich daraus ergaben, eingeübt hatte. Vom Admiral bis zum Matrosen, vom Kapitän bis zum Maschinisten war in der österreichischen Marine jeder einzelne ganz anders geschult als in der italienischen, und die höhere Lenksamkeit und Verwendbarkeit der Schiffe, die dadurch erzielt wurde, verdoppelte ihre Zahl. Tegetthoff war denn auch voll kühnen Selbstvertrauens; schon Ende Juni erschien er vor Ancona und forderte Persano, der dort lag, vergebens zum Kampfe heraus; jetzt lauerte er in Pola auf den Augenblick, wo der Feind ihm Gelegenheit zum Schlagen geben werde. Ihn dort anzugreifen wagte Persano nicht; als ihm Ricasoli befahl seine Unthätigkeit zu brechen, wandte er sich gegen die Insel Lissa, beschloß die Befestigungen derselben am 18. und 19. Juli, versuchte auch, aber ohne Erfolg, Truppen zu landen. Als er so den größten Teil seiner Kohlen schon verbraucht hatte, erhielt er früh am 20. die Nachricht, daß Tegetthoff nahe. In drei Keilen, voran die sieben Eisenpanzer, den *May*, das Flaggenschiff, an der Spitze, dann die großen Holzschiffe, vom „Kaiser“ geführt, endlich die kleineren Fahrzeuge, kamen die Österreicher gegen die feindliche Flotte heran, die ihrerseits in zwei langen Reihen Aufstellung nahm; die erste Reihe bildeten 12 Panzer, in drei durch breite Zwischenräume getheilten Gruppen, die zweite, in beträchtlichem Abstände, die Holzschiffe. Die Mittelgruppe führte der *Re d'Italia*, das Flaggenschiff Persanos; aber der Admiral selbst war nicht auf demselben, sondern fuhr an Bord des kleinen *Affondatore* zu dem hintersten Keil der österreichischen Schiffe ohne auch nur dort etwas auszurichten. Tegetthoff hingegen brach durch einen der Zwischenräume und griff die Mittelgruppe von hinten an; mit vier Panzern warf er sich auf den *Re d'Italia*, dem nur der *Palestro* zu Hilfe kam, während die italienischen Holzschiffe sich scheu zurückhielten und die übrigen Panzer von den österreichischen Holzschiffen vollauf beschäftigt wurden. Nachdem er dann das feindliche Hauptschiff von allen Seiten umstellt, fuhr er plötzlich mit seinem *May* gegen dessen Breitseite und brachte ihm einen furchtbaren Riß bei. In wenigen Minuten strömte das Meer ein, und das stolze Fahrzeug sank mit der ganzen Besatzung. Dem *Palestro* gelang es zwar zu entkommen, aber eine Kugel hatte sein Kohlenmagazin entzündet, das Feuer griff um sich und drang in die Pulverkammer; vergebens forderte der Kapitän die Mannschaft auf das Schiff zu verlassen; wie er selbst, so wollten seine Leute auf ihrem Schiffe untergehen: eine furchtbare Explosion verkündete den Augenblick, wo die Tapferen den Seemannstod starben. Auf österreichischer Seite ging kein Schiff verloren, wenn auch der Kaiser sich brennend zurückziehen mußte; alle seine Fahrzeuge brachte Tegetthoff glücklich durch die feindlichen Reihen

Schlacht bei  
Lissa.

und nahm Aufstellung mit dem Rücken gegen Lissa. Persano aber beeilte sich, solange seine Kohlen reichten, nach Ancona zurückzukehren, und verlor im Hafen selbst noch den Affondatore, der unter sehr verdächtigen Umständen sank. So war die Schlacht bei Lissa eine noch weit peinlichere Niederlage geworden als die von Custoza, und so entmutigend wirkte diese Enttäuschung, so traurig war außerdem der Zustand der Flotte, daß die Minister keinen Admiral finden konnten, der einen zweiten Angriff zur See gewagt hätte.

Bormarsch der  
Preußen.

Die französi-  
sche Vermitte-  
lung.

Die Preußen hatten unterdes ihren Sieg gehörig ausgenutzt. Nachdem ein Waffenstillstand, den Gablenz am 4. Juli nachsuchte, kurzerhand abgelehnt war, begann am nächsten Tage der Bormarsch, der die siegreichen Heere am 6. und 7. Juli über die Elbe führte. Nur das schlesische Korps unter Mutius blieb zur Beobachtung von Königgrätz und Josefstadt zurück; die Besetzung von Prag und Nordböhmen ward dem Reservekorps Mülbbe übertragen, das aus Sachsen nachrückte. Der Kronprinz marschierte auf Olmütz, Friedrich Karl auf Brünn, Herwarth auf Tglau. Diese Bewegungen erlitten durch Napoleons Vermittelungs-erbieten keine Unterbrechung. Es traf den König bereits in der Nacht zum 5. Juli in Horitz und enthielt, wie das an Viktor Emanuel gerichtete, den Vorschlag eines Waffenstillstandes. Wollte man Frankreich nicht ganz in das österreichische Lager treiben, so konnte von einer schroffen Ablehnung nicht die Rede sein. Der König antwortete also umgehend, daß er grundsätzlich nichts gegen den französischen Vorschlag habe, daß er aber Italiens Zustimmung und der Einwilligung Österreichs in die Hauptforderungen Preußens vorher sicher sein müsse; um dieses Verhalten zu begründen ward am 7. der Prinz Reuß aus dem Hauptquartier nach Paris geschickt. Dort kämpften im kaiserlichen Räte die Kriegs- und die Friedenspartei noch immer einen harten Kampf. Drouyn de L'Huys war der Hauptverfechter eines entschlossenen Zugreifens; er forderte die Aufstellung von 80 000 Mann am Rhein und war überzeugt, daß diese Drohung Preußen gefügig machen werde. Meldete doch Benedetti, daß von Berlin bis zum Rhein nicht 15 000 Mann ständen und daß Frankreich durch eine bloße Demonstration die Lage beherrschen könne. Freilich hatte derselbe Gewährsmann schon im Juni berichtet, daß der König so wenig wie sein geringster Unterthan die Möglichkeit einer Abtretung am Rheine zulasse; aber das war der Kriegspartei ganz recht; denn an dem Siege ihrer Waffen zweifelte sie nicht, und die Grenzerweiterung, die sie durch Anwendung von Gewalt zu erreichen hoffte, war natürlich viel bedeutender als die, zu der sich auf dem Wege der Verhandlungen die Gelegenheit bieten konnte. Die Friedenspartei hingegen, besonders Rouher und Magne, war von der Unbesiegbarkeit des französischen Heeres nicht in gleicher Weise durchdrungen und wies den Kaiser darauf hin, wie sehr die Armee durch die mexikanische Expedition in ihrer Schlagfertigkeit gelähmt sei. Sie empfahl deshalb nur eine Abschlagszahlung zu fordern, etwa die Grenzen des

ersten Pariser Friedens, ohne damit übrigens, wie Rouher betonte, eine Quittung für die Zukunft auszustellen; in wenigen Jahren, prophezeite er, werde Süddeutschland einen neuen Zankapfel abgeben, und dann müsse Frankreich schneller bei der Hand sein als diesmal. Diese Trinkgeldspolitik, wie Bismarck sie nannte, trug den Sieg davon. Am 10. Juli beschloß der Ministerrat Österreichs Hilfsgesuch abzulehnen und durch Benedetti im preussischen Hauptquartier eine Grenzberichtigung zu fordern.

Hier waren inzwischen in Voraussicht des Kommenden die ernstesten Verhandlungen gepflogen worden. Was Frankreich eigentlich wolle, wußte man noch nicht; aber das stand bei dem Könige fest, daß er lieber abdanken als ohne Vergrößerung Preußens aus diesem Kriege zurückkehren wolle. Napoleons mangelhafte Rüstung war den leitenden Kreisen sehr wohl bekannt; Moltke erklärte, daß Preußen schlimmsten Falls imstande sei den Krieg zugleich an der Donau und am Rhein zu führen; kein Wunder also, wenn in der kriegerischen Luft des Hauptquartiers die waghalsigsten Entschlüsse Verteidiger fanden. Demgegenüber war es Bismarcks Aufgabe Wasser in den brausenden Wein zu gießen und daran zu erinnern, daß Preußen nicht allein in Europa lebe sondern drei Nachbarn habe. Er wollte nicht ohne Not wie ein leichtsinniger Spieler den großen Gewinn, dessen er sicher war, noch einmal auf eine Karte setzen, und der König billigte seine gemäßigten Ratschläge. Als Benedetti in der Nacht zum 12. Juli im Hauptquartier eintraf und es anderen Tags nach Brünn begleitete, behandelte der Minister die Abtretungsforderungen ausweichend, hob hervor, daß Frankreich und Preußen ja allerdings jetzt in der Lage seien gemeinsam die Karte von Europa umzugestalten und ließ auch wohl ein Wort von Belgien und selbst von der Pfalz fallen oder sich gefallen. Es waren das ja Themata, die nicht zum erstenmale zur Verhandlung kamen, und denen gegenüber es Bismarck stets als seine Aufgabe ansah durch hinhaltende Äußerungen, die sich aber nie bis zu einem Versprechen verstiegen, Frankreichs eigentümliche Einbildungen zu schonen anstatt durch Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden zu gefährden. So gelang es ihm diese Frage der Grenzberichtigung bis zur Rückkehr nach Berlin zu verschieben, allein in bezug auf die Friedensbedingungen war das nicht möglich; hier kam es darauf an fest auf dem Unerlässlichen zu bestehen und in den notwendigen Punkten nachzugeben. So verzichtete Bismarck auf eine Gebietserweiterung auf Kosten Österreichs oder Sachsens, gestand den deutschen Staaten südlich vom Main das Recht zu einen gesonderten Bund zu schließen und versprach die nördlichen Bezirke von Schleswig an Dänemark zurückzugeben, wenn die Bevölkerung in freier Abstimmung diesen Wunsch ausspreche. Dagegen bestand er auf dem Austritt Österreichs aus dem Bunde, auf der Begründung eines Norddeutschen Bundes unter Preußens Führung, auf dem Rechte mit Süddeutschland eine nationale Verbindung herzustellen

Das preussische Hauptquartier.

Ergebnis der Verhandlungen.

und auf der vollen Freiheit Preußen durch die eroberten Gebiete nördlich vom Main zu vergrößern. Bedeutend wie diese Errungenschaften waren, erschienen doch auch die Verzicht nicht gering, und Bismarck war der erste später in der Kammer einzugestehen, daß nicht alles wünschenswerte erreicht sei, und anzudeuten, daß Frankreich in seinen Forderungen die Grenzen der Mäßigung überschritten habe. In dem ersten Entwurfe, den Napoleon am 16. Juli an Bismarck gelangen ließ, war das in noch weit höherem Maße der Fall; denn er enthielt nichts von preußischen Vergrößerungen in Norddeutschland. Erst als Bismarck erklärte, daß der König sich darauf in keinem Fall einlassen werde, gab man in Paris nach und überließ es Preußen diesen Punkt mit Österreich selbst zu ordnen. Frankreich betrachte sich nicht als Schiedsrichter, der beiden Parteien die Lösung vorschreibe, so hieß es in einer Depesche vom 19. Juli, auch nicht als Unterhändler, der unmittelbaren Anteil an den Vereinbarungen nehme, sondern es wünsche nur nichts zu unterlassen um die kriegführenden Mächte auf einen gemeinsamen Boden zu bringen. Unter diesen Umständen war Preußen bereit eine fünfstägige Waffenruhe zu bewilligen um während derselben direkt mit Österreich zu verhandeln, und da aus dieser Waffenruhe der Friede hervorging, so erlosch mit ihrem Beginn, Mittags am 22. Juli, der Krieg, fast genau einen Monat nachdem die ersten Preußen die österreichische Grenze überschritten hatten.

Der Waffenstillstand.

Der Einzug des Feindes in die Hauptstadt wurde dadurch den Österreichern erspart, während er ohnedies unabwendbar gewesen wäre. Die preußische Armee war in der vollen Stärke, mit der sie die Grenze überschritten, gegen die Donau vorgerückt; alle Lücken, welche Krankheit und Schlacht gerissen oder die Zurücklassung beobachtender Truppenteile, z. B. vor Königgrätz und Olmütz, hervorgerufen hatte, waren durch reichlichen Nachschub ausgefüllt. Trotz der Cholera, die in bedenklichem Umfang in dem Heere ausbrach, war dasselbe von dem besten Geiste erfüllt. Unsere Leute sind zum Küßen, schrieb Bismarck nach Haus: jeder so todesmutig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen freundlich gegen alle, kein Plündern und kein Sengen, bezahlen was sie können und essen verschimmeltes Brot; es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Manne bei uns sitzen, sonst könnte das alles nicht sein! Die moralische Überlegenheit, die dem Sieger als schönste Frucht des Sieges in den Schoß fällt, hatte sich auch bei den kleineren Gefechten der letzten Wochen vollauf bestätigt. Gablenz war mit seinen Truppen ohne Kampf bis an die Donau gelangt; auch von den Korps, die mit Benedek vom 10. bis 12. Juli im Lager vor Olmütz eintrafen, wurden die Sachsen und Erzherzog Ernst unbehelligt mit der Eisenbahn nach Wien geschafft. Ebendorthin sollten auch die übrigen Korps aufbrechen. Den Befehl dazu erteilte Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custozza, den der Kaiser an Benedeks Stelle zum Oberbefehlshaber

Die preußische Armee.

Rückzug der Österreicher.

ernannt hatte, und der durch Vertrauen atmende Armeebefehle den Geist der Truppen zu heben bemüht war. Daß ihm dies bei den Besiegten von Königgrätz nicht gelang, zeigten die Gefechte südlich von Olmütz. Benedek hatte die Absicht auf beiden Ufern der March nach Preßburg zu marschieren; allein als den Vorrückenden bei Tobitschau am rechten Ufer Bonin mit Teilen des I. Korps entgegentrat und sie am 15. Juli nördlich auf Olmütz zurückwarf, verzichtete der Feldherr auf das rechte Marchufer und zog alle seine Truppen auf das linke. Ja, als preussische Reiterei unter General Hartmann über den Fluß setzte und an demselben Tage bei Prerau den Vortrab von Gondrecourt (früher Clam-Gallas) angriff, ließ Benedek auch diese Straße fallen und ging über die kleinen Karpathen ins Thal der Waag um in diesem südwärts auf Komorn zu marschieren. Dadurch entfernte er sich beträchtlich von Wien und seine Ankunft vor der Hauptstadt wurde weit hinausgeschoben; erst am 22. Juli trafen seine vordersten Truppen in Preßburg ein. Auch die aus Italien herangezogenen Korps waren an diesem Tage, als der Waffenstillstand begann, nur teilweise angekommen und nicht vor dem 26. vollzählig versammelt. Die preussischen Armeen standen dagegen der Hauptstadt so nahe, daß ihre Vorposten des Abends die erleuchteten Fenster sehen konnten. Die vorderste Linie bildete die Elbarmee auf dem rechten, die Friedrich Karls auf dem linken Flügel; der Kronprinz stand weiter rückwärts. Auf dem linken Marchufer befand sich Fransseck mit den Thüringern, denen noch unmittelbar vor Beginn der Waffenruhe ein freilich unfruchtbarer Erfolg zu teil wurde. Am Morgen des 22. rückte Fransseck nämlich gegen Thun und eine Brigade von Gablenz' Korps vor, die nordöstlich von Preßburg, links an die March, rechts bei Blumenau an die Karpathen gelehnt, standen. Schon war General Bose mit einem Teil der Truppen auf Gebirgspfaden dem Feinde in den Rücken gefallen, als die Mittagsstunde den Feindseligkeiten ein Ende machte. Beide Teile rückten friedlich aneinander vorüber in die Stellungen, welche ihnen durch die Bedingungen der Waffenruhe angewiesen waren.

Vier Tage später, am 26. Juli, wurde in Nikolsburg der Friede geschlossen. Osterreich gab darin seine norddeutschen Verbündeten, Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt, vorbehaltlos der preussischen Regierung preis, nur für Sachsen erwirkte es den Fortbestand in seinen bisherigen Grenzen, freilich als Teil des künftigen Norddeutschen Bundes. Die süddeutschen Staaten fanden, wenigstens soweit sie südlich vom Main lagen, ihre Selbständigkeit gewährleistet; im übrigen aber waren sie Preußen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und erst für den 2. August wurde ihnen das Recht eingeräumt an dem Waffenstillstande teilzunehmen. Bis dahin konnten die preussischen Truppen ihren Siegeslauf noch ungehindert fortsetzen.

Infolgedessen gingen die Feindseligkeiten zwischen Preußen und Süddeutschland, wie sie zuletzt ihren Anfang genommen, so auch zuletzt zu

Kreuz- und  
Quermärsche.

Ende. Erst nach der Schlacht bei Königgrätz war der erste Zusammenstoß mit den Bayern erfolgt. Den Oberbefehl über diese und zugleich über das achte Bundeskorps führte der 71jährige Prinz Karl von Bayern, ein Oheim des Königs. Nach einer Übereinkunft, die sein Generalstabschef von der Tann am 14. Juni in Olmütz mit Benedek getroffen, sollte dieser die allgemeinen Weisungen erteilen, dabei aber die Deckung Bayerns und der übrigen verbündeten Staaten berücksichtigen. Für den Fall eines unglücklichen Friedens wurde Bayern zugesichert, daß es nur in gleichem Verhältnis mit den anderen Bundesgenossen eine Schmälerung seiner Grenzen erleiden und für etwaige Abtretungen schadlos gehalten werden solle, eine Abrede, die kaum eine andere Deutung als zu Ungunsten Badens zuließ. Die bayerische Armee sollte am 15. Juni, 40—50 000 Mann stark, in Franken bereitstehen, sich dann westwärts dem achten Bundeskorps nähern und mit diesem zusammen in nordwestlicher Richtung zum Angriff schreiten. Die Führung des achten Korps ward dem Prinzen Alexander, Bruder des Großherzogs von Hessen und Schwager des Kaisers von Rußland, übertragen; unter ihm befehligten General Hardegg die Württemberger, Prinz Wilhelm von Baden die Badenser, General Perglas die Darmstädter, Graf Reipperg eine aus Österreichern, Kurhessen und Nassauern gemischte Division. Die höchste Stärke des ganzen Korps betrug etwa 55 000 Mann, von denen ein Teil überdies die Besatzung von Mainz bildete. Die Kriegsbereitschaft und Disziplin fast aller dieser Truppen ließ viel zu wünschen übrig; in dem buntscheckigen Hauptquartier befand sich fast kein Offizier, den Prinz Alexander sich selbst ausgewählt; seit 26 Jahren war das Korps nicht zu gemeinsamen Übungen vereinigt gewesen. Mit sehr geringen Hoffnungen übernahm der Prinz den Oberbefehl, zugleich aber ließ auch er im Bewußtsein der Kriegserfahrungen, die er im Kaukasus und 1859 in Oberitalien gesammelt, es an Fügsamkeit gegen die Befehle des bayerischen Prinzen mangeln. Dieser hatte seinen Aufmarsch am Main am 21. Juni vollendet und gedachte den Hannoveranern nach Fulda entgegenzuziehen; widersprechende Nachrichten über deren Lage brachten aber Unsicherheit in seine Maßregeln, zumal er die Verbindung mit dem achten Bundeskorps zu erhalten bedacht sein mußte. Erst infolge der Meldung, daß die Hannoveraner bei Langensalza gesiegt hätten, und einer telegraphischen Aufforderung des Kaisers von Osterreich wurde am 29. Juni energisch der Marsch nach Norden angetreten und am 30. bis Schleusingen und Suhl fortgesetzt. Da traf die Nachricht von der Kapitulation der Hannoveraner ein und nun mußte der Operationsplan von neuem geändert werden: die Armee sollte nördlich von der Rhön ins Fuldathal marschieren um sich dort mit dem achten Korps zu vereinigen. Prinz Alexander aber hatte sich nur sehr oberflächlich an die Verabredungen gehalten, die zwischen ihm und dem bayerischen Heerführer am 26. in Schweinfurt getroffen waren, indem er zwar seinen rechten Flügel nach Hersfeld, die Badenser aber auf Wehlar und die Württemberger auf

Gieß  
nach  
die  
Linie  
Fald  
lichte  
diese  
sam  
führ  
gege  
Flüg  
heran  
es z  
zu e  
thal,  
den  
und  
Dies  
arme  
beha  
Sein  
Tari  
Hess  
falls  
trab  
schüß  
zurü  
mehr  
finde  
Briti  
Karl  
bald  
Verb  
auf  
den  
das  
Bon  
und  
Kiffi  
vorri  
Saal  
verte  
südl  
und  
nerne

Gießen richtete. So standen denn zu derselben Zeit, wo die Preußen nach der Kapitulation von Langensalza bei Eisenach vereinigt waren, die 80—90 000 Mann, über welche Prinz Karl verfügte, auf der weiten Linie von Ilmenau bis Wehlar zerstreut, und die Mainarmee, wie Falkensteins Truppen seit dem 1. Juli genannt wurden, hatte die Möglichkeit sich auf die vereinzeltten Gegner zu werfen. Allerdings begannen diese sofort sich einander zu nähern um bei Fulda dem Feinde gemeinsam entgegenzutreten; dieses Vorhaben aber kam nicht mehr zur Ausführung. Falkenstein entsandte Beyer auf der Straße von Eisenach gegen Fulda, während Goeben, dem Manteuffel folgte, auf dem linken Flügel am Ostabhange der Rhön vorrückte um den aus Thüringen heranziehenden Bayern den Weg zu verlegen. Am 3. und 4. Juli kam es zwischen ihnen und den bayerischen Divisionen Zoller und Hartmann zu einer Reihe von Gefechten um Dermbach herum, bei Zella, Wiesenthal, Kopf Dorf, Fischbach. Preussischerseits waltete nur die Absicht ob, den Feind an weiterem Vordringen zu hindern, nicht aber ihm zu folgen und sich dadurch von der Straße nach Fulda-Frankfurt zu entfernen. Dies gelang vollkommen. Prinz Karl gab sogar, da er die ganze Mainarmee sich gegenüber glaubte, die Stellungen, die seine Truppen tapfer behauptet hatten, auf und zog sich am Nachmittag südwärts zurück. Seine Kavallerie, die unter dem 70jährigen Fürsten von Thurn und Taxis um Fulda stand und so die Verbindung mit dem Prinzen von Hessen herstellte, that dies in wenig ehrenvoller Weise. Sie war, gleichfalls am 4., nördlich bis Hünfeld vorgegangen, stieß hier auf den Vortrab Beyers, griff an, ward aber durch ein paar mörderische Kanonenschüsse so geschreckt, daß sie in völlig aufgelöstem Zustande nach Fulda zurückjagte. Thurn und Taxis räumte also die Stadt, und wenn nunmehr eine Vereinigung der Bayern mit dem achten Korps noch stattfinden sollte, so mußte sie weiter südlich auf der Linie Schlüchtern-Brückenau-Kissingen geschehen. In diesem Sinne erteilte denn auch Prinz Karl dem Prinzen Alexander seine Befehle. Der aber erhielt nicht sobald die Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz, als er auch die Verbindung mit den Bayern am 6. ganz preisgab und sich schleunigst auf Frankfurt und Hanau zurückzog. Nun änderte Falkenstein gemäß den ihm vom großen Hauptquartier erteilten Weisungen sein Marschziel, das bis dahin Frankfurt war, um sich zuerst auf die Bayern zu werfen. Von Fulda aus schwenkte er links ab durch die Rhön nach Brückenau und ließ von dort am 10. Juli Goeben und Manteuffel östlich gegen Kissingen, Beyer, den er selbst begleitete, südwärts gegen Hammelburg vorrücken. Um Kissingen entspann sich ein heißer Kampf. Das rechte Saalufer mußten die Bayern bald aufgeben, aber die Flußübergänge verteidigten sie hartnäckig. Dennoch gelang es den Preußen gegen Mittag südlich von der Stadt über eine schlecht zerstörte Laufbrücke vorzudringen und dadurch den Feind zur Räumung der unteren Stadt und der steinernen Saalbrücke zu zwingen. Aber in zähem Widerstande verteidigten

Anmarsch der  
Mainarmee.

Dermbach.

Hünfeld.

Kissingen.

die Bayern auch jetzt noch alle haltbaren Punkte in und hinter dem Orte, bis das Gefecht gegen 5 Uhr eine halbe Meile nordöstlich von Kissingen erstarb. Durch das Eintreffen der Division Stephan ermutigt griffen sie dann zwar nochmals an; allein der dreistündige Kampf, dem erst die Dunkelheit ein Ende machte, brachte keine Wendung des Schicksals. Die Haupttheile des Tages gehörte Goeben und insbesondere der Brigade Wrangel; Manteuffel, der nördlich von Kissingen über die Saale gehen sollte, war nur wenig ins Gefecht gekommen; Beyer hatte bei Hammelburg den Flußübergang durch einen heftigen Sturmangriff schnell erzwungen. Prinz Karl aber war durch diesen Schlag so ermutigt, daß er den Rückzug auf Würzburg befahl.

Falkenstein, der am 11. aus dem großen Hauptquartier die Weisung erhalten hatte sich möglichst schnell in den Besitz der Mainlinie zu setzen, wandte sich nunmehr gegen den Prinzen von Hessen. Beyer sollte über Gelnhausen, Goeben über Aschaffenburg gegen Hanau marschieren, Manteuffel zunächst diesen Abmarsch den Bayern gegenüber verdecken und dann Goeben folgen. Prinz Alexander hatte inzwischen den Plan Frankfurt zu verteidigen auch wieder aufgegeben und beschloß sich am südlichen Mainufer den Bayern zu nähern. Infolgedessen glaubten nicht allein der Herzog von Nassau und der Großherzog von Darmstadt, sondern auch die Bundesversammlung auf ihre Rettung bedacht sein zu müssen; sie verlegte am 11. Juli ihren Sitz nach Augsburg in das Hotel zu den drei Mohren. Die Erdwerke, die vor Frankfurt aufgeworfen waren, wurden wieder zerstört und die Besatzung rückte ab. General Beyer traf unter diesen Umständen bei seinem Vormarsch auf keinen Feind mehr; Goeben aber stieß östlich von Aschaffenburg auf die hessische Division, die er am Abend des 13. bei Laufach trotz wiederholter Angriffe zurückwarf. Da Prinz Alexander den Mainübergang bei Aschaffenburg nicht preisgeben durfte, solange ein Teil seiner Truppen noch auf dem rechten Ufer des Flusses war, so sandte er noch abends die österreichische Brigade Hahn mit der Eisenbahn zur Unterstützung der Hessen ab und ließ den Kampf am 14. erneuern. Aber die Truppen, meist Italiener, fochten schlecht und wurden schlecht geführt, so daß Goeben schon mittags in die Stadt einziehen konnte, der Feind aber außer 600 Toten und Verwundeten 1500 Gefangene verlor. Angriffsweise über den Main vorzugehen war Goeben zu schwach; Beyer stand weit nördlich, Manteuffel war zwei Tagemärsche zurück. Falkenstein ließ daher das achte Bundeskorps stehen und gewährte ihm die Möglichkeit sich bei Würzburg mit den Bayern zu vereinigen. Sein nächstes Ziel war jetzt Frankfurt, das er denn auch am 16. Juli ohne Schwierigkeit erreichte, und das nun den ganzen Zorn der Preußen fühlen sollte.

Vor allem wurde der Senat und das Militär aufgelöst und die Regierung von Falkenstein selbst übernommen; der Bürgermeister Fellner und Senator Müller führten unter seiner Oberleitung die Geschäfte fort,

Laufach und  
Aschaffenburg.

Frankfurt.

einig  
der  
lion  
dies  
vom  
und  
legt  
wese  
hatt  
eine  
Dän  
führ  
erho  
Tru  
Abb  
sicht  
Fra  
man  
Sta  
hart  
In  
ihm  
Fra  
neue  
eine  
Dro  
meh  
Mü  
sich  
wur  
Gul  
vom  
  
mit  
preu  
olde  
offen  
läng  
Leip  
Med  
aller  
an  
daß  
um  
fünf

einige Senatoren wurden verhaftet, mehrere Zeitungen unterdrückt und der einjährige Sold der Mainarmee im Betrage von etwa sechs Millionen Gulden der Stadt als Kontribution auferlegt. Kaum waren diese Maßregeln angeordnet, als Falkenstein einen königlichen Befehl vom 11. Juli erhielt, der ihn zum Gouverneur von Böhmen ernannte und den Oberbefehl über die Mainarmee Manteuffel übertrug. Dem letzteren, der schon in Schleswig-Holstein kommandierender General gewesen war, wurde dadurch eine Stellung zu teil, auf die er ein Anrecht hatte und die ihm auch vor Beginn des Feldzuges, als man noch auf einen Kriegsschauplatz in Schleswig-Holstein, vielleicht gar gegen die Dänen, gefaßt sein mußte, zgedacht war. Gegen Falkensteins Kriegführung wurden trotz ihrer Erfolge manche schwerwiegende Einwendungen erhoben; man fand, daß durch seine Schuld die Konzentration der Truppen bei Langensalza zu langsam bewirkt sei, und stand bei seiner Abberufung noch unter dem Eindruck, daß er im Gegensatz zu den Absichten der obersten Heeresleitung statt gegen die Bayern vielmehr gegen Frankfurt und das achte Bundeskorps operiere. Noch ehe er das Kommando Manteuffel übergab, erhielt er den Befehl die Kontribution der Stadt auf 25 Millionen Thaler zu erhöhen; die Ausführung dieses harten Auftrages war die erste Handlung des neuen Oberbefehlshabers. In seiner schroffen Weise erklärte er dem Bürgermeister Fellner, er wolle ihm gern einen Schein schreiben, daß er erst auf die Drohung hin, Frankfurt werde sonst geplündert und in Brand gesteckt werden, in die neue Zahlung gewilligt habe; alle Vorstellungen von der Unmöglichkeit eine solche Summe aufzubringen wies er zurück; lange blieb die schwere Drohung über der Stadt schweben und Fellner, der diese Angst nicht mehr ertragen konnte, gab sich selbst den Tod. Erst als der Senator Müller ins Hauptquartier nach Nikolsburg beschieden wurde, beruhigte sich die Stimmung wieder etwas und nach dem Abschluß des Friedens wurde die Forderung natürlich zurückgezogen. Auch die sechs Millionen Gulden wurden der inzwischen mit Preußen vereinigten Stadt nachträglich vom Staate wiederabgenommen.

Abberufung  
Falkensteins.

Die militärischen Operationen wurden von Manteuffel am 21. Juli mit bedeutend verstärkten Kräften wieder begonnen. Abgesehen von preussischen Truppen, die zu ihm gestoßen waren, hatte er auch die oldenburgisch-hanseatische Brigade an sich gezogen und verfügte im offenen Felde über reichlich 60 000 Mann. Auch erwuchs ihm eine bei längerer Dauer des Krieges sehr wesentliche Hilfe daraus, daß von Leipzig aus eine zweite Reserve-Armee unter dem Großherzog von Mecklenburg sich nach Nürnberg in Bewegung setzte. Andererseits waren allerdings jetzt auch Prinz Karl und Prinz Alexander, die zusammen an 100 000 Mann unter ihrem Befehle hatten, einander so nahe gerückt, daß ihre Vereinigung täglich in ihrer Macht lag: die Bayern standen um Würzburg, das achte Bundeskorps hinter der Tauber, die vier bis fünf Meilen westlich von Würzburg bei Wertheim von Südosten her

Manteuffels  
Vormarsch.

Kämpfe an der  
Tauber.

dem Main zufließt. Ein erstes Gefecht fand am 23. Juli bei Hundheim zwischen dem preußischen Vortrab und der badischen Division statt und endete trotz des großen Machtunterschiedes mit dem Rückzug des Prinzen Wilhelm auf Werbach an der Tauber. Hier ward er am 24. von den Oldenburgern und Hanseaten, die von Beyer unterstützt wurden, angegriffen und räumte nach geringem Widerstande auch diese Stellung um sich auf Würzburg zurückzuziehen. Gleichzeitig überschritt Flies, der jetzt die früher von Manteuffel befehligte Division führte, die Tauber bei Wertheim, und auf dem rechten Flügel bei Tauberbischofsheim erzwang Goeben in heißem Kampfe den Übergang gegen die Württemberger, bei denen Prinz Alexander selbst zugegen war. Die Bayern aber standen währenddes ruhig einige Meilen rückwärts bei Würzburg und erwarteten hier, daß Prinz Alexander sich ihrem linken Flügel anschließen und daß die Preußen sie angriffen. Diese drangen denn auch trotz ihrer Minderzahl am 25. in doppelter Richtung vor; Beyer von Werbach und Flies von Wertheim aus griffen die Bayern bei Helmstadt an und warfen sie auf Roßbrunn zurück; Goeben marschierte in nordöstlicher Richtung von Tauberbischofsheim gegen Würzburg, stieß bei Gerchsheim wieder auf den Prinzen Alexander und zwang ihn auch diese Stellung aufzugeben. Ihn zu verfolgen erlaubte die starke Erschöpfung der Truppen nicht, und der Prinz konnte deshalb am anderen Tage unbehindert den Main überschreiten, während die Bayern sich die Möglichkeit dazu erst durch tapfere Rückzugsgefechte erkämpfen mußten. Am Abend des 26. aber standen beide Korps glücklich hinter dem Flusse, während die Preußen Würzburg gegenüber Stellung nahmen und ihre Batterien gegen den Marienberg, die am linken Mainufer gelegene Citadelle, zu errichten begannen.

Die Preußen  
vor Würzburg.

Friedensver-  
handlungen.

Zu einem ernstlichen Angriffe sollte es aber nicht mehr kommen. Schon seit einigen Tagen weilte Herr von der Pfordten im Hauptquartier zu Nikolsburg, und wenn er einen Waffenstillstand auch erst für den 2. August erlangte, so ward ihm daneben doch die Zusicherung, daß Manteuffel angewiesen werden solle keine weitere Entscheidung durch die Waffen zu suchen. Nur um die Besetzung eines möglichst großen Stückes von Bayern, die bei den Friedensverhandlungen gute Dienste leisten konnte, zu erleichtern wurde der sofortige Waffenstillstand versagt, und die Folge war denn auch, daß am 31. Juli Würzburg kapitulierte und Nürnberg von dem Großherzog von Mecklenburg besetzt wurde. Auch Württemberg und Hessen-Darmstadt schickten ihre Minister ins preußische Hauptquartier und erlangten dasselbe wie Bayern. Der Großherzog von Baden schlug einen anderen Weg ein; am 29. Juli berief er seine Truppen von der Armee ab, bildete ein neues Ministerium, Mathy, Jolly, Freydorff, und erklärte seinen Austritt aus dem alten Bunde; am 3. August folgte dann auch seinerseits in Nikolsburg der Abschluß eines Waffenstillstandes. Nassau, Kurhessen und Frankfurt wurden so wenig wie Hannover zu Verhandlungen zugelassen; ihre staatliche Selbständigkeit

war durch den Krieg vernichtet und nur eine Privatabfindung der entthronten Fürsten konnte noch in Frage kommen.

Es begannen nunmehr mit den einzelnen Staaten die Unterhandlungen über die Friedensschlüsse. Keiner derselben war imstande den preußischen Forderungen aus eigener Kraft noch Widerstand entgegenzusetzen und dennoch zogen sich die Verhandlungen in die Länge; man hoffte in den süddeutschen Hauptstädten auf Napoleon. Nur der Großherzog von Baden verschmähte es den französischen Beistand anzuflehen; aus all den anderen Hauptstädten gingen Bittgesuche nach Paris und fanden dort wohlgefällige Aufnahme und Befürwortung. Aber Napoleon wollte auch für sich selbst nicht leer ausgehen. Kaum waren der König und Bismarck wieder in Berlin angelangt, so erhielt Benedetti zu seinem eigenen Mißbehagen den Befehl in Rücksicht auf die Vergrößerung Preußens Abtretungen am Rheine zu verlangen. Es handelte sich um die Rheinpfalz und Rheinhessen mit Mainz. Der Gesandte zog es vor dem Grafen Bismarck zunächst schriftliche Mitteilung zu machen und erst anderen Tages, am 6. August, sich persönlich die Antwort zu holen. Als er vernahm, daß der König Napoleons Verlangen rundweg abschlage, drohte er mit Krieg; Bismarck aber erwiderte gelassen: Nun gut, dann ist Krieg; aber dem Kriege werde die Revolution folgen und der Kaiser möge sich fragen, wer dieser am besten trohen könne, er oder König Wilhelm. Mit dieser Antwort traf Benedetti am 11. August in Paris ein und Napoleon hielt es für geraten den Plan fallen zu lassen und alle Verantwortlichkeit auf Drouyn zu schieben, der eigenmächtig während des Kaisers Abwesenheit in Vichy die Sache angeregt habe. Er entließ den Minister sogar und übertrug dem Gesandten in Konstantinopel, Moustier, bis zu dessen Ankunft aber dem Minister des Innern, Lavalette, das auswärtige Amt. Die Vergrößerungspläne ließ er deshalb doch keineswegs fahren; nur wandte er jetzt seine Blicke von Deutschland auf Belgien und Luxemburg. Benedetti kehrte mit dem Auftrage zurück die Einverleibung Luxemburgs und den bewaffneten Beistand Preußens zur demnächstigen Eroberung Belgiens zu fordern. Bismarck befolgte diesem neuen Verlangen gegenüber wieder seine Zögerungspolitik; er machte an dem Vertragsentwurf in fünf Artikeln, den ihm der Gesandte vorlegte, seine Ausstellungen, ließ ihn nach Paris zurückgehen, wo Napoleon und Rouher in eigenhändigen Korrekturen seinen Einwürfen Rechnung trugen, schützte dann das Bedenken vor, der Kaiser wolle ihn durch diesen Vertrag nur mit England verfeinden und reiste endlich auf sein Gut Barzin ab, wo er bis in den Dezember verblieb.

Den deutschen Staaten gegenüber aber mußte er aus den französischen Forderungen den größten Vorteil zu ziehen. Von der Pfordten erschraf nicht wenig, als er sah, daß Napoleon, von dem er Hilfe erhoffte, sich selbst auf Bayerns Kosten bereichern wollte; Württemberg und Baden wußten gleichfalls recht gut, daß die Entschädigungen, welche

Neue französische Einmischung.

Benedettis Forderungen.

Drouyns Rücktritt.

Anschläge auf Belgien.

Die Schutz- und Trutzbündnisse.

Die Friedens-  
schlüsse.

Frankreich in dem Entwurf vom 5. August für Bayern in Aussicht genommen hatte, von ihnen hätten geliefert werden müssen. Alle drei Staaten beeilten sich deshalb nicht allein ihren Frieden mit Preußen zu machen, sondern auch ein geheimes Schutz- und Trugbündnis anzunehmen, das Bismarck ihnen vorschlug und durch das sie dem Könige von Preußen im Kriege den Oberbefehl über ihre Truppen übertrugen. Am 13. August wurden mit Württemberg, am 17. mit Baden, am 22. mit Bayern beide Verträge unterzeichnet. Alle drei Staaten mußten mäßige Summen, acht, sechs, dreißig Millionen Gulden, zum Ersatz für die preußischen Kriegskosten zahlen, Bayern überdies ein paar Grenzbezirke, Hersfeld, Orb und Caulsdorf in Thüringen, etwa 10 Quadratmeilen mit 33 000 Einwohnern, abtreten. Hessen-Darmstadt, dessen Minister Dalwigk in das Geheimnis der Schutz- und Trugbündnisse nicht eingeweiht wurde, kam schlechter weg; es mußte am 3. September außer einigen anderen Bezirken die Landgraffschaft Hessen-Homburg, die ihm kurz vor dem Kriege durch den Tod des letzten Landgrafen zugefallen war, zusammen 20 Quadratmeilen mit 75 000 Einwohnern, herausgeben, drei Millionen Gulden zahlen, preußische Besatzung in Mainz aufnehmen und mit seinen nördlich vom Main gelegenen Provinzen in den Norddeutschen Bund eintreten. Noch später kam mit den beiden kleinen thüringischen Staaten, die zu Österreich gehalten, mit Meiningen und Reuß ä. L. der Friede zustande; beide hatten erst militärisch besetzt werden, der Herzog von Meiningen zu Gunsten seines Sohnes abdanken müssen, ehe sie durch den Eintritt in den Nordbund den Frieden erkaufte. Noch später fügte sich der König von Sachsen in das Unvermeidliche; sein langes Säumen rief sogar die Befürchtung im Lande wach, es handle sich um einen Wechsel des Herrscherhauses, der Großherzog von Weimar sei zur Nachfolge berufen; der Friedensschluß vom 21. Oktober ließ jedoch in der Beziehung alles beim alten; dem Königreiche wurden 10 Millionen Thaler Kriegskosten und außer dem Beitritt zum Norddeutschen Bunde noch verschiedene untergeordnete Verpflichtungen auferlegt, deren wichtigste der sofortige Verzicht auf seine diplomatische Vertretung im Auslande war.

Der Prager  
Friede.

An den Friedensverhandlungen mit Österreich, die von den Herren von Werther und von Brenner in Prag geführt wurden, nahm als Vertreter Italiens General Menabrea teil. Nur schwer hatte sich das Florentiner Kabinett trotz seiner Niederlagen im Felde darein gefunden, daß es auf die Erwerbung von Welschtirol verzichten müsse. Dank seinen Zögerungen war der Abschluß des Waffenstillstandes erst am 11. August in Cormons erfolgt; am 13. traf Menabrea in Prag ein. Zwischen Preußen und Österreich war alles schnell geordnet; schon am 23. August wurde der Friede auf Grundlage der Nikolsburger Übereinkunft geschlossen; die Geldentschädigung, welche Preußen empfing, belief sich auf 20 Millionen Thaler; andere 20 Millionen wurden auf die Kriegskosten, die Österreich von Schleswig-Holstein zu fordern hatte

und für die Verpflegung der preussischen Truppen seit Ende Juli abgerechnet. Der Vereinigung Venetiens mit Italien gab Franz Josef ausdrücklich seine Zustimmung; in dem am 3. Oktober mit Menabrea geschlossenen Frieden erhielt er dafür die Summe von 35 Millionen Gulden bar und die Übernahme von etwa 65 Millionen als Anteil Venetiens an der österreichischen Schuld. Das Dekret der Einverleibung unterzeichnete Viktor Emanuel erst am 4. November, nachdem General Leboeuf in Napoleons Namen die Stadt Venedig dem Gemeinderat übergeben und eine allgemeine Abstimmung bei 650 000 Ja nur 69 Nein aufgewiesen hatte. Mit dem Einzuge des Königs in seine neue Stadt und den glänzenden Festlichkeiten, die sich daran schlossen, endete dieser wechselreiche Abschnitt in dem Leben des jungen Staates und es fehlte jetzt nur noch Rom und das Erbteil Petri in der nationalen Gemeinschaft, deren Ausbildung abermals so sichtlich vom Glücke begünstigt worden war.

Italien und  
Venetien.

### Die Früchte des Krieges.

Für Deutschland und vor allem für Norddeutschland begann mit der Beendigung des Krieges die keineswegs mühelose, aber erhebende und gedeihliche Arbeit sich seine neuen Staatsformen zu schaffen. Wohl war es für den Patrioten ein trauriger Gedanke, daß der Main das Vaterland fortan in zwei Hälften scheiden werde; unmöglich konnte dieser Zustand von Dauer sein; unmöglich konnten diese oberdeutschen Stämme, die unter sich kaum minder verschieden waren als im Vergleich mit ihren nordmainischen Landsleuten, dazu verdammt sein auf alle Zeiten seitab von dem großen Strome des nationalen Lebens eine kränkelnde Sonderexistenz zu führen und in der alten staatlichen Verkümmern ihre edlen Kräfte zu vergeuden. Allerdings war unter dem lebenden und tonangebenden Geschlecht ja der Preußenhaß so tief gewurzelt, daß die Mehrheit der Süddeutschen ihre Abtrennung als eine Befreiung, als eine Rettung vor der Verpreußung begrüßen mochte; aber gar locker saßen diese Gedanken doch bei der heranwachsenden Generation, die nicht durch längst gefaßte Vorurteile behindert wurde die Lehren der jüngsten Tage zu verstehen, und auch gar manchem ehrlichen Preußenfeinde, der mit seinen alten großdeutschen Lieblingsgedanken nicht so schnell brechen konnte, trat doch die Notwendigkeit sich dem Geschehenen anzubequemen näher und näher und zwang ihn, vorerst vielleicht nur im stillen, zu dem Geständnis, daß bei der einzigen Wahl, welche die Macht der Ereignisse jetzt noch gestattete, die enge Verbindung mit dem Norden dem hilflosen Schwanken zwischen Osterreich und Frankreich doch weitaus vorzuziehen sei. In Preußen selbst und in den ihm verbündeten Staaten beklagte man umgekehrt die Trennung von Süddeutschland gerade jetzt sehr schmerzlich; aber bei nüchterner Überlegung konnte die Klage sich doch kaum zur Anklage gegen Bismarck steigern. Wäre man auch bereit

Deutschland  
und die Main-  
linie.

gewesen einen Krieg mit Frankreich zu wagen um die Stammesgenossen bis zum Bodensee für den neuen Bund zu gewinnen, so lag doch offen vor Augen, daß ihr Eintritt viele feindliche und zerstörende Elemente in den Stand gesetzt hätte das Band, welches man zu weben im Begriff war, zu lockern und zu gefährden. Unzweifelhaft konnte die Verfassung eines Norddeutschen Bundes viel einheitlicher werden als die eines alldeutschen, in dem auch Bayern und Württemberg Platz finden sollten; unzweifelhaft konnten die widerstrebenden Parteien des Südens, wenn sie mit denen des Nordens sich verbanden, viel nützliches verhindern, viele ganze Maßregeln zu halben abschwächen. Traurig wie es war, mußte man sich doch einstweilen bei dem Gedanken beruhigen, daß die Mainlinie ein notwendiger Haltepunkt sei, eine Station, wie Miquel von Dsnabrück sich im Reichstage ausdrückte, auf der man Kohlen und Wasser einnehme und Atem schöpfe um dann bald weiterzugehen.

Die Beilegung  
des Konfliktes  
in Preußen.

Unter solchen Gesichtspunkten konnte die traurige Notwendigkeit wohl gar als eine heilsame erscheinen, wenigstens für solange, als die drei großen Aufgaben noch ungelöst waren, die Norddeutschland fürerst zu verarbeiten hatte. Die erste und dringendste, gleichsam die Vorbedingung für die beiden anderen, war die Herstellung des inneren Friedens in Preußen. Nur mit Hilfe der liberalen Partei, die dadurch versöhnt wurde, konnte dann weiter die allmähliche Verschmelzung der neu erworbenen mit den alten Provinzen und die Vereinbarung über die Verfassung des Nordbundes erreicht werden. Die Herstellung des inneren Friedens war durch die glänzenden Siege des umgestalteten Heeres bedeutend erleichtert worden. Bei der Neuwahl der Abgeordneten, die unter dem Eindruck der ersten Freudenbotschaften am Tage von Königgrätz vollzogen wurde, erlag beinahe die Hälfte der bisherigen Vertreter der veränderten Volksstimmung. Die Konservativen gewannen fast 100 Sitze, die Fortschrittspartei schmolz auf 70 bis 80 zusammen. Zudem brachten viele von diesen, die im Februar als heftige Gegner der Regierung aus Berlin geschieden waren, friedlichere Gesinnungen mit zurück; es wurde in ihrer Mitte unverhohlen ausgesprochen, daß nach solchen Ereignissen niemand mehr daran denken könne die Minister wegen der Reorganisation zur Verantwortung zu ziehen, daß es aber trotzdem Pflicht der Landesvertretung sei sich fördernd an den bevorstehenden großen Aufgaben zu beteiligen. Nicht alle Mitglieder der Fortschrittspartei vermochten freilich diesen Standpunkt einzunehmen und die Mißhelligkeiten, zu denen dies im Laufe der Landtagsverhandlungen führte, veranlaßten am 24. Oktober 24 Abgeordnete zum Ausscheiden aus der Fraktion und zur Gründung einer neuen Partei, die der auswärtigen Politik Bismarcks ihren vollen Beistand versprach, bezüglich der inneren Verwaltung aber die Pflichten einer wachsam und loyalen Opposition zu erfüllen beabsichtigte. Auf Grund dieses doppelten, zugleich nationalen und liberalen Programms nahm sie die Bezeichnung der nationalliberalen Partei an, und gewann als solche bald den maßgebenden Einfluß in

Die National-  
liberalen.

Preußen wie in Norddeutschland, obgleich die erzürnte Fortschrittspartei nichts unterließ um diese Erfolgebeter, diese Hurrahschreier und Bismärcker zu verunglimpfen.

Als der König am 5. August 1866, eben von den böhmischen Schlachtfeldern heimgekehrt, den Landtag persönlich eröffnete, war die künftige Parteibildung noch völlig unübersehbar. Alles hing davon ab, ob der Monarch den Liberalen die Hand zur Versöhnung und zu gemeinsamer Arbeit bieten oder ob er sie zurückstoßen und nur auf die Konservativen sich stützen werde. Die Kreuzzeitungspartei hatte es nicht an Bemühungen in der letzteren Richtung fehlen lassen; allein eine Besprechung, die Kleist-Bezow und andere ihrer Häupter mit dem Grafen Bismarck vor dessen Heimkehr in Prag hatten, belehrte sie, daß der Minister entschlossen sei der Verfassung ihre volle Geltung zurückzugeben. Die Thronrede beseitigte auch für die Öffentlichkeit jeden Zweifel, der darüber etwa noch herrschen konnte. Rückhaltlos erkannte der König an, daß die Staatsausgaben der letzten Jahre der gesetzlichen Grundlage entbehrt hätten, und sprach das Vertrauen aus, daß der Landtag der Regierung die Indemnität, welche sie dafür fordern wolle, bereitwillig erteilen und damit den bisherigen Konflikt für alle Zeit zum Abschluß bringen werde. Die Minister bestätigten diesen Wunsch persönlich in entgegenkommenden Ausdrücken und legten am 13. August das Indemnitätsgesetz vor. Natürlich wollten weder der König noch die Regierung dieses Einlenken im Sinne einer Abbitte verstanden wissen; er habe nicht anders handeln können, als er gehandelt, erklärte der Monarch beim Empfang der Adresse des Abgeordnetenhauses; er würde unter gleichen Umständen stets wieder genau ebenso handeln müssen; aber zum zweitenmal, fügte er nachdrücklich hinzu, werden solche Umstände eben nicht wieder vorkommen. Das beruhigte die bisherigen Bundesgenossen Bismarcks wenigstens halb; obgleich sie die Schwenkung, die der Minister vollzogen, nicht verkannten, so gaben sie der Indemnität doch widerstrebend ihre Zustimmung. Im Abgeordnetenhause beharrten nur die Polen, Katholiken und etwa 30 Fortschrittsmänner auf ihrem Widerspruch, während 230 gegen 75 Mitglieder am 3. September die Vorlage genehmigten und das Herrenhaus sie fünf Tage später einstimmig annahm.

Auch so blieben freilich noch mancherlei Fragen, die zu neuen Zerwürfnissen führen konnten, wenn die nationalliberalen Elemente der Fortschrittspartei es an Nachgiebigkeit fehlen ließen. Der neue Präsident der zweiten Kammer, von Forckenbeck, dem Grabow in versöhnlicher Absicht freiwillig diesen Ehrenplatz eingeräumt hatte, und neben ihm einzelne Abgeordnete, besonders Twisten, Lasker, Michaelis, Unruh, wußten jedoch die Schwierigkeiten zu ebnen. Mit fast demselben Stimmverhältnis wie bei dem Indemnitätsgesetz wurden der Regierung am 25. September 60 Millionen Thaler zur Deckung der Kriegskosten bewilligt und wurde ihr gestattet den geleerten Staatschatz wieder zu füllen, doch mit der Beschränkung, daß er nicht mehr als 30 Millionen

Die Indemnität.

Sonstige Landtagsverhandlungen.

Das Militär-  
budget.

Thaler enthalten dürfe. Dem Wunsche des Königs die Verfügung über  $1\frac{1}{2}$  Millionen zu erhalten um dieselben unter die hervorragendsten Heerführer zu verteilen, stimmte die große Mehrheit des Hauses nicht allein zu, sondern sie reichte in die Liste des Königs, die Roon und Moltke, Herwarth, Steinmeß und Falckenstein umfaßte, auch noch den Grafen Bismarck ein, und Hoyerbecks Versuch diesen und Roon wieder zu streichen scheiterte am 5. Dezember an einer Mehrheit 219 Stimmen. Der wahre Prüfstein für die Möglichkeit eines Zusammenwirkens der Nationalliberalen mit dem Ministerium war indes die Beratung des Haushaltes für 1867. Hier gab es so viele Punkte, in denen die Opposition nicht nachgeben durfte, daß die friedliche Stimmung nicht selten doch wieder in eine kriegerische umschlug; eine beträchtliche Reihe von Beschlüssen fiel gegen die Regierung aus, bei der Beratung des Justizetats griff Lasfer den Minister zur Lippe heftig an, vor allem drohte beim Militäretat der alte Streit wiederaufzuleben. Eine Mehrheit von 14 Stimmen verwahrte sich vor der Bewilligung der geforderten 44 Millionen am 10. Dezember ausdrücklich gegen die Folgerung, als ob sie damit auf die gesetzliche Regelung der Heeresumgestaltung Verzicht leisten wolle, und nur der Abfall einiger Mitglieder vereitelte dann (bei 163 gegen 153 Stimmen) den Antrag von Birchow und Baerst die 44 Millionen nur als Pauschsumme zu bewilligen, die Streichung der Reorganisationskosten im nächsten Jahre also offenzuhalten. Dank dem vermittelnden Antrage von Reichenheim, der  $41\frac{1}{2}$  Millionen als fortlaufende Ausgaben, den Rest als Extraordinarium bewilligte, kam ein Etat zustande, der am 18. Dezember fast einstimmig angenommen wurde und dem auch Bismarck, trotz der vielen Mängel, die er habe, zustimmte um seine Achtung vor dem Budgetrecht des Hauses zu bezeugen. So war also, nicht ohne große Mühen, zum erstenmal so lange es eine preussische Verfassung gab, der Staatshaushalt vor Beginn des neuen Jahres gesetzlich geregelt und das verfassungsmäßige Regiment in seiner wichtigsten Bestimmung zur Wahrheit geworden. Demgegenüber trat alles, was diese Landtagsession außerdem an förderlichen Gesetzen brachte, selbst der Ausbau des Eisenbahnnetzes, die Aufhebung des Salzmonopols, die Beseitigung der Wuchergesetze, in den Hintergrund; nur die Maßregeln zur Einverleibung der neuen Provinzen und zur Begründung des Nordbundes konnten an historischer Bedeutung damit verglichen werden.

Die Annexionen.

Das Gebiet, um welches die Annexionen Preußen vergrößerten, betrug alles in allem 1308 Quadratmeilen mit 4,3 Mill. Einwohnern, so daß der Umfang des ganzen Staates auf 6400 Quadratmeilen und die Bevölkerungszahl auf 23,6 Mill. stieg. Schleswig-Holstein wurde von den übrigen Erwerbungen getrennt behandelt, weil man vorher einen Ausgleich mit dem Großherzog von Oldenburg zu erreichen wünschte, dessen Ansprüche regierungsseitig zu oft anerkannt waren, als daß man sie einfach hätte beiseiteschieben mögen. Am 27. Oktober willigte

derselbe denn auch in einen Vertrag, der ihm das Amt Ahrensböck in Holstein und eine Million Thaler zusicherte. Wie Hannover, Kurhessen Nassau und Frankfurt durch Gesetz vom 21. September, so wurde nunmehr Schleswig-Holstein am 24. Dezember mit der preussischen Monarchie verschmolzen. Von allen Seiten war man darüber einverstanden, daß den neuen Provinzen manche berechnigte Eigentümlichkeiten zu belassen seien, und da eine sofortige gesetzliche Regelung dieser Verhältnisse nicht möglich war, so räumte man der Regierung bis zum 1. Oktober 1867 das Recht der Diktatur ein und bestimmte, daß erst an dem genannten Tage die preussische Verfassung in Kraft treten solle. Die Abneigung der Bevölkerungen gegen den Verlust ihrer staatlichen Sonderexistenz trat in Hannover und Frankfurt sehr grell hervor; hier wie dort waren es nur Minderheiten, die den neuen Zustand freudig begrüßten; die große Masse der Gleichgültigen aber wurde von dem Adel und den Beamten so erfolgreich bearbeitet, daß sie sich zunächst ganz und gar in den Dienst der Preußenfeinde stellte. Der König suchte persönlich durch wohlwollendes Entgegenkommen die Aufregung und Erbitterung nach Kräften zu dämpfen. Er erkannte die sittlichen Beweggründe, die gar manchen fest an die Vergangenheit knüpften, rückhaltlos an und äußerte wohl, er würde seine neuen Unterthanen minder schätzen, wenn sie nicht, wie die Hannoveraner, zu deren Deputation er diese Worte sprach, Schritte zur Erhaltung ihrer früheren Herrschers bei ihm gethan hätten. Die persönliche Lage der entthronten Fürsten wünschte er so sorgenfrei und angenehm wie möglich zu gestalten und ließ deshalb Verhandlungen mit ihnen anknüpfen, die ihnen glänzende Abfindungssummen in Aussicht stellten. Der Kurfürst von Hessen, der seit Ende Juni 1866 in Stettin sich in Gefangenschaft befand, erkaufte sich schon am 17. September die Freiheit und den Genuß seiner bisherigen Einkünfte durch einen Vertrag, in dem er seine Unterthanen ihres Eides entband; mit dem Herzog von Nassau kam ein Jahr später, am 22. September 1867, ein Abkommen zustande, das ihm einige seiner Schlösser und eine Summe von etwa 15 Millionen Gulden überwies, und wenige Tage darauf, am 29. September, schloß der frühere hannoversche Minister Windthorst für seinen vormaligen Herrn einen Vertrag, der diesem die Zinsen eines Kapitals von 16 Millionen Thalern verhiess, ohne daß er ausdrücklich auf seine Krone verzichtete. Trotz der Unzufriedenheit, die über diese Freigebigkeit im Landtage herrschte, fügten sich viele Abgeordnete doch dem Drucke, den Bismarck durch die Drohung mit seinem Rücktritt ausübte, und am 1. Februar 1868 wurde der Vertrag mit 254 gegen 113 Stimmen genehmigt. Zur Ausführung kam derselbe aber nicht. Wenige Tage darauf feierte König Georg in Hiezing bei Wien, wo er seine Wohnung aufgeschlagen, seine silberne Hochzeit. Waren schon früher aus Anlaß von Familienfesten häufig Deputationen aus seinem Lande bei ihm erschienen um ihn ihrer Anhänglichkeit zu versichern, so trafen an diesem Tage etwa 1200 Personen

Stimmung der  
Neupreußen.

Welfische Agi-  
tationen.

mittels Extrazuges ein und der König selbst trank bei einem großen Bankette auf die Wiederherstellung seines Thrones. Ernsthafter als das waren die kriegerischen Rüstungen, die er unausgesetzt betrieb. Aus seinem früheren Heere waren einige hundert Mann ihm treu geblieben und zu einer Welfenlegion formiert; um den Zuwachs derselben zu erleichtern war sie anfangs in Holland untergebracht, das von Militärpflichtigen, die sich dem preußischen Dienst entziehen wollten, leicht erreicht werden konnte. Bismarcks entschiedenes Auftreten veranlaßte jedoch die Niederlande der Legion die Gastfreundschaft aufzukündigen, und nicht anders verfuhr die Schweiz, als Zürich zum Sammelplatz erkoren wurde. Nun wandte sich König Georg durch seinen Minister des Auswärtigen Platen-Hallermund an Napoleon, und dieser gestattete den Legionären, die von der Wiener Polizeidirektion mit Pässen versehen wurden, truppweise in Lothringen, in der Champagne, in Orléans, in Amiens zusammenzubleiben und öffentlich militärische Übungen anzustellen. Die straflose Rückkehr, die König Wilhelm den Irreführten anbot, blieb unbenutzt. Ein Pariser Blatt, Situation, das von König Georg begründet war, hegte überdies unablässig die Franzosen gegen Preußen auf. Vergebens rief man in Berlin die Vermittelung verwandter Höfe an um den entthronten Monarchen zur Einstellung dieser Feindseligkeiten zu bewegen; man erreichte nichts, sondern mußte nur erleben, daß der, wie es schien straflose, Trotz den Kurfürsten von Hessen zur Racheiferung verlockte, die sich in Denkschriften an die europäischen Höfe, geheimen Aufrufen an die Hessen, Dankschreiben für Geburtstagsgeschenke und dergleichen mehr kundgab. Daraufhin riet Bismarck dem Könige das Vermögen beider Fürsten mit Beschlag zu belegen, die Zinsenzahlung also einzustellen. Es geschah dies für den König von Hannover schon durch Erlass am 2. März 1868, der am 29. Januar 1869 vom Abgeordnetenhause gebilligt wurde; in bezug auf den Kurfürsten wurde die gleiche Maßregel einen Tag später beschlossen; die Bestimmung, daß die Aufhebung der Beschlagnahme nur durch Gesetz erfolgen könne, gab diesen Beschlüssen thatsächlich beinahe die Bedeutung eines Rücktritts von den Verträgen. Über die Zinsen durfte das Ministerium frei verfügen; sie sollten nach Bismarcks Worten dazu verwandt werden die Reptilien, die den deutschen Staat feindlich belauerten, bis in ihre Höhlen zu verfolgen, eine verhängnisvolle Ermächtigung, die dem Ministerium eine finanzielle Macht gab, deren Einwirkung auf die Presse sich bald in unerfreulicher Weise bemerklich machte. Denn so nützlich und notwendig es sein mochte in den neuen Provinzen die feindliche Strömung auch durch ministerielle Zeitungen einzudämmen, so wurde dadurch doch ein Heer von Korrespondenten großgezogen, das sich mehr und mehr auch in unabhängigen Blättern einzunisten verstand, die Selbständigkeit und den anständigen Ton der deutschen Presse empfindlich schädigte und seine Berunglimpfungen weiterhin mehr gegen den Liberalismus als gegen das unschädlich gewordene Welfentum richtete.

Beschlag-  
nahmegeb.

Reptilienfond.

Mit kaum geringeren Bedenken wie die reichen Abfindungssummen für die entthronten Fürsten begrüßte die öffentliche Meinung den Entschluß der Regierung den neuen Provinzen einen großen Teil ihrer Selbstverwaltung durch Überweisung von bestimmten Fonds zu erhalten und zu erleichtern. Kurhessen gegenüber geschah dies durch königliche Verordnung noch während der Diktatur am 16. September 1867; betreffs Hannovers wurde die Sache nach heißen Debatten im Februar 1868 geordnet. Während die Nationalliberalen und ein Teil der Konservativen, die sich unter dem Namen der Freikonservativen von der Mutterpartei abge sondert hatten, die Regierung unterstützten, machten die Fortschrittsmänner und die Altkonservativen so entschiedene Opposition, daß nur eine Mehrheit von fünf Stimmen zu dem Ministerium stand. Bismarck verhehlte die politische Wichtigkeit dieser Partein gruppierung nicht; das Band zwischen ihm und seiner alten Partei, das seit Königgrätz gelockert war, erhielt dadurch einen gewaltigen Riß und wurde durch die fast einstimmige Genehmigung, die das Herrenhaus dem hannoverschen Provinzialfonds erteilte, nur dürftig wiederzusammengeheftet. Es konnte dadurch nicht stärker werden, daß der Graf sich bereit erklärte auch für die alten Provinzen ähnliche Fonds zu beantragen und dadurch die Decentralisation der Verwaltung zu fördern; denn in dieser Verheißung lag zugleich doch auch die Drohung den Provinzialständen in ihrer veralteten Gestalt ein Ende zu machen und durch eine neue Provinzialordnung Vertretungen zu schaffen, denen man so gewichtige Aufgaben übertragen konnte. Mittelbar enthielt deshalb diese Erklärung Bismarcks ein ganzes Programm innerer Reformen, die nur unter dem heftigsten Widerstande der Konservativen durchgeführt werden konnten, und deren allmähliche Verwirklichung die Kluft zwischen dem leitenden Staatsmann und seiner alten Partei immer mehr vertiefen mußte.

Die Provinzialfonds.

Reform der Provinzialverwaltung.

In den neuen Provinzen erwies sich die finanzielle Selbständigkeit und das Maß von Selbstverwaltung, das man ihnen damit gab, als ein sehr wirksames Mittel um die Mißstimmungen zu beschwichtigen. Solche Mittel nicht zu verschmähen war aber Grund genug vorhanden, denn naturgemäß konnte die Umwandlung in preußische Provinzen nicht ohne schmerzliche Schnitte vor sich gehen, und nicht alle Beamten, welche in die neuen Landesteile entsendet wurden, vermochten die straffe Pflichterfüllung, an die sie gewöhnt waren, den leichteren mittelstaatlichen Gepflogenheiten ausgleichend anzubequemen. Auch aus den Ministerien kamen während der Diktatur Verordnungen, die selbst den Preußenfreunden als unbegründete Neuerungen mißfielen und die rückgängig zu machen nicht immer leicht war. An Klagen fehlte es deshalb nicht, aber dennoch vollzog sich der schwierige Prozeß im allgemeinen rascher als man hoffen konnte.

Die Neupreußen.

Bismarck hatte allen Grund damit zufrieden zu sein, daß er seine ersten Pläne, die westlichen Provinzen völlig umzubilden und Stücke derselben mit Stücken der neuen Erwerbungen zu neuen Einheiten zu

Der Liberalis-  
mus.

verschmelzen, eine Provinz Rheinfranken, Thüringen, Niedersachsen zu schaffen, aufgegeben und dem Gewichte Rechnung getragen hatte, das man in Hessen und Hannover auf die alte Zusammengehörigkeit legte. Von bester Wirkung war es, daß man um die Wünsche der Bevölkerungen kennen zu lernen Beratungen mit Vertrauensmännern veranstaltete und daraus die Provinzialverfassungen für Hannover, Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein hervorgehen ließ. Daß sich die Regierung dabei überall auf den Liberalismus stützen mußte, trat auch in den Personenfragen an den Tag, wie denn Rudolf von Bennigsen Landesdirektor in Hannover wurde. Besonders langsam lebte sich Frankfurt in die neuen Verhältnisse ein, obgleich die Stadt einen raschen Aufschwung nahm und der König ihr persönlich viel Wohlwollen bezeugte; er erkannte nicht allein die Kriegskontribution von 1866 als preußische Staatsschuld an, sondern erleichterte die schwierigen Verhandlungen bei der Sonderung des bisher nicht getrennten städtischen und Staatseigentumes dadurch, daß er aus eigenen Mitteln zu den zwei Millionen, welche die Regierung für die Abtretung gewisser Gebäude u. dgl. als höchste Entschädigung anbot, eine dritte fügte, ein Gnadengeschenk, das man in Frankfurt als solches zwar nicht gelten lassen wollte, aber doch trotz des Hornes der Demokratie annahm. In Kurhessen und Nassau errang die liberale, mit den neuen Zuständen einverständene Partei sehr schnell die Herrschaft; in Hannover behauptete allerdings das Welfentum, auf die orthodoxe Geistlichkeit und den Adel gestützt, einen mächtigen Einfluß, aber verglichen mit den Parteiverhältnissen vor der Annexion hatte doch ein bedeutendes Anwachsen der Preußenfreunde stattgefunden; in Schleswig-Holstein endlich waren die Anhänger des Augustenburger zu sehr durch ihre bisherige Politik gebunden, als daß sie den Segen der neuen Verhältnisse sofort hätten anerkennen mögen; aber auch hier war für eine nahe Zukunft ein vollständiger Umschwung der Stimmungen zu erwarten, und der Anschluß an die Fortschrittspartei, die ja in ihrem Gegensatz zum Ministerium verharrete, war der gewiesene Weg, auf dem sich die unzufriedenen, aber gutdeutschen Bewohner dieser Nordmarken in das fremdartige preußische Staatswesen finden konnten.

Die Begrün-  
dung des Nord-  
bundes.

Die nächste Gelegenheit dazu bot die Mitarbeit an der Begründung des Nordbundes und die Teilnahme an seiner Befestigung. Kaum von den böhmischen Schlachtfeldern heimgekehrt, hatte Bismarck begonnen Hand an dies große Werk zu legen. Ein vorläufiges Bündnis auf die Dauer eines Jahres sollte die Zeit zur Verständigung über die Verfassung des Bundes sowohl unter den Regierungen wie mit einem konstituierenden Reichstag gewähren. Auf die Einladung Bismarcks vom 4. August 1866 erklärten sich 15 Staaten, die Großherzogtümer Oldenburg und Weimar, die Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Koburg-Gotha und Altenburg, die Fürstentümer Waldeck, Detmold, Bückeberg, Reuß j. L., Rudolstadt und Sondershausen, die Städte Hamburg, Bremen und Lübeck, am 18. August dazu bereit, die beiden Mecklenburg folgten mit einigen

Vorbehalten am 21.; Sachsen, Darmstadt, Meiningen, Reuß ä. L., mit denen der Kriegszustand noch fort dauerte, traten in den Friedensschlüssen bei. Den Landtagen der einzelnen Staaten wurde durch die Vorlage des Wahlgesetzes zum Reichstage Gelegenheit gegeben sich über ihre Stellung auszusprechen. Unbeschadet mancher unerfüllbaren Wünsche, die hier und da erhoben wurden, waren alle doch bereit wesentliche Teile ihrer Rechte dem künftigen Parlamente abzutreten; aber die mächtigsten unter ihnen, besonders das preussische Abgeordnetenhaus, weigerten sich das im voraus zu thun, ehe durch die Bundesverfassung Sicherheit geboten sei, daß der Reichstag auch wirklich alle die Befugnisse erhalten werde, welche die Landtage verlören. Es geschah dies in Preußen in der Form, daß in dem Wahlgesetz dem nächsten außerordentlichen Reichstage nur die Beratung, nicht die Vereinbarung der Bundesverfassung zur Aufgabe gestellt wurde, daß die Abgeordneten sich selbst also die Annahme oder Verwerfung dieser Verfassung vorbehielten. Ungern ließ Bismarck sich auf diese Beschränkung ein; denn was dem preussischen Landtage recht war, war allen anderen Kammern und Kämmerchen billig; die Verhandlungen wurden somit durch diesen Beschluß sehr vielfach und erschwert; aber andererseits durfte man den moralischen Druck, den das fertige Verfassungswerk ausüben werde, im voraus für stark genug halten um alle böswillige Opposition unschädlich zu machen. Erwies sich doch schon jetzt in einer einzelnen Frage das nicht einmal vollkommene Einverständnis der Regierungen als mächtig genug um eine lebhaft erhobene Forderung der liberalen Parteien zu hintertreiben. Bismarck war der Ansicht, daß dem allgemeinen Stimmrecht gegenüber eine Beschränkung der Wählbarkeit auf die wohlhabenden Klassen nötig sei und daß diese am leichtesten erzielt werde, wenn die Reichstagsmitglieder keine Diäten erhielten. So eifrig nun auch der Liberalismus diese Bestimmung, die einem großen Teile der gebildeten Stände den Eintritt in das Parlament verschloß, bekämpfte, so drang sie doch durch und nur in einigen Kleinstaaten willigten die Regierungen ein den Abgeordneten für dies eine Mal von Staats wegen Tagegelder zu zahlen.

Das allgemeine Wahlrecht.

Die Verhandlungen der Regierungen über den Entwurf der Bundesverfassung fanden unter Bismarcks Vorsitz vom 15. Dezember 1866 bis zum 9. Februar 1867 in Berlin statt. Ungeachtet des allgemeinen Entgegenkommens zeigte sich doch auch hier wieder, wie schwer es war, eine volle Übereinstimmung unter so vielen Regierungen und in so vielen und verwickelten Punkten zu erreichen. Gewisse Wünsche und Beschwerden blieben denn auch unerledigt und wurden am 7. Februar in einem Schlußprotokolle niedergelegt; aber die Unterzeichnung des Verfassungsentwurfes erfolgte doch unbeschadet derselben von allen Seiten. Mit Weimar und etwa der Hälfte der Kleinstaaten schloß Preußen überdies am 4. Februar einen Militärvertrag ab, der die Truppen derselben mit der preussischen Armee verschmolz, ihnen dafür aber während der nächsten sieben Jahre einen Erlaß von zusammen 225 Thalern für den Mann

Der Verfassungsentwurf.

gewährte. Sachsen andererseits bedang sich am 7. Februar durch besonderen Vertrag aus, daß sein Heer ein eigenes Armeekorps bilden sollte, dessen Befehlshaber indes der König von Preußen ernannte und das ganz nach preußischer Art organisiert werden mußte. Den Oberbefehl über alle Bundesstruppen erhielt verfassungsmäßig in Krieg und Frieden der König von Preußen; die gesamte preußische Militärgesetzgebung, insbesondere also die allgemeine Wehrpflicht, wurde auf den ganzen Bund ausgedehnt; die Stärke des Heeres sollte ein Prozent der Bevölkerung von 1867 betragen und alle zehn Jahre neu geordnet werden; zur Bestreitung der Kosten waren ein- für allemal 225 Thaler für den Mann berechnet. Ebenso unbeschränkt wie über das Heer gebot der König von Preußen über die Bundesflotte; er wählte selbst die zwei Staaten, die neben Preußen in einem Ausschusse für das Heer und einem anderen für das Seewesen sitzen sollten. In allen anderen Bundesangelegenheiten stand ihm als erblichem Präsidenten die ausübende Gewalt zu, die er durch einen Bundeskanzler wahrzunehmen hatte; die Gesetzgebung lag dem Bundesrat und dem Reichstag ob. Im Bundesrate erhielten die 18 kleinen Staaten je eine Stimme, Schwerin und Braunschweig je zwei, Sachsen vier, Preußen sieben, so daß die Gesamtzahl 43 betrug. Fünf ständige Ausschüsse, die aus einem Vertreter des Präsidiums und zwei vom Bundesrat gewählten Mitgliedern bestanden, wurden für Zoll- und Steuerwesen, Handelsachen, Eisenbahnen (mit Post und Telegraphie), Justiz und Rechnungswesen eingesetzt. Damit waren zugleich die Gebiete der Bundesgesetzgebung bezeichnet, deren nähere Abgrenzung in anderen Paragraphen sorgfältig vollzogen wurde; sie zu erweitern konnte nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Die Einnahmen des Bundes setzten sich aus Zöllen und Verbrauchssteuern zusammen; den Hansestädten, die nicht gezwungen werden sollten in den Zollverein zu treten, wurden dafür jährliche Abfindungssummen (Aversa) auferlegt; reichten diese Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht hin, so wurden die fehlenden Summen als Matrifularbeiträge nach der Bevölkerungszahl auf die einzelnen Staaten verteilt.

Der erste Reichstag.

Einundsiebzig Artikel in 14 Abschnitten waren es, aus denen dieser Verfassungsentwurf bestand; der einundsiebzigste besagte, daß weiterhin das Verhältnis zu Süddeutschland durch besondere Verträge geordnet werden solle. Zunächst hatte nun der Reichstag den Entwurf zu prüfen. Nachdem die Wahlen am 12. Februar 1867 stattgefunden, wurde er am 24. eröffnet. Mit warmen Worten begrüßte der König in der Thronrede diese Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben habe. Er gedachte der vergangenen Zeiten der Zerrissenheit und Ohnmacht, wo Deutschland für fremde Mächte das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfspreise hergegeben; er ermahnte den Reichstag sich nicht durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen zu lassen, nicht das Erreichbare dem Wünschenswerten zu opfern, nicht den günstigen Augenblick zur Errichtung eines Gebäudes

zu versäumen, dessen Vollendung man getrost der Zukunft überlassen könne. Den Süddeutschen bot er offen die Hand zu weiterer Verständigung; dem Ausland rief er zu, daß nur zur Abwehr, nicht zum Angriff die deutschen Stämme sich geeinigt; die Vertreter aber forderte er auf rasch und sicher die große Arbeit durchzuführen und so den Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter in Erfüllung zu bringen.

Die Zusammensetzung des Reichstags war derart, daß man an dem redlichen Willen der Mehrheit sich mit den Regierungen zu verständigen nicht zweifeln konnte. Schon die Wahl Simsons zum Präsidenten sprach dies aus, und daß der Herzog von Ujest und Rudolf von Bennigsen ihm zur Seite gestellt wurden, lehrte, daß die Entscheidung bei Parteien ruhe, die mit den schroffen Gegensätzen der preußischen Konfliktzeit brechen wollten. Der Herzog von Ujest war der Repräsentant der freikonservativen Partei, die sich im Gegensatz zu dem altkonservativen brandenburgisch-pommerschen Landadel vorzugsweise aus der hohen Aristokratie zusammensetzte; der Herzog von Ratibor, Fürst Pleß, Graf Bethusy-Huc, der hannoversche Graf Münster waren hervorragende Mitglieder der Partei, der die Gegner nicht unwürdig späterhin den Namen der Botschafterfraktion beilegten. Rudolf von Bennigsen gehörte zu den Führern der Nationalliberalen, und trug im Verein mit seinem Landsmann Miquel, dem Nassauer Braun, dem Kurhessen Otter und anderen Abgeordneten der neuen Provinzen nicht wenig dazu bei innerhalb der neuen Partei die persönlichen Abneigungen gegen Bismarck, die mißliebigen Erinnerungen an die Konfliktzeit und den gereizten Ton der Debatte, zu dem die Altpreußen, selbst die Zweisten und Lasker, doch immer wieder hinneigten, in engere Grenzen zu bannen. Die unzufriedenen liberalen Abgeordneten aus den neuen Provinzen, besonders die Augustenburger aus Schleswig-Holstein, führten der Fortschrittspartei, die aber trotzdem kaum auf 20 Köpfe kam, erwünschte Verstärkung zu; ihre konservativen Landsleute suchten dagegen weniger Fühlung mit den altpreußischen Gesinnungsgenossen, die sich des Eintritts von Moltke, Steinmeß, Falckenstein in ihre Fraktion rühmen durften, als mit den Partikularisten, die vorzugsweise das Königreich Sachsen entsandt hatte und die sich zu einer bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung zusammenthaten. Diese nahm zum Teil auch die Katholiken auf, die sich noch zu keiner eigenen Partei zusammenschlossen, wohl aber schon jetzt durch Mallinckrodt und Windthorst den neuen Bund so heftig angriffen, daß eines der ersten geflügelten Worte Bismarcks ihnen vorhielt, wie der Abfall der Welfen und der Sieg der Ultramontanen die Ursache von Deutschlands Zerrüttung gewesen seien. Ganz fremd und ablehnend verhielten sich endlich die Polen, die zwei Dänen, die Nordschleswig schickte, und die Sozialdemokraten.

So gering an Zahl diese letzteren auch waren, so hatten sie doch in ungeahntem Maße Einfluß auf weite Kreise des Volkes gewonnen.



Die Parteien.

Die Sozialdemokratie.

Selbst der Zwiespalt, der nach Lassalles Tod unter ihnen ausbrach und in dem persönlichen Ehrgeize ihrer Führer reichliche Nahrung fand, lähmte ihre Wirksamkeit nur vorübergehend. Bernhard Becker, der zunächst die Parteileitung übernahm, war dieser Aufgabe allerdings wohl kaum gewachsen, und Herr von Schweizer, der Redakteur des Parteiblattes, das unter dem Titel der Sozialdemokrat seit 1865 in Berlin erschien, genoß einerseits aus persönlichen Gründen geringer Achtung und stieß andererseits durch die Erklärung, er sehe in Deutschland nur noch zwei aktionsfähige Kräfte: preußische Bajonette und deutsche Proletarienfäuste, alle partikularistischen Arbeiter zurück. Obendrein drohte der Partei das Geld auszugehen, mit dem die Gräfin Hatzfeldt, die mit Becker verfeindet war, sie bisher versorgt hatte. Daß Becker, um diesem Übelstande vorzubeugen, das Präsidium 1865 an Tölcke abtrat, der es dann wieder nach kurzer Zeit dem Hamburger Perl übergab, aus dessen Händen es endlich im Mai 1867 Schweizer empfing, war auch kein sehr förderlicher Umstand; am verhängnisvollsten aber war es, daß sich in Liebknecht eine Persönlichkeit fand, die entgegen dem nationalen Standpunkte Lassalles und Schweizers die Bewegung mit den Bestrebungen der Londoner Internationalen zu verschmelzen suchte.

Diese hatte kurz nach Lassalles Tode sich eine feste Organisation gegeben. Schon während der fünfziger Jahre waren allerlei kurzlebige Versuche gemacht um die kommunistisch gestimmten Flüchtlinge, die sich aus aller Herren Ländern in der englischen Hauptstadt zusammensanden, durch einen festen Bund zu vereinigen; allein sie scheiterten an dem unendlichen Hader und der ungefügen Eitelkeit, die in diesen Kreisen herrschten. Das geistige Haupt der Kommunisten war Karl Marx, der schon vor 1848 ins Exil gegangen war, dankt während der Revolution in Köln die Rheinische Zeitung herausgab, aber frühzeitig von der Erfolglosigkeit seiner Propaganda überzeugt nach London zurückkehrte. Hier gab er sich gründlichen Studien hin, deren Frucht mehrere wissenschaftlich bedeutende Schriften waren; zu einer praktisch-agitatorischen Thätigkeit fehlte ihm die Befähigung, und nur wenige eifrige Schüler, unter ihnen Liebknecht, hielten trotz seines streitsüchtigen und verbissenen Wesens bei ihm aus; mit Lassalle, der offen bekannte seinen Schriften die schärfsten Waffen zu verdanken, konnte er schon deshalb auf die Dauer nicht zufrieden sein, weil jeder Anflug nationalen Sinnes ihm tödlich verhaßt war. Trotzdem ging die Begründung der Internationalen eigentümlicherweise von der Verwendung für ein hoffnungsloses nationales Interesse aus. Die polnische Revolution von 1863 erweckte bei englischen und französischen Arbeitern so lebhafteste Sympathien, daß sie gemeinsam für sie zu wirken beschloßen. Durch die Londoner Weltausstellung von 1862, die von französischen Arbeitern auf Staatskosten besucht war, hatten sich engere Beziehungen zwischen den Pariser und Londoner Führern herausgebildet; so gingen denn jetzt Deputationen in der polnischen Sache hinüber und herüber und für den 28. September 1864 wurde endlich

eine internationale Versammlung von Arbeitern in London veranstaltet, auf der die polnische Angelegenheit bald gegenüber der Arbeiterfrage in den Hintergrund gedrängt wurde. Man wählte einen Centralrat, damit er die Statuten eines allgemeinen Arbeitervereins entwerfe und einen internationalen Kongreß berufe. Anfänglich war die Tendenz noch keineswegs kommunistisch, wie sich darin zeigte, daß Mazzini um die Ausarbeitung der Statuten ersucht wurde. Aber als er dieselben vorlegte, wurden sie von Marx und den anderen Kommunisten lebhaft angegriffen und schließlich verworfen. Nun trat der deutsche Fanatiker an die Stelle des italienischen und entwarf das kommunistische Programm, auf dem die Internationale sich begründete und das sie auf ihrem ersten Kongreß in Genf 1866 genehmigte. Die Vertretung desselben in Deutschland fiel Wilhelm Liebknecht zu.

Bis zum Sommer 1865 hatte dieser mit Schweizer zusammen am Sozialdemokrat gearbeitet; um diese Zeit aber überwarf er sich mit ihm und ging nach Leipzig, wo er an dem Drechsler Bebel, der in dem Ausschusse des Verbandes der Arbeiterbildungsvereine die bedeutendste Rolle spielte, einen höchst wertvollen Gehilfen fand. Diese Vereine hatten bisher treu zur Fortschrittspartei gehalten; es war der erste glänzende Erfolg Liebknechts, daß sich im Mai 1866 die Mehrheit derselben aus Haß gegen Preußen von ihr löst. In der nächsten Zeit vermied er es noch sich den Lassalleanern schroff entgegenzustellen und war sichtlich bemüht seine kommunistischen Ideen zu verschleiern; er wußte die politischen, radikal-demokratischen Tendenzen in den Vordergrund zu schieben, wie denn Bebel auf Grund eines derartigen Programmes, das im August 1866 auf einer Versammlung in Chemnitz entworfen wurde, in den konstituierenden Reichstag kam. Er verstand es sich mit der süddeutschen Volkspartei in gutem Einvernehmen zu erhalten und suchte auch Schweizer, freilich umsonst, zu sich herüberzuziehen.

Die Zeitumstände begünstigten währenddessen unausgesetzt das Wachstum der verschiedenen Fraktionen. Das allgemeine Stimmrecht gab nicht allein die Möglichkeit den Parteigenossen greifbare Erfolge zu zeigen, sondern vor allem auch tüchtig zu wählen; im Reichstage, wo im Herbst 1867 neben Bebel und Liebknecht auch Schweizer und zwei andere Genossen erschienen, konnten ungestraft aufreizende Reden gehalten werden, die weite Verbreitung fanden. Die Freizügigkeit und die allmählich fortschreitende wirtschaftliche Reformgesetzgebung beförderte die Beweglichkeit des Arbeiters und seine Interessen an öffentlichen Dingen. Daß daraus zugleich innere Spaltungen erwachsen, schwächte die Kraft des Sozialismus nicht. Obgleich es der Gräfin Haßfeldt, die sich wie mit Becker so mit Perl und Schweizer gründlich überworfen hatte, auf der Erfurter Generalversammlung 1866 gelungen war, einen Teil der Arbeiter zu sich herüberzuziehen und ihnen in Mendel einen ihr ergebenen Präsidenten zu bestellen, so blieb die Hauptpartei doch selbst nach

Abzweigung dieser „weiblichen Linie“ so stark, daß auf dem Hamburger Vereinstage im August 1868 über 80 Städte und 7200 Mitglieder vertreten waren. Wenige Tage darauf, am 6. September, vereinigte Bebel seine Arbeitervereine in Nürnberg; es waren ihrer 111 mit etwa 14 000 Genossen. Allerdings waren unter diesen noch viele, die auf dem Boden von Schulze-Delitzsch standen; gerade dieser Vereinstag war dazu auszuersuchen mit ihnen zu brechen. Eine Mehrheit von zwei Dritteln erklärte sich für die Grundsätze der Internationalen und veranlaßte dadurch 37 Vereine zum Austritt. Liebknechts Bestreben war nun eifrig darauf gerichtet, auch in dem Schweizerischen Vereine Fuß zu fassen. Er suchte zunächst noch eine persönliche Verständigung mit seinem Rivalen; da diese mißlang, klagte er ihn öffentlich an ein Regierungssozialist und Verräter zu sein, und forderte ihn auf ihm zum Beweise dieser Anklage auf dem nächsten Vereinstage freie Rede zu gestatten. Schweizer ging darauf ein und im März 1869 fand das Turnier in Barmen statt. Es fiel zu Gunsten des Angeklagten aus, und wenn dessen Stellung dadurch schon gekräftigt wurde, so hob sie sich noch mehr, als er im Sommer die weibliche Linie bewog sich mit der männlichen wiederzuvereinigen und so dem Zwist unter den eigentlichen Lassalleanern, freilich nur für ein paar Monate, ein Ende zu machen.

Aber Liebknecht war dadurch nicht entmutigt. Er wußte sogar aus ebendieser Vereinigung der beiden Linien Vorteil zu ziehen. Mehrere Führer zweiten Ranges, besonders der Braunschweiger Bracke, zürnten über die Versöhnung und gingen aus Ärger zu den Internationalen über. Gemeinsam mit ihnen beriefen Liebknecht und Bebel die „Ehrlichen“, wie sie ihre Anhänger im Gegensatz zu den Verrätern nannten, zum 7. August 1869 nach Eisenach und gründeten hier, nachdem sich der Arbeiterverband Bebels tags zuvor als solcher aufgelöst hatte, aus diesem und zahlreichen österreichischen und Schweizer Vereinen die sozialdemokratische Arbeiterpartei, der 262 Delegierte im Namen von angeblich 150 000 Auftraggebern beitraten. Ein offenes kommunistisches Bekenntnis enthielt auch das Eisenacher Programm noch nicht, aber Liebknecht hatte recht, wenn er die darüber Murrenden vertraulich tröstete: in der Abschaffung aller indirekten Steuern zu Gunsten einer einzigen progressiven Einkommen- und Erbschaftsteuer seien die letzten Konsequenzen des Kommunismus verborgen. Als Organ der Ehrlichen erschien fortan unter seiner Leitung der Volksstaat in Leipzig, und dieser vertrat bald so rücksichtslos die Ansichten von Marx und der Internationalen, daß der bisher noch immer vermiedene Bruch mit der süddeutschen Volkspartei unvermeidlich, und durch die Zustimmung zu den Beschlüssen der internationalen Versammlung in Basel, die das Erbrecht und das Privateigentum an Grund und Boden verwarf, schon im Herbst 1869 vollzogen wurde.

Charakteristisch genug war es, daß Schweizer, obgleich doch sein Verein mit der Internationalen nichts zu thun hatte, mit der größten

eile auch seinerseits den Baseler Beschlüssen beitrug. Wenn durch irgend etwas, so war dadurch bewiesen, daß es auch für ihn und seine Partei keinen Halt mehr gab, daß die Furcht überflügelt zu werden sie zu jedem Extrem zu treiben vermochte. Und in der That waren denn auch alle diese Richtungen trotz ihrer gegenseitigen Anfeindungen einig darin, daß sie nicht allein den Haß gegen die Besitzenden nährten, sondern auch die Vaterlandsliebe je länger je mehr erstickten und die überlieferte Religiosität der arbeitenden Klassen durch atheistische und materialistische Anschauungen zu verdrängen suchten. Für das materielle Wohl ihrer Anhänger zu sorgen entwickelten sie viel geringeren Eifer; mußten sie doch befürchten durch erfolgreiche Arbeit in dieser Richtung die Unzufriedenheit, aus der sie ihre besten Kräfte sogen, selbst zu beseitigen und so ihren Parteitendenzen zu schaden. Mit unleugbarer Geschicklichkeit wußten sie aber der Fortschrittspartei auch die Waffen zu entreißen, mit denen diese die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern suchte. Nachdem der norddeutsche Reichstag 1868 den Arbeitern die Koalitionsfreiheit gegeben hatte, d. h. das Recht sich zu verbinden um gemeinsam ihr Interesse gegen die Arbeitgeber zu verteidigen, organisierten Max Hirsch und Franz Duncker die Gewerkvereine um durch dieselben die Arbeiter bei der Fortschrittspartei festzuhalten. Eine unglücklich verlaufende große Arbeitseinstellung in Waldenburg gab jedoch dieser Bewegung schon 1869 einen schweren Stoß, und da von sozialistischer Seite gleichfalls Gewerkvereine gegründet wurden, so hatten die fortschrittlichen bald gegen diese eine sehr unvorteilhafte Stellung und bereiteten ihren Gegnern in vielen Fällen geradezu das Feld vor. Besonders in Berlin knüpfte sich das Aufsteigen der Sozialdemokratie wesentlich an die Gewerkvereinsbewegung, und ihre Macht wurde bald so groß, daß die Fortschrittspartei es kaum noch wagen durfte allgemeine Versammlungen zu berufen, wenn sie nicht die Leitung den Gegnern überlassen wollte. Eine sehr thätige, ebenso gewissenlose wie geschickt redigierte Presse, weit mehr aber eine ausgedehnte und planmäßig geleitete Agitation durch gutbezahlte Wanderprediger, die in allen Künsten der Aufwiegelung schulmäßig unterrichtet, ihre Schlagworte und Irrlehren unermüdetlich zu wiederholen und ihren gläubigen Zuhörern wie unangreifbare Wahrheiten einzusüßeln verstanden, sorgten dafür, daß die Bewegung im beständigen Wachsen blieb, während die liberale Partei nur langsam und nachdem schon viel Boden unrettbar verloren war, eine kräftige Gegenwirkung als unerläßlich erkannte. Die Schulzeischen Genossenschaften waren nicht darauf eingerichtet gerade in den Arbeiterkreisen großen Einfluß zu üben und im ganzen unterschätzte der Liberalismus die Bedeutung der neuen Bewegung schon deshalb, weil sie auf dem parlamentarischen Schlachtfelde nur mit geringen Kräften auftreten konnte.

Die Punkte, über welche die Mehrheit mit dem Grafen Bismarck, der als Präsident der Regierungsbevollmächtigten die Verfassung dem Reichstage am 4. März vorlegte, in Zwiespalt geriet, waren zahlreich

Die Verfassungsdebatten.

genug, zum Teil freilich von geringer Tragweite. Nicht weniger als vierzig Abänderungen fanden schließlich die Zustimmung der Regierungen. In den Hauptfragen beharrte Bismarck jedoch bei den Vorschlägen des Entwurfes: so wies er mit Entschiedenheit die Bildung eines Bundesministeriums und eines Oberhauses zurück. Das eine wie das andere erschien ihm unverträglich mit der Wirksamkeit des Bundesrates, der gewissermaßen die Elemente von beidem in sich trage. Das Oberhaus erfreute sich auch bei den Abgeordneten nur geringer Sympathien, das Bundesministerium aber wurde von den Nationalliberalen sehr zäh festgehalten. Auf den Namen kam es ihnen freilich nicht an; sie wollten aber die Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige direkt von dem Präsidium ernannt und dem Reichstage gegenüber verantwortlich gemacht haben. Es kam dabei zu Abstimmungen, in denen Stimmengleichheit oder eine Stimme Mehrheit den Ausschlag gab. Bismarck sprach mit tiefem Schmerze seine Überzeugung aus, daß der Block, der mühsam bis nahe an die Spitze gewälzt sei, zurückrollen, daß das vollständig unannehmbare Amendement der Nationalliberalen die Verfassung zum Scheitern bringen werde. Die Folge davon war, daß bei der entscheidenden Abstimmung über einen von Bennigsen beantragten Zusatz 140 gegen 127 Stimmen denselben verwarfen. Ebenso unterlagen Anträge auf die Gewährung gewisser Grundrechte und die Zulässigkeit direkter Bundessteuern; dagegen wurde trotz Bismarcks Einspruch der Antrag auf Bewilligung von Diäten mit 136 gegen 130 Stimmen angenommen, und in der Militärdebatte nach Forckenbecks Vorschlag die Stärke des Heeres (ein Prozent der Bevölkerung) und die Ausgaben für dasselbe (225 Thaler für den Mann) nur bis zum 31. Dezember 1871 bewilligt. Nachdem die ganze Verfassung so in erster Beratung mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen war, erklärte Bismarck am 15. April, daß die Regierungen in allen anderen Stücken nachzugeben bereit seien, nur nicht bezüglich der Diäten und des Heeres. Den ersten Punkt ließ der Reichstag darauf sofort fallen; um den zweiten durchzusetzen nahm Bismarck zu einer Drohung mit seinem Rücktritt seine Zuflucht. Ujest und Bennigsen brachten darauf mit 180 Mitgliedern den Antrag ein: die Einnahmen des Militäretats mit 225 Thalern für jeden Mann der jetzt bewilligten Heeresstärke auch über das Jahr 1871 hinaus bis zu weiterer gesetzlicher Regelung bestehen zu lassen, die Ausgaben aber von diesem Zeitpunkt ab jährlich zu ordnen — ein Vorschlag, der mit 202 gegen 80 Stimmen zum Beschluß erhoben und am 17. April auch von Bismarck namens der Regierungen angenommen wurde. Wenige Stunden später schloß der König den Reichstag unter dankbarer Anerkennung der Opfer, die von allen Seiten, von den Regierungen wie von den Vertretern, gebracht seien um das große Werk zu sichern. Deutschland saß im Sattel: jetzt mußte sich zeigen, ob es wirklich, wie Bismarck in der Debatte vom 11. März prophezeit hatte, allein werde reiten können.

Das nächste war die Bestätigung der Bundesverfassung durch die

Schluß-  
beratung.

Landtage der Einzelstaaten. Sachsen eilte den übrigen voran: am 3. und 4. Mai stimmten seine Kammern fast einmütig der Vorlage zu. In Preußen dagegen bekämpfte die Fortschrittspartei den Entwurf sehr heftig. Waldeck, Virchow und Hoyerbeck stellten in einem langen Antrage alle Klagen zusammen und forderten die Regierung auf unter Berücksichtigung dieser Punkte neue Verhandlungen mit den anderen Staaten zu beginnen. Die große Mehrheit der Abgeordneten, auch viele, die den Beschwerden der Fortschrittspartei sachlich zustimmten, 226 gegen 91, nahmen dagegen am 8. Mai in erster, am 31. in zweiter Lesung die Verfassung an, und das Herrenhaus genehmigte sie am 1. Juni gar einstimmig. In den kleineren Staaten war von Widerspruch natürlich noch weniger die Rede, nur in Waldeck lehnte die Landesvertretung die Bundesverfassung einstimmig ab um dadurch den Fürsten zum Abschluß eines Vertrages zu drängen, der die Verwaltung des Landes auf zehn Jahre an Preußen übertrug und die schwer mit Steuern überbürdete Bevölkerung erheblich entlastete, obgleich dem Lande sein Anteil an den Domänen für die Dauer des Vertrages zu Gunsten des Fürsten verloren ging. Auch von den anderen Kleinstaaten mit Ausnahme der beiden Mecklenburg und Braunschweigs wurde noch eine Reihe von Sonderverträgen mit Preußen geschlossen, kraft deren dieses überall die Verwaltung des Heeres, der Post und der Telegraphen ausschließlich in die Hand nahm. Die Bundesverfassung selbst trat am 1. Juli in Kraft, Graf Bismarck ward zum Kanzler, der Geheimrat Delbrück, ein Mann von freisinnigen Grundätzen, hervorragender Arbeitskraft und langjähriger Erfahrung besonders in Handels- und Zollangelegenheiten, zum Vorstande des Kanzleramtes ernannt. Der Bundesrat eröffnete seine Sitzungen am 15. August und am 31. fanden die Wahlen zu dem ersten ordentlichen Reichstage statt, der am 10. September 1867 in Berlin zusammentreten sollte.

Die innere Entwicklung des Nordbundes nahm von da an im engsten Zusammenhange mit der inneren Entwicklung Preußens immer unzweideutiger einen liberalen Charakter an. Von hervorragendem Einfluß war dabei die Mitwirkung der nationalliberalen Partei, und zwar vorzugsweise ihrer Mitglieder aus den neuen Provinzen und den kleineren Bundesstaaten. Zumal unter den ersteren befanden sich Männer von hoher politischer Befähigung. Leichter als mit den kaum versöhnten Gegnern der Konfliktzeit konnte Bismarck sich mit ihnen in schwierigen Fragen verständigen; stärker als jene waren sie, die in der Heimat vielfach angefeindeten, auf den Zusammenhalt mit der Regierung angewiesen. Der Richtung, in der sie vorwärtsdrängten, widersetzten sich wohl manche unter den preußischen Ministern, die sich von ihren alten Anschauungen nicht losmachen konnten; aber dafür wandte sich Bismarck um so entschiedener den Nationalliberalen zu. Die alten Genossen kurzerhand beiseite zu schieben würde ihm allerdings, selbst wenn er es gewollt hätte, bei der Dankbarkeit, die der König den Ministern der

Annahme in  
den Einzel-  
staaten.

Wachsender  
Einfluß der  
Liberalen.

Konfliktzeit bewahrte, kaum möglich gewesen sein; er mußte deshalb die Nationalliberalen lange über die zwei Seelen im Ministerium und über seine unbegreifliche Verbindung mit den Eulenburg, Mähler und Lippe klagen lassen; aber auf die Dauer ließ sich der Systemwechsel doch nicht ohne Wechsel der Personen ermöglichen. Der Justizminister Graf zur Lippe räumte zuerst seinen Platz und erhielt am 5. Dezember 1867 in dem Hannoveraner Leonhardt einen Nachfolger, der thätig an eine Umgestaltung des Rechtswesens ging und von der nationalen Partei sehr günstig aufgenommen wurde. Er wies zwar die liberalen Neigungen, die man ihm zuschrieb, in schroffer Weise zurück und beschwor ein Jahr nach seinem Amtsantritt im preußischen Landtag einen gewaltigen Sturm gegen sich herauf, als er trotz des gegenteiligen Beschlusses der Abgeordneten die Absicht aussprach auch fernerhin Hilfsrichter an das Obertribunal zu berufen; aber dieser Zwist wurde bald dadurch beigelegt, daß man die Hilfsrichter durch die Errichtung von drei neuen Ratsstellen bei dem höchsten Gerichte entbehrlich machte, und der rege Eifer, den der Minister für die Justizreform entfaltete, beseitigte allmählich die entstandene Mißstimmung. Die Erfolge gerade auf diesem Gebiete entsprachen in der That allen berechtigten Hoffnungen. Über den Rahmen der Bundesverfassung hinaus verfochten Miquel und Lascker erfolgreich die Ausdehnung der Bundeskompetenz auf das ganze bürgerliche Recht; die sächsische Regierung ergriff die Initiative um die Einsetzung eines Bundesoberhandelsgerichts zu beantragen, das in Leipzig seinen Sitz erhielt; vor allem aber wurde in der kurzen Zeit bis zum 25. Mai 1870 die Beratung eines neuen Strafgesetzbuches vollendet und damit ein Werk geschaffen, das trotz mancher Schwächen von hoher nationaler Bedeutung war. Bei den Verhandlungen darüber fehlte es natürlich nicht an heftigen Kämpfen; an der Frage, ob die Todesstrafe beibehalten werden sollte, drohte sogar die ganze Vorlage zu scheitern, da Bismarck sich unbedingt weigerte in diesem Punkte nachzugeben. Auch bei anderen Gelegenheiten kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen; man hörte den Kanzler mehr als einmal offen oder von fern mit seinem Rücktritt drohen, und die nationalen Parteien fanden sich dann nicht selten in die Notwendigkeit versetzt an ihrer besseren Einsicht Opfer zu bringen. Andererseits war Bismarck doch noch vorsichtig genug sich auf seine Unentbehrlichkeit und beispiellose Volkstümlichkeit nicht ungebührlich zu steifen. Wenn seine große Reizbarkeit, die Frucht des aufreibenden Dienstes der letzten Jahre, ihn gelegentlich zu hartem und herrischem Auftreten hinriß, so war er doch in diesem Zeitraum stets wieder bereit zu beschwichtigenden, Kompromißvorschläge anzubieten oder anzunehmen und Wunden, die er geschlagen, wiederzuheilen. Um einem neuen Konflikte vorzubeugen brachte er Opfer, die ihm sehr schwer werden mußten. So forderte der Reichstag 1868, daß die Verwaltung der Bundesschulden seiner Überwachung unterliegen solle; lieber als daß er dies zugegeben hätte, verzichtete der Graf auf die beantragte Anleihe von 10 Millionen Thalern,

Ministerwechsel in Preußen.

Justizreformen.

Bismarck und der Liberalismus.

die für Flottenzwecke bestimmt war, und gab dann schließlich einem Mittelwege seine Zustimmung, der die Überwachung der preussischen Oberrechnungskammer zuwies, die zu dem Zwecke durch Mitglieder des Bundesrats und des Reichstags verstärkt wurde. Unerbittlich blieb er in einem Punkte, den Waldeck alljährlich wieder zur Sprache brachte, in der Verweigerung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten; auch der Errichtung von Bundesministerien widersetzte er sich mit der alten Hefigkeit, als Lascker und Graf Münster sie wiederanregten. Er hatte an den Reibereien im preussischen Ministerium genug und wünschte nicht sie durch einen neuen Kreis ebenbürtiger Kollegen verdoppelt zu sehen. Welche Kämpfe er mit diesen seinen Amtsgenossen auszufechten hatte, ließ sich einigermaßen aus der Haltung entnehmen, die Graf zur Lippe beobachtete, als er sich nach seinem Austritt aus der Regierung zum Führer der verbittertsten Opposition im Herrenhause aufwarf. Bismarck hatte zu lange Jahre mit den strengkonservativen Elementen der ersten Kammer auf vertrautem Fuße gelebt, als daß es ihm leicht geworden wäre vollständig mit ihnen zu brechen. Er suchte die Fäden, die ihn mit der Kreuzzeitungspartei verbanden und die immer lockerer wurden, festzuhalten, solange er konnte, ein Bemühen, das ihm dann wieder von liberaler Seite Angriffe zuzog. Eine wertvolle Stütze innerhalb des preussischen Ministeriums erhielt er am 2. Dezember 1869 durch die Ernennung Delbrücks zum Minister ohne Portefeuille, und noch einige Wochen früher durch die Beförderung Camphausens zum Finanzminister. Von der Heydt, der beim Ausbruch des Krieges von 1866, als Bodelschwingh den Mut verlor, diesen Posten übernommen hatte, trat jetzt wieder zurück, weil der Landtag in die Steuerzuschläge nicht willigen wollte, die er zur Deckung eines auf  $5\frac{1}{2}$  Millionen Thaler veranschlagten Defizits forderte. Sein Nachfolger, bisher Präsident der Seehandlung, war ein Mann von gemäßigttem aber bewährtem Freisinn, und seine Wahl wurde um so freudiger begrüßt, als er mit dem besten Vertrauen in die Finanzen Preußens der augenblicklichen Verlegenheit durch eine Verminderung der Schuldentilgung, nicht aber durch eine Erhöhung der Steuern abzuhelpen versprach. Einige Wochen später, im Februar 1870, schien auch der Kultusminister Mühler, mit dem Bismarck sich am allerwenigsten verständigen konnte, aus dem Amte scheiden zu sollen; er reichte dem Könige seine Entlassung ein, und da er auch im Abgeordnetenhause jeglicher Stütze entbehrte, schien die Annahme des Gesuches zweifellos; aber gerade die ungestümen Angriffe, die von einzelnen Abgeordneten gegen ihn erhoben wurden, das Fort mit diesem Minister! das gerade so wie einst in der Konfliktzeit erscholl, mochten den König bewegen das Gesuch abzulehnen. Daß Bismarck im Kabinett bei wichtigen Abstimmungen nicht in der Minderheit blieb, dafür boten neben Delbrück, Leonhardt und Camphausen doch auch Roon und Eulenburg einige Gewähr, indem sie zwischen den starrkonservativen Mühler, Ikenplik, Selchow und den Bismarckianern vermittelten. Eulenburg ging auf die Reform der Kreis-

Delbrück und  
Camphausen.

und Gemeindeverfassungen ein und zeigte sich für die Wünsche der liberalen Parteien nach und nach empfänglicher; Roon hatte nie zu den eigentlichen Kreuzzeitungsmännern gehört und war in der deutschen Politik mit Bismarck vollkommen einverstanden. So erwies sich denn von den zwei Seelen des Ministeriums die liberalere in der Regel als die stärkere, und vollends in der Verwaltung des Norddeutschen Bundes traten partikularistisch-konservative Ansprüche Preußens so wenig hervor, daß Bismarck gelegentlich mit Recht sagen konnte: der Süden wolle deshalb nichts von dem Eintritt in den Nordbund wissen, weil dieser ihm zu liberal und national, im ganzen also zu nationalliberal sei.

### Der Kampf um Süddeutschland und der Luxemburger Streit.

Stimmung in  
Süddeutsch-  
land.

Zu diesem Ausdruck, bei dem der Kanzler nur Baden ausnahm, gab allerdings das Verhalten der großen Masse in Süddeutschland vielfache Berechtigung. Wenn die Hinneigung zu Frankreich sich nur in engen Kreisen hervorwagte und das Buhlen mit den „herzigen Französlein, die daran schuld sind, daß wir nicht Rußpreußen werden können“, sich auf ein paar ultramontane oder radikale Winkelblätter beschränkte, so war die Anlehnung an Oesterreich dafür in um so weiteren Kreisen ein Glaubensartikel, und alle Großdeutschen schauten wieder eifrig nach Wien, seit Kaiser Franz Josef den Freiherrn von Beust, den vormals sächsischen Minister, in seinen Rat berufen hatte und ihm den größten Einfluß gestattete. Dadurch erwachte in vielen Gemütern, die mit ehrlicher Treue an ihren großdeutschen Träumen hingen, die Hoffnung, daß sich doch noch ein Weg finden lassen werde das „dreigeteilte“ Vaterland wiederzueinigen. Ob man zu dem Zweck erst einen südwestdeutschen Bund schließen, und ob dieser Bund in ein engeres Verhältnis zu dem Norden oder in ein gleich enges auch zu Oesterreich treten solle, darüber gingen die Ansichten dann freilich wieder auseinander.

Der Südbund.

Bei den praktischen Staatsmännern jedoch stand es fest, daß ein eigentlicher Südbund schon wegen der Eifersucht der einzelnen Staaten unmöglich sei, und daß die Schutz- und Trutzbündnisse, die dem Könige von Preußen die Führung im Kriege überwiesen, daß die Notwendigkeit den Zollverein zu erhalten, in den Oesterreich ja doch nicht eintreten konnte, die engere Verbindung mit dem Nordbunde außer Frage stellten. Nur der württembergische Minister Barnbüler ließ sich der Mehrheit seines Landtags zu Gefallen so vernehmen, als ob deren Wunsch, eine gemeinsame parlamentarische Vertretung des Südens, ein sogenanntes Verfassungsbündnis, herzustellen nicht allein möglich, sondern sogar schon in der Vorbereitung begriffen wäre. In Wirklichkeit wollten doch selbst die meisten Kammern von einem so aussichtslosen Versuche nichts hören; nur die ersten Kammern in Bayern und Hessen, die zweite Kammer in

Württemberg waren ihm günstig gestimmt und fanden in einzelnen Parteiverksammlungen und Parteiblättern Unterstützung. In Baden sprachen sich beide Kammern mit der größten Entschiedenheit für den Eintritt in den Nordbund aus, und die Minister, Männer wie Mathy und Freydorff, waren damit höchlichst einverstanden, wenn sie auch zur Zeit noch auf die Verwirklichung dieses Wunsches verzichten mußten; der naturnotwendige Gang der Entwicklung werde, so trösteten sie die Ungeduldigen, von selbst die Vereinigung herbeiführen, die zu beschleunigen nicht ohne Gefahr sei; über die Notwendigkeit und nationale Pflicht dieser Vereinigung gebe es gar keine Meinungsverschiedenheit, sondern nur über die Art derselben; die zu bestimmen liege aber nicht in der Hand der Südstaaten, für die der Anschluß an Norddeutschland eine Existenzfrage sei, sondern in der Preußens, dessen Verteidigungsstellung ohne jene stärker sei als mit ihnen. Zurückhaltender als in Baden war man in Bayern. Für den Südbund fand sich auch in München kaum ein Fürsprecher; von den Pfordten erklärte, daß er keinen Schritt zur Verwirklichung dieses französischen Projektes gethan habe. Für den Eintritt in den Nordbund erhob sich freilich auch nur die Linke, die Bölk, Brater, M. Barth; beinahe alle Parteien aber forderten engeren Anschluß an Preußen, in der Hoffnung dadurch unter Mitwirkung eines freigewählten Parlamentes die Einigung Deutschlands und die erfolgreiche Abwehr fremder Angriffe zu sichern. In der ersten Kammer fand dieser Beschluß der Abgeordneten einen lebhaften Verteidiger in dem Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst; aber die Mehrheit blieb doch bei dem Wunsche stehen, daß der König sich jedem Angriff auf deutsches Gebiet mit allen Kräften widersetzen möge. Bei der patriotischen Gesinnung des Monarchen war die Erfüllung desselben im voraus gesichert; König Ludwig wünschte aber im gegebenen Falle besser gerüstet aufzutreten als 1866 und von vornherein zu Preußen ein besseres Verhältnis anzubahnen, als von der Pfordten das bei seiner Vergangenheit konnte. Als den geeigneten Mann dazu erkannte er den Fürsten Hohenlohe. Auf Grund einer ausführlichen Denkschrift über Bayerns Stellung in Deutschland, die er sich von ihm ausarbeiten ließ, berief er ihn am 31. Dezember 1866 ins Ministerium des Aeußeren. Vor dem Landtage wies der neue Minister am 19. Januar 1867 den Eintritt in den Nordbund ebenso entschieden zurück wie die Gründung des Südwestbundes; er betonte, daß Bayern nicht vereinsamt in Europa stehen bleiben könne, daß es der Anlehnung an eine Großmacht bedürfe; diese Großmacht sei aber weder Frankreich noch Oesterreich, sondern ganz ausschließlich Preußen; als letztes Ziel seiner Politik bezeichnete er die Herstellung eines Verfassungsbündnisses mit der Gesamtheit der anderen deutschen Staaten; bis es aber möglich sei dieses Ziel zu erreichen, versprach er durch den freisinnigen Ausbau der inneren Staatseinrichtungen Bayern das Selbstbewußtsein und das Vertrauen in die eigene Lebensfähigkeit zurückzugeben. Zugleich suchte er mit den anderen süddeutschen Staaten Grundzüge einer

Bayern.

Hohenlohe.

gemeinsamen oder doch gleichartigen Wehrverfassung zu vereinbaren und erzielte wirklich auf den Militärkonferenzen in Stuttgart vom 3. bis 5. Februar 1867 und durch wiederholte spätere Verhandlungen unter Anlehnung an die preussischen Einrichtungen in den wesentlichsten Punkten ein Einverständnis.

Die Schutz-  
und Trug-  
bündnisse.

Es waren nicht unerhebliche Opfer, welche die Durchführung dieser Pläne den süddeutschen Staaten auferlegte, und die Gegner bedienten sich der finanziellen Bedenken geschickt als des schützenden Schildes um ihre politischen Gegengründe zu verbergen. In den dadurch veranlaßten Debatten enthüllte Fürst Hohenlohe zuerst das Geheimnis der mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trugbündnisse. Bismarck gab dazu um so lieber seine Zustimmung, als der Augenblick dieser Veröffentlichung auch Frankreich gegenüber sehr günstig war. In dem gesetzgebenden Körper zu Paris waren die anmaßlichsten Worte gegen Deutschland gefallen und Napoleon selbst schickte sich eben an durch den Erwerb von Luxemburg die Vergrößerungsgelüste der Franzosen zu beschwichtigen. Da kam die Veröffentlichung der Augustbündnisse am 18. März 1867 gerade recht um jeden Zweifel an der Haltung Süddeutschlands im Keime zu ersticken und die Erklärung von 119 bayerischen Abgeordneten, daß Bayern seine Pflichten gegen Deutschland treu erfüllen werde, die Beschlüsse zahlreicher Volksversammlungen auch in den anderen Südstaaten bezeugten die Befriedigung, welche die überraschende Kunde bei der Mehrheit der Bevölkerung erweckte.

Napoleons  
Verhalten.

Für Napoleon war die Entwicklung der deutschen Frage allerdings immer peinlicher geworden. Persönlich von Mißgunst gegen das Nachbarvolk, in dessen Mitte er einen Teil seiner Jugend verlebt hatte und dessen politische Einigung er doch für unvermeidlich hielt, ungleich freier als die große Masse der Franzosen fühlte er sich doch außerstande ihre Vorurteile und Mißstimmungen zu überwinden und suchte sie deshalb wenigstens auf alle Weise zu besänftigen. Wo sich die Gelegenheit bot, wurden die vorteilhaften Seiten des neuen Zustandes hervorgekehrt. Am weitesten ging in dieser Beziehung ein Rundschreiben, das Lavalette als stellvertretender Minister des Auseren am 16. September 1866 versandte; es begrüßte die Zerspaltung des eisernen Gürtels, mit dem der Deutsche Bund und seine beiden Großmächte bisher Frankreich umspannt hätten; abgesehen von Spanien sei in dem früheren Europa kaum ein festländischer Staat gewesen, mit dem Frankreich eine Allianz habe schließen können; jetzt sei die Freiheit der Bündnisse das Prinzip, welches den Erdteil regiere, und gegenüber dem drohenden Anwachsen Rußlands und der Vereinigten Staaten, die vor Ablauf des Jahrhunderts je 100 Millionen Menschen zählen würden, liege es in dem Zukunftsinteresse der mitteleuropäischen Völker ihrer Zerspaltung ledig zu werden. Frankreich habe durch die großen Umwandlungen nichts verloren; nirgends bemerke es Vorgänge, die sein Glück stören könnten; ein dauerhafter Friede scheine gesichert. Doch eine Lehre ergebe sich

allerdings aus dem letzten Kriege: die Notwendigkeit zur Bervollkommnung der militärischen Einrichtungen zu schreiten. Und damit wurde denn auch ernst gemacht. Ein Ausschuß, dessen Seele der General Niel war, legte schon im Dezember 1866 einen Gesetzentwurf vor, der eine aktive Armee und eine Reserve von je 420 000, sowie eine Mobilgarde von 390 000 Mann zu schaffen vorschlug.

Aber die öffentliche Meinung ließ sich weder durch diese Rüstungen noch durch die rosige Darstellung der europäischen Lage begütigen und zu ihrem Wortführer machte sich besonders Thiers. Er verdamnte die Einheit Deutschlands wie die Italiens und schilderte die Lage Frankreichs im März 1867 als so traurig, daß auch nicht ein einziger Fehler mehr gemacht werden dürfe. Sehr verständig äußerte sich dagegen Ollivier, der die Rechtmäßigkeit des Norddeutschen Bundes anerkannte, die Mainlinie als eine vorübergehende Schranke und das Werk Bismarcks als festgegründet betrachtete. Seine Ausführungen übertrafen selbst Rouhers Verteidigungsrede an Sachgemäßheit; denn der Minister, der nicht in Abrede stellte, daß ihn die Schlacht von Königgrätz mit patriotischer Beklemmung erfüllt habe, während er Thiers gegenüber behauptete auch nicht einen einzigen Fehler gemacht zu haben, erging sich in räthselhaften Drohungen gegen Preußen, falls dieses die tolle Annahme haben sollte bis an die Zuyder See vorzudringen, und schlug damit eine Tonart an wie Granier von Cassagnac, der für Frankreich seine natürlichen Grenzen forderte und prahlerisch zum Kriege aufrief.

Die öffentliche Meinung in Frankreich.

Den eigentlichen Sinn dieser Worte verstanden zunächst nur wenige Eingeweihte; Napoleon war eben darüber aus Luxemburg zu erwerben um dadurch den Argers der Franzosen über die preußischen Erfolge zu besänftigen. In mancher Hinsicht konnte es gar kein geeigneteres Objekt für die französische Vergrößerungssucht geben als das kleine Großherzogtum, das beinahe herrenloses Gut schien. Durch die Auflösung des Deutschen Bundes unabhängig geworden, wegen seiner offenkundig undeutschen Gesinnung von Bismarck gar nicht zum Eintritt in den Norddeutschen Bund aufgefordert, mit Holland nur durch Personalunion vereinigt und für dessen König ein ziemlich unsicherer und daher unquemer Besitz, hatte es doch auf der anderen Seite in der deutschen Geschichte eine bedeutende Rolle gespielt, war ein Glied des deutschen Zollvereins und hatte in seiner Hauptstadt, der starken Festung, eine preußische Besatzung. Die Einverleibung in Frankreich war also für Deutschland zweifellos ein Verlust, groß genug um die Schadenfreude der Franzosen zu befriedigen und doch zu geringfügig um deshalb einen Krieg zu wagen. Überdies hatte Bismarck das Ausscheiden des Ländchens aus Deutschland schon zugegeben, weshalb sollte er da nicht, die Zustimmung des Großherzogs und der Einwohner vorausgesetzt, auch in die Verbindung mit Frankreich willigen? So wurde die Sache denn vorsichtig eingeleitet, wahrscheinlich durch Vermittelung der Königin von Holland, die über ihrem Haß gegen Preußen längst vergessen hatte,

Der Luxemburger Streit.

daß sie eine württembergische Königstochter war. Eine holländische Note vom 20. Februar 1867 klagte in Paris über die fortdauernde preußische Besatzung und sprach den Argwohn aus, daß es in Bismarcks Plänen liege die Niederlande in Abhängigkeit von Deutschland zu bringen. Napoleon ließ darauf am 28. Februar antworten, daß er sich für die Räumung Luxemburgs verwenden werde, daß aber die beste Lösung doch wohl der Verkauf der Landes an Frankreich sei, und dem holländischen Könige leuchtete das ein. Bald waren die näheren Bedingungen verabredet, und Napoleon übernahm es Preußens Zustimmung zu erwirken. Doch ehe noch Benedetti die ersten Eröffnungen deshalb gemacht hatte, verriet der König von Holland die Sache dem preußischen Gesandten durch die ängstliche Anfrage, wie Preußen sich wohl dazu verhalten würde, und nun war binnen wenigen Tagen das Geheimnis öffentlich. Im Norddeutschen Reichstage stellte Bennigsen am 1. April mit 70 Genossen an Bismarck die Frage, was er zu thun gedenke, und verhieß ihm in feuriger Rede unter lauter Zustimmung des Hauses die einmütige Unterstützung aller Parteien zu entschlossenem Widerstande. Die Antwort des Grafen war vorsichtig und friedlich; doch konnte man daraus entnehmen, daß er in die Einverleibung Luxemburgs nicht willigen werde. Den fremden Großmächten war das höchst unerwünscht; ihnen erschien der Gegenstand zu unbedeutend, als daß er Anlaß zu einem großen Kriege werden dürfe; Beust meinte einen Ausgleich durch einen Tausch gefunden zu haben, mittels dessen Napoleon ein Stück von Belgien, Belgien aber Luxemburg erhalten haben würde; doch scheiterte dieser Vorschlag an der Weigerung Leopolds II. Dagegen fand ein anderer Ausweg des österreichischen Ministers großen Anklang: danach soll Luxemburg wie Belgien neutralisiert werden, Frankreich also den Ankaufsplan und Preußen sein Besatzungsrecht aufgeben. Es war das immerhin ein großes Zugeständnis des Berliner Kabinetts; denn es hatte seine Garnison in Luxemburg nicht auf Grund des erloschenen Bundesverhältnisses sondern auf Grund eines europäischen Vertrages vom 3. November 1815, es gab also ein Recht auf, das schwer zu bestreiten war. Indessen Bismarck erklärte sich um seine Friedensliebe zu beweisen dazu bereit, wenn die Großmächte die Neutralität Luxemburgs wie die Belgiens verbürgen wollten. Zur Verständigung darüber schlug Fürst Gortschakoff eine Konferenz in London vor, zu der der König von Holland die Einladungen erließ. Am 7. Mai trat dieselbe zusammen; unter den Großmächten war zum erstenmal Italien, außer ihnen Belgien, Holland und Luxemburg vertreten. Die Verhandlungen nahmen einen schnellen Verlauf; schon am 11. wurde ein Vertrag unterzeichnet, kraft dessen die Mächte eine Gesamtbürgschaft für die Neutralität Luxemburgs übernahmen, Preußen die Räumung und der König-Großherzog die Schleifung der Festung versprach. Der Gesamtbürgschaft wohnte indessen, wie sich bald herausstellte, nur ein sehr geringer Wert bei; die englischen Minister erklärten nämlich im Parlamente, daß

Die Londoner  
Konferenz.

sie dieselbe für erloschen ansähen, sobald einer der Unterzeichner sich von ihr lösfage. Da nun Luxemburg bei seiner geographischen Lage nur von Mächten, die zu den Unterzeichnern gehörten, bedroht werden konnte, so erlosch nach dieser Deutung die Bürgschaft für die Neutralität in allen Fällen, wo sie hätte in Kraft treten sollen. Das Recht sich einzumischen behielten die Unterzeichner allerdings nach englischer Auffassung auch dann noch; aber die Pflicht fiel weg und mit der Pflicht natürlich gerade das, was der Bürgschaft ihren Wert gab.

Die Haltung Österreichs während dieses Luxemburger Streites war sichtlich darauf berechnet gewesen den Frieden zu erhalten; denn so sehr Beust Preußen haßte, so war die Stunde doch noch nicht gekommen, in der er sich erfolgreich an einem Kriege hätte beteiligen können, und deshalb suchte er den Ausbruch zu verschieben. Fürst Hohenlohe, der bayerische Minister, der eine Versöhnung zwischen Wien und Berlin aufrichtig wünschte, ließ sich dadurch zu der Hoffnung verleiten, es werde ihm gelingen diese Versöhnung zu vermitteln. Sein Programm ging dahin die süddeutschen Staaten durch einen weiteren Bund mit Norddeutschland und den dadurch begründeten Gesamtbund dann wieder durch eine völkerrechtliche Allianz mit Österreich zu verknüpfen. Graf Bismarck, dem Hohenlohe diese Pläne durch einen besonderen Gesandten, den Grafen Tauffkirchen, Mitte April vorlegen ließ, zeigte sich nicht abgeneigt sie zu verfolgen; um jedoch durch eine Annäherung an Österreich die erprobte Freundschaft mit Rußland nicht zu gefährden, stellte er die Bedingung, daß „seine Karten für Rußland offen liegen müßten“; übrigens glaubte er versichern zu können, daß man in Petersburg bereit sei für längere Zeit die orientalische Frage nicht aufzurühren und somit den gefährlichsten Anlaß zum Streit mit Österreich zu vermeiden. Herr von Beust wollte indes von diesen Vorschlägen nichts wissen; eines Bündnisses zur Rückendeckung gegen Frankreich, wie Bismarck und Hohenlohe es wollten, bedurfte er nicht, da er durch den Gesandten in Paris, den Fürsten Metternich, auf dem besten Fuße mit Napoleon stand; über die Stellung Süddeutschlands zu Preußen wollte er nicht einmal eine Meinung äußern um auch nicht den Schein der Verantwortlichkeit für ein weiteres Hinausgehen über die Bestimmungen des Prager Friedens, der schon durch die Augustbündnisse beeinträchtigt sei, auf sich zu nehmen; Graf Tauffkirchen, der sich von Berlin nach Wien begeben hatte, kehrte also ohne Erfolg nach München zurück.

Hohenlohe nahm nun mit verdoppeltem Eifer die Versuche zu einer Verständigung unter den Südstaaten auf. Er hatte damit um so größere Eile, als die öffentliche Meinung in Baden und Hessen laut den Eintritt in den Nordbund forderte; dort unterzeichneten im Laufe des Mai fast alle Abgeordneten eine Erklärung in diesem Sinne, hier wurde ein Antrag in dieser Richtung trotz Dalwigks Widerspruch am 4. Juni 1867 von der Kammer mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Bayerns Interesse war es jedenfalls solche Schritte der einzelnen Staaten zu verhindern.

Tauffkirchens  
Sendung nach  
Wien.

Hohenlohes  
Pläne.

Bismarck hatte zwar im konstituierenden Reichstage erklärt, daß er den Eintritt eines einzelnen Staates nur dann für zulässig ansehe, wenn Österreich seine Einwilligung dazu gebe; aber er hatte doch auch, wenigstens in bezug auf Südhessen, die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß diese Einwilligung nicht ausbleiben werde, und durch die Annahme eines von Lasler und Miquel gestellten Amendements war dafür gesorgt, daß verfassungsmäßig der Eintritt jedes einzelnen Staates auf Antrag des Bundespräsidiums durch Gesetz erfolgen konnte. Wenn nun auch Dalwigk sich nicht entblödete dem Drängen der hessischen Kammer einen österreichischen Protest gegen den Eintritt Südhessens in den Norddeutschen Bund entgegenzustellen, so konnte ein Mann wie Hohenlohe doch seine Politik nicht auf solche Mittelchen bauen. Ihm lag es ja nicht daran die Vereinigung mit dem Norden überhaupt zu verhindern, er wollte nur für Bayern eine ausgedehnte Selbständigkeit wahren, deren Aufopferung ihm überflüssig schien. Dazu war der von ihm eingeschlagene Weg der zweckmäßigste. Ein wirkliches Verfassungsbandnis der vier Südstaaten war viel gefährlicher für den Partikularismus: tagte nördlich und südlich vom Main ein nationales Parlament, dann trat gewiß ein, was Bismarck im Reichstage prophezeit hatte; diese beiden Parlamente waren nicht länger auseinander zu halten als die Gewässer des Roten Meeres nach dem Durchzug der Kinder Israel. Beschränkte man sich aber, wie Hohenlohe es wollte, darauf, gewisse Angelegenheiten für gemeinsame zu erklären, die dann im Norden vom Reichstage, im Süden aber von den einzelnen Ständekammern beraten wurden, so war die bayerische Selbständigkeit allerdings in weitem Umfange gerettet. Auch Barnbüler war mit diesen Plänen einverstanden, und beide Minister erließen am 16. Mai eine Einladung zum Beitritt an Baden und Hessen. Den badischen Staatsmännern genügte dies Projekt aber nicht; sie erklärten sich wohl zu Verhandlungen bereit, stellten aber zugleich die Forderung, daß nicht die süddeutschen Ständekammern, sondern der durch süddeutsche Mitglieder verstärkte Reichstag die gemeinsamen Angelegenheiten berathen müsse. Ebenso faßte Graf Bismarck die Sache auf und kam, ehe sich Hohenlohe noch weiter in sein Projekt verrannt hatte, mit einem Schachzuge dazwischen, der die Verhandlungen schnell in das richtige Geleise rückte.

Der Zollverein.

Durch die Friedensschlüsse waren die Zollvereinsverträge wieder in Kraft gesetzt, doch mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist. Am 28. Mai zeigte Bismarck an, daß die Kündigung zum 1. Januar 1868 erfolgen werde und lud gleichzeitig die süddeutschen Minister zu Konferenzen über die Erneuerung des Zollvereins auf den 3. Juni nach Berlin. Hier legte er ihnen einen Entwurf vor, nach dem die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen sowie über die Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks in Zukunft bei einem Zollbundesrat und Zollparlament ruhen sollte, beide gebildet aus den durch süddeutsche Mitglieder verstärkten Organen des Nordbundes. Damit war den

bayerischen Projekten der Boden unter den Füßen weggezogen; Baden und Württemberg nahmen die Bismarckschen Vorschläge sogleich an, Hessen nach kurzem Bedenken; Hohenlohe konnte sich schwerer dazu entschließen, nachdem aber Tauffkirchen noch einige Zugeständnisse erhandelt hatte, besonders die Vermehrung der bayerischen Stimmen im Zollbundesrat von vier auf sechs, fügte auch er sich, und am 8. Juli 1867 wurden die neuen Verträge auf die Dauer von acht Jahren in Berlin unterzeichnet.

Das war eine neue Brücke über den Main, fester noch und breiter als die, welche die Schutzbündnisse gebaut. Sollten die Süddeutschen jetzt an den schwersten Pflichten des Nordbundes teilnehmen, sollten sie die preußischen Heereslasten tragen und dieselben Zölle und Steuern zahlen, dann mußte über kurz oder lang auch das Verlangen unwiderstehlich werden, an den Rechten teilzunehmen, welche die Verfassung des Nordbundes gewährte, und aus dem Zollparlamente ein Vollparlament zu machen. Die Verträge vom 8. Juli erwiesen sich daher bald als ein starkwirkender Gärstoff bei der Umbildung der Parteien, die in ganz Süddeutschland im Gange war. Alles was der Annäherung an den Nordbund feind war, suchte sie zu Fall zu bringen; alles was die engste Verbindung mit Preußen wünschte, klammerte sich an sie und erklärte ihre Durchführung für eine Lebensfrage. Dabei waren die letzteren von vornherein im Vorteil. Nicht allein, weil die Regierungen auf ihrer Seite standen, weil die Bevölkerungen Badens und Hessens vollständig für die nationale Politik gewonnen waren und den beiden Königreichen also eine unhaltbare Isolierung drohte, weil demgemäß die materiellen Interessen sich überall regten und städtische Behörden, Gewerbe- und Handelskammern die Erhaltung des Zollvereins um jeden Preis forderten, sondern auch deshalb, weil die Nachwirkungen des Jahres 1866 sich immer mehr geltend machten, weil die anregenden und fruchtbaren Verhandlungen des Norddeutschen Reichstags auch die Süddeutschen mächtig anzogen und weil die nationale Erregung durch die Luxemburger Kriegsgefahr und die zweideutige Haltung Oesterreichs und Frankreichs immer neue Nahrung erhielt. Den schwersten Stand hatte die deutsche Partei in Württemberg, wo demokratische Stimmungen, ein hochgesteigertes Stammesgefühl und die Abneigung gegen die strengeren Ansprüche eines großen Staatswesens der ehemaligen großdeutschen Partei ihre meisten Anhänger erhielten. Auch suchte hier das Ministerium, obgleich es bei den Anhängern der großdeutschen „Volkspartei“ ebenso schlecht angeschrieben war wie bei den Nationalen, die letzteren auf alle Weise am Aufkommen zu hindern und begünstigte die Demokratie, deren Abneigung gegen Preußen Barmbüler durchaus teilte. In Bayern übernahm der Ultramontanismus die Führung im Kampfe gegen den Nordbund. Er richtete seine Angriffe zunächst allerdings nur auf das Ministerium Hohenlohe, das durch innere Reformen, besonders durch den Entwurf eines Schulgesetzes, den Einfluß der Geistlichkeit zu brechen suchte. Die

Kampf um  
die neuen Ver-  
träge.

Bayern.

Mehrheit der zweiten Kammer war noch gut liberal und deutsch gesinnt, dabei aber von so zweifelloser Anhänglichkeit an das Königshaus, daß alle Verleumdungen in dieser Richtung wirkungslos verhallten. Bis zu den nächsten Wahlen, die erst 1869 stattfanden, war deshalb der Reichsrat die einzige Stütze der Ultramontanen. Aber sie wußten schon jetzt durch Versammlungen und Adressen, noch mehr aber durch die Einwirkungen von der Kanzel und aus dem Beichtstuhl die Gemüter zu bearbeiten und das Feld für die Wahlen zu bestellen.

Die badischen und hessischen Kammern sowie das bayrische Abgeordnetenhaus nahmen die Zollverträge im Oktober gegen verschwindende Minderheiten an; der Reichsrat zu München dagegen machte mit allen gegen drei Stimmen auf Antrag des Fürsten Löwenstein-Werthheim seine Zustimmung davon abhängig, daß Bayern sein Vetorecht in Zollvereinsfachen erhalten bleibe. Ohne zu glauben, daß diese Bedingung Aussicht auf Gewährung habe, hielt Hohenlohe es doch für das Rätlichste den Gegnern volle Klarheit zu verschaffen und reiste mit dem Führer der Opposition, dem Freiherrn von Thüngen, noch am selben Tage, dem 26. Oktober, nach Berlin um mit Bismarck zu verhandeln. Dieser hatte nicht den geringsten Anlaß ein so gefährliches Zugeständnis zu machen, er durfte sich auf die Stärke der öffentlichen Meinung verlassen. Ein Duzend Deputationen und etwa 80 Telegramme, die zu gunsten der Verträge mittlerweile beim Reichsrate eingelaufen waren, die Drohungen der Presse und der unverhohlene Unwille des Königs, bekehrten denn auch zusammen mit den Nachrichten, welche Thüngen heimbrachte, die Widerspenstigen, und am 31. Oktober wurden die Verträge mit 35 gegen 13 Stimmen genehmigt; zu den Unbefehrbaren gehörten bezeichnender Weise drei königliche Prinzen und drei katholische Prälaten. Durch die Entscheidung in Bayern war nun auch der Entschluß der württembergischen Kammer unweigerlich gegeben. Trotz der heftigen Artikel des Beobachters, des leitenden Blattes der Volkspartei, und trotz der leidenschaftlichen Mahnrufe Moriz Mohls, der seinen Haß gegen den Zollverein ein ganzes Menschenalter treu bewahrt hatte, beugten sich bis auf 16 Unversöhnliche auch die Gegner der Notwendigkeit, so daß der Vertrag mit 73 Stimmen genehmigt wurde. Bei dem Austausch der Ratifikationen am 6. November 1867 wurden auch die Augustbündnisse von 1866 noch einmal neu bekräftigt, denn auch sie waren von den Gegnern angefochten und nur in Württemberg von den Kammern ausdrücklich bestätigt worden. Bismarck erklärte jetzt, daß sie die unerläßliche Ergänzung zu den Zollvereinsverträgen seien, und die öffentliche Meinung stimmte rückhaltslos den Worten des nassauischen Reichstagsabgeordneten Karl Braun zu, der jede Gemeinschaft in Handel und Wandel zurückwies, wenn die Gemeinschaft zu Schutz und Trutz verweigert werde.

Württemberg.  
König Wilhelm in Paris.

Man hatte um so mehr Anlaß die Unauflösbarkeit dieser Waffenbrüderschaft zu betonen, als Württemberg für jeden Kriegsfall das Recht

beanspruchte zu prüfen, ob das Bündnis es zur Teilnahme am Kampfe verpflichtete, und als andererseits die Gefahr eines Krieges mit Frankreich unvermindert fortbauerte. Nach der Beilegung des Luxemburger Streites trat allerdings eine Annäherung zwischen Berlin und Paris ein. Eine internationale Ausstellung, die am 1. April 1867 in der französischen Hauptstadt eröffnet ward, gab dem Könige Wilhelm Anlaß Napoleon einen Besuch abzustatten und dadurch seine versöhnlichen Gesinnungen zu bezeugen. Doch spielten selbst in diese friedliche Kundgebung die politischen Gegensätze hinein. Kaiser Alexander II., der gleichfalls seinen Besuch in Paris zugesagt hatte, wünschte zusammen mit seinem preußischen Oheim bei Napoleon zu verweilen. Eine solche Bekräftigung der russisch-preußischen Freundschaft war aber dem Tuilerienhose sehr unbequem, und Etikettenfragen sollten den Vorwand bieten sie zu hintertreiben. Der Zar bestand jedoch auf seiner Absicht und gab nur so weit nach, daß er einige Tage vor dem Könige eintraf und auch vor ihm wieder abreiste; doch waren beide fast eine Woche lang zusammen in Paris, und unerwartete Zwischenfälle vereitelten vollends Napoleons Hoffnung den Zaren zu sich herüber zu ziehen. Die polnischen Flüchtlinge und ihre demokratischen Gesinnungsgenossen unter den Franzosen beleidigten den Zaren, wo er sich sehen ließ, durch Hochrufe auf Polen, und am 6. Juni schoß ein junger Insurgentenführer Namens Berzowski gar ein Terzerol auf ihn ab. Glücklicherweise entronnen, verließ Alexander Paris doch sehr mißgestimmt, und die Zeichen des Beifalls, welche dem Attentäter gespendet wurden, der Eifer, mit dem sich 36 Advokaten zu seiner Verteidigung anboten, das Urteil der Geschworenen, die das Vorhandensein mildernder Umstände zugaben, hielten dieses Mißbehagen auch über den ersten Eindruck hinaus lebendig.

Attentat auf  
den Zaren.

Um so fester suchte Napoleon nun den Kaiser von Osterreich an sich zu fesseln und fand dabei an Beust den treuesten Gehilfen. Bei jeder Gelegenheit betonte dieser das Recht Osterreichs sich gegenüber den Verträgen zwischen dem Nordbunde und den Südstaaten auf die Verfügungen des Prager Friedens zu berufen. Wie er Dalwigk den Vorwand bot den Eintritt Südhessens in den Nordbund zu verweigern, so suchte er Hohenlohe und Barmhüler von ihren Verhandlungen mit Bismarck abzuschrecken. Seine ganze Politik hatte augenscheinlich nur den Zweck möglichst viele Streitpunkte mit Preußen offen zu erhalten und dabei mit Napoleon im engsten Vertrauen zu bleiben. Eben sollte die Reise Franz Josefs nach Paris diesem Zwecke gewichtigen Vorschub leisten, als die Kunde eintraf, daß Kaiser Maximilian von Mexiko in Queretaro erschossen sei. Unmöglich konnte der Bruder des Gemordeten jetzt den Mann besuchen, der in letzter Linie dies schwere Schicksal zu verantworten hatte; ja die Gefahr lag vor, daß der Schatten des ritterlichen Erzherzogs der bisherigen Intimität der beiden Kaiser für immer ein Ende machen werde. Das zu verhindern war der nächste

Frankreich und  
Osterreich.

Die Salz-  
burger Zu-  
sammenkunft.

Zweck, den Napoleon verfolgte, als er nun seinerseits mit seiner Gemahlin dem österreichischen Herrscherpaar einen Beileidsbesuch abstattete. Auf der Durchreise von den Königen von Württemberg und Bayern begrüßt, traf er am 18. August in Salzburg ein und fand hier Franz Josef und die Kaiserin Elisabeth, außerdem aber, obgleich er selbst ohne Minister gekommen war, auch Beust und Andrássy. Die Versöhnung, zu der man beiderseits sehr geneigt war, kam schnell zu stande; das politische Einverständnis in allen wichtigen Fragen wurde befestigt, der russischen Politik im Oriente gegenüber auch bestimmte Verabredungen getroffen. Mit Preußen wollte man noch Frieden halten und nur die künftige Katastrophe vorbereiten. Vor allzu blindem Vertrauen in Beusts Kriegslust mochte den Kaiser jedoch Andrássys kühle Haltung und die Sprache der Wiener Zeitungen warnen. Erklärte eine der einflussreichsten doch geradezu, daß die deutschen Provinzen Österreichs zu Preußen und Deutschland stehen würden, wenn Beust einen Krieg an Frankreichs Seite führen wollte. Der ganze Verlauf der Zusammenkunft hätte das Vertrauen in den Frieden befestigen können, wenn nicht die französische Presse von Angriffen auf Preußen gestrotzt und Napoleon selbst unmittelbar darauf bei einer Reise durch Nordfrankreich inmitten der üblichen Friedensbeteuerungen der schwarzen Punkte gedacht hätte, die den Horizont zu verdunkeln drohten. Bismarck gab der Stimmung Deutschlands bei all diesen Beunruhigungen den würdigsten Ausdruck in einem Rundschreiben vom 7. September; er wies im Namen des nationalen Gefühles jede fremde Vormundschaft zurück, erkannte die Entscheidung über das Maß der Annäherung an den Norddeutschen Bund ausschließlich den süddeutschen Regierungen zu und sprach seinerseits die größte Bereitwilligkeit aus jedem Wunsche nach Erweiterung und Befestigung des nationalen Bandes entgegenzukommen. Der Reichstag, der am 10. September wieder zusammengetreten war, gab dieser Politik in einer Adresse, die der Präsident Simson dem Könige nach der Burg Hohenzollern überbrachte, seine vollste Zustimmung, und in dem jubelnden Empfang, den der preußische Herrscher fast aller Orten im Süden fand, in den Begegnungen mit seinen oberdeutschen Bundesgenossen, selbst in der Zusammenkunft, die er am 22. Oktober in Doss bei Baden-Baden mit Franz Josef hatte, als dieser nach Paris reiste um Napoleons Besuch zu erwidern, konnte man in Verbindung mit der fast gleichzeitigen Annahme der Zollvereinsverträge wertvolle Bürgschaften für die Befestigung der deutschen Zustände und damit auch eine Gewähr für die Erhaltung des Friedens sehen.

König Wil-  
helm in Süd-  
deutschland.

Die Wahlen  
zum Zollparla-  
ment.

Die Gegner des Norddeutschen Bundes gaben aber deshalb den Kampf keineswegs auf, sondern vereinigten jetzt alle ihre Anstrengungen dahir die nationale Partei bei den Wahlen zum Zollparlamente zu schlagen. Ihre wirksamste Waffe blieb der Hinweis auf die Höhe des Militärbudgets, das schon jetzt durch die Einführung des Zündnadelgewehres in Baden und Württemberg, die erhöhte Rekrutierung, die ver-

längerte Dienstzeit und andere Dinge, in denen man sich allmählich Preußen näherte, erheblich an schwoll, bei dem Eintritt in den Nordbund aber noch höher steigen mußte. Trotzdem glaubte Mathy gerade durch diesen Eintritt die deutsche Partei in Baden vor dem Abfall der Massen, die durch Demokraten und Ultramontane unablässig bearbeitet wurden, schützen zu können. Aber Bismarck ging auf den Antrag, den jener Ende November stellte, nicht ein: er wollte, wie er später im Reichstag sich ausdrückte, den Milchtopf nicht abfahnen, damit der Rest nicht sauer werde. Mathys Befürchtung, die übrigens von den eigenen Parteigenossen kaum geteilt wurde, ging aber wirklich in Erfüllung, umso mehr als durch seine Erkrankung, die am 4. Februar 1868 mit dem Tode endete, der Einfluß der Regierung bei den Wahlen sehr beeinträchtigt wurde. Von 14 Abgeordneten brachten die Gegner sechs durch, ein Triumph, der fast noch größer war als die völlige Niederlage der deutschen Partei in Württemberg, das neben 6 Regierungsmännern 11 erklärte Preußenfeinde entsandte. In Bayern gehörte von 48 Abgeordneten der vierte Teil den Nationalen an, die Ultramontanen hatten 26, die Regierung 9 durchgebracht. Am günstigsten war das Ergebnis in Südhessen, wo vier von sechs Deputirten nationalliberal waren. Alles in allem hatten etwa 300 000 Wähler für die „Preußen“ gestimmt, etwa 400 000 für die Ultramontanen und Demokraten, gegen 150 000 für die Mittelpartei; von 85 Abgeordneten waren 24 national, 15 Regierungsleute, 46 Feinde der preußischen Spitze. Um dies Ergebnis zu erzielen hatten die Gegner kein Mittel verschmäht: hier hatte die Angst vor dem Lutherischwerden, dort die Furcht vor einem Franzosenkriege, hier die Drohung mit unerträglichen Steuern, dort die haarsträubendste Schilderung des preußischen Heerwesens die Gemüter eingeschüchtert. Die Armut des Nordens und der behäbige Wohlstand des Südens mußten zu wirksamen Gegensätzen herhalten; bezahlen, Soldat werden und Maulhalten, so hieß es, seien die drei Paragraphen der preußischen Verfassung, die doch niemand gegen die württembergische Freiheit werde eintauschen wollen; der Ruin des Weinbaues und der Tabakspflanzungen wurde als unvermeidlich prophezeit; die norddeutschen Landjunker und der Berliner Schwindel mit Arzneimitteln, die Bismarcksche Blut- und Eisenpolitik und die Hungersnot, die eben in Ostpreußen herrschte, das bunteste Gemisch wahrer, verdrehter und erlogener Thatsachen, alles war gut und willkommen gewesen um dem Bauern und Kleinbürger den Eintritt in den Nordbund als das erschreckendste Ereignis darzustellen: selbst das „Lieber französisch!“ hatte man auszuspielen gewagt. Da lautete denn freilich der Wahlruf der Nationalen, wenn sie von preußischer Zucht und Strammheit sprachen, wenn sie die Mängel der norddeutschen Bundesverfassung eingestanden, wenn sie von Pflichterfüllung redeten, die auch vor materiellen Opfern nicht zurückscheuen dürfe, wenig verlockend, und man brauchte kaum daran zu denken, daß diese Bevölkerungen vor nicht zwei Jahren gegen den Norden in den

Waffen gestanden hatten um den Ausfall der Wahlen begreiflich und keineswegs entmutigend zu finden.

Das erste Zollparlament.

Für den Augenblick freilich war er bedauerlich genug. Denn mit den norddeutschen Partikularisten, den „Bundesstaatlich-Constitutionellen“ den Konservativen und den rein verneinenden Fraktionen der Ausländer und der Sozialdemokraten bildeten die Großdeutschen im Zollparlamente regelmäßig eine Mehrheit, wenn es sich darum handelte, die Thätigkeit desselben einzuschränken. Bei der Präsidentenwahl am 28. April 1868 errangen freilich die nationalen Parteien für ihre Kandidaten, Simson, Fürst Hohenlohe und Herzog Ujest, den Sieg. Als aber der Darmstädter Metz den Antrag auf eine Adresse einbrachte, in der von der vollständigen Einigung des Vaterlandes die Rede war, wurde derselbe mit 186 gegen 150 Stimmen abgelehnt. Und doch war der Redekampf, der dieses Ergebnis hatte, für die Besiegten erfreulicher als für die Sieger; denn die versöhnliche Art, in welcher Bennigsen die Adresse empfahl, bewog den Freiherrn von Thüngen unerwartet maßvoll zu antworten, ja zum großen Kummer der Donauzeitung und ähnlicher Blätter zu versichern, daß er und seine Genossen es mit dem Zusammengehen des Südens und des Nordens nicht schlechter meinten als die Nationalen. Der rechte Mut sich zu den Hekereien zu bekennen, denen so viele von ihnen ihre Wahl zu danken hatten, fehlte eigentlich der gesamten süddeutschen Fraktion; sie begnügten sich jede Abschweifung der Debatten von den Vorlagen zu verhüten und die Verhandlungen möglichst trocken zu erhalten. Der Handelsvertrag mit Österreich, der fast einstimmig genehmigt, die Petroleumsteuer, die mit großer Mehrheit verworfen wurde, der Tabakzoll, den man nur um die Hälfte des Betrages erhöhte, den der Bundesrat gefordert, das waren Gegenstände, die in der That mit der nüchternsten Geschäftlichkeit behandelt werden konnten. Aber dennoch brach gelegentlich die patriotische Leidenschaft mächtig hervor, und als der Württemberger Probst vor der Ausdehnung der Befugnisse des Parlamentes warnte, weil irgendwo an einem Berge eine Lawine hänge, die durch einen solchen Beschluß leicht ins Rollen gebracht werden könne, da erwiderte ihm nicht allein Bismarck unter lautem Jubel: er solle bedenken, daß der Appell an die Furcht in deutschen Herzen nimmermehr ein Echo finde, sondern auch Böck rief stürmischen Beifall hervor, als er den Gegnern, die trotz des neuen Frühlings noch mit Schneebällen würfen, spöttisch zurief, es werde ihnen der Schnee bald ausgehen, denn unaufhörlich schreite der Frühling in deutschen Landen vorwärts.

Zweite und dritte Session.

Wer freilich einen schnellen Anschluß Süddeutschlands erhofft hatte, dem mußte der Verlauf des ersten Zollparlamentes große Enttäuschung bereiten, und aus den noch trockneren und geschäftsmäßigeren Sessionen der Jahre 1869 und 1870 war auch kein Trost zu schöpfen. Handelsverträge wurden genehmigt, Tarife verändert, die Zölle auf Roheisen und Reis herabgesetzt, der auf Kaffee erhöht, die Petroleumsteuer wiederholt verworfen. Man konnte die Wichtigkeit aller dieser Beschlüsse voll-

kommen anerkennen und doch mit den nationalgesinnten Süddeutschen bekümmert darüber klagen, daß das Zollparlament seiner wichtigsten Aufgabe zum Zollparlamente zu werden kaum ein Schrittchen näher gekommen sei. Obendrein feierten in den Südstaaten die Partikularisten erhebliche Triumphe: selbst um Baden stand es eine Weile bedenklich. Zwischen dem Ministerium Jolly und der liberalen Partei entstanden Mißhelligkeiten, die im November 1868 eine in Offenburg abgehaltene Versammlung von Landtagsabgeordneten zur förmlichen Lossage von der Regierung brachten. Kaum aber nahmen die Abtrünnigen wahr, wie insolgedessen die Ultramontanen ihr Haupt erhoben und in zahlreichen Adressen den Großherzog um Auflösung der Kammer und Entlassung des Ministeriums bestürmten, so traten sie von ihrer Opposition zurück und beschloßen im Mai 1869, abermals in Offenburg, sich mit der Regierung zu versöhnen. Diese suchte sich auf jede Weise dem Nordbunde zu nähern und erreichte dies besonders in militärischer Beziehung dadurch, daß der preußische General Beyer das Kriegsministerium übernahm. Den vollen Eintritt in den Nordbund zu gewähren verweigerte Bismarck nach wie vor, und man mußte sich in Baden mit der dankbaren Anerkennung begnügen, die Lascker und Blankenburg im Reichstage am 24. Februar 1870 den tapferen Vorkämpfern der Einheit aussprachen, und die im ganzen Norden den lautesten Widerhall fand.

Konflikte in Baden.

Sehr viel schlimmer stand es in Württemberg, wo die Partei des Beobachters ihren Kampf gegen die Verpreußung erfolgreich fortsetzte. Die demokratische Richtung dieser Partei erschwerte es Herrn von Barmbüler wohl manchmal mit ihr zusammenzugehen; aber lieber als der deutschen Partei gönnte er doch noch diesen Republikanern den Sieg. Wenige Monate nach den Zollparlamentswahlen mußte auch der Landtag erneuert werden. Da forderten denn die Radikalen ganz unverhüllt die Beseitigung der Zoll- und Schutzbündnisse, die Einführung der schweizer Wehrverfassung, die Gründung eines Südbundes. Ironisch meinte der Beobachter, um den Preis einiger Kronen sei dieser jedenfalls zu haben, und sein Redakteur, Karl Mayer, der selbst in den Landtag gewählt wurde, stellte wohlwollend dem Könige eine Geldentschädigung in Aussicht, wenn das Volk dereinst die Fürstentherrschaft wie andere Feudallasten ablöse. Nur wenige Stimmen fehlten dieser Partei an der Mehrheit in der Kammer, die deutsche und die Regierungspartei mußten deshalb zur Wahrung des bestehenden Rechtszustandes eng zusammenhalten, aber mehr für einen Barmbüler zu thun war den Römer, Hölder, Elben nicht wohl zuzumuten. Die eigentümlichen Folgen dieses Zustandes ergaben sich besonders deutlich bei der Adressdebatte im Dezember 1868. Die deutsche Partei und die Linke setzten zusammen ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium durch, die deutsche Partei und die Regierungsanhänger eine Bestätigung der Verträge, und die Regierungspartei mit der Linken endlich die Ablehnung des ganzen Entwurfes. Eine ruhige Fortbildung der partikularen Gesetzgebung war

Zustände in Württemberg.

bei diesen Parteiverhältnissen unmöglich; die großen politischen Gegensätze beherrschten die Gemüther so sehr, daß man es beispielsweise dem Kriegsminister zum Vorwurf machte, als er die Uniformen des billigeren Preises wegen zum Teil in preußischen Fabriken bestellte. Kampflustig bereitete sich die Linke für die Session von 1870 vor; überall im Lande blühten die Volksvereine, und mit 150 000 Unterschriften bedeckt strömten die Adressen in Stuttgart zusammen, die von der Kammer die Beseitigung des Wehrgesetzes, die Einführung des Milizsystems forderten. Schon glaubte die Partei den Sieg wirklich errungen zu haben, als der Finanzausschuß die Herabsetzung des Militäretats befürwortete und infolgedessen der Kriegsminister Wagner seine Entlassung forderte. Aber die Ministerkrisis, die dadurch entstand, nahm eine überraschende Wendung. Der König wollte die Heerverwaltung nur in den Händen eines Mannes wissen, der treu zu den Verträgen stand. Als solcher war der Oberst von Suckow wohlbekannt; als im Jahre vorher die öffentliche Meinung Süddeutschlands durch die Broschüre eines vormals sächsischen Leutnants, der unter dem falschen Namen Arkolay schrieb, in die Besorgnis versetzt war, der Norddeutsche Bund könne den Süden gar nicht gegen Frankreich verteidigen, hatte Suckow in sachkundiger Weise diesen Alarm gedämpft. Jetzt war er bereit das Budget um eine halbe Million Gulden zu vermindern und doch das Heer in gutem Stande zu erhalten; er forderte aber die Entfernung des Kultusministers Goltzer, des einzigen Mannes im Kabinett, welcher der Volkspartei genehm war; mit Barnbüler und Mittnacht glaubte er sich verständigen zu können. Zur gewaltigen Bestürzung der Linken, die schon in ihrem Triumph schwelgte, kam diese Kabinettsbildung wirklich zustande, und die sofortige Vertagung der Kammer nahm ihr sogar die Gelegenheit ihrer Entrüstung anders als in Beobachterartikeln und Erklärungen Luft zu machen.

Die bayerischen  
Patrioten.

Mit besserem Glücke hatten die Patrioten, d. h. die ultramontanen Partikularisten, in Bayern gearbeitet. Die Wahlen vom 22. Mai 1869 schafften ihnen eine zweite Kammer, in der 79 ihrer Anhänger gegen 55 Liberale und 20 Regierungsmänner die Mehrheit bildeten. Trotzdem blieb Hohenlohe am Ruder und wartete den Zusammentritt des Landtags ab. Durch verschiedene Umstände stellte sich da das Verhältnis so, daß beide Parteien in genau derselben Stärke von je 72 Stimmen auftraten. Fest geschlossen schritten sie beide zur Wahl des Präsidenten und trotz siebenmaliger Abstimmung blieb das Ergebnis unverändert dasselbe: Stimmengleichheit für den nationalgesinnten Professor Edel und den ultramontanen Ministerialrat Weis. Der König erteilte infolgedessen den Befehl zur Auflösung der Kammer, aber die Neuwahlen fielen noch ungünstiger für Hohenlohe aus; neben 80 Patrioten schickte das Land am 25. November nur 74 Nationale nach München. Einige Minister, der des Kultus Gresser und der des Innern Hörmann, bestanden nun auf ihrer Entlassung, Hohenlohe aber blieb auf Bitten des Königs auch jetzt noch. Kaum waren die Kammern im Januar 1870

wieder bei einander (die zweite nunmehr natürlich unter dem Vorsitz des Dr. Weis), so begannen die Angriffe. Der Reichsrat ging mit einer scharfen Adresse voran; ein evangelischer Prälat, von Harleß, hatte sie entworfen und sechs königliche Prinzen stimmten für sie, trotz des Wunsches, den der Monarch ihnen eröffnet, sie möchten der Sitzung fern bleiben; nur 12 Reichsräte standen zur Regierung. Um über seine persönliche Gesinnung nicht den leisesten Zweifel aufkommen zu lassen verweigerte König Ludwig darauf die Annahme der Adresse, zeichnete die 12 Reichsräte in demonstrativer Weise aus und verbot den Prinzen bis auf weiteres den Hof. Doch war Hohenlohe gegen den Widerspruch beider Kammern nicht zu halten. Er blieb nur noch um in der Adreßdebatte des Abgeordnetenhauses, die nicht weniger als zwölf Tage dauerte, seine Politik gegen die Angriffe Förge und der anderen Patrioten zu verteidigen. Am 15. Februar trat er zurück und empfahl dem Könige als Nachfolger den Gesandten in Wien, Grafen Bray-Steinburg, der am 7. März sein Amt antrat. Dessen Politik war zwar auch nicht völlig die der Patrioten, aber sie verzichtete doch auf die Ausbildung des Verhältnisses zum Nordbunde, hielt den Gedanken eines Südbundes für nicht geradezu unausführbar und betrachtete die augenblickliche Lage Bayerns als durchaus befriedigend, ja unangreifbar. Weit entfernt aber war der neue Ministerpräsident davon aus diesen Voraussetzungen mit den Patrioten den Schluß zu ziehen, daß Bayern nun entwaffnen könne, und aus den Anträgen, welche Kolb, der Berichterstatter über das Heerwesen, vorbereitete, aus der Forderung die Dienstzeit bei der Infanterie auf acht Monate festzusetzen, die Zahl der Offiziere zu vermindern, die Regimentsverbände aufzulösen, schien sich im Juli 1870 eben ein neuer Konflikt zu entwickeln, als größere Ereignisse alle diese Pläne über den Haufen warfen.

Ministerium  
Bray.

### Der napoleonische Liberalismus.

Daß die neue Ordnung der Dinge in Deutschland über kurz oder lang durch einen Krieg gegen Frankreich werde befestigt werden müssen, war ein Gefühl, in dem nach 1866 die öffentliche Meinung in ganz Europa mit den Diplomaten von Fach durchaus übereinstimmte. Zu leidenschaftlich war die Stimmung jenseits des Rheines gegen Preußen aufgeregt, zu einmütig lechzten alle Parteien nach baldiger „Revanche“ für Sadowa, als daß Napoleon, der, von körperlichen Leiden geplagt und nur auf die Befestigung seiner Dynastie bedacht, den Kampf wohl lieber vermieden hätte, ihrem Geschrei hätte Einhalt thun können. Unter diesen Umständen lag für Bismarck die Versuchung nahe es zum Kriege zu treiben, ehe die neue französische Wehrverfassung durchgeführt war und Oesterreich, voraussichtlich der Bundesgenosse Frankreichs, sich von seinen Schlägen erholt hatte. An Vorwänden und Gelegenheiten dazu würde es nicht gefehlt haben, da Napoleon unablässig seine Versuche

Kriegsgefahr  
von Frank-  
reich.